

Asyl Springer Verlag AG, Post 10 03 64, 4300 Essen 1, Tel. 020 54 10 11
Wichtig: Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (0228) 301-1 / Adressenabteilung (0228) 301-10 / Vertikaleschaltung (0228) 301-10 / Druckerei (0228) 301-10
Herausgeber: (0228) 301-10 - Pflichtblatt: an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 sfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 63 p
Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 25,00 Fr. Niederlande 2,30 fl.
Norwegen 150 Nkr. Österreich 14 S. Portugal 150 Esc. Schweiz 9,00 Sfr.
Spanien 170 Ptas. Tschechien 150 Kcs. Türkei 50 TL

Heute in der WELT



Welche Studiumsempfehlungen Professoren ihren Kindern geben

Was raten hochschulpolitische Profis ihren Kindern fürs Studium? George Turner, parteiloser Wissenschaftssenator in Berlin, zuvor Präsident der Universität Stuttgart-Hohenheim und Chef der Westdeutschen Rektorenkonferenz, sagt in der Hochschulinformation, welche Tipps er seinen drei Söhnen gegeben hat. Wer breit studiert und sich sehr gute Fremdsprachenkenntnisse aneignet, braucht sich, so Turner, durch düstere Berufsprognosen nicht abschrecken zu lassen. Seine Empfehlung: mindestens einmal die Hochschule wechseln. Seite 14

POLITIK

Warnstreiks: Mehrere tausend Zivildienstleistende bei den Stationierungs-Streitkräften in der Bundesrepublik haben gestern an Warnstreiks teilgenommen. Sie wollen damit die Forderungen der Gewerkschaft OTV nach Einkommenssteigerungen von 6,5 Prozent unterstreichen.

Peru: Aus den Gemeindevahlen in dem Land ist die sozialdemokratische APRA-Partei von Staatspräsident Alan Garcia als Sieger hervorgegangen. In Lima wird es erstmals einen sozialdemokratischen Bürgermeister geben. Jetzt steht die Linke Peru vor der Spaltung. (S. 7)

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Der Aufschwung in der Bundesrepublik ist nach Darstellung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall „auf hohem Niveau ins Stocken“ geraten. Das Inlandsgeschäft befindet sich zwar weiter im Aufwind, doch das Exportgeschäft sei durch den niedrigen Dollarkurs belastet. Daher müsse die Metallindustrie jetzt vom Export auf den Inlandsmarkt umsteuern. Möglicherweise wird dabei Personal abgebaut. (S. 20)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte tendierten gestern uneinheitlich. Am Rentenmarkt führten Auslandsabgaben zu Rücknahmen bis 0,60 Prozent. WELT-Aktienindex: 273,92 (273,85). BHF-Rentenindex: 106,023 (106,063).

KULTUR

Sehnsucht: Mit viel Aufwand und viel Gefühl hat Peter Stein an der Berliner Schaubühne Eugene O'Neills Stück von „Haarigen Affen“ inszeniert. Darin läuft ein Mensch in die Irre der Welt. Er scheitert an seiner Kraft und ungelinkten Sehnsucht. (S. 27)

SPORT

Tennis: Bettina Bunge aus Aschaffenburg hat sich trotz einer 1:6, 5:7-Niederlage gegen Hana Mandlikova (CSSR) im Halbfinale des Turniers von Worcester (USA) für das Masters-Turnier qualifiziert. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Besuch: Die FDP-Politikerin Irmgard Adam-Schwaetzer (Foto) hat in Pakistan Flüchtlingslager und Krankenhäuser besucht. Bei ihrer Heimkehr nahm sie vier kranke Kinder mit, die in der Bundesrepublik operiert werden. (S. 28)

Brücken: San Francisco feiert den 50. Geburtstag der Brücken, die das Leben der Stadt verändern. Gemeint sind die silberne San Francisco-Oakland Bay Bridge, zumeist kurz Bay-Bridge genannt, und natürlich die Golden Gate-Bridge. (S. 28)

Leserbriefe und Personalien Seite 10
Umwelt - Forschung - Technik Seite 10
Fernsehen Seite 26
Wetter: Weiterhin mild Seite 28

SPD gibt ihr Wahlziel auf. Raus Strategie im Kreuzfeuer

Warnung vor Kandidaten-Diskussion / Schröder: Augen zu und durch

Ein Tag nach dem Wahldesaster von Hamburg hat in der SPD eine Diskussion über die Marschrichtung der Partei bis zur Bundestagswahl am 25. Januar eingesetzt. Dabei wurden die Schwierigkeiten deutlich, eine für die potentiellen Wähler glaubwürdige Strategie zu finden, die die Frage beantwortet, auf welche Weise die SPD möglicherweise eine Regierung bilden will. Es zeigte sich, daß die SPD-Spitze offenbar nicht mehr willens ist, das von SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau ausgegebene Ziel einer absoluten Mehrheit mitzutragen.

SPD-Fraktionschef Vogel sagte, für die SPD gelte es jetzt vor allem, eine Übermacht der Union bei der Bundestagswahl zu verhindern. Von der Verhinderung eines Sieges der Regierungskoalition war nicht mehr die Rede. Offenbar mit Blick auf die Glaubwürdigkeit des Kanzlerkandidaten erteilte Vogel im Deutschlandfunk einer Zusammenkunft mit den Grünen genauso eine Absage wie einer Festlegung auf eine Koalition mit der CDU.

Nach einer Präsidiumssitzung hielt sich die Parteispitze gestern bedeckt. Rau selbst sagte am Morgen lediglich, die SPD müsse jetzt „noch mehr um Menschen werben“. Über eine Strategie wolle er sich jedoch keine Gedanken machen.

Das Dilemma der SPD läßt sich an den Aussagen des niedersächsischen SPD-Fraktionschefs Schröder festmachen. Er übte deutliche Kritik an

dem Streben der SPD nach einer absoluten Mehrheit auf Bundesebene. Damit habe sich die Partei „verrammelt“. Resignation wurde in seinen Worten deutlich: „Mit diesem SPD-Kanzlerkandidaten und seinem Programm gibt es nur eine einzige Linie: Augen zu und durch.“ Allerdings dürfe niemand daran denken, jetzt Rau auszuwechseln und auf eine rot-grüne Koalition zu setzen. Schröder: „Es ist historisch noch nicht so weit, daß

wir für rot-grün mit Überzeugung eintreten können.“ IG-Chemie-Chef Rappe warnte seine Partei davor, „nach der Hamburger Wahlschlappe zu wackeln, das Ruder herumzureißen und etwa auf eine Koalition mit den Grünen zu setzen“. Ziel müßten die „Wähler der Mitte“ bleiben, sagte Rappe der „Bild“-Zeitung.

Für Schröder hat die SPD am 25. Januar offenbar nur eine Chance, wenn sie sich von dem Rau-Motto „Versöhnen statt Spalten“ abwendet. Dieser Slogan könne nicht das letzte Wahlkampfthema bleiben. Der Mangel an kräftiger Sprache, der in der SPD zur Zeit herrsche, desorientiere die eigene Mitgliedschaft.

In verklausulierten Worten hat der saarländische Ministerpräsident Oscar Lafontaine der SPD empfohlen, sich sein Erfolgsrezept zu eigen zu machen. Lafontaine hatte die Landtagswahl an der Saar für sich ent-

scheiden können, weil er die Grünen durch eine starke Akzentsetzung bei „deren“ Themen „aufgesaugt“ hatte. Im saarländischen Rundfunk sagte der Regierungschef, die SPD müsse deutlicher machen als bisher, daß sie auf den Gebieten der Kernenergie, des Umweltschutzes und in Abstrichpositionen“ vertrete. Die SPD könne ihre politische Aussage nicht nur an dem Wahlergebnis ausrichten, sondern müsse in existentiellen Fragen das sagen, was sie für richtig halte. Langfristig führe ein solches Politik zum Erfolg, meinte Lafontaine.

Die FDP sieht keinen Anlaß zu einer politischen Kursänderung, obwohl sie den Einzug in das Landesparlament verfehlt hat. FDP-Sprecher Mahling sagte, das Hamburger Wahlergebnis habe gezeigt, daß ohne die FDP die Gefahr einer Mehrheit von SPD und Grünen bestehe.

Der Hamburger CDU-Spitzenkandidat Hartmut Perschau hat seine Feststellung vom Wahlabend bekräftigt, wonach zwischen der SPD und der CDU jetzt Gespräche über die Konsequenzen aus dem Wahlergebnis gezogen werden müßten. Die CDU sei zu einer Zusammenarbeit mit der SPD in Sachfragen bereit, sagte Perschau in einem WELT-Interview. Der Wahlerfolg der GAL nannte Perschau „ein bedrückendes Ergebnis, das alle verantwortungsbewußten Politiker in unserer Stadt zum Nachdenken über die Ursachen auffordert“.

Senat untersucht die Iran-Affäre

Mehrheitsführer Byrd kündigt Ausschuß an / Shultz dementiert Rücktrittspläne

FRITZ WIRTH, Washington Außenminister George Shultz hat die Spekulationen über seinen bevorstehenden Rücktritt in äußerst knapper Form, nämlich mit einem einseitigen „Nein“, zurückgewiesen. Ein Sprecher des State Department ergänzte diese Antwort später mit der Bemerkung, daß diese Berichte auf „reiner Spekulation“ basierten.

Anlaß der Spekulationen war die Iran-Initiative des Weißen Hauses, die vor 18 Monaten begonnen hatte und angeblich Waffenlieferungen an Iran zur Freilassung amerikanischer Geiseln in Libanon einbezog. Die große und bisher unbeantwortete Frage ist, wie weit George Shultz in die Entscheidungsprozesse dieser Initiative eingeschlossen war, die vom Weißen Haus äußerst geheim gehalten wurde. Tatsache ist, daß derartige Waffenlieferungen im Widerspruch zu allen bisher öffentlich geäußerten Grundsätzen der amerikanischen Anti-Terrorismuspolitik und der amerikanischen Haltung gegenüber Iran stehen würden.

Der Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses, Richard

Lugar, teilte mit, sowohl die Alliierten in Europa wie auch im Nahen Osten seien über die amerikanische Iran-Initiative informiert gewesen. Lugar nannte als Informanten dafür den Sicherheitsberater des Präsidenten, Admiral Poindexter, in dessen Händen die Iran-Initiative liegt.

Öffentlich dagegen verweigert das Weiße Haus weiterhin alle Auskünfte über diese Affäre. Donald Regan, der Stabschef des Präsidenten, versicherte lediglich: „Unser Verhalten in dieser Angelegenheit ist weder illegal noch unmoralisch. Ich bin sicher, daß die amerikanische Öffentlichkeit unser Verhalten billigen wird, wenn wir die Fakten offenlegen werden.“ Er ließ jedoch wissen, daß das nicht der Fall sein werde, bevor die verbleibenden amerikanischen Geiseln in Iran frei seien.

Im amerikanischen Kongreß regt sich immer schärfer werdender Protest gegen die Art der Iran-Operation des Weißen Hauses. Man wirft Regan vor, diese Operation in die Hände des Nationalen Sicherheitsrates gelegt zu haben, um jeden Infor-

mationszwang des Weißen Hauses gegenüber dem Kongreß auszuschließen. Der neugewählte Mehrheitsführer des Senats, Robert Byrd, will eine Untersuchung dieser Iran-Affäre einleiten.

Zu den Kritikern des Weißen Hauses gehört auch der neugewählte einflußreiche Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Senats, Sam Nunn. Er erklärte: „Ich fürchte, daß die Terroristen aus dieser Affäre die Botschaft ableiten, daß es sich auszahlt, Amerikaner als Geiseln zu nehmen.“ Außerdem stelle sich hier die Frage, in wessen Händen die amerikanische Außenpolitik liegt.

Der ehemalige Außenminister Henry Kissinger meinte: „Grundsätzlich ist das Bemühen um eine Verbesserung unserer Beziehungen zu Iran als strategischer Schachzug wünschenswert. Wenn daraus jedoch ein Waffenhandel für Geiseln wird, melde ich stärksten Zweifel an. Waffenhandel mit einer Nation, die sich im Krieg befindet und deren Sieg gegen unsere nationalen Interessen ist, halte ich für unklug.“

Wallmann macht Sandoz Vorwürfe

Umweltminister spricht von „schwerwiegenden Mängeln“ und „illegaler Lagerung“

EBERHARD NITSCHKE, Bonn „Schwerwiegende Sicherheitsmängel“ und die „illegale Lagerung von Lösungsmitteln auf dem Firmengelände“ hat Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) in Bonn dem schweizerischen Pharmakonzern Sandoz vorgeworfen. Der Brand auf dem Fabrikgelände am 1. November in Basel hatte zu einer starken Vergiftung des Rheins geführt. Wallmann sagte gestern vor der Presse, daß die Bundesregierung überall da, wo Schäden entstanden seien und noch entstünden, den Geschädigten bei der Durchsetzung von Haftungsansprüchen helfen werde.

Die Chronologie der Ereignisse nach Ausbruch des Brandes zeige, so der Minister, daß das Bundesumweltministerium nach Eintreffen der ersten Informationen „alle notwendigen in seiner Zuständigkeit liegenden

Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und zur Minimierung der Unfallschäden“ ergriffen habe. Im übrigen sei es ausschließliche Sache der Länder, im Rahmen ihrer Zuständigkeit für den Gewässerschutz aufgrund der unterschiedlichen Geschlechtsabläufe und Gefährdungspotentiale Empfehlungen und Verhaltensmaßnahmen gegenüber der Bevölkerung auszusprechen.

Nach jüngsten Messungen wurde bei der zweiten Schadstoffwelle, bei der am Freitag weitere 30 bis 50 Kubikmeter verseuchtes Löschwasser in den Rhein gerieten, jeder Liter Rheinwasser mit zwei Milligramm Quecksilber und 50 Milligramm Kohlenwasserstoff angereichert. Es könne daher nicht gesagt werden, wie lange die Rheinwasserentnahme zur Trinkwassergewinnung gesperrt bleiben müsse, sagte Wallmann.

Zum bisherigen Ablauf der Umweltkatastrophe sagte der Minister, er habe den Eindruck, daß die Schweizer Behörden „uns nichts vorzuenthalten wollten“. Man habe aber den Schadensumfang nicht annähernd abschätzen gewußt.

Als vordringliche Ziele bei der heutigen Konferenz mit dem Verband der Chemischen Industrie in Bonn bezeichnete Wallmann die Schaffung von Rückhalte- und Auffangbecken für verseuchtes Wasser in chemischen Werken „überall dort, wo sie noch nicht existieren“. Über die Internationale Rheinschutz-Kommission soll geprüft werden, ob es Verbesserungen im Alarmplan für den Rhein geben muß. Derartige Pläne bestehen für alle deutschen Flüsse. Einen so schweren Schaden, wie in Basel verursacht, habe es jedoch noch nirgends gegeben.

Wachstumstempo hält 1987 an

DW, Bonn Das Wachstumstempo in der Bundesrepublik Deutschland wird auch 1987 anhalten. Der Aufschwung zeige eine „beträchtliche innere Stärke und Lebenskraft“, erklärte der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth, gestern vor Journalisten. Inflationssorgen seien weder von der anziehenden Inlandsnachfrage noch vom Überschreiten des Bundesbank-Geldmengenziels zu befürchten. Für das Preisniveau 1987 komme es vielmehr auf die Lohnabschlüsse an, betonte er. Die Kritik an der „Macht der Banken“ wies Schroeder-Hohenwarth als unbegründet zurück. Seite 17: Überhitzung

Deutsche Welle: Neuer Intendant

DW, Köln Der Rundfunkrat der Deutschen Welle hat gestern den Justiziar und Verwaltungsdirektor Heinz Fellhauer im dritten Wahlgang mit zehn von elf Stimmen zum neuen Intendanten gewählt. In den ersten beiden Wahlgängen hatte keiner der Kandidaten die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht. Neben Fellhauer waren noch Chefredakteur Josef M. Gerwald und der derzeitige Intendant Klaus Schütz angetreten. Für den zweiten Wahlgang stand Chefredakteur Gerwald nicht mehr zur Verfügung. Vor dem dritten Wahlgang zog auch Schütz seine Kandidatur zurück. Der 58jährige Fellhauer tritt sein neues Amt am 1. Juli 1987 an. Seite 2: Im Gespräch

Sanierungskonzept für NH geplatzt

DW, Frankfurt Das Sanierungskonzept des Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser für den ehemals gewerkschaftsgeprägten Wohnungsbaukonzern Neue Heimat ist am Widerstand der Gläubigerbanken gescheitert. Das Vorstandsmitglied der Gewerkschaftsholding BGAG Rolf Freyberg teilte gestern nach mehrstündigen Gesprächen mit 15 führenden Gläubigerinstituten mit, es habe sich herausgestellt, daß die Banken nicht bereit seien, „langfristig mit Herrn Schiesser zusammenzuarbeiten“. Freyberg schloß auch einen Rückkauf der Neuen Heimat durch die BGAG nicht aus. Er sei optimistisch, daß noch im Laufe des Tages eine Lösung gefunden werde. Seite 16: Erhebliche Vorbehalte

DER KOMMENTAR

Falsche Version

JÜRGEN LIMINSKI

In Damaskus muß die Freude groß sein. Gibt es heimliche Verbündete in Europa? Gleich drei Staatsmänner werden in einem Zeitungsgespräch als Zeugen für die syrische Version angeführt, wonach der israelische Geheimdienst zusammen mit Regimegegnern das verfehlte Attentat von London arrangiert habe.

Und rechtzeitig lassen Terrorgruppen in Beirut verlauten, daß sie aufgrund syrischer Vermittlungsbemühungen einige französische Geiseln freilassen wollen. Was fehlt noch, um das düstere Bild um den syrischen Präsidenten Assad aufzuheben?

Seit der Verurteilung des Terroristen Hindawi in London kursieren Halbwahrheiten durch die westlichen Medien, wonach Assad größere Schwierigkeiten mit seinen Geheimdiensten habe. Gleichzeitig werden Politiker nicht müde, auf die Schlüsselrolle Assads im Nahen Osten hinzuweisen.

Gewiß, Assad, bisweilen respektvoll der Bismarck der Ara-

ber genannt, hat interne Schwierigkeiten. Das ist in östlichen Militärrégimes des Nahen Ostens, in denen die Macht sich auf einen oder nur wenige Köpfe konzentriert, nicht ungewöhnlich. Ungewöhnlich jedoch ist, daß westliche Politiker so bedingungslos auf diese Karte setzen wollen und dabei offenbar vor Praktiken nicht zurückschrecken, die andere wiederum dem zweifelhafte Bereich der Desinformation zuordnen. Denn daß Kohl und Genscher dem französischen Premier die syrische Version als ihre These aufzusehen hätten, ist nach allen verfügbaren Informationen so unwahrscheinlich wie ein Verzicht Frankreichs auf seine Gräber.

Die Continental-Europäer tun in dieser Affäre nun das, was zweifellos geboten erscheint. Sie schweigen. Ihre Glaubwürdigkeit wird von dem beschlossenen Maßnahmenpaket unterstrichen. Syrien wird auf die eine oder andere Art schon besänftigt werden.

„Washington Times“ klagt über Intervention aus Paris

Zeitung druckt das umstrittene Gespräch mit Chirac ab

DW/SAD, London Die „Washington Times“ hat gestern den Wortlaut des umstrittenen Gesprächs zwischen ihrem Chefredakteur Arnaud de Borchgrave und dem französischen Premierminister Jacques Chirac veröffentlicht.

In der redaktionell überarbeiteten Fassung des 90minütigen Gesprächs hatte es in der Freitagausgabe des Blattes geheißen, Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher hätten gegenüber Chirac erklärt, nicht Syrien, sondern der israelische Geheimdienst und mit ihm liierte syrische Regimegegner steckten hinter dem mißlungenen Anschlag auf eine El-Al-Verkehrsmaschine Ende April in London. Alle drei Politiker hatten mit Dementis reagiert.

Die entscheidende Passage des Bandmitschnittes gibt das Blatt folgendermaßen wieder: „Lassen Sie uns die syrische Affäre betrachten. Ich habe mit Kohl und Genscher darüber gesprochen. Ich gehe nicht so weit wie sie, aber ihre These ist, daß der Hindawi-Plan (Hindawi ist der Jordanier, der von einem Gericht in London als Urheber des versuch-

ten Anschlages verurteilt wurde) als eine Provokation entworfen wurde, mit dem Ziel, Syrien bloßzustellen, und das Regime von (Präsident) Assad zu destabilisieren. Wer stand dahinter? Vermutlich Leute, die mit dem israelischen (Geheimdienst) Mossad in Verbindung standen, zusammen mit bestimmten syrischen Elementen aus der Umgebung Assads, die seinen Sturz wünschten...“

In einem Vorspann schreibt die Zeitung, sie sehe sich zur Veröffentlichung gezwungen, weil Chirac zu seinen Bemerkungen über eine angebliche Verstrickung des israelischen Geheimdienstes sowie syrischer Oppositioneller in Terrorakte nicht stehende Mitarbeiter des französischen Premierministers hätten sechs Versuche unternommen, Druck auszuüben, um die Wiedergabe zu verhindern.

Ein Mitarbeiter der „Washington Times“ wurde nach London geschickt, um dort 200 Exemplare einer europäischen Sonderausgabe an die Teilnehmer der EG-Außenministerkonferenz zu verteilen, die über Sanktionen gegen Syrien beriet. Seite 6: Die Reaktionen

EG-Sanktionen gegen Syrien

DW, London Elf der zwölf EG-Staaten sollen sich gestern bei der Außenministerkonferenz in London auf eine Reihe von Maßnahmen gegen Syrien geeinigt haben. Dabei handelt es sich um ein Waffenembargo, die Verminderung hochrangiger Kontakte mit der syrischen Führung, verstärkte Überwachung der syrischen Botschaften in Europa und schärfere Kontrolle der Luftfahrtgesellschaft „Syrian Arab Airlines“. Griechenland, so verlautete aus Diplomatenkreisen, sei gegen Sanktionen, wolle sich jedoch an den Mehrheitsbeschluß halten.

Manila erhält von Japan Kredite

DW, Tokio Die japanische Regierung hat 250 Millionen Dollar für die Philippinen bewilligt. Die Zusage erfolgte nach einem Gespräch von Premierminister Nakasone mit der philippinischen Staatspräsidentin Corazon Aquino. Nakasone sicherte Frau Aquino Unterstützung bei ihren Bemühungen um den Wiederaufbau des Landes zu. Frau Aquino hat gestern einen vierstägigen Staatsbesuch in Japan angetreten, bei dem sie um Kredite von insgesamt 1,6 Milliarden Dollar bitten will, eine in Tokio von vornherein als „unrealistisch“ bezeichnete Summe.

ART COLOGNE

20. Internationaler Kunstmarkt
13.-19. November 86

165 Galerien aus 16 Ländern zeigen Kunst des 20. Jahrhunderts.

Sonderschau: Focus - kanadische Kunst 1960-1985

Messegelände Köln-Deutz, Rheinhallen.

Täglich 11.00 bis 20.00 Uhr.

Eintrittskarten an den Messekassen

Tageskarte DM 12,-, Dauerkarte DM 30,-

Kunstmarkt-Katalog, ca. 440 Seiten, DM 20,-

KölnMesse

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Angst vor der Kälte

Von Carl Gustaf Ströhm

Als „lächerlich, böswillig und dumm“ bezeichnete das sowjetische Fernsehen am 29. Oktober einen Kommentar der WELT vom 21. Oktober („Es wird ein kalter Winter im Sowjetreich“). Darin war auf die katastrophale Lage der Energieversorgung in der UdSSR am Beginn dieses Winters hingewiesen und erwähnt worden, daß die Raumtemperaturen sowjetischer Wohnungen infolge Brennstoffmangels auf 13 Grad Celsius gesenkt werden sollten.

Der „Wremja“-Zorn ist verfrüht. Am 4. November berichtete die Moskauer „Trud“, daß bereits im vergangenen Winter in der Industriestadt Ussurijsk Heizwerk und E-Werk nacheinander durch Defekte und Überlastung zusammenbrachen. „Trud“: „Auch im vergangenen Winter stieg die Temperatur in den Wohnungen nicht höher als 12 bis 14 Grad.“

Ähnliches steht offenbar dem ganzen Land bevor. Die Regierungszeitung „Iswestija“ beklagte jetzt, daß die Stromerzeugung in den ersten neun Monaten des Jahres 1986 nur die Hälfte der Planziele erreicht habe. Man müsse 15 Millionen Tonnen Kohle zusätzlich fördern, damit die Kohlekraftwerke das Defizit der Atomkraftwerke wettmachen könnten. Was dies für die Umwelt bedeutet, kann sich jeder ausmalen.

Die „Iswestija“ klagt, daß neun Prozent der sowjetischen Stromerzeugung durch den schlechten Zustand des Verteilernetzes verlorengehen und daß die Wasserkraftwerke weit unter Kapazität arbeiten. Die „Prawda“ meldet, daß sowjetische Kühlschränke, Elektroherde und sonstige elektrische Geräte um 30 bis 35 Prozent mehr Strom verbrauchen als gleichartige Geräte im Westen.

Radio Moskau spricht von sieben Millionen Tonnen Kohle, die jährlich auf dem Transport „verloren“ gehen. Auch Gas ist ein Problemgebiet. Lauf „Iswestija“ mußte in den letzten neun Monaten eine Milliarde Kubikmeter abgefaßt werden.

Ist auch das alles „lächerlich, böswillig und dumm“? Oder sollte man die Schlagzeile von „Trud“ zitieren: „Von Papier wird einem Licht warm“? Die Menschen werden darauf eingestimmt, daß sie frieren, müssen wie im Krieg. Man wird bald erfahren, was das für Gorbatschows Politik bedeutet.

Psychokrieg in Manila

Von Jochen Hehn

Die Armas befindet sich in höchster Alarmbereitschaft. Regierunqsgebäude und strategisch wichtige Einrichtungen sind militärisch gesichert. Und Präsidentin Corazon Aquino, um deren Schicksal es schließlich geht, wo ist sie? Sie weilt seit gestern in Japan, eine Bittstellerin auf der Suche nach Wirtschaftshilfe für ihr krisengeschütteltes Land.

Handelt es sich bei dem Abgang mitten aus der Krise um die panische Reaktion einer in die Enge getriebenen Präsidentin oder um ein kalkuliertes Manöver gegen Mächte-germ-Putschisten? Die noch kurz vor der Abreise ausgesprochene ungewöhnlich scharfe Warnung der sonst so sanftmütigen Präsidentin an die Adresse der „selbsternannten Erlöser“ in den Reihen der Militärs, ein Putsch würde sofort von „People's Power“ bekämpft werden und damit scheitern, kann doch nur bedeuten, daß Frau Aquino die Gefahr eines Staatsstreiches als wirklich ernst einschätzt. Auch ihre Bitte an Kardinal Jaime Sin - den Mann der Kirche, der im Februar die Menschenmassen mobilisierte -, angesichts der Krise seine Reise nach Rom abzusagen, zeigt, daß die Putschgerüchte und die These von der Furcht der Präsidentin nicht aus der Luft gegriffen sind.

Jedoch ist es übertrieben, die Japan-Reise Frau Aquinos als „Fahnenflucht“ zu bezeichnen. Eher handelt es sich hier um eine Flucht nach vorn. Mit einer Absage der seit langem geplanten Reise nach Japan hätte Corazon Aquino Furcht vor einem Putsch eingestanden und damit ihr Ansehen auf Spiel gesetzt. Außerdem würde sie putschwillige Offiziere nicht ungeduldet vor der Ausführung ihrer Pläne zurückhalten.

Corazon Aquinos Reise wird also die seit Wochen und Monaten gestellte Frage beantworten: Wie hält es die philippinische Armee, einschließlich Enrile, mit ihrem Treueid? Eine günstigere Gelegenheit, das wissen auch die Putschplaner, dürfte sich nicht mehr so schnell bieten, zumal da mit dem Kardinal der andere Volks-Mobilisierer vielleicht doch etwas leichtsinnig verweist ist. Falls es das Putschvorhaben (angeblich mit dem Codewort „God save the Queen“) wirklich gibt, so kann es eigentlich nur jetzt über die Bühne gehen - oder es wird für absehbare Zeit nur ein Gerücht bleiben.

Garcias Triumph

Von Werner Thomas

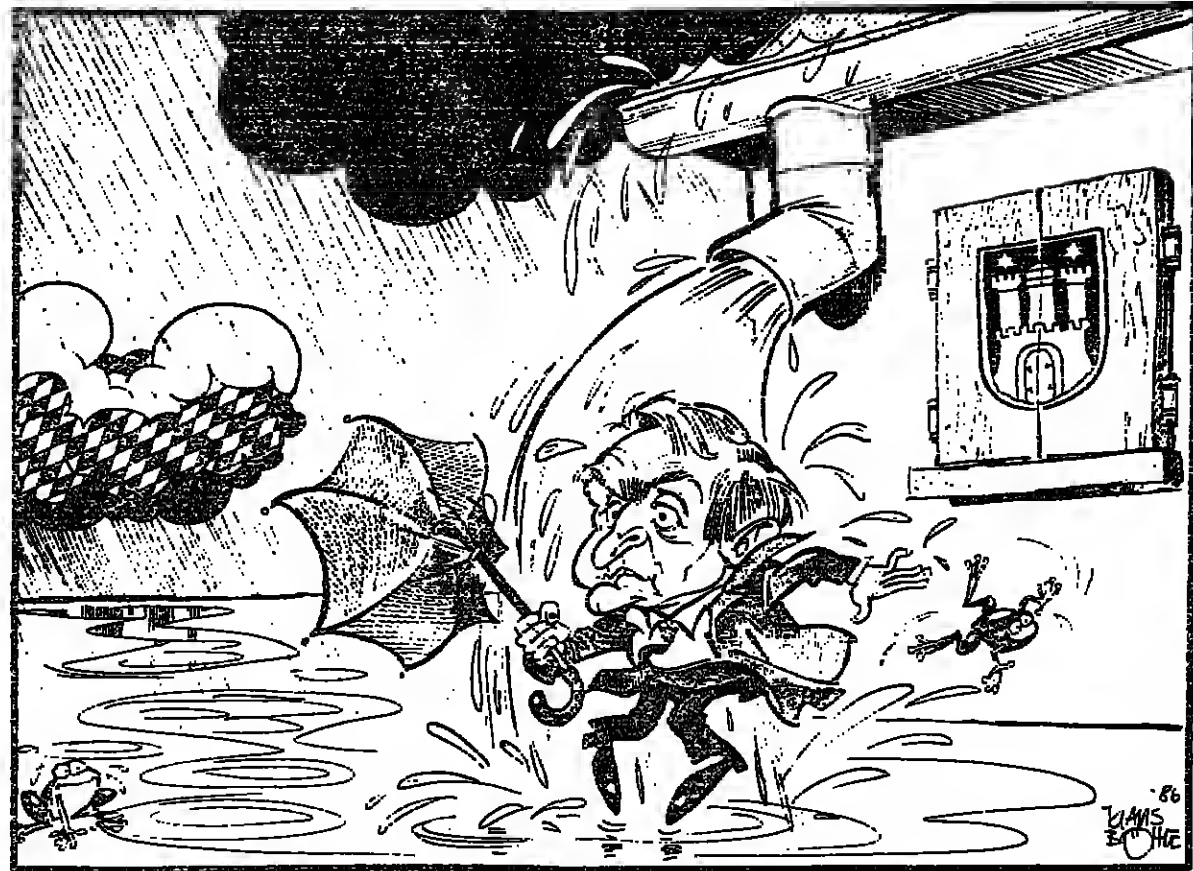
Der strahlende Sieger der peruanischen Kommunalwahlen war ein Mann, der nicht zum Kandidatenkreis gehörte: Alan Garcia, der Präsident des Landes. Da er sich aktiv an der Kampagne beteiligte und seine politischen Ziele verteidigte, war der Umengang auch ein Referendum über die fünfzehnmönatige Amtszeit des jungen Sozialdemokraten.

Seine APRA-Partei kontrolliert nun auch die meisten Rathäuser und stellt die wichtigsten Bürgermeister, allen voran das Stadtoberhaupt Lima. Zum ersten Mal wurde ein APRA-Vertreter Hauptstadt-Bürgermeister. Es hat in der jüngeren Geschichte Perus keinen mächtigeren und dominanteren Politiker gegeben als Garcia. Er braucht die Rückendeckung, weil die schwierigste Phase seiner Präsidentschaft noch bevorsteht. Der Terrorismus und die Wirtschaftslage werden in den nächsten Jahren seine größten Herausforderungen sein.

Die blutige Rebellion inhaftierter Terroristen während der Tagung der Sozialistischen Internationale im Juni, die von den Sicherheitskräften ebenso blutig niedergeschlagen wurde (mehr als dreihundert Todesopfer), haben die Welt an diese Problematik erinnert. Kurz vor den Wahlen ermordeten die „Senderistas“ eine prominente APRA-Kandidatin. Man erwartet eine Verschärfung des Krieges. Garcia kann die Streitkräfte noch stärker einsetzen. Er braucht bei diesen eindeutigen Mehrheitsverhältnissen keinen Putsch mehr zu befürchten.

Wirtschaftlich verschlechtert sich die Lage auch. Peru erreicht in diesem Jahr wohl eine Wachstumsrate von fast sieben Prozent, aber das Land lebt von seiner Substanz, nach der Konfiskation mit dem internationalen Währungsfonds und dem Abgang in Sachen Schuldendienste - Peru stellt dafür nur zehn Prozent seiner Exporterlöse bereit - versiegen die Kreditquellen. Ohne ausländische Hilfe lassen sich weder die wirtschaftlichen noch die sozialen Probleme lösen.

Der durch dieses Wahlergebnis gestärkte Präsident könnte nun die mutige Entscheidung fällen, sich mit dem Währungsfonds zu arrangieren. Niemand weiß jedoch, wie Alan Garcia auf diesen erneuten Triumph reagiert. Er ist nicht nur populär. Er ist auch unberechenbar.



Vom Regen in die Traufe

KLAUS BÖHLE

Die Antwort auf Hamburg

Von Manfred Schell

Sind neue Strategieüberlegungen, wie man mit dem Kandidaten Johannes Rau jetzt noch am besten über die Runden kommt, wirklich die einzige Antwort, die von der SPD nach ihrem Debakel in Hamburg gegeben wird? Hoffentlich doch nicht.

Natürlich ist die Enttäuschung der Sozialdemokraten, ist ihre Ratlosigkeit verständlich. Ebenso naheliegend ist die Zuversicht, die CDU und FDP aus dem Hamburger Ergebnis für den Bund schöpfen. Aber bedrückend, weit über die nächste Bundestagswahl hinaus, ist doch, warum in der größten Industrie- und Hafenstadt der Republik eine Kraft wie die GAL so groß werden konnte. Eine Gruppierung, die Gewaltanwendung für zulässig hält, ja, deren Spitzenkandidatin es für richtig findet, wenn Strommasten „symbolisch“ gekippt werden.

Das müßte den besonnenen Kräften in den großen Parteien nachsichtig zu denken geben. Sie müssen sich darauf besinnen, daß sie Verantwortung für das Wohl des ganzen Landes tragen. Sie müssen die Fragen stellen, statt daß man, wie die SPD es tut, die Grünen ebenso ängstlich wie unzutreffend demotiviert, daß sie „die richtigen Fragen stellen“.

Die großen Parteien, das ist die Antwort auf Hamburg, müssen - ohne daß sie deswegen ihre Profile aufgeben müßten - zurückfinden zu einem Konsens der Rechtsstaatlichkeit und der wirtschaftlichen Vernunft. Erst wenn die große Wählermasse wieder spürt, daß es ihnen da oben nicht nur um schlaue Überlegungen geht, wie man den anderen über den Tisch ziehen kann, sondern um den Weltstreit, Bürgerinteressen wahrzunehmen, schließt sich das Vakuum.

Ein solcher Konsens, wenn er denn möglich sein sollte, schließt aber ein, daß Opportunismus ausscheidet, daß unter Umständen auch kompromißlos argumentiert wird. Die Sozialdemokraten stehen jetzt vor dieser Entscheidung. Rau ist als Kanzlerkandidat angetreten mit der Verpflichtung, kein gemeinsames Geschäft mit den Grünen zu machen. Er setzt, zumindest bisher, auf die absolute Mehrheit der SPD. Sein Parteivorsitzender ist am Wahlabend von dieser Position abgerückt. Als neues Wahlziel hat Brandt ausgegeben, am 25. Januar 1987 eine Mehrheit

der Union zu verhindern. Wenn er damit eine absolute Mehrheit von CDU/CSU meint, so ist das ein bescheidenes Ziel - aber es hörte sich an, als spekulierender Brandt auf etwas anderes, nämlich auf seine bekannte „Mehrheit links von der Mitte“.

Hat er also die Grünen als Partner für die SPD stillschweigend einkalkuliert? So daß die Rechnung, mit oder ohne Rau, am Wahlabend aufgemacht werden kann? Das wäre weder ehrlich noch klug. Die Wähler haben das auch erkannt. Diejenigen, die mit Grün liebäugeln, sehen den direkten Weg. Auf der anderen Seite kehren Hamburger Arbeitnehmer der SPD den Rücken und gingen zur CDU.

Klaus von Dohnanyi mußte die Zeche für den Sklalom-Kurs der SPD in Bonn zahlen. Hinzu kamen freilich auch „hausgemachte“ Ursachen: Sein Senat stand insgesamt in schlechtem Ansehen. Senatoren müßten nach einer Serie von Fehlleistungen im Justiz- und Polizeibereich zurücktreten. Die wirtschaftliche Lage der Stadt wurde von den Bürgern schlechter als im übrigen Bundesgebiet eingeschätzt. Recht und Ordnung waren überdies zum Hauptthema geworden. In den Händen eines schwankenden Senats sahen die Hamburger die Aufgabe, den inneren Frieden der Hansestadt wiederherzustellen, nicht gut aufgehoben.

Hinzu kam die Dauerdiskussion über die Neue Heimat. 1982 versuchte die SPD, mit einer gegen Bonn gerichteten Kampagne Stimmung zu machen, die Heiner Geißler als „Mietmilch“ charakterisierte. Jetzt, 1986, hat sich die Thema

„soziale Wohnungen“ durch die Neue Heimat gegen die SPD gewandt. Die Niederlage der SPD in Hamburg ist also weniger eine Schmach für Klaus von Dohnanyi als für die SPD-Politik in Bonn und in Hamburg insgesamt.

Dohnanyi, ein Edelmann, hat großzügig die Niederlage auf sein Konto gebucht. Wie aber geht es in Hamburg weiter? Es gilt, so hat der CDU-Gewinner Harmut Perschau gesagt, die Stadt „regierungsfähig“ zu machen. Eine Koalition zwischen SPD und GAL würde zwar eine Mehrheit schaffen, die Stadt aber nicht regierungsfähig, sondern unregierbar machen. Dohnanyi hat diese Lösung für sich ausgeschlossen. Aber er hat auch hinzugefügt, daß die Entscheidung zunehmend bei der Partei liege. Ist die Partei zuverlässig in ihrer Ablehnung der Systemfeinde? Oder müßte gegebenenfalls auch Rau am nächsten Wahlabend sagen, er müsse die Entscheidung der Partei überlassen?

In der Sonderituation Hamburg wäre die Alternative eine Große Koalition aus CDU und SPD, wohl auch ohne Dohnanyi, der kaum den „zweiten Mann“ hinter Perschau stellen möchte. Nach der Bundestagswahl, wenn das Klima wieder ruhiger wird, könnte sich ein Gespann zwischen Perschau und dem bisherigen SPD-Senator Pawelczyk ergeben. Von einer breiten Ausgangsbasis aus könnte dann regiert werden, könnten die Strukturprobleme der Stadt angepackt, könnte gegen Hausbesetzer und andere Gewalttäter, die ständig in der Hafenstraße „Programm“ bieten, vorgegangen werden. Was in Berlin unter CDU-Führung gelungen ist, könnte so auch in Hamburg gelingen: die Befriedung der Stadt.

Die FDP ist zwar in Hamburg erneut gescheitert. Vielleicht auch deshalb, weil sie die Koalitionsaussage „offen“ gehalten hat. Aber sie hat, wie in Bayern, zugelegt. Das ist eine recht gute Ausgangsbasis für die Bundestagswahl und damit auch für die Fortsetzung der Koalition mit der Union. Die CDU hat ein unerwartet gutes Ergebnis erzielt. Sie ist stärkste Fraktion geworden. Dennoch hat Bundeskanzler Kohl eventuellen Übermut gedämpft, aus gutem Grund: Siegesgewißheit führt zu Trägheit, und Trägheit könnte Hamburger Verhältnisse auf den Bund übertragen.



Was heißt „Mehrheit der Union verhindern“? Wohlkompler Brandt, Rau FOTO: SCHÜRING

Das Alibi mit den Arbeitsplätzen von Ibbenbüren

Die Regierung Rau weiter im Qualm der Stickoxidschleuder / Von Dankwart Guratzsch

Der Streit um das Kraftwerk Ibbenbüren zwingt die Landesregierung Rau zu immer neuen Rechtfertigungsversuchen. Morgen muß sie sich den Fragen der Parlamentarier im Umwelt- und Wirtschaftsausschuß der Düsseldorf-Landtags stellen. Ihre Taktik wurde bereits in Vorwegerklärungen offenbar: Das Versagen in der Umweltpolitik soll durch Wirtschaftsargumente kaschiert werden.

Landwirtschaftsminister Matthiesen wird auf Fragen antworten. Er muß Raus Begründung geben: daß die Landesregierung vor der Alternative gestanden habe, entweder das neue Werk mit allen seinen Mängeln zu genehmigen oder den Verlust von 4500 Arbeitsplätzen in Kauf zu nehmen. Diese Darstellung gehört zu den Stereotypen, mit denen die Regierung Rau seit Jahren jeden Fortschritt in der Luftreinhaltungspolitik blockiert.

Erstmals wird diese Argumentationskette im zähen Widerstand

dokumentiert, den Rau 1980 der Novellierung der TA Luft und des Bundesimmissionschutzgesetzes durch die Regierung Schmidt entgegensetzte. Da drohte der heutige Kanzlerkandidat der SPD dem damaligen SPD-Kanzler mit „rote Fahnen schwenkenden arbeitslosen Bergarbeitern an der Ruhr“, wenn scharfe Grenzwerte verabschiedet würden. Das eigentliche Motiv dieser dramatischen Drohung freilich war wie Edda Müller in ihrem Buch „Die Innenwelt der Umweltpolitik“, Wesdeutscher Verlag, dargestellt hat ein rein parteipolitisches: die Sorge um den Machterhalt der nordrhein-westfälischen SPD bei den Landtagswahlen vom Mai 1980.

Man könnte den Vorgang für eine historische Episode halten, wenn sich das Grundmuster dieser Argumentationsweise nicht in den aktuellen Auseinandersetzungen wiederholte. Fast wörtlich die gleiche Formulierung hat Rau nämlich erneut am 3. Oktober dieses Jahres

im Bundestag in seinem großen Plädoyer für eine Kohlevorrangpolitik und für den Ausstieg aus der Kernkraft benutzt. Und genau so taucht sie in Abwanklungen immer wieder in seinen Rechtfertigungen für die Inbetriebnahme der „größten Stickoxidschleuder der Welt“ in Ibbenbüren auf.

Gerade am Beispiel Ibbenbüren freilich läßt sich zeigen, wie wenig diese Parteipolitik mit wirklicher Sorge um Arbeitsplätze oder erst recht mit verantwortungsbewußter Umweltpolitik zu tun hat. Die 4500 Arbeitsplätze der Kraftwerker waren nämlich nie gefährdet, weil der noch keine zwanzig Jahre alte „Altkessel“ voll intakt ist und mit einer umwelttechnischen Nachrüstung für 190 Millionen Mark auf unbegrenzte Zeit hätte weiterbetrieben werden können.

Statt dessen wurde als Demonstrationsobjekt für Raus „Landesentwicklungspolitik“ eine Neuanlage hochgezogen, die 1,3 Milliarden Mark kostet, von denen ein

IM GESPRÄCH Heinz Fellhauer

Im dritten Anlauf

Von Gernot Facius

Zweimal ging er für die CDU erfolglos ins Rennen: bei der Wahl der Intendanten Conrad Ahlers und Klaus Schütz. Im dritten Anlauf schaffte Heinz Fellhauer gestern den Sprung ins Chefzimmer der Deutschen Welle in Köln. Der Unionsmann Fellhauer wird am 1. Juli nächsten Jahres den Sozialdemokraten Schütz ablösen. Im elf Mitglieder zählenden Rundfunkrat der „Welle“, in dem CDU und CDU-nahe Räte die Mehrheit haben, erhielt der Schwabe aus Stuttgart im dritten Wahlgang zehn Stimmen, ein Ratsmitglied enthielt sich. Schütz hatte nach dem zweiten Wahlgang seine Bewerbung zurückgezogen, der FDP-Mitbewerber Josef M. Gerwald, Chefredakteur des Senders und früherer Parteiprecher unter Genscher, verzichtete bereits nach dem ersten Durchgang. Gerwald werden Ambitionen auf den Chefessel des benachbarten Deutschlandfunks nachgesagt.



Neuer Intendant der Deutschen Welle: Fellhauer FOTO: DEWAT

Die Wahl Fellhauers ist vor allem ein Triumph des Welle-Verwaltungsratschefs Bruno Heck. Er hat seinen Landsmann und Freund seit Jahren protegiert, nicht immer zur Freude aller CDU-Medienpolitiker. Fellhauers Kapital ist neben dem engen Draht zu Heck die Vertrautheit mit dem Innenleben der von manchen Krisen gebeutelten Deutschen Welle, die als „Anstalt nach Bundesrecht“ alles andere als ein „Bundesender“ ist. Sie wird aber draußen als Stimme der Bundesrepublik Deutschland betrachtet.

Hier liegt das Dilemma. Es gab im Laufe der Jahre manche Pression, vor allem aus Moskau, aber auch von seiten des auswärtigen Amtes. Oft war von „Einnischung“ die Rede, wo es in Wahrheit, siehe das Osteuropa-Programm, um korrekte Informationen ging. Fellhauers Vorgänger haben diese Attacken souverän abgewehrt. Der neue Mann wird sich hier noch bewähren müssen.

Der künftige Intendant, 1928 geboren und von Hause aus Jurist, bemüht sich als Vize von Klaus Schütz

darum, der „Welle“ Zugang zum Fernsehen zu verschaffen. Die von ihm geleitete Gesellschaft „Trans Tel“ versorgt Stationen in der Dritten Welt mit umgearbeiteten deutschen Fernsehproduktionen. Seit Jahren probt Fellhauer überdies den Einstieg in amerikanische TV-Netze. Er ist der Promoter einer Art Deutschen Stunde für Zuschauer in der Neuen Welt. Diese Pläne trafen sich mit den Ambitionen der Bundesregierung für eine bessere Selbstverwirklichung draußen zu sorgen. Alles hängt vom Geld ab, und der Kölner „Auslandssender“ wird zu hundert Prozent aus dem Bonner Haushalt finanziert.

Das Gerangel um die Finanzen wird unter Fellhauer weitergehen, ist doch die „Welle“, um bei ihren Hörern in aller Welt anzukommen, auf eine Modernisierung der Sendeanlagen angewiesen. Der „Fachintendant“, als solcher sieht sich der neue Mann, muß hier auf seine Erfahrungen als Verwaltungsdirektor (seit 1962) und auf seine politische Nähe zu den in Bonn Regierenden zurückgreifen. Auch ein CDU-Intendant am Kölner Raderberggürtel wird es nicht leicht haben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen kommentieren die Hamburg-Wahl

Allgemeine Zeitung

Selbst die von der SPD dramatisch für den Wahlkampf aufbereitete Auseinandersetzung um Kohls „Newsweek“-Zitat über Grobbels-Gorbatschow verpuffte. Die Wähler haben ein sicheres Gespür dafür, wo die wahren Skandale und Versäumnisse liegen. (Mainz)

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Denn es hat die Tatsache bestätigt, daß bis zu zehn Prozent der Bürger bereit sind, den Problemen des Alltags durch eine Flucht ins Irrationale auszuweichen und Abschied zu nehmen von machbarer Politik.

Weltweite Nachrichten

Nach Niedersachsen und Bayern hat Hamburg bestätigt, daß das SPD-Rezept, die Grünen thematisch aufzusaugen und so zu einer Mehrheit zu kommen, eine grandiose Fehlkalkulation ist. (Münster)

FLENSBURGER TAGEBLATT

Die CDU in der Hansestadt kann ... kaum anders, als mit dem staatstragenden Drängen auf die Regierbarkeit der Stadt die Große Koalition geradezu auf dem Silbertablett anzubieten. Das stört auch keine Strategien der Parteifreunde in Bonn - eher im Gegenteil.

Darmstädter Echo

Ist das ein Schlag ins Kontor!

LA STAMPA

Die neue Niederlage der SPD, die einen ähnlichen Dilemma vor vier Wochen in Bayern folgt, verurteilt Johannes Rau alle Bemühungen, sich das Image eines Siegers zuzulegen. (Turin)

ARBEITER-ZEITUNG

Auch wenn die Hamburger Verhältnisse nicht als Spiegel für die bundesdeutsche Gesamtsituation angesehen werden können, sehen die Aussichten der SPD für die Parlamentswahlen im Jänner - noch dazu nach der Bayern-Schlappe - nicht rosig aus. (Wien)

LE FIGARO

Dieses katastrophale Resultat für die Partei von Willy Brandt hat eine noch größere Bedeutung als der vor vier Wochen bei den Landtagswahlen in Bayern verzeichnete Stimmenrückgang. (Paris)

Basler Zeitung

Mit einem rund zehnpromzentigen Stimmenverlust der Hamburger SPD sind am 9. November in Hamburg endgültig sämtliche Hoffnungen der sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Johannes Rau zu Grabe getragen worden.

Neue Zürcher Zeitung

(Raus) erklärte Ziel, im Januar bei der Bundestagswahl im Alleingang eine absolute Mehrheit für die SPD zu gewinnen, muß im Lichte dieser Entwicklung als weltfremde Traumerei erscheinen.

Handwritten signature or note at the bottom right of the page.

Neun heiße Frequenzen für den kühlen Norden

Der Norden droht auf - Radio Schleswig-Holstein! So heißt es seit dem 1. Juli, seit dem Start des ersten landesweiten Privatfunks in der Bundesrepublik. Was da aus einer ehemaligen Lagerhalle im Kieler Gewerbezoo WITTLAND in den Äther geschickt wird, sprengt manche Konventionen.

Von WOLFGANG GESSLER
Sprich mich bloß nicht an, mault Thomas Schröder grinsend einen Kollegen an. „So kann ich das nicht senden.“ Im Studio A wippt Ines Barber rhythmisch auf dem Moderatorenstuhl. Die Schreitische hier sind mit Papier übersät, an der Wand eine überdimensionale Uhr, weiße Stellwände im Büroraum, ein dreieckiger Konferenztisch, Fernschreiber, Regale mit Tonbändern, Stühle im Raumschiff-Enterprise-Look, ein gläsernes Studio, geschäftige Menschen, Telefone klingeln: Wir sind bei Radio Schleswig-Holstein, kurz RSH.

Was hier seit dem 1. Juli auf neun Frequenzen zwischen 100,2 und 103,8 Megahertz in den Äther geschickt wird, stellt die bisherige Radiowelt für viele auf den Kopf, spaltet die NDR-gewohnte Hörschaft in Schleswig-Holstein und die Experten in zwei Lager. „Der Norden dreht auf - Radio Schleswig-Holstein!“ So dröhnt's durch das nördlichste Bundesland, aber auch in Hamburg,

Wenn Opa froh und munter lacht, hat RSH ihn angemacht.



Bremen und Teilen Niedersachsens ist „der Nene“ zu hören. Der lockere Sound plätschert in Freizeit-Centern ebenso wie im Dental-Großlabor, in Friseursalons, Säulen, Supermärkten und Boutiquen oder in Wartezimmern von Arztpraxen.
Die Hörerliste angelehnt in dicken Ordnern, besticht wie die Werbroschüre der barmherzigen PR-Agentur: „Da lohnt sich das Aufsteigen wirklich.“ „Dickes Kompliment für Euch!“, „Prima, Junge und Mädels!“, „herzerfreulich“, „einfach wunderbar.“ Ein RSH-Fanclub aus Twedterfeld schreibt, die Abteilung einer Damenoberbekleidungs-Firma finde den Sender „ganz toll“ und möchte zehn „Aufkleber“. „Hals-Nasen-Ohren-Arzt aus Eckenförde a.d. und auch das Sekretariat des Kreiskrankenhauses in Itzehoe bekennt seine Begeisterung für das 30köpfige Team des ersten landesweiten Privatfunks.
„Fahrstuhlmusik“, „Beschallungssender“ oder „Selbstverblödung des Radios“, so klassifizieren Kritiker dagegen das neue Rund-um-die-Uhr-Programm. NDR 2, als Vergleichsobjekt und öffentlich-rechtlicher Prüllknabe jetzt auch in der Diskussion, kommt freilich kaum besser weg: „ARD-Mümmis“, „Jammersen-

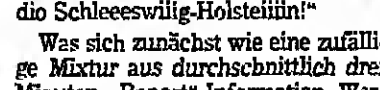


Bitte recht locker: Programmdirektor Hermann Stümpert (5. v. r.) mit der heißen RSH-Crew

der“ oder „Monopol-Griesgram“, so lautet hier das entsprechende Meinungs-Potpouri.
Zurück zu RSH: Am Schichtleiter-Pult gegenüber den Sendestudios kommt Thomas Schröder nicht zur Ruhe. „Wie soll ich den Regler runtern?“ will Ines wissen. Christian (der zweite Schröder) im Vorbeigehen: „Sind die Beiträge fertig?“ „Hetz, Treiber!“ kommt die Antwort. Bevor Thomas zu RSH kam, hat er studiert, beim Fernsehen gejobbt und als Nachportier gearbeitet. Seine Vorgeschichte ist nicht untypisch: Die Crew, Durchschnittsalter 26, hat Programmdirektor Hermann Stümpert (37) nicht aus Kreisen der routinierten Rundfunkmacher rekrutiert. Job will keine durchgestylten Moderatoren, die Nachrichten vortragen wie ein Schauspieler den Othello im Staatstheater.“ Ad Roland, Rundfunkprofi aus Holland, der die Neulinge in seinen privaten Tonstudios auf Vordermann gebracht hat: „Das könnte dein Nachbar sein, der da hinter dem Mikrofon sitzt.“

Hund?“ „Das neue Chappi mit feinst gemahltem Markknochen!... „Ich hab' nen Jeans-Anzug von Tommy Toole aus dem Otto-Katalog, da ist mein großer Bruder blaß geworden vor Neid. Otto - find' ich gut!“ „Ja, Ruhe.“ „Herrliche Zeit mit Coca-Cola light. Jetzt mit Nutrasweet, fast ohne Kalorien, ganz viel Geschmack. Was will man mehr? Coca-Cola light.“ Und eine Verkehrsmeldung haben wir: In Kiel ist die Ringstraße ab 10 Uhr zwischen Sofienhütt und Königsweg wegen Asphaltierungsarbeiten gesperrt. Die Temperaturen: List 10 Grad, Schleswig 10,

Hat mein Auto auch ne Delle, RSH ist meine Welle.



Kiel 10, Neumünster 9, Lübeck 8 und Hamburg 8 Grad. Auf geht's!“ Und dann löst es wieder vom Band: „Er-Es-Ha, Er-Es-Ha! RSH-Express: Radio Schleswig-Holstein!“
Was sich zunächst wie eine zufällige Mixtur aus durchschnittlich drei Minuten „Report“-Information, Werbung, Wetter und Verkehr anhört, ist Teil eines „rigorosen Konzeptes“, das „nach den Vorgaben des Marktes“ gestaltet wurde, so formuliert es Hermann Stümpert. Und da dieser Hörer-Markt durch den baldigen Start weiterer Privatsender (zwei in Hamburg, einer in Hannover) heißer umkämpft werden wird, will man in Kiel den Erfolg nicht dem Zufall überlassen. Das Programm ist durchgeplant: Informationen, Service, Werbung und Moderatoren-Sprüche dürfen im Tagesprogramm (5 bis 19 Uhr) nicht mehr als 15 Minuten pro Stunde beanspruchen, 45 Minuten sind für Musik reserviert.
Werbung gibt's zwei mal drei Minuten in der Stunde, also 84 Minuten im Tagesprogramm (NDR 2: 32 Minuten) oder etwa 180 Spots täglich, mit denen sich der Privatveranstalter finanziell über Wasser hält. Vom großen Markenartikel bis zum Kfz-Händler die Ecke reicht dabei die Spannweite der Kundschaft, 300 Mark (1987: 500) müssen für einen 30-Sekunden-Spot durchschnittlich bezahlt werden, bei NDR 2 legt man im Schnitt 3700 Mark hin. Ralf Stolberg, verantwortlich für die NDR-Funkwerbung, rechnet in werbeschwa-

39 Gramm Haschisch können ihn das Leben kosten

In Malaysia steht in Kürze ein junger Deutscher vor Gericht, dem unter der Anklage des Drogenhandels die Todesstrafe droht. Wie geriet er in diese Situation, in der ein paar Gramm für Leben oder Tod entscheidend sein können. Wie lebt er seit drei Jahren als Untersuchungshäftling? Wir erkundigten uns vor Ort.

Von MARLENE RÖDER

Ausstieg. Einmal heraus aus dem alltäglichen Trott von morgens neun bis nachmittags fünf. Weg von der immer gleichen tristen Umgebung - dem Schreibtisch, den ewig gleichen Gesichtern der Kollegen und dem trüben deutschen Wetter den Rücken kehren. Ein Neugeborener irgendwo in der Sonne ohne Streß.

So ähnlich muß Frank Förster geträumt haben, als er vor mehr als drei Jahren seinen Beruf als Bankkaufmann in einer kleinen Stadt im Rheingau aufgab, um in Australien Schafe zu züchten. Frank Förster kam jedoch nie dort an. Der damals 21jährige stülpte junge Mann stolperte über die verschärkte Drogen-Gesetzgebung Malaysias und wartet seit drei Jahren im überfüllten Untersuchungsgefängnis der Urlaubsinsel Penang auf seinen Prozeß.

Ein Prozeß, bei dem es für den Deutschen höchstwahrscheinlich um Kopf und Kragen geht. Auf Drogenhandel steht in Malaysia die Todesstrafe. Als Dealer gilt, wer mehr als 15 Gramm Heroin oder 200 Gramm Haschisch bei sich führt. Frank Förster hatte genau 39 Gramm Haschisch zu viel, um sicher der Todesstrafe zu entgehen. Nur mit 200 Gramm des flüchtigen Rauschgiftkonzentrats gilt ein Beschuldiger nach der Rechtsprechung in Malaysia noch als Pusher, der mit lebenslangem Gefängnis und sechs Schlägen mit dem Rattanstock bestraft wird. Ein Schlag mit diesem Stock reicht zur Bewußtlosigkeit und für bleibende Narben.

Der von ständig steigender Drogenabhängigkeit alarmierte Staat, an einer der wichtigsten Transitstrecken des Heroin aus dem „Goldenen Dreieck“ gelegen, hatte erst am 15. April 1983 den „Dangerous Drug Act“ neu ausgelegt und verschärft. Seither wurden mehr als 40 Menschen wegen Drogendelikts gehängt; zuletzt im Juli dieses Jahres zwei Australier, 88 weitere Todesurteile wurden in den Gefängnissen auf den Herzen.

Wem gehörte die Tasche mit dem Rauschgift?

Vom 1. Dezember an, gut drei Jahre nach seiner Festnahme in Penang, wird der Fall Frank Förster vor dem High Court in Georgetown verhandelt. Die Richter und der Staatsanwalt müssen dabei eine ganze Reihe von Ungereimtheiten aufklären. Dabei geht es vor allem darum, zu ermitteln, wem die Tasche mit dem Haschisch gehört, die im Hotelzimmer von Frank Förster gefunden wurde. Was war geschehen?

Der in der Bundesrepublik gut beleumundete, aber als leicht beeinflubbar geltende Förster will sich nach einer von ihm so empfundenen Vorverurteilung in einem deutschen Skandalblatt nicht mehr öffentlich äußern. Um ihr den Presserummel zu ersparen, hat er auch seine Mutter gebeten, nicht zum Prozeß anzureisen. Möglicherweise war der junge

Mann recht unbedarft in seine Lage hineingeraten. Ihm sei die Schwere des Deliktes in Malaysia nicht bekannt gewesen, sagt er. Der Versuch einer Rekonstruktion der Geschehnisse muß nach den Erkenntnissen der Verteidigung zwangsläufig lückenhaft bleiben.
Frank Förster hatte die lange Reise in ein neues Leben nicht allein angehtreten. Der Winzersohn aus dem Rheingau war mit zwei Bekannten aus Rüdesheim aufgebrochen, die möglicherweise mit der Drogenszene besser vertraut waren als er. Zusammen mit den beiden erfahreneren Männern reiste Frank offenbar auf den ausgetretenen Pfaden der Rucksack-Globetrotter auf der steten Suche nach den billigsten Unterkünten und Fortbewegungsmitteln. Sie waren schon eine ganze Weile unterwegs, als sie in Indien - wie auch immer - in den Besitz des Rauschgifts kamen, vielleicht, um es in Australien mit Gewinn wieder an den Mann zu hängen. „Das ist so üblich unter diesen Umständen“, meint der Anwalt.

Auf Schildern warnt die Schlinge des Henkers

339 Gramm sind nach vorsichtigen Schätzungen des Drogenforschungszentrums der Universität der Wissenschaften in Penang mindestens der Jahresbedarf für einen Abhängigen, wobei die relativ schwache Konzentration des Wirkstoffs von 20 Prozent zu Grunde gelegt wurde. Anreicherungen bis 60 Prozent sind aber nicht selten.
Die drei Deutschen reisten von Indien nach Singapur und bestiegen dort den Bus nach Penang. In Penang, so hatten sie erfahren, waren die Tickets nach Australien besonders billig. Am Grenzübergang zum malaysischen Johor Bharu stehen die weißen Schilder mit den fetten roten Lettern „Auf Drogenhandel steht der Tod“, daneben bildhaft die Schlinge des Henkers. Im Bus wird mehrfach die Warnung per Lautsprecher in englischer Sprache wiederholt. Die Busfahrer durch das ländliche Malaysia dauert zwei Tage. Vorbei an Gummi- und Palmölplantagen, bunten Gärten voller Eibiskus, Orchideen und Kokospalmen. Vorbei an den einfachen malaysischen Holzhütten auf Stelzen, den buntgestrichenen, ebenerdigen chinesischen Häusern, ausgedienten Zimmern und Stausen, die langsam von rosarotem Lotos überwuchert werden.

In der alten britischen Kronkolonie Penang finden die drei Quartier mitten in der Hauptstadt Georgetown im „Swiss Hotel“, das nicht nur für seine gelbdeutelschönen Preise, sondern auch für seinen schwunghaften Drogenumsatz zumindest im Drogenbezugsamt in Kuala Lumpur bekannt ist. Die drei jungen Leute beziehen gemeinsam ein Zimmer.
Am 20. November, kurz nach Mitternacht, ist dann die Polizei da. Möglicherweise hat jemand einen Tip gegeben. Der junge Beamte, der da im Türhaken des Hotelzimmers steht, ist nicht von der Drogenpolizei. Er findet die Tasche mit dem Haschisch - 39 Gramm stellt das Polizeilabor später fest. Die drei jungen Deutschen werden vorläufig festgenommen und verhört. Draußen graut mittlerweile schon der Morgen. Alle Beteiligten sind erschöpft. Nicht nur dem jungen Beamten, der vielleicht zum erstenmal mit einem solchen Fall konfrontiert ist, liegt an einem

baldigen Ende der ungemütlichen Nacht. Einer der drei soll sich als Eigentümer der Tasche mit dem Rauschgift bekennen, dann kämen die anderen beiden frei, schlägt der Beamte nach Darstellung von Frank Förster vor.

Frank waren nach eigenem Bekunden die Konsequenzen nicht klar, als er sich - möglicherweise in der Hoffnung, den Spuk zu beenden - zum Eigentümer der Tasche erklärte. Er wurde verhaftet, seine beiden Bekannten für den Termin vor dem Untersuchungsrichter vorgeladen. Erst vor dem Untersuchungsrichter wurde offenbar allen drei Deutschen bewußt, was auf dem Spiel stand. Doch da war es schon sehr spät.

Die beiden Freunde aus Rüdesheim blieben auch diesmal unbehelligt. In der Gerichtskantine saß an jenem Mittag der erfahrene Drogenanwalt Rajasingam gerade mit ein paar Kollegen beim Kaffee. Plötzlich tauchten zwei ziemlich verstörte junge Leute vor seinem Tisch auf, erzählten durcheinander die Geschichte. Die Anwälte staunten nur: „Und dann seid ihr noch hier?“ Erst zwei Wochen später begann die malaysische Polizei nach den beiden Deutschen zu fahnden, aber da waren sie schon in Sicherheit. Die malaysische Rechtsprechung kennt nicht den Begriff des gemeinschaftlichen Eigentums, so daß die tödliche Dosis auf drei Besitzer verteilt und somit für jeden in ein geringeres Risiko verwandelt werden könnte. Aber die Frage nach dem Besitzer scheint weiterhin offen.

Die Weggefährten bieten Entlastung an

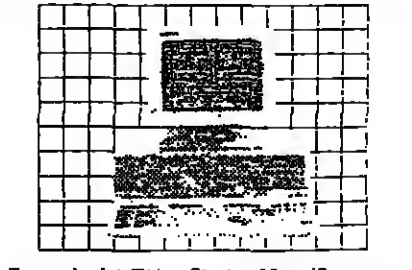
Franks Weggefährten haben aus der Ferne ihre Bereitschaft bekundet, den jungen Rheinländer zu entlasten. Das allerdings dürfte schwerfallen. Malaysische Gerichte erkennen nach Darstellung des Anwalts Aussagen vor ausländischen Organen nicht an. Eine Rückkehr würde für beide jedoch mit unübersehbaren Unannehmlichkeiten verbunden sein. Selbst wenn der Anwalt für die Zeugen eine Immunitätszusage der Behörden erhalten könnte, gäbe es immer noch die Möglichkeit, sie ohne Gerichtsverfahren nach dem „Internal Security Act“ für wenigstens zwei Jahre einzusperren - so geschehen mit einem Zeugen in einem Mordfall.
Frank hat bislang im Gefängnis von Penang stoische Ruhe bewahrt. Hinter den fröhlich bemalten Mauern des 1840 erbauten Gebäudes, in dem mittlerweile 4000 statt der ursprünglich einmal vorgesehenen 400 Häftlinge einsitzen, verbrachte der junge Mann die ersten zwei Jahre mit drei Mitgefangenen in einer engen düsternen Zelle, in dem ein kleiner Spalt für Licht und Frischluft sorgte. Das ist bei der hohen Luftfeuchtigkeit und den heißen Temperaturen nicht eben viel. Aber über die Haftbedingungen hat sich Frank Förster nicht beschwert. Seit Oktober 1985 wurde dem ehemaligen Helfer vom Malteser Hilfsdienst gestattet, in der Krankenstation mitzuarbeiten, wo er im Gemeinschaftssaal schlafen darf und auch eine Duschkabine. Möglicherweise ein gutes Zeichen.

Der bisher einzige Deutsche, der für ein Drogendelikt in Malaysia verhaftet wurde, hat sich in Gottes Hand ergeben. Er schloß sich der Missionsbewegung der „Born Again Christians“ an.

„Liebe Unternehmer. Wenn wir den auspacken, können Sie Dateien noch rationeller anpacken.“



Hier ist der Olystar 6 A. Ein Personalcomputer, der Ihren Sachbearbeitern ein ausbleibendes Stückchen Arbeit erspart. Vom Olympia-Team.



Der mehrplatzfähige Olystar 60 weiß was Sache ist, wenn Sachbearbeiter kalkulieren, planen, fakturieren oder buchen müssen. Außerdem erstellt dieser industriekompatible Personalcomputer Statistiken und Grafiken und erledigt so ganz nebenbei die normale Bürokorrespondenz. Klar, daß unser Olystar 60 durch umfangreiche Software (unter dem Betriebssystemen MS-DOS und Prolog) problemlos und professionell in der Anwendung ist.
Wenn Sie sich ein entscheidendes BIT'chen Arbeit ersparen wollen, wählen Sie (04421) 78 22 22. Dann erfahren Sie, wie rationell und angenehm ein Sachbearbeiter-Arbeitstag sein kann.

OLYMPIA
Bürotechnik der AEG

Bayerns SPD zeigt auch Schadenfreude

L. München
Trotz allen Mitleids über den tiefen Sturz der Hamburger Genossen können Bayerns Sozialdemokraten ein Quentchen Genugtuung nicht verbergen, denn nun, so ließ sich der bayrische SPD-Vorsitzende Rudolf Schöbinger gestern vernehmen, habe sich gezeigt, daß die weißblaue SPD-Schlappe vor vier Wochen mit nur 27,5 Prozent „kein typisch bayerisches Ergebnis war“.

Wie identisch die Trends an Isar und Elbe verliefen, zeigt ein Vergleich zwischen dem landesweiten SPD-Verlust in Bayern und dem Minus in den Großstädten: Insgesamt verloren die bayerischen Sozialdemokraten nur 4,4 Prozent, in München (-9,9) und Nürnberg (-8), den beiden größten Städten des Freistaats, mußten sie dagegen Verluste einnehmen, die denen der Hamburger Parteifreunde gleichen. Schöbinger spricht deshalb von in der Geschichte der SPD „einmaligen Einbrüchen“ in den Großstädten und fordert eine grundlegende Strategieänderung für den Bundestagswahlkampf.

Seine Analyse, weshalb die sozialdemokratischen Traditionswähler „dramatisch am Verschwinden“ sind, gleicht jener, die er bereits vor vier Wochen gab: Sie stärke mit den Grünen auseinanderzusetzen und sie nicht mehr wie „mifratene, aber von

den Eltern mehr oder weniger geliebte Kinder“ behandeln, sich mehr um soziale Aufsteiger und technische Intelligenz kümmern. Die Wähler mit einem „guten Lebensgefühl“ anzusprechen und nicht so sehr auf das Schlagwort „Neue Armut“ setzen: „Die wirklich Armen fühlen sich von der Caritaschwester doch besser betreut als von einem Sozialdemokraten.“

Nun solle die SPD nicht mehr auf die absolute Mehrheit im Bundestag setzen, sondern zum Hauptziel erklären, die absolute Mehrheit der Union und den Sprung des CSU-Vorsitzenden Strauß in das Amt des Außenministers zu verhindern.

Wohl sieht auch Staatsminister Edmund Stoiber „ganz schwere Zeiten“ für die SPD und zudem den Beweis, daß die Stammklientel der FDP bei zweieinhalb bis drei Prozent liegt, der Strauß-Berater warnt die Union aber davor, auf eine absolute Mehrheit zu setzen. Erstes Ziel müsse es jedoch sein, daß CDU und CSU stärker werden als SPD und Grüne zusammen.

Information Nr. 11
Kessler+Luch übernimmt die Wartung raumlufttechnischer Anlagen und lufttechnischer Anlagen der Verfahrenstechnik.

Die Spezialisten
Kessler+Luch

Düsseldorf • Gießen • Hamburg • Hannover • Marneim • München • Nürnberg • Stuttgart

Nach der Wahl: CDU gestärkt / FDP zuversichtlich / SPD will Kräfte konzentrieren

Kohl sieht Bestätigung für Regierungspolitik

FDP sieht auch positive Aspekte ihres Ergebnisses

Hamburger Loch im Netz des Menschenfischers Rau

GÜNTHER BADING, Bonn
Der CDU-Bundesvorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl hat seine Partei vor einem Nachlassen in ihrem Wahlkampf aufgrund der SPD-Niederlagen in Hamburg am Wochenende und in Bayern am 12. Oktober eindringlich gewarnt. „Wir kämpfen um jede Stimme“, sagte der Kanzler in einer Pressekonferenz nach einer Sitzung von CDU-Präsidium und Parteivorstand im Bonner Konrad Adenauer-Haus. „Wir haben weder eine Stimme zu verschenken noch zu verlieren.“ Die Bundestagswahl werde erst am 25. Januar entschieden. Er halte auch die da und dort in der eigenen Partei jetzt einsetzenden Überlegungen „absolut nicht für sinnvoll“, die Unionsparteien sollten nun Wahlkampf auch gegen den Koalitionspartner FDP betreiben und eine eigene absolute Mehrheit anstreben. Eine klare Absage an alle Überlegungen, bei der Bundestagswahl angesichts des gegen die SPD laufenden Trends und dem schwachen Abschneiden der FDP auf eine eigene absolute Mehrheit der CDU/CSU zu setzen, hatte der Kanzler schon in der Sitzung des Parteivorstands ausgesprochen. Kohl wandte sich auch dagegen, aus dem dritten Scheitern der FDP in Hamburg an der Fünf-Prozent-Hürde die Voraussetzung für eine ähnliche Niederlage der Freidemokraten bei der Bundestagswahl zu berechnen.

In einer ersten Analyse des Hamburger Wahlergebnisses hielt Kohl fest, daß die Stimmgewinne für die CDU zwar auf den hervorragenden Wahlkampf seiner Hamburger Parteifreunde zurückzuführen seien, daß sie aber „selbstverständlich auch eine Bestätigung der Bonner Regierungspolitik“ seien. Der Hamburger CDU-Spitzenkandidat Perschau bestätigte diese Auffassung. Er habe seit der Sommerpause eine

„Änderung des politischen Großklimas“ verspürt. „Wir hatten einen wachsenden und sehr, sehr angenehmen Rückenwind aus Bonn.“

Die Niederlage der SPD in Hamburg habe einen „erdrückenden Charakter“, sagte Kohl. Die Politik der SPD sei, ob in Hamburg oder anderswo in der Republik, nicht mehr überzeugend und schlüssig; sie werde von der Wahlbevölkerung nicht mehr akzeptiert. Sowohl in Bayern als auch in Hamburg habe die SPD ihr jeweils schlechtestes Ergebnis seit 1949 erzielt. Es sei offenkundig, daß ein Teil der traditionellen SPD-Wähler in der Arbeitnehmerschaft angesichts der Entwicklung in ihrer Partei den Weg zur CDU gefunden habe.

Kohl machte deutlich, daß er in Hamburg die Entscheidung über eine eventuelle große Koalition von CDU und SPD kaum vor dem Termin der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 erwarte. Die Entscheidung, so der CDU-Bundesvorsitzende, sei ohnedies Sache der Hamburger Union. Indirekt stellte sich Kohl allerdings hinter die Äußerung des CDU-Spitzenkandidaten in Hamburg, Hartmut Perschau, der sein Koalitionsangebot an die SPD noch am Wahlabend mit der Verantwortung für die Zukunft der Hansestadt begründet hatte. Die CDU könne sich ihrer Verantwortung für die Regierbarkeit Hamburgs nicht entziehen, gab der Kanzler zu verstehen. Perschau erklärte dazu in Bonn: „Die CDU kann nicht ihre Hand dazu reichen, daß die SPD zu einem Bündnis mit den Grünen gedrückt wird.“ Ein solches Bündnis sei von der CDU nicht zu verantworten, da es den Niedergang der Hansestadt und eine Verschärfung der schon jetzt in der sozialdemokratischen Regierungszug aufgetretenen Probleme bedeuten würde.

DIETHART GOOS, Bonn
Abgesichert von verschlossenen Türen haben Präsidium und Bundesvorstand der FDP gestern in Bonn das Hamburger Bürgerstimmenergebnis beraten und Schlussfolgerungen für den Bundestagswahlkampf gezogen. Obwohl die FDP ihr erklärtes Ziel der Rückkehr in die Bürgerschaft knapp verfehlt habe, sei sie nicht geschlagen worden, hieß es in einer Erklärung von FDP-Sprecher Mahling.

Nach Meinung der Bonner Parteispitze sei es eine bescheidene Leistung, angesichts achtjähriger Abwesenheit aus der Bürgerschaft von 2,6 Prozent nahe an die Fünf-Prozent-Grenze herangekommen zu sein. Zugleich wurde in der Sitzung der Führungsgremien aber auch festgestellt, daß die Liberalen in der Hansestadt mit 4,8 Prozent noch um 1,5 Prozent unter dem Ergebnis der Bundestagswahl vom März 1983 geblieben sind. Dies sei Anlaß genug, jetzt alle nur möglichen Anstrengungen auf ein gutes Abschneiden am 25. Januar 1987 zu konzentrieren.

Parteichef Martin Bangemann meinte, er sei nicht pessimistisch, was den Einzug der FDP in den neuen Bundestag betreffe. Die Wähler hätten darüber zu entscheiden, ob die erfolgreiche Arbeit der Bonner Koalition aus CDU/CSU und Freien Demokraten fortgesetzt werden solle oder ob bei weniger als fünf Prozent für die FDP eine rot-grüne Mehrheit im Bund an die Macht komme.

Aufmerksam registrierte die Parteiführung erste Analysen der Wählerwanderung bei der Bürgerschaftswahl. So gingen 10 000 Stimmen von der SPD direkt zur FDP. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Hamburger FDP auf jede Koalitionsaussage verzichtet hatte und stattdessen ein Bündnis mit den Sozialdemokraten nicht ausgeschlossen

wurde, erhält dieser Zugewinn von SPD-Stimmen besonderes Gewicht. Es sei allerdings falsch, daraus eine Bereitschaft zur Wiederauflage der sozial-liberalen Koalition im Bund abzulesen, hieß es in Vorstandskreisen.

Mit Sorge wurde im Bundesvorstand die sich vor allem bei der CSU abzeichnende Strategie registriert, bei der Bundestagswahl die absolute Mehrheit der Unionsparteien anzustreben. Nur einmal, bei der Bundestagswahl 1977, war es CDU und CSU gelungen, mit 50,2 Prozent der Zweitstimmen und 270 Mandaten die absolute Mehrheit zu erringen.

Diese Neuaufgabe der Unionsmehrheit wollen die Liberalen unter allen Umständen verhindern. So erklärte Parteiprecher Mahling nach der gestrigen Vorstandssitzung, nur mit der FDP werde es eine Fortsetzung der liberalen Außen- und Sicherheits-, Wirtschafts- und Rechtspolitik geben. Die Freien Demokraten würden eine notwendige Steuerreform durchsetzen, um die unerträgliche Steuerlast für jeden zu vermindern. Auch könnten über eine Entlastung besonders der kleinen Betriebe neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Diese Marschrichtung der FDP soll auf dem Wahlparteitag am 21. und 22. November in Mainz mit einer klaren Koalitionsaussage zugunsten der Union untermauert werden. Gezielt wollen die Liberalen jene Wählerschichten ansprechen, die einen zu starken Einfluß der bayerischen CSU innerhalb der Union ablehnen und zugleich die Fortsetzung der bisherigen Koalitionsregierung wünschen. Bei voller Ausschöpfung der eigenen Stammwählerschaft und entsprechenden Stimmen aus dem Unionslager rechnet die FDP-Führung mit einem Stimmenanteil von sechs bis sieben Prozent.

PETER PHILIPPS, Bonn
Es war nur Zufall, daß in Hamburg eine Ausstellung über mittelalterliche „Gruselkabinette“ zu der Stunde eröffnet wurde, als in Bonn das SPD-Präsidium zusammentrat. Aber wie im Gruselkabinett kommen sich auch die Spitzengegner vor, seit der Aufgalopp zur Bundestagswahl so sensationell im Graben endete.

Der Mann, auf den nun alles gebannt start, Kanzlerkandidat Johannes Rau, war schweigsam wie selten – und verabschiedete sich nach der Präsidiums-Sitzung schnell wieder. Das anschließende Treffen der Landes- und Bezirksführer der Partei, die abendliche Vorstandssitzung rückten bei ihm trotz drängender Aktualität wieder in den Hintergrund.

Rau eilte nach Wuppertal, wo Ehefrau Christina mit dem dritten Kind in den Geburtswehen lag. Der Kreis-

sachsen knapp gescheitert, und Friedhelm Farthmann, mächtiger nordrhein-westfälischer Fraktionschef, gestern die eigene Basis vor einer Kandidaten-Diskussion gewarnt. Es sei „tödlich“, sagte Farthmann, mitten im Strom „die Pferde zu wechseln“. Auch am Bekenntnis des Bruder Johannes, daß nichts mit den Grünen in Bonn geht, darf nicht gerüttelt werden. Wenn sie nach Bayern und Hamburg sich nicht auch in Bonn ihr schlechtestes Nachkriegs-Ergebnis einhandeln wollen, dies wissen die Genossen, dann darf am Kandidaten und seinen Kernausagen kein Zweifel laut werden.

Daß es mit der Wahlkampf-Führung aber nicht im bisherigen Trott weitergehen kann, daran bestehen ebenso wenige Zweifel: Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und Peter Glotz geben bereits in der Wahl-nacht die neue, realistische Formel aus, daß das Ziel die Verhinderung einer absoluten CDU/CSU-Mehrheit sei. Der saarländische „Enkel“ Oskar Lafontaine mahnte ebenso wie Schröder an, daß die Partei in der jetzt beginnenden heißen Wahlkampfphase „nicht zweifelnde Positionen“ auf den Gebieten Kernenergie, Umweltschutz und Abrüstung vertreten müsse. „Von glasklaren Alternativen“ sprach Schröder und stieß das Rausche „Veröhnen“ vom Podest. Die SPD dürfe „keine falschen Rücksichten mehr nehmen“, müsse in einer Sprache kämpfen, die „den Geißlers keine Chance mehr läßt“.

Auch nicht Gewerkschaftsführern: Man müsse „den Vorsitzenden der Gewerkschaftsholding BAG, Alfons Lappas, und die Verantwortlichen im DGB, die Fehlverhalten gezeigt haben, sofort in der Versenkung verschwinden lassen“. Der enge Schulterschluss mit den Gewerkschaften sollte Rau nach oben tragen und hat sich nun unter dem Stichwort „Neue Heimat“ wie ein Mühlstein am Hals des Kandidaten entwickelt.

Die Tage nach Hamburg sehen die Genossen in einem ihrer tiefsten Täler, wohin der Abstieg nach der Niedersachsen-Wahl begonnen, hatte. „Wir haben einen langen, einen schweren Weg vor uns“, hatte Rau vor knapp einem Jahr auf dem Treffen in Ahlen ausgeführt. Er ist noch länger, noch schwerer. Damit der nordrhein-westfälische „Menschenfischer“ nicht mehr Schaden nimmt als unvermeidlich, haben seine Landes-Genossen um Bodo Hombach bereits eine eigene Wahlkampf-Strategie für das Land an Rhein und Ruhr entwickelt, damit er wenigstens dort unbeschadet aus dem Bundes-Abenteuer herauskommt: Möglicherweise als Kanzlerkandidat „gegen die Plume gelaufen“, aber unversehrt als Landesvater...



Einzig: Johannes Rau

FOTO: SVEN SIMON
saal wurde auch für ihn zum Zufluchtsort.

Der Kandidat, der „nach der Wende den Wechsel schaffen“ wollte – er wirkt seit Wochen bereits angeschlagen. Seit Sonntagabend macht er den Eindruck eines Boxers, der angezählt ist. Wer hört, wie er in vertrautem Kreis stöhnt, daß er eigentlich nur auf Brandt und Vogel in der Partei wirklich bauen könne, der gewinnt schon seit langem den Eindruck, Rau würde sich lieber heute als morgen der Kandidaten-Bürde entledigen. Zu den Folgerungen nach Hamburg fuhr ihm nur ein: „Ich habe noch nie über Strategien nachgedacht, sondern über Wähler.“

Die Sozialdemokraten sind in einer schwierigen Situation: Einerseits müssen sie eine neue Wahlkampf-Strategie entwickeln, denn das Ziel einer absoluten Mehrheit wird selbst in den eigenen Reihen höchstens noch demotivierend; andererseits müssen sie bei dieser schwierigen Operation auch noch ihren Spitzenkandidaten stabilisieren.

Fast beschwörend haben deshalb Gerhard Schröder, im Juni in Nie-

Grüne zur Tolerierung des SPD-Senats bereit

DIETHART GOOS, Bonn
Nur wenn die Hamburger SPD die Grundsatzforderungen der Grün-Alternativen Liste (GAL) erfüllt, sind die Grünen zur Tolerierung eines sozialdemokratischen Minderheits-senats in der Hansestadt bereit. Das erklärte der Sprecher im Bundesvorstand der Grünen, Rainer Trampert.

Diese Forderungen seien ebenso notwendig wie sozial und würden die Bedingungen der Grünen für die Wahlunterstützung eines Minderheits-senats bedeuten. Die Grünen wollten sich von der SPD keine Einzelheiten ihres Forderungskataloges abhandeln lassen, stellte Trampert klar. „Wir fangen nicht an zu betteln“, erklärte der einflussreiche Sprecher der Grünen. Zugleich

nannte er die für die Grünen wichtigsten Bestandteile des Tolerierungspakets der GAL in Hamburg: Sofortiger Ausstieg aus der Atomtechnik und Ausbau von Energiealternativen; Einleitungsstopp für Schwermetalle sowie der schlimmsten chemischen Giftstoffe in die Elbe; Niederlassungsrecht für Flüchtlinge und Einwanderer mit gesellschaftlicher Gleichbehandlung; bevorzugte Einstellung von Frauen in öffentlichen Dienst sowie Nulltarif für Arbeitslose und Sozialhilfempfänger in öffentlichen Einrichtungen und die Anhebung des Sozialhilfesatzes um 50 Prozent.

Trampert schloß nicht aus, daß es zwischen der CDU als stärkster Fraktion in der Bürgerschaft und den

geschwächten Sozialdemokraten zu einer Großen Koalition kommen könnte. „Ich erwarte mit großer Spannung, wie sich die SPD-Linke denn verhält, wenn die SPD-Rechte, die in Hamburg immer das Sagen hatte, eine offene oder verdeckte Koalition mit der CDU einzugehen beabsichtigt.“ Als ausgeschlossen bezeichnete er Trampert, daß die Hamburger GAL eine CDU-Regierung unterstützen würde. Das gelte genauso für die Grünen in Bonn.

Als wesentliche Vorbedingungen für die Unterstützung einer SPD-Regierung nach der Bundestagswahl am 25. Januar nannte Trampert den Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen und den Ausstieg aus der Atomwirtschaft.

Die Absichten der Grünen bei der bevorstehenden Bundestagswahl bezeichnete Trampert nach dem unerwarteten Erfolg seiner Partei in Hamburg als gut. Die Grünen würden sicher auch im neuen Bundestag vertreten sein. Bezüglich der Wahlabsichten der SPD meinte Trampert, die Partei des Kanzlerkandidaten Rau werde Schwierigkeiten haben, mehr als 40 Prozent der Stimmen zu erhalten. Daher komme es für die Grünen darauf an, mit einer möglichst großen Fraktion dem neuen Bundestag anzugehören. Durch die „Rechtsentwicklung der SPD“ sind die Spielräume nach Darstellung von Trampert als einzige Antwort auf eine heimliche Große Koalition noch größer geworden.

den Eltern mehr oder weniger geliebte Kinder“ behandeln, sich mehr um soziale Aufsteiger und technische Intelligenz kümmern. Die Wähler mit einem „guten Lebensgefühl“ anzusprechen und nicht so sehr auf das Schlagwort „Neue Armut“ setzen: „Die wirklich Armen fühlen sich von der Caritaschwester doch besser betreut als von einem Sozialdemokraten.“

Nun solle die SPD nicht mehr auf die absolute Mehrheit im Bundestag setzen, sondern zum Hauptziel erklären, die absolute Mehrheit der Union und den Sprung des CSU-Vorsitzenden Strauß in das Amt des Außenministers zu verhindern.

Wohl sieht auch Staatsminister Edmund Stoiber „ganz schwere Zeiten“ für die SPD und zudem den Beweis, daß die Stammklientel der FDP bei zweieinhalb bis drei Prozent liegt, der Strauß-Berater warnt die Union aber davor, auf eine absolute Mehrheit zu setzen. Erstes Ziel müsse es jedoch sein, daß CDU und CSU stärker werden als SPD und Grüne zusammen.

Bischof rügt die IG Metall

KNA, Paderborn
Als „Skandal“ hat der Erzbischof von Paderborn, Johannes Joachim Degenhard, die Forderung der IG Metall nach ersatzloser Streichung des Paragraphen 218 bezeichnet. Wie Degenhard gestern deutlich machte, sei „diese Forderung für jeden, dem Leben und Würde des Menschen am Herzen liegen, unerträglich“.

Scharf kritisierte er den Versuch der Gewerkschaft, durch ihre Beschlüsse das Gewissen von Mitgliedern, die eine andere Meinung in dieser Frage haben, zu knebeln. „Ich beobachte diese Entwicklung mit größter Sorge.“

Journalisten aus UdSSR sagen ab

dpa, Bonn
Die Reiseabsagen aus Moskau gehen weiter. Wie gestern bekannt wurde, bestätigte die sowjetische Botschaft in Bonn, daß eine Delegation des Verbandes sowjetischer Journalisten der Einladung des Bundespresidenten nicht folgen könne. Begründungen wurden offiziell nicht abgegeben.

Informierte Kreise in Bonn bezeichneten die Reiseabsage als weitere Folge der Goebbels-Gorbatschow-Außerung von Bundeskanzler Helmut Kohl, die zu einer starken Abkühlung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses geführt hatte.

Hannover: Noch 1986 Privatfunk

dpa, Hannover
Der erste private Hörfunk in Niedersachsen, die Funk- und Fernsehen Nordwestdeutschland GmbH (FFN), startet mit seinen Sendungen noch in diesem Jahr. Am Silvester, zwölf Stunden früher als geplant, sollen die Hörer die ersten Sendungen empfangen können. Wie ein Sprecher des privaten Rundfunkkanbieters gestern mitteilte, soll schon am 31. Dezember mittags die Premiere sein. Bereits seit einigen Tagen strahlt die Deutsche Bundespost über einen von insgesamt sieben Sendern ein Testsignal aus, das Hinweise auf das neue Programm liefert.

Anklage gegen Thomas Hupka

AP, Bonn
Die Bonner Staatsanwaltschaft hat gegen Thomas Hupka, den 26jährigen Sohn des CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka, Anklage wegen Betruges in Tateinheit mit Urkundenfälschung erhoben.

Wie gestern in Bonn mitgeteilt wurde, soll der Prozeß gegen Hupka in Kürze vor einem Schöffengericht stattfinden. Der Geschichtsstudent hatte, so die Anklage, am 25. Juli 1986 unberechtigt 120 000 Mark von einem Konto der Bundes-CDU bei der Dresdner Bank abgehoben und davon Schulden in Höhe von 70 000 Mark abgetragen.

Warnung vor Strafjustiz als „Super-Fachaufsicht“

JOACHIM NEANDER, Mainz
Führende Juristen in der Bundesrepublik Deutschland sehen den Rechtsstaat durch einen sich besorgniserregend verschärfenden Konflikt zwischen Strafrecht und Strafjustiz auf der einen und Verwaltung bzw. Verwaltungsgerichten auf der anderen Seite bedroht. Dies wurde bei einer Diskussionsrunde deutlich, zu der der rheinland-pfälzische Justizminister Professor Heribert Bickel (CDU) in Mainz Rechtsprofessoren, Gerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte des Landes geladen hatte.

So kommt es zu Fällen, in denen der vor dem Strafgericht Verurteilte Jahre später nach dem Finanzgericht doch noch Recht bekommt. Daraus kann der Betroffene später hinsichtlich seiner Verurteilung allerdings nicht einmal ein Wiederaufnahmeverfahren erwirken, sondern hat allenfalls Anspruch auf einen Gnadenweis.

Breuer sieht hier Gefahren für die Einheit und Einsehbarkeit der gesamten Rechtsordnung schlechthin. Der Bürger müsse die Gewißheit haben, woran er sich zu halten habe. Das Strafrecht müsse an Entscheidungen der Verwaltung und der Verwaltungsgerichte anknüpfen. Das Verwaltungsrecht müsse dabei einen Vorrang genießen.

Dem wurde von Seiten der Strafrechtler teilweise vehement widersprochen. Generalstaatsanwalt Hans-Joachim Ulrich (Koblenz) forderte sogar einen absoluten Vorrang für das Strafrecht. Gerade die Erfahrungen mit der Wirklichkeit hätten ja letztlich den Gesetzgeber zu einer Verschärfung beim Umwelt- und Steuerstrafrecht veranlaßt. Es sei sicher kein Zufall, daß Interessenten meist versuchen, ihre Interessen bei Verwaltungsgerichten durchzusetzen. In der Bevölkerung dagegen sei das Vertrauen in die Strafjustiz deutlich größer.

Auch in Streitfällen greift die

Gefahren für Einheit der Rechtsordnung

In einem Grundsatzreferat nannte der Trierer Professor Rüdiger Breuer als exemplarische Konfliktfelder vor allem das neugeschaffene Umweltstrafrecht sowie das Steuerstrafrecht im Zusammenhang mit den Parteispenden. Wenn heute nach Paragraph 324 des Strafgesetzbuches (StGB) ein Unternehmen wegen Verunreinigung eines Gewässers verurteilt werden könne, obwohl es eine nach geltendem Wasserrecht wirksame behördliche Erlaubnis zur Einleitung solcher Abwässer besitzt, schaffe dies eine „erhebliche Rechtsunsicherheit“. In dem betreffenden Frankfurter Fall wurde übrigens auch der für die Erlaubnis zuständige Beamte zu einer Geldstrafe verurteilt, obwohl er nach Verwaltungsrecht lediglich seinen Ermessensspielraum genutzt hatte.

Professor Breuer wies darauf hin, daß der strafrechtlichen und der verwaltungsrechtlichen Gesetzesbestimmung zum Schutz der Gewässer eine unterschiedliche Definition des Schutzzwecks zugrunde liege. Der direkte Zugriff der Strafjustiz bedeute in der Konsequenz, daß sie sich selber zu einer Art Super-Fachaufsicht über die zuständigen Behörden aufwerfe.

Ermittlungen gegen Robert Jungk

dpa, Hanau
Die Staatsanwaltschaft Hanau ermittelt gegen den Friedensforscher Robert Jungk (73) wegen des Verdachts auf Volksverhetzung und aufwieglerisches Landfriedensbruch. Dies teilte der Leitende Oberstaatsanwalt Albert Farwick gestern in Hanau mit.

Ursache der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sind Äußerungen Jungks während einer Kundgebung im Rahmen der Großdemonstration gegen die Nuklearindustrie am vergangenen Samstag in Hanau. Jungk hatte vor den Nuklearkernbetriebe im Stadtteil Wolfgang den 15 000 Demonstranten zugerufen: „Hauptsache Widerstand, egal, ob friedlich oder militant.“ Auch den Aufruf „macht kaputt, was Euch kaputtmacht!“ bewertete die Ermittlungsbehörden als Aufforderung zu Gewalttaten.

Bei der Demonstration in Hanau war es nach dem offiziellen Ende zu Ausschreitungen gekommen, deren Schäden Hanauers Oberbürgermeister Hans Martin (SPD) auf mehrere 100 000 Mark bezifferte. Die Stadt werde den Geschädigten finanzielle Unterstützung zukommen lassen.

Von einer bisher bundesweit nicht gekannten Massierung militanter und gewaltbereiter Atomkraftgegner sprach der Leitende Polizeidirektor Richard Huber, der den Polizeieinsatz am Samstag geleitet hatte. Er bezifferte den gewalttätigen Kern bei der Hanauer Demonstration auf 2500 Personen.

Sandoz will 'jedes Gesuch' auf Schadenersatz prüfen

Zweite Giftwelle bislang ohne Folgen / Den Haag plant Sonderkonferenz / Schweiz will Umweltschutz-Gesetze verschärfen

DW, Bonn
Offenbar ohne gravierende Folgen ist gestern die zweite Giftwelle aus dem Sandoz-Chemielager rheinabwärts an Karlsruhe vorbeigeflossen. Ihr Weg konnte mit Hilfe von Fluoreszenzmessungen genau beobachtet werden. Zwei Schadstoffanalysen von Wasserproben, die aus dieser Welle am Wochenende bei Weil/Rhein und Breisach entnommen worden waren, zeigten nach einem Bericht der Landesanstalt für Umweltschutz (LfU) in Karlsruhe Konzentrationen unterhalb der Nachweisgrenze an. Das zuletzt aus einem leeren Rohr am Brandort in Basel ausgetretene Löschwasser hat sich offenbar sehr schnell stark verdünnt. Eine erneute nennenswerte Anreicherung des Rheinwassers durch Quecksilber ist demnach nicht erfolgt. Nordrhein-Westfalens Umweltminister Matthias gab gestern Entwarnung.

Auch im Stuttgarter Umweltministerium lagen keine Informationen über neues Fischsterben vor. Lediglich aus einem Altrheinarm in der Nähe von Freiburg wurden am Sonntag weitere 40 tote Aale gefischt.

Die Spitze der ersten Giftwelle hat inzwischen die Gewässer des Rotterdamer Hafens erreicht. Die holländischen Behörden rechnen damit, daß

die Gefahr für die Trinkwasserversorgung und für die Fische sowie für die Kleinlebewesen des Flusses frühestens in vier Tagen vorüber sein wird, dann können wir Entwarnung geben“, sagte der Sprecher des „Krisenzentrums Rhein“ vom zuständigen Ministerium für Wasserwirtschaft, Teuni Sprong der WELT.

Ein Fischsterben, so betonen die holländischen Behörden weiter, ist bisher nicht registriert worden. Man rechne auch nicht mehr damit. Die hochgiftigen Insektizide seien inzwischen „sehr stark verdünnt“. Auch habe man genügend Trinkwasser in den Reservoiren gespeichert. Erreulich sei die Tatsache, daß bisher nur „ganz kleine Mengen“ der Kontaminationswelle über die IJssel, die man mit Schleusen nicht von den Rheinarmen abtrennen konnte, ins IJsselmeer geflossen seien. „Eine Gefahr für unsere Trinkwasserversorgung besteht daher nicht“, sagte der Sprecher.

Unterdessen hat die Haager Ministerin für Verkehr und Wasserwirtschaft, Frau Nelie Smit-Kroes, angekündigt, daß sie ihre in dieser Frage zuständigen Kollegen aller Rheinländerstaaten zu einer Sonderkonferenz nach Den Haag einladen will. Die Sondersitzung solle dazu dienen,

daß man in Zukunft bei vergleichbaren Katastrophen effektiver und länderübergreifend zusammenarbeiten könne, sagte die Ministerin.

Die Firma Sandoz muß mit einer Flut von privaten Entschädigungsansprüchen aus dem In- und Ausland rechnen. Baseler Bürger verlangen bereits Entschädigungen für die erlittene „Todesangst“, Ersatz für Arztrechnungen und für Reisekosten, die entstanden sind, weil sie nach dem ersten Alarm die Stadt mit ihrer Familie fluchtartig verlassen hatten. Der betroffene Sandoz-Konzern hat bereits erklärt, „jedes Gesuch“ auf Schadenersatz zu prüfen. Experten rechnen damit, daß die Schadenersatzansprüche viele hunderte Millionen, wenn nicht gar Milliarden Franken betragen werden.

Sandoz ist angeleglich für einen Schaden von einer halben Milliarde Franken oder rund 600 Millionen Mark versichert. Die über die Versicherungsansprüche hinausgehenden Kosten müßte Sandoz aus eigener Tasche zahlen. Ihr Reingewinn belief sich 1985 auf 520 Millionen Franken. Wenn im Extremfall die Firma durch diese Katastrophe in eine schwere Krise geraten sollte und zahlreiche Arbeitsplätze gefährdet wären, würde sehr wahrscheinlich der Schweizer

Staat einspringen und einen Teil der Kosten tragen.

Das Ansehen der Firma Sandoz, die in diesem Jahr ihr 100jähriges Jubiläum feierte, hat jedenfalls durch den Unfall und wegen der unvollständigen und teilweise zögernden Informationspolitik auch bei der Schweizer Bevölkerung schwer gelitten.

In Basel kam es am Wochenende zu Großdemonstrationen gegen Sandoz. Die Firma hatte zwar erhebliche Summen zur Gefahrensicherung im Produktionsbereich investiert, die Überwachung im Lagerbereich, wie Konzernpräsident Marc Moret zugeben mußte, aber vernachlässigt. Die Kritik aus der Bundesrepublik und besonders aus Frankreich, wo man bereits von „Tschernobasel“ spricht, ist heftig.

Inzwischen hat das „Bundesamt für Umweltschutz“ in Bern festgestellt, daß die Behörden keinen Überblick über das Gefahrenpotential im Chemiebereich haben. Bern will nun die geltende Umweltschutzgesetzgebung durch eine „Störfallverordnung“ ergänzen, um die Betriebe zu verpflichten, den Nachweis für die Sicherheit ihrer Anlagen zu erbringen. Eine Regelung, die in der Bundesrepublik bereits besteht.

Absoluter Vorrang für Strafjustiz gefordert

Dem wurde von Seiten der Strafrechtler teilweise vehement widersprochen. Generalstaatsanwalt Hans-Joachim Ulrich (Koblenz) forderte sogar einen absoluten Vorrang für das Strafrecht. Gerade die Erfahrungen mit der Wirklichkeit hätten ja letztlich den Gesetzgeber zu einer Verschärfung beim Umwelt- und Steuerstrafrecht veranlaßt. Es sei sicher kein Zufall, daß Interessenten meist versuchen, ihre Interessen bei Verwaltungsgerichten durchzusetzen. In der Bevölkerung dagegen sei das Vertrauen in die Strafjustiz deutlich größer.

Auch in Streitfällen greift die

Die Welt (USPS 682-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 37,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

سكنا من اجل

WELT-Interview mit dem Spitzenkandidaten der CDU / Wie lange kann sich Dohnanyi noch halten? / Flügelkämpfe bei der SPD

Perschau: Ich stehe Dohnanyi zu jeder Zeit für Gespräche zur Verfügung

Der Hamburger CDU-Spitzenkandidat Hartmut Perschau hat in einem Interview mit der WELT seine Bereitschaft beteuert, Gespräche mit der SPD über eine politische Zusammenarbeit aufzunehmen...

sondere der linke Flügel folgt ihm darin nicht. Sehr klar wird das alles am Beispiel der Zustände in der St. Pauli-Hafenstraße...

kehrt. Was soll nach Ihrer Meinung werden?

Perschau: In der Demokratie ist der Wähler der Souverän. Die Politiker haben seine Entscheidung zu respektieren und daraus konstruktive Konsequenzen zu ziehen...

... und die FDP?

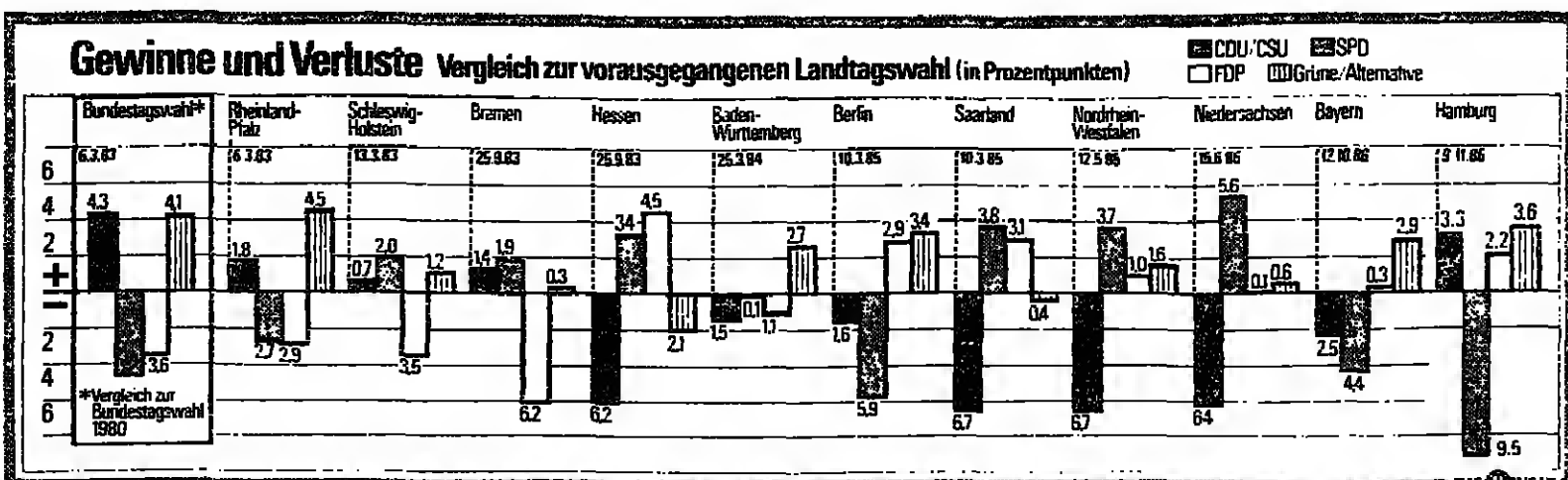
Perschau: Die Freien Demokraten, das habe ich Herrn von Münch immer wieder entgegengehalten, haben sich die Rückkehr in die Bürgerschaft selbst verbaut...

Perschau: Zehn Prozent GAL-Wähler, fast 100.000 Stimmen, sind in der Tat ein bedrückendes Ergebnis...

Sie sind der Wahlsieger des Sonntags und können doch nicht regieren - die Hamburger Verhältnisse vom Herbst 1982 sind zurückge-



Wind in den Segeln des Kanzlers: Der Hamburger Wahlsieger Hartmut Perschau gestern in der Bonner Parteizentrale



Die Sozialdemokraten vor der Zerreißprobe

Von UWE BAHNSEN

Die großen Fragen des Lebens*, so rief SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau seinen Zuhörern am 27. Oktober auf einer SPD-Veranstaltung im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf zu...

des vormaligen Eigentümers DGB in dieser Sache.

Die Wähler der Mitte, ohne die bekanntlich jede Volkspartei verloren ist, entzogen den Sozialdemokraten ihr Vertrauen vor allem aus zwei Gründen...

ANALYSE

der Hansestadt erheblich über dem Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit (vor allem im Bereich jugendliche Arbeitnehmer). Eine Skandalchronik, die sechs parlamentarische Untersuchungsausschüsse beschäftigte...

chen und Monate - und sei es nur bis zur Bundestagswahl am 25. Januar - sich in Hamburg entwickeln wird, mag sich im Rathaus der Hansestadt derzeit kein prominenter Politiker äußern...

Konsequenz daraus ist die Frage, ob eine Zusammenarbeit mit der CDU bis hin zu einer Großen Koalition im Sinne eines formellen Regierungsbündnisses möglich ist.

Auf eine Faustformel gebracht (die angesichts der völligen Verwirrung innerhalb der SPD allerdings nur tagspolitische Aussagekraft hat), sind derzeit die folgenden Positionen erkennbar...

Welches der beiden Lager der Hamburger SPD sich in dieser hitelosen Auseinandersetzung um den künftigen Weg der Partei durchsetzen wird, läßt sich derzeit nicht übersehen...

Nach Dohnanyis Desaster wird auch ein Rücktritt ins Kalkül gezogen

Dohnanyi für Hamburg. Hamburg nicht für Dohnanyi - mit dieser bis jetzt ironischen Abwärtswendung des zentralen SPD-Wahllogos für den 9. November zog einer der „alten Führer“ in der Hamburger SPD-Führung in der Nacht zum Montag das Fazit eines Wahlabends...

derlage fuhr er am späten Abend ins Kurt-Schumacher-Haus, dem SPD-Parteihauptquartier, um die dort in Tristesse versammelten Spitzengenießen „zu trösten“...

Klaus von Dohnanyi, der immer ein vorzüglicher Analytiker war, hat noch in der Wahlnacht die Konsequenzen der Katastrophe für sich selbst auszumessen versucht...



Von hoher Warte tief gefallen: Klaus von Dohnanyi

Monaten wird er, seine Person und seine Politik, im Brennpunkt innerparteilicher Auseinandersetzungen stehen, die Hamburgs SPD einer bislang nicht gekannten Zerreißprobe unterwerfen könnten...

Dohnanyis ständige Versicherung in den letzten Wochen vor dem 9. November, die Bürgerschaftswahl sei „keine Testwahl für Bonn“, wirkt am Tag nach dem Wahlergebnis nicht nur überholt, sondern illusionär...

Keinen Millimeter mit der GAL - jedenfalls nicht mit mir - keiner der Spitzengenießen in der Hamburger SPD-Führung zweifelt daran, daß dies Dohnanyis Devise auch für die nächsten Wochen bleiben wird...

Dem Verlierer Klaus von Dohnanyi ist zuzubilligen, daß er seine vernichtende Wahlniederlage sowohl vor den Kameras der Fernsehstationen wie in Gesprächen mit Kontenance kassierte...

Table titled 'So wählte Hamburg Vorläufiges amtliches Endergebnis' showing election results for various parties (CDU, SPD, GAL, FDP, HLA, DKP, Sonstige) across different categories.

Von Fall zu Fall mit der CDU

Die Grün-Alternative Liste (GAL) zeigt sich in Hamburg flexibel: Die Abgeordnete Thea Bock kündigte an, daß die GAL auch mit wechselnden Mehrheiten „hervorragend operieren“ könne...

Wer macht Ihnen das Angebot, jetzt die Gunst der Stunde zu nutzen?

Advertisement for Frankfurt Hypothekenbank, featuring a large image of a building and text describing mortgage services.

Advertisement for Frankfurt Hypothekenbank, detailing the benefits of their mortgage services and providing contact information.

Dementis und Schweigen nach der Veröffentlichung der Chirac-Passagen in der „Washington Times“ / Hoffnung auf Freilassung der Geiseln

Bonn mißt der Affäre keine Bedeutung bei

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung hat gestern bekräftigt, sie vertüge über keine Hinweise auf eine angebliche Verwicklung des israelischen Geheimdienstes Mossad in den versuchten Bombenanschlag auf eine israelische Verkehrsmaschine in London: Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hätten dies deshalb auch nicht gegenüber dem französischen Premierminister Jacques Chirac geäußert. Mit diesem erneuten Dementi reagierte Regierungssprecher Friedhelm Ost auf die Veröffentlichung des Wortlauts des umstrittenen Interviews der „Washington Times“ mit Premierminister Chirac.

Ost wies darauf hin, daß Chirac nach dem in Agenturauszügen vorliegenden Text die vermutete Beteiligung des israelischen Geheimdienstes und von „bestimmten syrischen Elementen“ auch nicht direkt auf Aussagen Kohls und Genschers bezogen habe. Nach Angaben des Staatssekretärs sind diese Fragen bei der „privaten“ Begegnung Chiracs und Kohls am Sonntag in Oggersheim bei Ludwigshafen überhaupt nicht erörtert worden. Chirac selbst habe dies auch gegenüber Journalisten festgestellt.

Sowohl im Bundeskanzleramt als auch im Auswärtigen Amt rätselt man darüber, wie es zu den Bemerkungen über Kohl und Genscher im Zusammenhang mit dem israelischen Geheimdienst kommen konnte. „Wir haben von dieser Sache nie etwas gehört und konnten deshalb auch nicht mit Chirac darüber sprechen. Darum ist unser Dementi ganz hart - wir haben dabei das beste Gewissen“, versicherte ein Bonner Diplomat.

Daß der Kanzler und der Außenminister mit dem französischen Premier die Umstände des Londoner Attentats und die Schlussfolgerung für die EG-Partner erörtert haben, steht außer Zweifel. Beide Seiten hatten ja nach gemeinsamer Konsultation am Rande des deutsch-französischen Gipfelfreizeits in Frankfurt schon am Abend des 27. Oktober übereinstimmende Weisung an ihre Vertreter bei der Luxemburger Außenministerkonferenz der Europäischen Gemein-

schaft gegeben. In der Abschlußpressekonzferenz in Frankfurt hatte jedoch keiner der Beteiligten auch nur ein Wort über eine angebliche Verwicklung der Israelis in das Londoner Attentat gesagt. Dies entsprach offensichtlich der Tatsache, daß davon intern nicht die Rede gewesen war.

In Regierungskreisen wird es allerdings für wahrscheinlich gehalten, daß der Bundeskanzler gegenüber Chirac auf die Notwendigkeit weiterer Aufklärung der Hintergründe von Syrien ausgehender Terroraktionen hingewiesen habe. Er habe sich dabei vermutlich vor allem auf den bevorstehenden Westberliner Prozeß gegen die Teilnehmer an einem Anschlag auf das Gebäude der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in West-Berlin bezogen, die angeblich Weisungen aus der syrischen Botschaft in Ost-Berlin erhalten hätten. Der Prozeß werde möglicherweise mehr Klarheit darüber bringen, welche Kräfte in Syrien hinter dieser Aktion und anderen Attentaten stünden.

Eine solche Erörterung vielfältiger Gruppen und Einflüsse in Syrien und anderen Nahostländern könnte zu der für Bonn unverständlichen Erwähnung des israelischen Geheimdienstes in dem Interview mit der „Washington Times“ geführt haben. Im Kanzleramt scheint man dem ganzen Vorgang jedoch keine übermäßige Bedeutung beizumessen.

Der frühere israelische Botschafter in der Bundesrepublik und in Frankreich, Asher Ben-Nathan, sagte gestern bei der Eröffnung der X. Deutsch-Israelischen Konferenz auf der Margaretenhöhe bei Bonn, es handle sich bei dem fraglichen Interview um ein typisches Beispiel der Desinformation. Es genüge nicht, etwas zu dementieren, was man nicht gesagt haben wolle, daß nämlich der israelische Geheimdienst ein eigenes Flugzeug in die Luft sprengen wollte. Vielmehr hätte sofort festgestellt werden müssen und werde hoffentlich noch festgestellt werden: „Das ist nicht wahr. Das ist unmöglich. So etwas zu glauben, ist nicht zumutbar.“ Tatsächlich dienten solche Attentate nur dem Ziel, Friedensgespräche zu verhindern.



Mit syrischem Auftrag in London: Verurteilter Terrorist Hindawi

Mit erheblichem Druck hätten Mitarbeiter des französischen Premiers versucht, die Veröffentlichung der Passagen zu verhindern, die Chirac bereits dementieren ließ. Das behauptet die „Washington Times“ in einem Geleitwort zur Dokumentation. In Paris geht man nun einfach zur Tagesordnung über, ignoriert die Affäre und hofft auf eine Freilassung der Geiseln.



Syriens offizieller Mann in London: Ex-Botschafter Haydar

Paris denkt nur noch an die Geiseln in Libanon

PETER RUGE, Paris

Mit der überraschenden Ankündigung in Beirut, in den nächsten 48 Stunden französische Geiseln freizulassen, sieht sich Paris aus einer Klemme befreit, in die sich Premierminister Chirac selbst hineinmanövriert hatte.

Das Signal aus Nahost, abgegeben von einer „Revolutionären Gerechtigkeitorganisation“, hat für die französische Regierung zweifache Bedeutung: Erblich wird darin einmal eine Bestätigung für das vorsichtige Taktieren von Jacques Chirac gegenüber dem internationalen Terrorismus, mit dem für die anderen Europäer nicht zu begreifenden Bemühen, besonders von Innenminister Pasqua, nach der Terrorwelle im September Syrien vom Verdacht einer Unterstützung der Attentäter zu befreien - was in den letzten Tagen soweit ging, daß in Paris die von London vorgelegten Beweise für terroristische Umtriebe der syrischen Botschaft auf der Insel nicht akzeptiert wurden, um nicht etwa wie Großbritannien in die Lage zu kommen, die diplomatischen Beziehungen zu diesem arabischen Land abzubrechen.

Zum anderen erfährt aber Jacques Chirac eine Entlastung in der „Tonband-Affäre“. Daß jetzt die „Washington Times“ vertrauliche Gesprächsprotokolle über bisher im Hotel Matignon bestrittene Äußerungen des Premiers über das angebliche Zusammengehen des israelischen Geheimdienstes und Assad-Gegnern beim verfehlten Londoner Anschlag auf eine El-Al-Maschine vorlegt, wird in Paris von der Erwartungswelle überspielt, bald einige der seit über einem Jahr im Orient verschleppten Landsleute wiederzusehen.

Syrien nicht ausklammern

Im Umkreis des französischen Premierministers gibt man sich freudig erregt, kennt man nur noch ein Thema: Die Nachricht, daß in den nächsten Stunden einige unserer Geiseln im Libanon freikommen können, ist für uns ein Zeichen der Ermutigung.“

Daß die französischen Geiseln voraussichtlich an Syrien übergeben werden, gibt Paris als weiteren Beleg dafür aus, daß der Einfluß von Damaskus in Nahost größer ist, als bis-

her angenommen. Chirac versicherte in einer Tischrede vor dem jüdischen Zentralrat Frankreichs CRIF, „daß die Beziehungen zu Israel solide seien, manchmal ein bißchen von Gefühlen überlagert, aber doch unzerstörbar. Frankreich bleibe aber auch mit ganzen Herzen im Libanon engagiert.“ Die eigenständige Orient-Politik, die die V. Republik im Unterschied zu der Auffassung ihrer europäischen Partner führen müsse, könne Syrien nicht ausklammern, betonte der Regierungschef.

Unglaublich unbekümmert

Auch die Opposition scheint unter dem Eindruck der Geiselnbefreiung ihre Vorwürfe und Anklagen zum Nahost-Kurs der Regierung Chirac plötzlich vergessen zu haben. Lionel Jospin, der Generalsekretär der Sozialisten, findet die Veröffentlichung der „Washington Times“ „ausgefallen und ungeheuerlich“ - zumal, wenn sich Chirac dabei auf Vermittlungen von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher verlassen haben sollte. Das Ganze sei wohl auf die „unglaubliche Unbekümmertheit“ zurückzuführen, die der Regierungschef einem amerikanischen Journalisten gegenüber an den Tag gelegt habe.

Die Parallele zu dem Interview von Bundeskanzler Kohl in „Newsweek“ mit der umstrittenen Goebbels-Passage wird dabei von französischer Seite herangezogen. „Die Europäer müßten sich wohl künftig vor den hemmungslosen Praktiken einer amerikanischen Pressemeute sehr in acht nehmen.“

Vergessen ist in Paris nicht, daß die Amerikaner angesichts der Winkelzüge französischer Nahost-Politik der Regierung Chirac Lachheit entgegenstellen. Es stehe einer Nation schlecht an, eine andere in einem Augenblick zu kritisieren, da sie selbst wohl mit zweifelhaften Waffengeschäften amerikanische Geiseln im Orient befreit habe. Die Veröffentlichung in der „Washington Times“ könne jedenfalls am förmlichen Verhältnis von Bundeskanzler Kohl und Premierminister Chirac nichts verändern, heißt es im Hotel Matignon. Es sei darüber beim Treffen am Sonntag in Ockersheim gesprochen worden.

Die Beweiskette der Briten

PETER MICHALSKI, London

„Die Geschworenen haben Hindawi für schuldig im Sinne der Anklage befunden“, sagte Sir Geoffrey Howe nach der Verurteilung des El-Al-Attentäters Nezar Hasi alias Hindawi zur längsten Haftstrafe der jüngeren britischen Rechtsgeschichte. „Und wir“, fügte der Volljurist und britische Außenminister kühl-sachlich hinzu, „sind zu derselben Schlussfolgerung hinsichtlich der syrischen Regierung gelangt.“

Die „Schlußfolgerung“ der britischen Regierung stützt sich zum Teil auf Hindawis Geständnis sowie auf Beweismaterial, das im Prozess gegen den Jordanier unwidersprochen blieb. Zum Beispiel, daß Hindawis Reisedokument ein echter, aber auf falschen Namen ausgestellt syrischer Beamtenspaß war; daß seine beiden Visumsanträge von einem Anstreichen des syrischen Außenministeriums begleitet wurden; daß er in einem für syrisches Fluglinienpersonal reservierten Londoner Hotelzimmer übernachtet hatte, nach dem mißlungenen Bombenanschlag vom syrischen Botschafter Louof Haydar empfangen worden war und die folgende Nacht unter syrischer Obhut verbracht hatte.

Doch die britische Regierung besitzt, wie Howe ausführte, auch „unabhängige Beweise, daß der syrische Botschafter bereits mehrere Monate vor der Tat persönlich daran mitbeteteiligt war, die Gönnerschaft der syrischen Nachrichtendienste für Hindawi zu gewinnen und gleichermaßen zwingende Beweise dafür, daß Hin-

dawi während der Untersuchungsphase heimliche Kontaktaufnahme zu syrischen Nachrichtendienstbeamten in Damaskus versuchte.“ Zum Schutz der eigenen Nachrichtendienste hat die britische Regierung das „unabhängige“ Beweismaterial nicht veröffentlicht, wohl aber, zumindest in groben Zügen, den Außenministern der EG-Partner dargelegt.

Hindawi ließ sich 1979 in London nieder - nach außen als Auslandskorrespondent, in Wirklichkeit als arabischer Spitzel. Gemeinsam mit seinem in Berlin einsetzenden Bruder Achmed Hasi und anderen gründete er eine Terroristenzelle, die sich in den Dienst des fanatischen Abu Nidal stellte. Zu seinen Aufgaben gehörte der Schmuggel von Waffen und Sprengstoff an Bord syrischer Verkehrsflugzeuge nach Europa, überwiegend nach London.

Am 11. Dezember 1985 flog er über Berlin nach Damaskus. Am Flughafen wartete ein Mercedes 190. In dem Wagen saß einer der meistgefürchteten Terrorführer der Welt, der syrische Luftwaffenoberst Halil Hamid, engster Mitarbeiter des syrischen Luftwaffen-Geheimdienstchefs und Assad-Vertrauten General Mohammed Kuly. Said fuhr den Besucher zu einem Militärstützpunkt außerhalb von Damaskus. Dort zeigte er Hindawi die mit einer genauen Gebrauchsanweisung versehene Skizze einer Kolterbombe. Gleichzeitig wurde ihm am Beispiel einer alten Boeing beigebracht, wie man ein Flugzeug entführt und wie man sich gegen Stürmungsversuche à la GSG-9 ver-

teidigt. Am 9. Februar wurde ihm ein syrischer Beamtenspaß ausgestellt. Das Dokument wies ihn als Issam Shara, geb. 1950, aus. Das syrische Außenministerium besorgte dem „Buchhalter in unserer Finanzabteilung“ die Einreiseerlaubnis für die Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich und Italien.

Am 12. Februar flog „Shara“ nach London. Von Ende März bis 3. April hielt er sich zu weiterer Ausbildung durch Said und andere Terrorerpen in Damaskus auf. Said persönlich begleitete ihn nach London zurück. Als Shara und der Geschäftsmann Khalid Kokash quartierten sie sich in benachbarten Zimmern im „Palace Hotel“ am Hyde Park ein. einem bewachten syrischen Terroristenreff. Ein Besatzungsmitglied einer syrischen Linienmaschine brachte drei Pfund tschechoslowakischen Plastiksprengstoff und einen zum Zeitzünden unfunktionierten Taschenrechner nach London, schleuste beides als syrisches Diplomatengepäck durch den Zoll und deponierte das Mordgut in der Wohnung von Hindawis Vater, der als jordanisches Botschaftsfaktum in London lebte.

Als die Nachricht vom Fehlschlag des Anschlags kam, saß Hindawi in der Uniform eines Stewards der syrischen Fluggesellschaft in einem Bus auf dem Weg zum Flughafen. Die syrische Botschaft schickte sofort ein Auto hinterher. ließ Hindawi aus dem Bus holen und zum syrischen Botschafter Haydar bringen, der ihn „aufs wärmste begrüßte“. (SAD)

CDU-Erfolg in Hamburg!

Nach Bayern die zweite schwere Schlappe für die SPD.

- Entscheidung für:**
- Innere Sicherheit
 - Wirtschaftlichen Aufschwung
 - Sichere Renten.

Vertrauen für den Bundeskanzler.



Informieren Sie sich über die erfolgreiche Politik der CDU. Postkarte genügt. Wir antworten sofort. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, 5300 Bonn 1.

Segeln lernen. Segeln erleben: 4 Yachtschulen des DHH - Deutscher Hochseesportverband „HANSA“ e.V. - in:

- Glücksburg/Ostsee
- Steinhuder Meer
- Prien am Chiemsee
- Elba/Mittelmeer

Alle Segelschneer. Hochsee-Törns: Nord-/Ostsee und Mittelmeer.

Bitte Jahresprospekt anfordern bei: DHH, Postfach 13 2034, 2000 Hamburg 15 oder Telefon: (040) 44 11 42 50

Bitte senden Sie mir den DHH Katalog mit Kursen und Törns 1986

Name _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Abonnieren Sie DIE WELT

- Ihren täglichen Informationsvorsprung

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Telefon: 040/3 47 38 13

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen

Vorname/Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beruf: _____

Vbrw./Tel: _____

Datum: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: _____

Lesenswerter denn je **DIE WELT** UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sie haben das Recht, eine Abbestellungsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

SKI MAGAZIN

das Material wird immer besser, sagt unsere hochkarätige Testmannschaft aus Olympiasiegern und Weltmeistern.

Wie gut die neuen Ski sind - und die passenden Stiefel - lesen Sie jetzt im aktuellen SkiMagazin.

Damit Sie vor dem nächsten Skikauf die wichtige Runduminformation haben.

Außerdem: Die neue, lebendige Wintermode... preiswerte und schöne Reiseziele für Ihr nächstes Ski-Vergnügen... der „Doping-Fall“ Angerer... und vieles mehr im neuen SkiMagazin.

42 Ski für Anfänger

Wo der Urlaub billiger wird

Jetzt bei Ihren Reiseveranstalter

سكننا منه لاجل

In Burundi darf Gott nicht mehr genannt werden

Die Regierung der zentralafrikanischen Republik Burundi hat ihren Kampf gegen die Kirche verschärft. Alle 230 katholischen Schulen sind enteignet, das gesamte Mobiliar und Unterrichtsmaterial ist beschlagnahmt worden. Von der Maßnahme sind etwa 350.000 Schüler und Studenten betroffen. Sie dürften vor allem die schwächsten Schichten der Bevölkerung treffen, weil sie die hohen Schulgebühren für die Staatsschulen nicht aufbringen können und vornehmlich auf die Missionsschulen angewiesen sind.

Auch jeden Kontakt zur katholischen Bischofskonferenz hat die Regierung in Burundi abgebrochen. Sie hat gebietet, künftig alle kirchlichen Veröffentlichungen zu zensurieren, nachdem bereits früher zweihundert Missionare ausgewiesen, Messen, Gebetsgottesdienste, religiöse Symbole wie Kreuze und Glockengeläut verboten worden sind. Auch das Wort „Gott“ darf in Rundfunksendungen nicht mehr genannt werden.

Das ehemalige belgische Treuhändergebiet in Zentralafrika ist mit knapp 28.000 Quadratkilometern etwas kleiner als Belgien. Die rund 4,5 Millionen Einwohner der Republik werden seit einem Staatsstreich im Jahre 1976 von Oberst Jean-Baptiste Bagaza regiert. Sechzig Prozent der Bevölkerung sind katholisch, acht Prozent gehören protestantischen Religionsgemeinschaften an.

Obwohl Regierungsbeamte durch- aus zugeben, daß die Regierung einen Kulturkampf gegen die Kirchen betreibt und vor Christenverfolgung nicht haltmacht, spricht Präsident Bagaza wie erst im Februar dieses Jahres bei einem Besuch Baden-Württembergs von „völliger Religionsfreiheit“ in seinem Lande. Jede Mark für die Entwicklung der armen Länder bringt mittelfristig vier Mark zurück, lockte Bagaza bei seiner Visite. Das Land bietet hauptsächlich Kaffee, Tee und Baumwolle an. Zwanzig Prozent des Exportes geben in die Bundesrepublik Deutschland.

Hintergrund des Kirchenkampfes in Burundi ist die Auseinandersetzung zwischen dem Minderheitenstamm der Tutsi, dem Bagaza angehört, und der Bevölkerungsmehrheit der Hutu. Die Tutsi halten die Schlüsselstellungen im Lande besetzt. Die übliche ethnische Gliederung (Hutu 84 Prozent, Tutsi 15 Prozent, Twa ein Prozent) wird offiziell nicht mehr akzeptiert, statt dessen wird das Dogma des Einheitsvolkes der „Burundi“ vertreten.

Bagaza ließ sich im August 1984 in seiner Ein-Parteien-Republik mit 99,63 Prozent im Amt als Staats- und Regierungschef bestätigen. Die Uprona (Union pour le Progrès National) gilt seit 1986 als einzige Partei. Sie vertritt eine sozialistische Politik, ihre Mitglieder sind zum überwiegenden Teil Hutu.

Zurückhaltung vor Frau Aquino

Tokio beunruhigt über Labilität der Regierung in Manila / Weitere Wirtschaftshilfe zugesagt

FRED de LA TROBE, Tokio. Während des Besuchs der philippinischen Präsidentin Corazon Aquino in Japan wird es vor allem um offizielle und private Gespräche über neue japanische Wirtschaftshilfe gehen. Frau Aquino traf gestern zu einer vierstägigen Visite in Tokio ein. Auch die Fragen japanischer Investoren und der Umschuldung der bisherigen Kredite stehen auf der Tagesordnung. Japan war bisher hinter den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Kreditgeber der Philippinen. Seit dem Sturz des Marcos-Regimes hat es sich aber mit neuer Wirtschaftshilfe noch zurückgehalten. Zwischen 1971 und 1985 gewährte Tokio niedrigverzinsten und langfristige Kredite in Höhe von sechs Milliarden Mark an die Philippinen.

Die japanischen Medien wollen eine gewisse Kühle der Regierung Nakasone gegenüber der Administration von Frau Aquino festgestellt haben. Dabei spielen angeblich die herzlichen Kontakte zwischen Nakasone und Marcos sowie die oftmals guten Beziehungen zwischen den großen japanischen Exporteuren und der Marcos-Regierung eine Rolle. Eine Rede von Frau Aquino vor dem japanischen Parlament, die anfangs auf dem Besuchsprogramm stand, ist inzwischen wieder abgesetzt worden. Sprecher des japanischen Außen-

ministeriums bezeichneten die Vorstellungen der Regierung in Manila über neue staatliche Darlehen Japans als „unrealistisch“. Vertreter der philippinischen Regierung haben einen Betrag von 3,6 Milliarden Mark genannt, von dem die Hälfte für 14 Industrieprojekte verwendet werden soll. Sicher ist bisher nur eine japanische Zusage über 512 Millionen Mark für den Bau eines Wärmekraftwerks in der Provinz Batangas im südlichen Teil der Insel Luzon.

Wie aus dem japanischen Außenministerium verläutelt, ist Tokio auch über die Labilität der Regierung



Brucht dringend neue Darlehen: Präsidentin Corazon Aquino

Aquino und die sich häufenden Gerüchte über einen Militärputsch besorgt. Die japanische Industrie hat sich bisher wegen der noch unsicheren Lage mit Investitionen auf den Philippinen zurückgehalten.

Die Frage korrupter Transaktionen zwischen Japan und den Philippinen während der Marcos-Ära ist von beiden Seiten zurückgestellt worden. Die zuständige philippinische „Kommission für eine gute Regierung“ hat ihre Untersuchungen über die Kontakte von Marcos in Japan und auch über dessen Vermögenswerte in Tokio nicht mehr weiter verfolgt. Auch über die Arbeit einer japanischen parlamentarischen Untersuchungsgruppe verläutelt nach anfänglichen Recherchen im Frühjahr nichts Neues.

Die Regierung hat sich außerdem geweigert, Einblicke in Urkunden und Schriftsätze über Wirtschaftshilfe an die Philippinen zu gewähren.

Neben den Wirtschaftsgesprächen steht heute ein Besuch in beiden Häusern des Parlaments und morgen die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Waseda-Universität auf dem Programm der Präsidentin. Außerdem will Frau Aquino mit der philippinischen Kolonie in Japan und der Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Takako Doi, zusammentreffen. (SAD)

Kairo nimmt einen neuen Anlauf

Experten sollen Wirtschaftskrise meistern / Wichtige Politiker bleiben im Kabinett

PETER M. RANKE, Kairo. Der neue ägyptische Ministerpräsident Atef Sedky (56), der seit 1981 Chef des Rechnungshofes war, will heute sein neues Kabinett vereidigen lassen. Seine Hauptaufgabe ist es, die akute Wirtschaftskrise zu meistern und zu einem Kredit-Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zu kommen.

Obwohl seit einem Jahr bekannt ist, daß Ägypten einen Standby-Kredit von einer Milliarde Dollar für drei Jahre vom Währungsfonds benötigt, wird ernsthaft erst seit zwei Wochen in Kairo mit Delegationen des IMF und der Weltbank verhandelt. Die Verzögerungen und das Ausweichen vor durchgreifenden Sparmaßnahmen werden dem bisherigen Regierungschef Lutfi zur Last gelegt. Daher wurde auch das gesamte Wirtschafts- und Finanzkabinett ausgetauscht. Die bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidenten, Verteidigungsminister Abu Ghazala, Außenminister Meguid und Innenminister General Badr, bleiben im Amt.

Ägyptens Währungsreserven sind auf 600 Millionen Dollar geschrumpft, das entspricht einem Monatsbedarf an Devisen. Die Inflation liegt zwischen 20 und 30 Prozent. Die gesamten Auslandsschulden haben 38 Milliarden Dollar überschritten, davon machen die Schulden aus Waffenkäufen in den USA, Frankreich und Spa-

nien fast 70 Prozent aus. Die fälligen, aber nicht gezahlten Rückzahlungen aus Krediten und Zinsen betragen schon rund vier Milliarden Dollar, das Doppelte der jährlichen US-Finanzhilfe. Deutsche Firmen und Banken werden seit einem Jahr nicht mehr bedient. Der U-Bahn-Bau in Kairo, der 1987 beendet sein sollte, hinkt den Plänen 18 Monate hinterher.

Lutfi hat mit durchgreifenden Reformen gezögert, da er von einer Verteuerung der Grundnahrungsmittel

AGYPTEN

durch Kürzung der Subventionen ernsthafte politische Unruhen befürchtete. Doch die Regierung kommt jetzt nicht mehr darum herum, den Forderungen des IWF entgegenzukommen als bisher. Der Währungsfonds verlangt unter anderem eine Freigabe der Zinsen in Ägypten, höhere Preise für Energie zur Einschränkung des wachsenden Eigenverbrauchs an Elektrizität und Treibstoff, sowie eine Vereinfachung der drei verschiedenen Wechselkurse mit dem Ziel einer Abwertung des Pfundes.

Schon im August und September hatte die Regierung Lutfi vorsichtige Reformen eingeleitet und die Einfuhr von 210 verschiedenen Luxusgütern,

unter ihnen Autos und Schokolade, verboten sowie die Zölle zum Teil drastisch erhöht. Die Vorschriften wurden auch vereinfacht. So wurde als großer Fortschritt gefeiert, daß die übermächtigen Zollbehörden nun eine Maschine als Ganzes taxieren und nicht mehr jedes ihrer Einzelteile extra. Die Subventionen für Lebensmittel wurden nicht gesenkt, und inzwischen scheint der IMF auch von dieser Forderung abgegangen zu sein.

Vor allem der tiefe Fall der Ölpreise, der Rückgang aus den Touristeneinnahmen und aus den Gastarbeiter-Überweisungen haben zu der akuten Wirtschaftskrise geführt. Praktisch nimmt Ägypten in diesem Jahr nur noch die Hälfte der Devisen ein wie im vorigen Jahr. Dabei hat die Zahl der Staatsangestellten in den Jahren seit 1970 von einer Million auf jetzt 4,5 Millionen zugenommen, ohne daß es mehr Arbeit gäbe. Wenn es bis Ende des Jahres zu der erwarteten Übereinkunft mit dem IWF kommt, ist der Weg für Kairo frei, beim „Pariser Club“ eine großzügige Umschuldung auszuhandeln. Die 1987 wirksam würde. Nur das Hauptziel des Landes, die Überbevölkerung, wird damit nicht gelöst. Wenn etwa in acht Monaten die Maßnahmen des IWF, der Weltbank der Bankenkonsortien und der eigenen Regierung reifen, zählt Ägypten bereits wieder eine Million Menschen mehr. (SAD)

Nach Wahlen steht Perus Linke vor der Spaltung

Trotzkisten, Stalinisten und Maoisten - ein buntes Ensemble

WERNER THOMAS, Lima

Die hart umkämpften peruanischen Kommunalwahlen haben die bisherigen Machtverhältnisse bestätigt: Die sozialdemokratische APRA-Partei des jungen Präsidenten Alan Garcia, 37, konnte ihre dominierende Position mit der Eroberung des Bürgermeisterpostens der Hauptstadt Lima festigen. Die marxistische „Vereinigte Linke“ (IP) bleibt die zweite politische Kraft. Das bürgerliche Lager spielt nach wie vor eine Außenseiter-Rolle. Dennoch erwarten viele Kommentatoren Konsequenzen - für die Linke. Kommt jetzt die Spaltung?

Im Mittelpunkt der Diskussionen steht Alfonso Barrantes Lingán, der nun abgewählte Bürgermeister Limas. Er belegte zwar einen zweiten Platz (31 Prozent) hinter dem siegreichen APRA-Kandidaten Jorge del Castillo. Nach dieser Niederlage stellt sich jedoch die Frage, ob er in der Lage sein wird, die zerstrittenen Parteienkoalition zusammenzuhalten.

Die vor sechs Jahren formierte „Vereinigte Linke“ stand von Anfang an unter dem Druck von Richtungskämpfen, die das breite ideologische Spektrum der acht Gruppen reflektierten. So umfaßt die Bewegung eine nach Moskau und eine nach Peking orientierte KP. Die radikalsten IP-Vertreter erweckten oft den Eindruck, daß sie die politische Gewalt nicht kategorisch ablehnen. Gelegentlich kursierten Gerüchte über Kontakte zu den Guerillaorganisationen „Leuchtender Pfad“ und „Revolutionsbewegung Tupac Amaru“ (MRTA). Drei Parteien veröffentlichten Tageszeitungen, die sich gegenseitig kritisieren. Jetzt ist der frühere Rebellenführer Hugo Blanco der linken Vereinigung beigetreten, ein erklärter Trotzkist.

Alfonso Barrantes, 58, klein von Wuchs, operiert als parteiloser Marxist ohne eigene Hausmacht. Er gibt sich moderat, seine politische Laufbahn begann in der APRA. Die linken Extremisten beschuldigen ihn gern,

noch heute ein Sozialdemokrat zu sein. Barrantes rückte jedoch an die Spitze der Bewegung, weil kein Rivale sein Charisma besitzt. Er zählt zu den populärsten Politikern Perus. Bei den Präsidentschaftswahlen 1985 belegte er den zweiten Platz hinter Alan Garcia. Selbst konservative Kreise konzedieren, daß er in den letzten drei Jahren ein guter Hauptstadt-Bürgermeister war. Die Sechsmillionen-Metropole wirkt heute sauber und gepflegter. Die Infrastruktur und die sozialen Leistungen wurden verbessert. Da eine Million Schulkinder in den Armenvierteln kostenlose Frühstücke erhalten, wird Barrantes in diesen Bezirken „Tio Frijolito“ genannt, Onkel Bohne.

Der einflußreichste Marxist Südamerikas warnte die Dissidenten bereits vor einer Abspaltung. „Sie werden ihr politisches Gewicht verlieren. Nur innerhalb der Vereinigten Linken können sie sich wirkungsvoll profilieren.“ Die ideologischen Differenzen scheinen jedoch kaum noch überbrückbar zu sein. Aber auch wenn die „Vereinigte Linke“ zusammenbricht, will Barrantes nicht resignieren. „Ich mache weiter“, gelobte er. Die Abwahl nimmt er gelassen hin: „Niederlagen sind Berufungsfälle.“ Seine Blicke richten sich bereits auf die nächsten Präsidentschaftswahlen, bei denen Alan Garcia nicht kandidieren darf - wenn in der Zwischenzeit keine Verfassungsänderung erfolgt.

Garcia ließ sich als großer Sieger feiern. Der APRA-Kandidat in Lima hat seinen Erfolg der energischen Wahlkampfhilfe des Präsidenten zu verdanken. Del Castillo, 36, bisher Bezirksbürgermeister von Barranco, einem vornehmen Vorort der Hauptstadt, ist ein farbloser Funktionär, dem die Meinungsumfragen keine Favoritenrolle einräumen. Die Regierungspartei profitierte aber auch von der günstigen Konjunktur. In den ersten neun Monaten 1986 wuchs die Wirtschaft um 6,9 Prozent.

Ungarn-Tafel in Warschauer Kirche

DW, Warschau

In der Warschauer Christophorus-Kirche ist am Sonntag eine Gedenktafel für die Opfer des Ungarnaufstandes von 1956 geweiht worden. Pfarrer Leon Kantorski erinnerte vor den 500 Gläubigen daran, daß es damals auch in Polen Unruhen gab. Damals, als die „Stiefel der Unterdrückung“ über Ungarn gekommen seien, habe auch Polen „genug vom Sozialismus“ gehabt. Die Inschrift auf der Gedenktafel, in polnisch und ungarisch verfaßt, lautet: „Den Gefallenen und Ermordeten von 1956 - Zum 30. Jahrestag des Aufstandes“. Die Mittel für die Gedenktafel wurden in Ungarn durch Spenden aufgebracht.

UdSSR bildet neue Regierungsgremien

DW, Moskau

Die sowjetische Regierung will mit Hilfe neuer Institutionen ihre sozialen und wirtschaftlichen Probleme lösen. Nach Angaben der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass von gestern sind vier neue, dem UdSSR-Ministerrat zugeordnete Büros beziehungsweise Kommissionen gebildet worden: ein Büro für soziale Entwicklung, ein Büro für Meschlinenbau, ein Büro für den Brennstoff-Energie-Komplex und eine staatliche außenwirtschaftliche Kommission. Angekündigt wurde auch die Bildung eines Gremiums für die Koordination und Gesamtleitung der Sozialpolitik sowie eine Rentenreform.

Paris hält Botha-Besuch für „normal“

SAD, Paris

Der südafrikanische Präsident Pieter Willem Botha ist gestern zu einem zweitägigen „Privatbesuch“ in Frankreich eingetroffen und wird heute, dem Jahrestag des Waffenstillstands im Ersten Weltkrieg, im Wald von Deville bei Longueval im Département Somme das Museum des Mahnmals für die südafrikanischen Toten der beiden Weltkriege einweihen. Bei seinem vorigen Besuch in Frankreich vor zwei Jahren hatte er den Grundstein für das Museum gelegt.

Die französische Regierung hat zu der umstrittenen Visite erklärt, daß sie es für „normal“ halte, wenn der Präsident sich am Waffenstillstandstag, der in Frankreich ein offi-

Anzeige

Nutzen Sie die BERUFS-WELT für Ihre berufliche Zukunftsvorbereitung!

Interessante Berufs-Angebote finden Sie jeden Samstag in der BERUFS-WELT, dem großen überregionalen Stellendienst der WELT für Fach- und Führungskräfte.

DIE WELT

VERLAGS- UND DRUCKEREI-UNTERNEHMEN

zieller Feiertag ist, vor den südafrikanischen Toten verneigen wolle. Gleichzeitig jedoch wiesen Regierungssprecher darauf hin, daß kein Regierungsmitglied Botha empfangen werde.

In zahlreichen Orten Frankreichs hatte es am vergangenen Donnerstag nach Aufrufen von Organisationen der Linken und aus der Anti-Apartheid-Bewegung Protestkundgebungen gegen den Besuch Bothas gegeben.

Premierminister Chirac hatte vorige Woche erklärt, er sei „in Prinzip“ nicht gegen ein Zusammentreffen mit Botha, dies würde jedoch die afrikanischen Partner Frankreichs „schokkieren“. Da Chirac demnächst am französisch-afrikanischen Gipfeltreffen in Lomé, Togo, teilnimmt, wolle er die afrikanischen Teilnehmerstaaten nicht durch eine Begegnung mit dem südafrikanischen Präsidenten vor den Kopf stoßen.

Die Organisatoren der Protestkundgebung des vergangenen Donnerstag haben zu einer neuen Demonstration am Dienstag in Longueval aufgerufen. Die französische Polizei hat daher strenge Sicherheitsmaßnahmen ergriffen. Bei der Zeremonie in Longueval wird von französischer Seite als Vertreter der Regierung nur der Präfekt des Départements Somme anwesend sein.

Die privaten Banken zur „Wirtschaftskraft“ Für manche Aufgaben sind selbst große Banken einfach zu klein

Der Mensch wächst mit seinen Aufgaben. Wir Banken auch.

Im vergangenen Jahrhundert gründeten weitsichtige Privatbankiers große Aktienbanken - als Antwort auf den immens wachsenden Kapitalbedarf der damaligen Industrialisierung. Auch heute sind wieder Antworten auf wesentliche neue Entwicklungen gefragt. Da sind der Technologie-Schub, Strukturprobleme der Wirtschaft, der Gang privater Unternehmen zur Börse, internationale Finanzierungsprobleme.

Das alles ist ohne starke Finanzpartner nicht zu lösen. Oft müssen sich viele Banken zu Konsortien zusammenfinden, um einzelne große Aufgaben - Emissionen etwa oder auch Sanierungen - gemeinsam zu lösen.



Denn selbst die drei deutschen Großbanken kommen nur auf einen Marktanteil von insgesamt 8,4 Prozent.

Wir Banken meinen: Finanzwirtschaftliche Vorgänge im Weltmaßstab erfordern Finanzkraft und Erfahrung. Nur so sind wir sicher, allen unseren Aufgaben gewachsen zu sein.

Bundesverband deutscher Banken.

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft: Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken. Btx * 459 00 #



UINIC

Zwei Unternehmen mit Tradition.
Zwei Unternehmen mit gleichen Zielen.

SPERRY und BURROUGHS haben sich
zusammengeschlossen zur

UNISYS

**Unisys, ein 10-Milliarden-Dollar-Unternehmen
mit mehr als 100 000 engagierten Mitarbeitern
in über 100 Ländern.**

**Unisys, ein Unternehmen von Stärke und
Beständigkeit, in dem die vereinten Ressourcen
von SPERRY und BURROUGHS eine neue Kraft
bilden:**

Die Kraft².

**Mit dieser neuen Dimension potenzierte Kräfte
beginnt für den Computer ein neues Zeitalter.**

Das Zeitalter des echten Wettbewerbs.

Das Zeitalter der echten Alternativen.

Der Alternative für

Sie.

UNISYS

Die Kraft²

Das Aktuelle Fachbuch Wetter als Stref und Heilmittel

Auch das Wetter macht Stref. Ob Fohn oder Schwüle, extreme Hitze oder Kälte, das Wetter kann krank machen. Um das Kapitel 'Wetterstref und heilendes Klima' wurde ein umfassendes Taschenbuch zum Thema 'Wetter' in der zweiten Auflage erweitert. Bringt der interessierte Laie meteorologische Grundkenntnisse mit, wird er an dem Buch ebenso seine Freude haben wie der Fachmann. Es ist sowohl als Nachschlagewerk wie als unterhaltsame Lektüre geeignet und weicht damit vom üblichen Standard der wetterkundlichen Bücher ab.

Nach Monaten geordnet bietet er dem Leser interessante Einblicke in den typischen Witterungsablauf der Jahreszeiten. Bauernregeln, Wetterweisheit und Lektüre (Eisheilige) werden auf ihre Zuverlässigkeit abgeklüpfelt und der Wetterstatistik unbarmerzig gegenübergestellt. Zahlreiche Karten und Diagramme dokumentieren die Abhandlungen.

Ausgesuchte Wetterbeobachtungen, 'Großwetterlagen', 'Luftverschmutzung', 'Mond- und Sonneneinstrahlung' auf das Wetter, 'Wetterfähigkeit' und 'Wetterregeln' werden jeweils in einem eigenständigen Kapitel verständlich abgehandelt. Dazu gibt es ausführliches Zahlenmaterial über Wetter und Klima in Deutschland. Die Angaben für den Zeitraum von 1901 bis 1985 sind für jedes Bundesland gesondert aufgeführt.

Temperatur und Niederschlagswerte, Datumsangaben und Extremwerte sind ebenso in Tabellenform übersichtlich aufgeführt wie die astronomischen Daten und Klimaverhältnisse auf den Bergen Mitteleuropas. Wer sich weiterhin mit den Grundlagen der Wetterkunde befassen möchte, kann das ausführliche Literaturverzeichnis zu Rate ziehen.

M. BOECKH 'Wetter und Klima in Deutschland', von Karl Roznik, 2. Auflage, 152 Seiten, 24 Abbildungen, 25 Tabellen, Verlag S. Hirzel, Stuttgart 1986, 34 Mark



Ein Finnwal auf der Verarbeitungsrampe der isländischen Walfang-Station

FOTO: BENKE

Sabotageaktion gegen den Walfang

'Naturschützer' versenken isländische Schiffe / Drei Länder unterlaufen die Schutzabkommen

Von HARALD BENKE Saboteure haben am Sonntag im Hafen von Reykjavik zwei isländische Walfangboote durch Öffnen der Ventile versenkt. Im isländischen Rundfunk bekannte sich später eine amerikanische Anti-Walfanggruppe namens 'Sea Shepherd Conservation Society' zu dem Anschlag. Deren Gründer Paul Watson erklärte, seine Organisation habe die Schiffe versenkt, weil 'die Isländer illegal Wale jagen'. Watson hatte die Gruppe 1977 gegründet, nachdem er aus der Umweltschutz-Organisation 'Greenpeace' ausgeschlossen worden war.

Die Internationale Walfang-Kommission (IWC) hatte 1982 ein Moratorium beschlossen, wonach jeder kommerzielle Walfang ab der Fangsaison 1985/86 für fünf Jahre verboten sein soll, damit sich die stark dezimierten Bestände ein wenig erholen können. Dennoch haben sich drei Länder - Island, Japan und Norwegen - bisher nicht vollständig an die Abmachungen gehalten.

Die Isländer haben zwar den kommerziellen Walfang eingestellt, erstritten sich aber im Juni 1986 auf der IWC-Tagung in Stockholm einen 'wissenschaftlichen Walfang'. Danach dürfen etwa 200 Wale pro Jahr zu 'Forschungszwecken' gefangen werden. Wie in den Jahren zuvor wurde das Fleisch der getöteten Wale zu 90 Prozent nach Japan verkauft, da

auf Island kein Markt dafür existiert. Dies verstieß aber gegen das IWC-Abkommen, das Island die Ausnahmeerlaubnis nur dann zubilligt, wenn der größte Anteil der Produkte aus dem Fang im eigenen Land verbraucht wird.

Darauf griff die US-Regierung ein und stellte ein Ultimatum. In den USA existiert seit 1979 ein Naturschutzgesetz, das 'Packwood-Magnuson-Amendment' ist. Es verlangt, daß der Präsident gegen solche Länder Sanktionen aussprechen muß, die gegen internationale Naturschutz-Verordnungen verstoßen. Die Amerikaner drohten deshalb, daß der Import von isländischem Fisch in die USA untersagt werde, wenn die Isländer weiter gegen das Abkommen verstoßen. Damit wäre der Lebensnerv der Isländer getroffen.

Seltdem versucht die isländische Walfangindustrie, den Berg von Walfleisch aus dem 'wissenschaftlichen Walfang' zu mindestens 51 Prozent auf der Insel abzusetzen. Mit Hilfe zahlreicher Werbekampagnen wird nun versucht, die Bevölkerung zu mehr Verzehr von Walfleisch zu bewegen.

Auch Norwegen hält sich nicht an das Moratorium und fängt weiterhin Wale. Die norwegische Walfangindustrie sagte sich allerdings schon sehr früh durch rücksichtslose Überfischung den eigenen Ast ab. Nun fange die Norweger nur noch den kleinen Zwergwal. Nach Berechnungen

von IWC-Wissenschaftlern ist der Bestand dieser Art in norwegischen Gewässern inzwischen stark gefährdet. Norwegische Wissenschaftler bestreiten dies jedoch. Dennoch: Die Fangergebnisse werden von Jahr zu Jahr geringer. Immer mehr Walfänger hängen deshalb ihren Job an den Nagel. Es ist schon absehbar, daß in Zukunft der Walfang von der Regierung ganz verboten wird.

Auch Japan hat in diese Jahr weiter Wale gefangen. Wegen des US-Gesetzes sollte die japanische Fischereiflotte deshalb ihre Rechte verlieren, in US-Gewässern zu fischen. Die Einbußen, die die Fischereiflotte Japans dadurch erlitten hätte, wäre ein Vielfaches der Gewinne der Walfangindustrie, die ohnedies schon vom Staat subventioniert werden muß, da Wale einfach zu selten geworden sind.

Anfangs weigerte sich die Reagan-Regierung jedoch, Sanktionen gegen Japan zu erlassen. Doch als der Druck amerikanischer Naturschutzorganisationen immer stärker wurde, kam es zu Verhandlungen mit dem japanischen Fischereiministerium. Nun will Japan noch ein oder zwei Jahre Wale fangen und dann den Walfang für immer aufgeben. Am 28. Oktober ist das letzte japanische Walfangmuttereschiff mit seinen vier Fangbooten zum Walfang in die Antarktis ausgelaufen - angeblich auf seine letzte Fangfahrt.

Zaghafter Neubeginn für hochfliegende Vorhaben

Der Zeitplan für bemannte US-Raumflüge ab 1988 steht fest

Von ANATOL JOHANSEN

Mit weniger als Schrittschwindigkeit und äußerster Vorsicht ist zum ersten Mal nach dem 'Challenger'-Absturz wieder ein amerikanischer Raumtransporter von der Montagehalle auf Cape Canaveral zum Startplatz gefahren worden. Auf einer riesigen, fast fußballfeldgroßen Plattform trat die Raumfähre 'Atlantis' die mehrere Kilometer lange Reise an. Dabei wurde insbesondere getestet, wie sich die beiden großen Feststoffraketen verhalten, die den Raumtransporter beim Start zusätzlichen Schub verleihen - bei 'Challenger' aber zur Katastrophe führten. Zahlreiche Sensoren überprüften, ob und in welcher Weise die einzelnen Segmente dieser Raketen durch die Fahrt zur Startrampe Belastungen ausgesetzt waren, die ihre Funktionstüchtigkeit hätten beeinträchtigen können. Die Feststoff-Booster überstanden den Trip jedoch ohne die kleinste Beschädigung.

'Atlantis' wird allerdings nicht die erste Raumfähre sein, die nach dem 'Challenger'-Desaster vom 28. Januar dieses Jahres wieder eine Reise ins Weltall antritt. Dies bleibt der 'Discovery' vorbehalten, die im Februar 1988, gut zwei Jahre nach dem Unglück, in den Weltraum vordringen soll. Dabei sind alle noch denkbaren Sicherheitsmaßnahmen eingeplant. So wird man nicht - wie bisweilen in der Vergangenheit - sieben oder acht Astronauten auf die Reise ins Weltall schicken. Aus Sicherheitsgründen werden es nur fünf sein.

Alle Starts sollen nur bei Tageslicht erfolgen

Ebenso will man nicht bei Dunkelheit starten oder landen, sondern nur im Tageslicht. Außerdem wird die erste Mission nach dem schweren Rückschlag mit der 'Challenger' auf vier Tage begrenzt sein. Hauptaufgabe dieser Mission ist das Aussetzen eines TDRS-(Tracking and Data Relay Satellite)-Satelliten, mit dem die Sprechverbindung aus der Raumfähre zur Bodenstation erheblich verbessert werden soll. Doch eher es soweit ist, wird noch viel für die Sicherheit der Astronauten getan. Eine Vielzahl von Ret-

tungsmaßnahmen und Gefahrensituationen soll zuvor trainiert werden. Gegenwärtig arbeitet eine spezielle Kommission daran, Vorschläge für ein neues Shuttle-Rettungssystem zu erarbeiten. Dabei ist vorgesehen, den Astronauten die Möglichkeit zu geben, sogar nach dem Start ihr Raumfahrzeug - eventuell mit Hilfe von Fallschirmen - zu verlassen.

Eine weitere Sicherheitsmaßnahme besteht darin, daß man an der Startrampe ein neues Wetterschutzsystem installieren will, das die Raumfähren während der Startvorbereitungen gegen Regen oder auch gegen Staubpartikel, die durch starken Wind aufgewirbelt werden könnten, schützen soll. Die Verbesserungen an den großen Feststoff-Raketen des Shuttle wurden unterdessen mit Hochdruck vorangetrieben.

Mindestens vier Flüge sind für das Jahr 1988 geplant

Die Nasa ist zuversichtlich, daß alle Sicherheitsvorkehrungen rechtzeitig vor Februar 1988 verwirklicht werden können. Sie hat inzwischen ein neues 'Raumtransporter-Manifest' vorgelegt, aus dem die jetzt geplante Abflugfolge im Raumtransporter-Programm hervorgeht. In dem auf sieben Jahre befristeten Plan ist vorgesehen, daß 1988 mindestens vier Flüge erfolgen sollen und 1989 dann bereits zehn Raumtransporter-Missionen.

Dabei haben während der ersten drei Jahre militärische Nutzlasten eindeutig den Vorrang. Insgesamt sieht der geänderte Nasa-Fahrplan vor, daß bis zum Jahr 1992 etwa 50 Raumtransporterflüge durchgeführt werden sollen - und nicht 150, wie vor der 'Challenger'-Katastrophe geplant war. Nasa-Direktor James Fletcher betonte jedoch bei der Vorstellung des neuen 'Shuttle-Manifests', daß zukünftig die Sicherheit absolute Priorität haben werde. Man werde nicht die kleinsten Abstriche zulassen, nur um die jetzt festgeschriebenen Termine auszuhalten zu können. Ein zu ehrgeiziger Fahrplan mit bis zu 24 Raumtransporter-Einsätzen pro Jahr, der die Nasa sehr unter Druck stelle, war sicherlich eine der Ursachen dafür, daß sich 'Challenger'-Katastrophe am 28. Januar 1986 gekommen war.

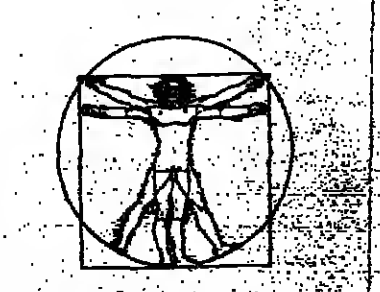
NOTIZEN

Erfolgreiche Förderung

Bonn (dpa) - Insgesamt 88 Prozent der vom Forschungsministerium geförderten Projekte im Bereich Mikroelektronik bei Klein- und Mittelunternehmen sind erfolgreich verlaufen. Wie Minister Heinz Riesenhuber mitteilte, sind 2 430 Produktentwicklungen bei 1 740 Unternehmen mit 450 Millionen Mark unterstützt worden. Ein Viertel der Firmen befaßte sich erstmals mit der Anwendung der Mikroelektronik. Bei 40 Prozent der Vorhaben ging es um völlige Neubentwicklungen.

Rifester Marknagel

Karlsruhe (dpa) - Im Forschungszentrum Karlsruhe ist jetzt als Nebenprodukt der Reaktor-sicherheits-Forschung ein rifester Marknagel entwickelt worden. Dabei handelt es sich um eine Gemeinschaftsarbeit mit der



Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Frankfurt. Der rifeste Marknagel dient der Fixierung von Knochenbrüchen. Die bisher häufigen Ermüdungsrisse dieser Marknagel können dadurch verhindert werden.

Funkkontakt erweitert

London (DW) - Die UdSSR wird demnächst ihren Kommunikationssatelliten 'Morskoy Sputnik' der Internationalen Maritimen Satelliten-Organisation (INMARSAT) zur Verfügung stellen. Damit wird das Gebiet der drei großen Ozeane für Funkkontakte kostengünstiger erschlossen, was eine Verbesserung für den internationalen Flugverkehr bedeutet. Die Bodenstationen von Udesa und Nakhodka werden den weitverbreiteten Service beibehalten. INMARSAT koordiniert weltweit den Sprechverkehr von Schiffen und Flugzeugen und verfügt bislang über neun Satelliten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gewissen und Waffen

„Grundsätzlich, zentralistisch“: WELT vom 29. Oktober

Da haben sich zivile Helfer in Nicaragua, die hierzulande anerkannte Kriegsdienstverweigerer sind, der durch die terroristischen Contra-Überfälle bedauerlichen Situation angepasst und für den Notfall eine Waffe bereitgehalten.

Was hätten sie sonst tun sollen? Sich selbst ein Aufenthaltsverbot für Nicaragua erteilen? Den Contras den KDV-Bescheid einer deutschen Kammer vor die gezeigte Waffe halten: 'Buenos tardes, señoras, aber nichts für ungut, sehet, ich bin des Friedens' - Verweigerer zu sein, verpflichtet doch niemanden, sich wehrlos erschließen zu lassen.

Wer als KDV-Kandidat in der Prüfungsverhandlung Notwehr und Not Hilfe für sich ausschließt, macht sich völlig ungläubwürdig und wird regelmäßig nicht anerkannt. Jetzt haben Verweigerer einmal wirklich gezeigt, daß sie möglicherweise so handeln würden, weil sie es wirklich mühten, und schon ist es noch falscher. Da stimmt doch etwas nicht.

Der Verweigerer-Status wird hierzulande demjenigen zuerkannt, dessen Gewissen ein Mitwirken am Waffendienst zwischen Staaten ausschließt. Das haben die Aufbauführer in Nicaragua nie vorgehabt und nie getan - völkerrechtlich gibt es dort zudem keinen Krieg. Somit bleiben sie völlig zurecht KDV.

Mir fällt bei soviel Starrsinn der politischen Verantwortlichen und Wirklichkeitsverweigerung nur noch eine zynische Frage ein: Ob demnächst auch der Abo-Kant werden soll, der öffentlich zugibt, Söhne geschlagen zu haben?

Berno Millender, Resistentenverweigerer, Aachen

Es kommt dem Staat nicht zu über ein 'gutes oder schlechtes' Gewissen, über 'echte und unechte' Gewissensentscheidungen zu befinden. Wie anders will er denn sonst Gewissensfreiheit garantieren?

Art. 4. Abs. 3 Grundgesetz enthält ein Ausnahmegrundrecht, das nur dann in Anspruch genommen werden kann, wenn die Bundesrepublik Deutschland die wehrpflichtigen Bürger im Verteidigungsfall, das heißt im Kriegsfall dazu zwingen muß, Waffen zu bedienen und damit zu töten. Das Dilemma besteht darin, daß Art. 12 Grundgesetz den Wehrdienst im Frieden dem Kriegsdienst gleichstellt und das Gewissen des einzelnen damit aus der konkreten Entscheidungssituation eines Krieges entläßt.

an dem die Bundeswehr beteiligt ist. An diesem Widerspruch im Grundgesetz verzweifeln vor allem die Anerkennungsbehörden und die Gerichte. Solange die Verfassung nicht geändert wird, hat selbst der Gesetzgeber Schwierigkeiten, die Verteidigungsfähigkeit des Staates in ein rechtsstaatlich einwandfreies Verhältnis zum Anspruch auf Kriegsdienstverweigerung zu setzen (vgl. 'Postkartengesetz' und die jüngste Wehrpflichtnovelle). Man muß sich mit den juristisch unhaltbaren Zuständen abfinden, denn es hätte allein für viele soziale Einrichtungen kaum erträgliche Konsequenzen, wenn die Zivildienstleistenden nicht mehr zur Verfügung stünden. Und die Mehrheit für eine Grundgesetzänderung ist nicht in Sicht.

Dr. H.-G. Schultz-Garslein, Wendorf

Verzögerung

„Soll ruht der Dollar“: WELT vom 16. Oktober

Ich muß die Anklänge von Resignation kritisieren, die in Ihrem Artikel aufzutauchen: 'Emden tut gut daran, sich auf das Machbare zu konzentrieren. Alternativen sind vorhanden', oder: 'Die seit einem Jahrhundert andauernde Diskussion um den Dollarhafen könnte ... endlich ad acta gelegt werden'.

Meiner Meinung nach besteht keine Veranlassung, bereits jetzt Ansprüche zurückzuschrauben. Hartnäckigkeit und Ausdauer sind hier gefragt. Den Häfen Hamburg und Bremen wäre der Dollarhafen kaum eine Konkurrenz, sondern viel mehr Rotterdams. Emden ist durch die Deutsche Bundesbahn und den Dortmund-Ems-Kanal ein Hafen des Rhein-Ruhrgebietes. Und genau das ist auch die Region, die von Rotterdam versorgt wird. Dies erklärt die Verzögerungstaktik der Niederländer.

Aber wir haben in Ostfriesland über 20 000 Arbeitslose (13 Prozent). Ohne Arbeit nützt die beste Bildung, der großzügigste Wohnungs-

Wort des Tages

„So weit deine Selbstbeherrschung geht, so weit geht deine Freiheit.“

Marie von Ebner-Eschenbach, österreichische Autorin (1830-1916)

bau und die schönste Erholung nichts. Ohne weitere Hafenerweiterung gibt es keine neuen Gewerbeflächen. Der Dollarhafen erschließt Gewerbe- und Umschlagflächen am seeschiffbaren Wasser. Er ermöglicht die Erweiterung des Güterumschlages und der Werftaktivitäten. Außerdem kann er von größeren Schiffen (bis 120 000 Tonnen) angelaufen werden (bisher 80 000 Tonnen). Das Fahrwasser zwischen der Knoek und der Emdener Seeschleuse verschlickt so stark, daß jährlich über 40 Millionen Mark Baggerkosten entstehen. Der Dollarhafen verhindert diese Verschlickung.

Zum Abschluß noch eine kleine Bemerkung: Die Leute in Emden sind genauso wenig Emdener, wie ich Bremener bin, sondern Emdler! Ubbø Decker, Bremen 66

Gegenrechnung

Bundeskanzler Kohl wäre gut beraten, wenn er einmal aufstünde und veröffentlichte, wie die sowjetische Führung ihm im Laufe der Jahre an den Kopf geworfen hat!

Horst Winter, Hamburg

Sprit-Odyssee

Ich möchte mir erlauben darauf hinzuweisen, daß die Versorgung des französischen Tankstellennetzes mit bleifreiem Benzin in gravierender Weise unzureichend organisiert ist.

Nicht nur ist das Tankstellennetz zu weit, nicht nur ist der Benzinpreis zu hoch, sondern insbesondere ist die Bedienung an den Tankstellen unzuverlässig.

Im Oktober fuhr ich mit meinem Fahrzeug mit Katalysator auf der Autobahn von Lyon Richtung Mulhouse. An der Reststätte Beaune-Mercureil wollte ich tanken - die Zapfsäule war leer. Man sagte mir, die Lieferung sei seit mehreren Tagen im Rückstand. Mit dem Inhalt eines Reservetankstellers fuhr ich weiter nach Dijon. Dort war die Tankstelle sonntags geschlossen. Ich telefonierte nach Bligny-sur-Ouche, um zu erfahren, ob es dort noch bleifreies Benzin gäbe. Da die Antwort positiv war, fuhr ich los. Wenige Kilometer hinter Dijon war der Treibstoff zu Ende. Ich ließ den Wagen am Straßenrand zurück und versuchte mein Glück per Autostopp mit meinem Benzinanker in der Hand. Inzwischen war es Nacht geworden.

Bruno Mellinger, Reinbek

Nach langem, mühseligem Umherfahren kamen wir schließlich an die Tankstelle Bligny-sur-Ouche an der A 6. Als ich dort meinen Jerrycan vollfüllen wollte, geschah das Entsetzliche: Die Zapfsäule war kaputt, gab keinen einzigen Tropfen mehr. Mir blieb nichts anderes übrig, als normal verbleites Benzin zu nehmen. Fazit der Reise: Sachschaden und Kosten: circa 900 Mark. Ein Katalysator ist nach Benutzung mit verbleitem Kraftstoff bekanntlich unbrauchbar und kann weggeworfen werden.

Wer ersetzt mir diesen Schaden? Dr. Hartmut Köhler, Freiburg

Nur Nostalgie

„Bilows Kompost für den Umbau der Bundeswehr“: WELT vom 29. Oktober

Andreas von Bülow bewertet Streitkräftestrukturen für die Vorverteidigung der NATO nach ungeeigneten Kriterien. Die Bundeswehr hat ihre Heeresverbände nicht deshalb gepanzert und mechanisiert, um sie angriffsweise einsetzen zu können, sondern um ihren Soldaten bei im Verteidigungsfall zu erwartender gegnerischer Feuerüberlegenheit größtmöglichen Schutz zu gewähren sowie Unterlegenheit an Zahl durch Beweglichkeit hinlänglich auszugleichen. Bundeswehrverbände haben zusätzlich die Aufgabe übernommen, Lücken in der Friedenspräsenz alliierter Truppen bis zu deren Heranführung abzudecken.

Der entscheidende Maßstab zur Beurteilung der NATO-Streitkräftestruktur ist nicht deren mögliche Sichtweise als offensiv oder defensiv, sondern ihr Beitrag zur strategischen Stabilität und damit zur Friedenssicherung. Diese Stabilität wird in Mitteleuropa unsererseits durch eine bündnisgemeinschaftliche, multinationale Vorpresenz gewährleistet. Solange sie besteht, kann der Revanchismusvorwurf - vom Warschauer Pakt als Mittel zur Solidarisierung genutzt - nicht glaubwürdig gegen niederländische, britische oder amerikanische NATO-Soldaten erhoben werden. Solange wirkt auch der Schirm der Abschreckung. Sollten aber die anderen Bündnispartner durch schwächende und im Alleingang unternommene Wehrexperimente aus der Bundesrepublik vergrault werden, dann könnte der Anwurf des Revanchismus wieder greifen und mit der Erosion der Abschreckung wäre die Stabilität in Europa beendet.

In diesem Lichte gehören auch die Bilowschen Militärvorschläge in die nostalgische Abteilung Andreas Hofers, taugen aber nicht für bedrohungsgerechte, hochtechnisierte Verteidigungsstrukturen des 21. Jahrhunderts.

Bruno Mellinger, Reinbek

ERNENNUNG

Der Leiter des Büros von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), Dr. Fritz Behrens (38), soll Nachfolger von Hermann Strich als Düsseldorf-Regierungspräsident werden.

Es gilt als sicher, daß Behrens sein Amt nach der Zustimmung durch das Landeskabinett noch vor den Bundestagswahlen im Januar 1987 antreten wird. Der bisherige Regierungspräsident Strich scheidet zum Ende des Jahres aus Altersgründen aus. Er hatte 1983 die Nachfolge des derzeitigen FDP-Fraktionsvorsitzenden im Düsseldorf-Regierungspräsidenten, Achim Rohde, angetreten. Behrens war vor seinem Wechsel in die Staatskanzlei Persönlicher Referent von Innenminister Herbert Schnoor (SPD).

BUCHPREMIERE

Als „erstes Geschenk“ zum Berliner 750-Jahr-Jubiläum präsentiert sich die 25. Auflage des „Großen Baedeker Berlin“. In den letzten fünf Jahren war nur eine kleine gekürzte Fassung greifbar gewesen. Frühere Ausgaben des „umfassenden Standardwerks für Touristen, Geschäftsreisende und Berliner“ sind unter Sammlern heiß begehrt. 1979 war sogar ein Reprint des ersten Berlin-Baedekers von 1878 aufgelegt worden. Bei der Vorstellung des neuen Bandes heute in der Berliner Buchhandlung Kiepert am alten „Knie“, dem heutigen Ernst-Reuter-Platz, werden Kostproben aus dem ersten „Baedeker“ neben herzhaftem Berliner Imbiß gereicht. Elise Baedeker steuert verlegerische Anekdöten bei. Die völlig neue Bearbeitung des Stadtführers stammt von Sabine Bohle. Sie tritt damit in die Fußstapfen des unvergessenen Heimatforschers Kurt Pomplun, der 1968 noch die 24. Auflage betreut hatte.

EHRUNGEN

Der in Zürich arbeitende deutsche Dipl.-Ing. Heinz Konrad Klinkmann ist Hauptpreisträger des 'Preises der deutschen Gaswirtschaft 1986'. Klinkmann erhält die Hälfte des mit 50 000 Mark dotierten Preises für die Planung einer Erdgas-Turbinenanlage mit Abwärmenutzung im Auftrag einer Großschmiede in Eßlingen bei Karlsruhe. Die Anlage nutzt das eingesetzte Erdgas zu mehr als 90 Prozent. Der Preis der deutschen Gaswirtschaft wird alle zwei Jahre vergeben. Unter den anderen prämierten Projekten ist erneut und damit zum zweitenmal das Hamburger Ingenieurbüro

Personen

Baratio. Es wurde für ein Blockheizkraftwerk mit Netzsatzfunktion für ein Krankenhaus in Elmshorn ausgezeichnet.

Mit dem Oberschlesischen Kulturpreis ist in Ratingen bei Düsseldorf der Schriftsteller Hans Lipinsky-Gottersdorf (66) geehrt worden. Die mit 10 000 Mark dotierte Auszeichnung übergab im Rahmen einer Feierstunde Staatssekretär Paul Arnold Nelles vom nordrhein-westfälischen Arbeitsministerium. Lipinsky-Gottersdorf, der in

WAHL

Der Finne Peter Tallberg ist auf der Jahrestagung des Internationalen Segler-Verbandes (IYRU) in London zum neuen Präsidenten gewählt worden. Der 49jährige ehemalige Olympia-Teilnehmer im Starboot trat damit die Nachfolge des im September verstorbenen Italiener Beppe Croce an, der den Weltsegler-Verband 17 Jahre lang geführt hatte. Die sechs Vize-Präsidenten, die wie Tallberg, auf vier Jahre hinaus gewählt wurden, sind Jonathan Janson (Großbritannien) - einziger Gegenkandidat von Tallberg bei der Präsidentenwahl -, James Scheonmaker (USA), Andrej Kislow (UdSSR), Paul Henderson (Kanada), Peter Siemsen (Brasilien) und George Andreadis (Griechenland). Als einzige Delegation behielt die Hamburgerin Hanne Bense ihren Vorsitz in einem Komitee des IYRU. Hanne Bense, der es maßgeblich zu verdanken ist, daß die Frauen bei den Olympischen Spielen in Fuzun 1988 erstmals einen eigenen Start haben, wurde als Vorsitzende des Frauen-Komitees wiedergewählt.

DIPLOMATIE

Schweden wird einen neuen Honorarkonsul in Stuttgart erhalten. Die Bundesregierung erteilte Michael Klett das Exequatur. Sein Konsularbezirk umfaßt das Land Baden-Württemberg. Die Vertretung ist dem schwedischen Generalkonsulat in München unterstellt.

GESTORBEN

Der langjährige Direktor der Ambulatorischen und Geburtshilflichen Veterinärklinik der Justus-Liebig-Universität, Professor Dr. Harry Tillmann, ist in Gießen im Alter von 74 Jahren gestorben. Der im Baltikum geborene Wissenschaftler ist nach Studien und wissenschaftlichen Tätigkeiten an den Universitäten Dorpat, Leipzig und Berlin (Humboldt-Universität) von 1954 bis zu seiner Emeritierung 1985 Direktor der Klinik für Veterinärgeburtshilfe in Gießen gewesen.

UNIVERSITÄT

Dr. Richard Pott, Privatdozent am Institut für Geographie der Universität Münster, hat den Lehrstuhl für Geobotanik an der Universität Hannover übernommen.

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paraguay wird Dr. Richard Louis, zuletzt Botschafter in Singapur. Der Mannheimer, Jahrgang 1931, Jurist, gebürtig aus auswärtigen Amt seit 1960 an. Er war am Generalkonsulat von Sao Paulo tätig, in den Botschaften in Beirut und Tripolis und wurde 1970 zum deutschen Gesandtschaftsleiter in Houston, Texas. Es folgten Diplomatentjahre an der Botschaft in Teheran, wo Dr. Louis als ständiger Vertreter des Botschaf-

Personen

Es wurde für ein Blockheizkraftwerk mit Netzsatzfunktion für ein Krankenhaus in Elmshorn ausgezeichnet.

Mit dem Oberschlesischen Kulturpreis ist in Ratingen bei Düsseldorf der Schriftsteller Hans Lipinsky-Gottersdorf (66) geehrt worden. Die mit 10 000 Mark dotierte Auszeichnung übergab im Rahmen einer Feierstunde Staatssekretär Paul Arnold Nelles vom nordrhein-westfälischen Arbeitsministerium. Lipinsky-Gottersdorf, der in

WAHL

Der Finne Peter Tallberg ist auf der Jahrestagung des Internationalen Segler-Verbandes (IYRU) in London zum neuen Präsidenten gewählt worden. Der 49jährige ehemalige Olympia-Teilnehmer im Starboot trat damit die Nachfolge des im September verstorbenen Italiener Beppe Croce an, der den Weltsegler-Verband 17 Jahre lang geführt hatte. Die sechs Vize-Präsidenten, die wie Tallberg, auf vier Jahre hinaus gewählt wurden, sind Jonathan Janson (Großbritannien) - einziger Gegenkandidat von Tallberg bei der Präsidentenwahl -, James Scheonmaker (USA), Andrej Kislow (UdSSR), Paul Henderson (Kanada), Peter Siemsen (Brasilien) und George Andreadis (Griechenland). Als einzige Delegation behielt die Hamburgerin Hanne Bense ihren Vorsitz in einem Komitee des IYRU. Hanne Bense, der es maßgeblich zu verdanken ist, daß die Frauen bei den Olympischen Spielen in Fuzun 1988 erstmals einen eigenen Start haben, wurde als Vorsitzende des Frauen-Komitees wiedergewählt.

DIPLOMATIE

Schweden wird einen neuen Honorarkonsul in Stuttgart erhalten. Die Bundesregierung erteilte Michael Klett das Exequatur. Sein Konsularbezirk umfaßt das Land Baden-Württemberg. Die Vertretung ist dem schwedischen Generalkonsulat in München unterstellt.

GESTORBEN

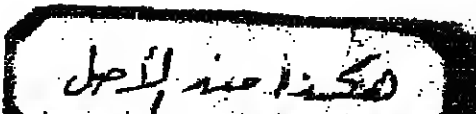
Der langjährige Direktor der Ambulatorischen und Geburtshilflichen Veterinärklinik der Justus-Liebig-Universität, Professor Dr. Harry Tillmann, ist in Gießen im Alter von 74 Jahren gestorben. Der im Baltikum geborene Wissenschaftler ist nach Studien und wissenschaftlichen Tätigkeiten an den Universitäten Dorpat, Leipzig und Berlin (Humboldt-Universität) von 1954 bis zu seiner Emeritierung 1985 Direktor der Klinik für Veterinärgeburtshilfe in Gießen gewesen.

UNIVERSITÄT

Dr. Richard Pott, Privatdozent am Institut für Geographie der Universität Münster, hat den Lehrstuhl für Geobotanik an der Universität Hannover übernommen.

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paraguay wird Dr. Richard Louis, zuletzt Botschafter in Singapur. Der Mannheimer, Jahrgang 1931, Jurist, gebürtig aus auswärtigen Amt seit 1960 an. Er war am Generalkonsulat von Sao Paulo tätig, in den Botschaften in Beirut und Tripolis und wurde 1970 zum deutschen Gesandtschaftsleiter in Houston, Texas. Es folgten Diplomatentjahre an der Botschaft in Teheran, wo Dr. Louis als ständiger Vertreter des Botschaf-



Hier sehen Sie ein Büro, einen Konferenzraum, ein Café, eine Bar, ein Restaurant und eine Telefonzelle.



Das vielseitigste Verkehrsmittel für Geschäftsleute heißt Intercity. Die Züge fahren im Stundentakt. Das bedeutet, Sie können sich statt auf den Fahrplan voll und ganz auf Ihren Terminplan konzentrieren.

Sie können zum Beispiel die Argumente für die anstehende Besprechung durchgehen und eine Strategie für das Gespräch festlegen. Wir bringen Ihnen dazu gern eine Tasse Kaffee an den Platz. Oder gleich ein ganzes Frühstück. Wenn Sie zusammen mit Kollegen reisen, stellen wir Ihnen im TEE oder in der 1. Klasse IC ein ganzes Konferenzabteil zur Verfügung. Schon ab 4 Personen reservieren wir Ihnen kostenlos ein ganzes Abteil. Für den Fall, daß Sie mal eben im Büro anrufen wollen: das Münz-Zugtelefon befindet sich im 1.-Klasse-Großraumwagen. Übrigens, im Zugrestaurant gibt es heute Kalbsbraten. Dazu einen Rheingauer Riesling, wenn Sie möchten.

Und wenn Sie dann ausgeruht und gut vorbereitet in die Gespräche gehen, haben Sie das Geschäft schon halb in der Tasche.

Die Bahn hat noch viele gute Angebote für Firmen und Geschäftsreisende. Zum Beispiel können Sie auch mitten in der Stadt in einem unserer IC-Hotels übernachten. Mehr darüber erfahren Sie bei allen Fahrkartenausgaben, DER-Reisebüros und den anderen Verkaufagenturen der Bahn.

TENNIS

Bunge: Schnell den Mut verloren

DW, Worcester
Bettina Bunge hat verloren - und dennoch gewonnen. Die 23 Jahre alte Deutsch-Amerikanerin schaffte es nicht beim mit 250 000 Dollar dotierten Tennis-Turnier von Worcester (US-Bundesstaat Massachusetts) das Finale zu erreichen. Doch sie unterstrich ihre zur Zeit ausgezeichnete Form mit Erfolgen über die weitaus höher eingestufte Manuela Maleeva (Bulgarien) und Helena Sukova (SSE). Das Erreichen des Halbfinals in Worcester bedeutete für Bettina Bunge gleichzeitig die Qualifikation für das Masters-Turnier der Damen vom 17. bis 23. November in New York.

Im Halbfinale gegen die Tschechoslowakin Hana Mandlikova verlor Bettina Bunge schon im ersten Satz etwas der Mut. Sie sagt: „Hana hat derart gut aufgeschlagen, daß ich den Ball kaum über das Netz brachte. Das hat mir leider sehr früh das Selbstvertrauen geraubt.“ Die für Aschaffenburg spielende Bunge geriet schnell mit 0:5 in Rückstand und schaffte dabei lediglich elf Punkte, ehe sie den ersten Satz mit 1:8 verlor. Im zweiten Satz klappte es dann besser. Beim Stande von 4:5 wehrte die ungesetzte Bettina Bunge drei Matchballs ab und schaffte mit einem glänzenden Rückhand-Passierball noch das 5:3. Dennoch gingen Satz und Spiel mit 5:7 verloren. Bettina Bunge: „Nach dem 5:3 war meine Konzentration dahin.“

Im Finale spielt Hana Mandlikova nun gegen Martina Navratilova, die ihr 4:1 Einzelhinterland gewann. Allerdings hatte die weltbeste Spielerin gegen ihre Doppelpartnerin Pam Shriver viel Mühe, ehe sie mit 3:6, 7:6, 6:4 erfolgreich war. Beide erreichten auch das Endspiel im Doppel, in dem sie auf die deutsch-tschechoslowakische Paarung Kohde/Sukova treffen. An der Seite von Helena Sukova konnte sich Claudia Kohde, die im Einzel in der jüngsten Vergangenheit besten Bestform erreicht hatte, wieder etwas steigern. Elise Burgin (USA) und Rosalyn Fairbank wurden 6:3, 6:2 bezwungen.

Das mit 925 000 Dollar dotierte Einladungsturnier von Antwerpen wurde von John McEnroe gewonnen. Der Amerikaner mußte sich lange quälen, ehe er den Tschechoslowaken Miloslav Mečíř in fünf Sätzen mit 6:3, 1:6, 7:6, 6:7, 6:5 besiegen konnte.

FUSSBALL / Rückkehr in die Bundesliga? - Interview mit Pierre Littbarski

„Katastrophale Situation“ Entscheidung am Mittwoch

BERND WEBER, Köln
Sein Wechsel nach Frankreich muß noch immer als Verlust für die deutsche Fußball-Bundesliga gelten: 2,75 Millionen Mark zahlte der Racing Club Paris vor vier Monaten für Nationalspieler Pierre Littbarski an den 1. FC Köln. Jetzt sitzt der kleine Dribbelkünstler noch nicht einmal auf der Spielerbank seines neuen Klubs. Während der nämlich mit Enzo Francescoli und Ruben Paz aus Uruguay 1:0 in Lille gewann, mußte Littbarski mit der Reserve in Mühlhausen antreten. Denn auch in Frankreich gilt: Ein Verein darf in einem Spiel nur zwei Ausländer einsetzen. WELT-Mitarbeiter Bernd Weber sprach mit Pierre Littbarski.



Einmal optimistisch als Franzose herausgeputzt: Littbarski. FOTO: MBO/CE

WELT: Die Spekulationen um Ihre Rückkehr in die Bundesliga sind inzwischen ja ziemlich weit gediehen. Vom 1. FC Köln. Ihrem alten Klub. Ist die Rede. Und angehängt soll auch Blau-Weiß 90 Berlin heftiges Interesse an Ihnen haben. Littbarski: Aber ich stehe immer noch bei Racing Paris unter Vertrag. Und ich habe die Hoffnung, daß ich meinen Drei-Jahres-Kontrakt erfüllen kann. noch nicht völlig aufgegeben.

WELT: Fest steht aber doch wohl, daß Ihre derzeitige Situation mehr als unbefriedigend ist. Littbarski: Sie ist, um es ganz deutlich zu sagen, katastrophal. Ich habe jetzt mit unserer Reservemannschaft in Mühlhausen spielen müssen - und das ist nun wirklich weit unterhalb meines Niveaus.

WELT: Sie müssen andererseits aber auch zugeben, daß Sie bei Ihren Erstligaeinsätzen nicht gerade überzeugt haben. Ein Tor haben Sie erst geschossen. Kann man da nicht verstehen, daß die Franzosen enttäuscht sind? Littbarski: Die Voraussetzungen, die ich hier angetroffen habe, sind schlimm. Und damit meine ich ganz konkret die Einkaufspolitik, die Racing betrieben hat. Ich bin als erster Ausländer verpflichtet worden. Daß Enzo Francescoli noch geholt werden würde, war mir zum damaligen Zeitpunkt schon klar. Aber das Racing auch noch Ruben Paz an Land ziehen würde, habe ich nicht einmal geahnt. Wenn ich es gewiß hätte, wäre ich nicht hierher gekommen.

WELT: Die Konfusion scheint tatsächlich groß zu sein. Vor 14 Ta-

gen, beim Meisterschaftsspiel in Metz, waren Sie noch mit dabei, und „France Football“ hat Sie in die Ligamannschaft des Tages gewählt. Dann aber wurden Sie wieder auf die Tribüne verbannt, welche Erklärung gibt es dafür? Littbarski: Ich habe lange mit unserem Trainer Zvunka gesprochen, aber schlauer bin ich auch nicht geworden. Ich habe also keine Erklärung für dieses Wechselspiel.

WELT: Wie soll es denn jetzt weitergehen? Littbarski: Am Mittwochabend spielt unsere Mannschaft zu Hause gegen Toulon. Ich weiß, daß ich dann wieder nur auf der Tribüne sitzen werde. Danach aber werde ich das

entscheidende Gespräch mit unserem Präsidenten Jean-Luc Legardere führen und ich werde ultimativ verlangen, daß er entweder Francescoli oder Paz verkauft - oder aber mich freigibt. Eine andere Lösung ist für mich nicht mehr denkbar.

WELT: Ein Wechsel innerhalb Frankreich ist für Sie kein Thema? Littbarski: Nein, wenn Racing mich nicht behalten will, würde ich ganz realistisch sagen, daß ich in diesem Land gescheitert bin. Dann käme für mich auch nur ein totaler Tapetenwechsel in Frage.

WELT: Also zurück in die Bundesliga? Littbarski: Das wäre dann tatsächlich mein Ziel, obwohl ich noch einmal in aller Klarheit betonen muß, daß es keine offiziellen Kontakte zu irgendeinem Bundesliga-Klub gibt. Auch nicht zum 1. FC Köln.

WELT: Grundsätzlich wäre eine Rückkehr gewiß auch nicht ganz einfach zu bewerkstelligen. Es hieß nämlich seinerzeit, Sie hätten bei dem Transfer zu Racing kräftig mitkassiert. Da war sogar von zwei Millionen Mark die Rede, die auf Ihr Konto geflossen sind. Müßten Sie dieses Geld dann wieder zurückzahlen? Littbarski: Ich lasse mir von keinem Außenstehenden ins Portemonnaie schauen. Ich kann aber so viel sagen, daß die damals genannte Summe, die angeblich für mich anfiel, falsch ist. Fest steht aber, daß ich bei einer Rückkehr in die Bundesliga Geld verdienen würde. Das ist mir egal, ich will wieder richtig Fußball spielen.

WELT: Die Franzosen werfen Ihnen vor, Sie hätten sich nie richtig darum bemüht, in Paris heimisch zu werden. Sie würden zu oft nach Deutschland reisen. Littbarski: Das hat ausschließlich private Gründe. Meine Frau erwartet Anfang nächsten Jahres ihr zweites Kind, und da gibt es ein paar ernste Probleme. Monika will aber dort ärztlich betreut werden, wo sie sprachlich zu Rande kommt. In Köln eben, und so erkärt sich auch mein häufiger Pendelverkehr.

WELT: Haben Sie eigentlich noch Kontakt zu Teamchef Franz Beckenbauer? Littbarski: Im Moment nicht. Aber der muß sich zur Zeit ja wohl auch mehr um die Schiedsrichter kümmern...

HANDBALL / Der Bundestrainer hat sich festgelegt: Ohne Wunderlich

Schobel und die Jugend

Handball-Bundestrainer Simon Schobel hat sich festgelegt, gegen die Meinung vieler Experten. Der 36jährige verzichtet in der letzten Vorbereitungsphase der Nationalmannschaft auf die B-Weltmeisterschaft Ende Februar nächsten Jahres in Südtirol endgültig auf den Milbertshofener Bundesligaspieler Erhard Wunderlich (29). „Ich habe mich entschieden, der seit September in dieser Formation zusammenspielenden jungen Truppe die volle Verantwortung zu übertragen“, sagte Schobel gestern nach einem Gespräch mit Wunderlich in Freiburg.

Er werde, sagte Schobel weiter, sein schon seit März verfolgtes Konzept auch wegen des unverkennbaren Formanstieg Wunderlichs nicht mehr ändern. So wird der Milbertshofener auch beim Karpaten-Turnier gegen die Nationalmannschaften Rumaniens, Polens und der UdSSR Ende November im rumänischen Craiova nicht berücksichtigt.

Und dies, obwohl sich der 204 Zentimeter große Wunderlich in den letzten Meisterschaftsspielen in prächtiger Form präsentiert hatte und dabei sogar an seine alte Spielstärke erinnerte, mit der er beispielsweise 1978 in der deutschen Weltmeister-Mannschaft auftrat. Mittlerweile führt er sogar die Torhüterliste der Liga an. Am Wochenende erst hatte Wunderlich bei der knappen 24:25-Niederlage seines Klubs in Gummersbach 13 Treffer erzielt und auch als Spielgestalter

geglänzt. „Es muß möglich sein, einen solchen Mann in eine Mannschaft einzuordnen“, hatte der ehemalige Bundestrainer Vlado Stenzel gefordert.

So stand die sportliche Leistungsfähigkeit des Erhard Wunderlich gar nicht zur Diskussion. Auch der Gummersbacher Heiner Brand, der Assistent des Bundestrainers, den Schobel schon vorher über seine Entscheidung informiert hatte, mußte dies nach der Vorstellung gegen seinen Verein zugeben. „Doch eine Mannschaft ist ein komplexes Gebilde“, sagte Brand gestern der WELT, „eine Mannschaft muß sich über längere Zeit einspielen, um ihre Stärke zu finden.“

Auch ein noch so starker Spieler lasse sich nicht ohne weiteres in solch eine Formation integrieren. Zumal ein Athlet wie Wunderlich, der zwar viel Spielverständnis mitbringe, aber als dominierender Spielertyp „das Spiel einer Mannschaft auf sich zieht“. Zudem seien da noch weitere Faktoren, „die zur Harmonie

in einer Mannschaft beitragen“. Erhard Wunderlich habe sich zwar kurz immer in die Auswahl eingedern lassen, dennoch habe es auch immer wieder Schwierigkeiten gegeben. „Auch Vorbehalte gegen einen Spieler können das Zusammenspiel in einer Mannschaft stören.“

In der Tat hat Wunderlich in der Nationalmannschaft nicht nur Freunde, vor allem sein Verhältnis zum Martin Schwab aus Großwallstadt und dem Schwabinger Uli Roth gilt als unterkühlt. So halten Simon Schobel und Heiner Brand also an ihrem jungen Team fest, das sie nach dem siebten Platz bei der Weltmeisterschaft in der Schweiz seit März aufgebaut haben und das in Rumänien seinen Sieg beim Vierländerturnier im Oktober in Stuttgart bestätigen soll.

Außerdem, sagte Schobel, bliebe Wunderlich bis zur B-WM in Tirol nur noch der Ostsee-Pokal im Januar in der „DDR“ und Tests gegen Ungarn, um ihn doch noch zu integrieren. Dies erschiene aber zu kurz, um den dann im 30jährigen noch in ein eingespieltes Team einzubauen. Ein Hintertürchen bleibt aber offen: Wunderlich, der gerne wieder in der Auswahl spielen wollte, hat dem Bundestrainer zugesagt, einzuspringen, „wenn sich einer der WM-Kandidaten ernsthaft verletzt oder eklatante Abschlußschwächen zeigt“. Schobel hatte Wunderlich nach dessen 138. Länderspiel nicht mehr berücksichtigt.

STANDPUNKT / Jux mit Fuchs

Taktische Finesse oder Jux, das allein scheint die Frage. Doch es ist keines von beiden. Erstens fehlt der Erfolg, zweitens die notwendige Tiefe der Gedanken, die einen richtigen Spaß erst auszeichnet. In Wahrheit ist es wohl ein Armutszeugnis, was in Bielefeld, von vielen belächelt, geschah:

Torwart Wolfgang Kneib spielte in der zweiten Fußball-Liga für Arminia gegen Oschnabrück (2:1) im Feld. Weil er so schön groß ist (1,96 m), weil viele Spieler verletzt sind und Trainer Fritz Fuchs deshalb der Meinung war, sich „besondere Schachzüge“ ausdenken zu müssen.

Das Besondere liegt hier aber wohl eher in einer versteckten Bankrotterklärung eines Vereins. Auch Fortuna Düsseldorf bekam kaum eine Mannschaft zusammen, gewann aber trotzdem gegen den Hamburger SV - mit den letzten Ersatzspielern und mit

Amateuren. Besitzt Arminia Bielefeld tatsächlich nur einen Kader mit Lizenzspielern?

Wolfgang Kneib, der 34 Jahre alte Torwart, spielte mit der Nummer fünf auf dem Rücken 63 Minuten lang, sagt, „meine Länge konnte ich nicht nutzen“ und der Trainer kommt sich offensichtlich noch sehr pfeifig vor. Doch irgendwo in der Bielefelder Amateur-Mannschaft oder bei der A-Jugend wird es schon einen Spieler geben, der sich in diese Chance eingekniet hätte, nun aber den Zeigefinger zur Stirn führt und die deutsche Fußballwelt nicht mehr versteht.

Einen Jux wollte er sich machen, der Trainer? Der Mann heißt nur Fuchs, er ist keiner. Er hat seinen Beruf verhöhnt und mit seinem „Schachzug“ die zweite Liga veräppelt.

SCHWIMMEN

Führungskrise und Rücktritte

sid, Hamburg

Der Deutsche Schwimm-Verband steckt in einer schweren Führungskrise. Vizepräsident Wilhelm Schmidt und Sportwart Jürgen Kozel sind zurückgetreten. Grund: Der Verbandsbeirat sprach gegen beide in Hamburg öffentlich. „Mißbilligungen“ aus, weil sie während der WM in Madrid angeblich interne Dinge ausgeplaudert hätten. Kozel gibt die Schuld an der Unruhe allein Präsident Harm Beyer. „Er ist absolut unfähig, den Verband kooperativ zu führen. Sein persönlicher Ehrgeiz und sein Machtempfinden lassen nicht zu, daß unbequeme Leute neben ihm stehen.“ Beyer steht wegen seiner Äußerungen über die Deutsche Sporthilfe auch im Mittelpunkt der Kritik anderer Fachverbände.

MEISTER DER FARBGESTALTUNG



NEU

Canon eröffnet dem farbigen Kopieren einen ganz neuen Gestaltungsspielraum. Der neue Canon NP-3525 fertigt selbst von Schwarz-Weiß-Vorlagen in einem einzigen Durchgang zweifarbige Kopien an. Auf Tastendruck. Oder noch einfacher, auf Wunsch mit dem Elektronik-Pan, seines neuartigen Markiersystems. Doch damit nicht

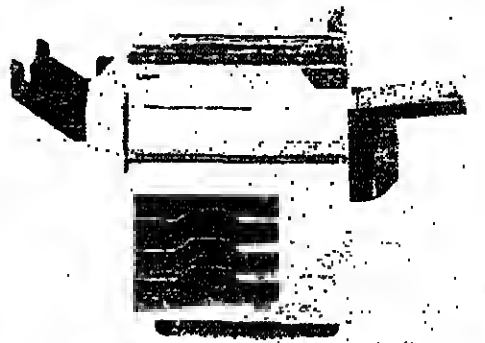
genug. Die ausgewählten Farben erscheinen an den von Ihnen vorbestimmten Stellen der Kopie.

Damit wird ein Kopierer zu einer wertvollen Gestaltungshilfe für alle, die ihre Informationen mit farbigen Skizzen, Grafiken, Bildern oder Überschriften verdeutlichen wollen.

Ihr Canon-Fachhändler zeigt Ihnen gern, wozu dieser Gestaltungskünstler in der Lage ist. Ganz abgesehen von einer außergewöhnlichen Palette modernster Standardleistungen.

Noch nie war es so einfach, Kopien farbig zu gestalten. Einmal mehr ist es Canon-Technik, die das Kopieren einen entscheidenden Schritt voranbringt.

NP-3525



Erreichbar an: Canon Copier GmbH, Haldenbühlweg 2-4, 4000 Neuss
Tel. (0212) 200-1111
Fax (0212) 200-1112

Handwritten signature or mark.

Sport in Zahlen

Table with 2 columns: Team/Event and Score/Points. Includes EISHOCKEY, HANDBALL, BASKETBALL, and BADMINTON results.

Sport in Zahlen

Table with 2 columns: Team/Event and Score/Points. Includes EISHOCKEY, HANDBALL, BASKETBALL, and BADMINTON results.

EISHOCKEY / Düsseldorfs Sturmrunn zur Spitze

Übergewicht abtrainiert, Tore wie vom Fließband

Hardy Nilsson, Trainer des Kölner EC, beklagt die fehlende Stabilität seiner Mannschaft, Kollege Richard Pögl vom Tabellenführer ESV Kaufbeuren spricht vom Kräfteverschleiß, und auch andere Trainer klagen über Substanzverlust. Zwei Spieltage vor Abschluß der ersten Vorrundenhälfte ist in der Eishockey-Bundesliga das große Wehklagen ausgebrochen...

SPORTNACHRICHTEN

Jockey in Lebensgefahr

Düsseldorf (dpa) - Der englische Hindernisjockey Dennis Viktor Sherwood, der sich am Samstag bei einem Sturz auf der Neusser Galopprennbahn schwere Kopfverletzungen zugezogen hat, schwebt in Lebensgefahr...

Mehlkopf erfolgreich

Wien (sid) - Der Aachener Willibert Mehkopf feierte im Rahmen des Internationalen Hallenreitturniers in Wien seinen neunten Sieg bei einem Mächtigkeitsspringen in dieser Saison...

Handball: Erneut verloren

Oslo (sid) - Die Frauen-Handball-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland verlor zum Abschluß des Polar-Cup-Turniers in Oslo gegen Norwegen mit 22:26. Damit belegte das Team von Bundestrainer Ekke Hoffmann hinter Norwegen (10:0), Polen (8:2) und der Niederlande (6:4) den vierten Platz mit 4,6 Punkten.

Bayer bleibt in Krefeld

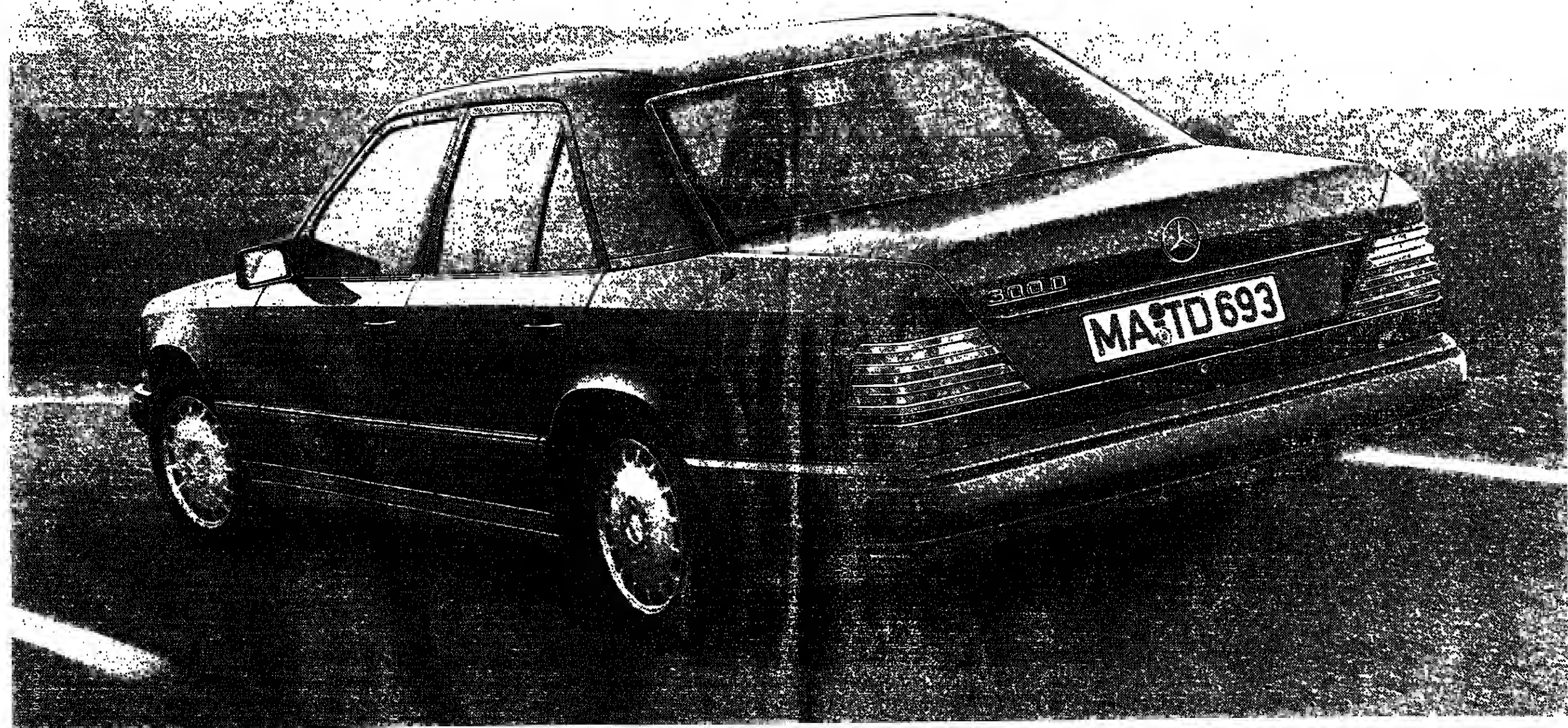
Krefeld (dpa) - Bayer Uerdingen wird zum UEFA-Cup-Heimspiel gegen den FC Barcelona am 26. November nicht ins Düsseldorfer Rheinstadion wechseln, sondern in Krefeld bleiben...

OLYMPIA 1992

Vorwürfe an Margaret Thatcher

dpa, London Die britische Premierministerin Margaret Thatcher wird beschuldigt, sie hätte sich gegen die Austragung der Olympischen Spiele 1992 in Birmingham ausgesprochen. Deshalb habe sie praktisch nichts getan, um die Bewerbung der Stadt zu unterstützen...

WIMMEN
rungskrise
Rückritte
...



300 D:
Fährt, wie er aussieht.

Spitzenmodell der neuen
Diesel-Ära:
der Drei-Liter-Sechszylinder.

Eine kraftvolle Form: Charakter mit aerodynamischem Idealwert. Eine Erscheinung, die der technischen Führung des gesamten Automobils entspricht. Und so fährt er sich auch - vom Start weg: Spontane Beschleunigung aus dem unteren Drehzahlbereich...

ren Drehzahlbereich. Sie spüren das günstige Leistungsgewicht. Sie hören ein rundes ruhiges Surren: die neue Diesel-Laufkultur. Und durch die Triebwerk-Kapselung ein Außengeräusch, das mit herkömmlichen Vorstellungen vom Diesel nichts mehr zu tun hat. Und dann - auf der Basis des Fahrwerks mit der Raumlender-Hinterachse - ein Fahr-Erlebnis, bei dem nur noch das *D* am Heck an den Diesel erinnert. Daß er ein Diesel ist, merken Sie darüber hinaus nur noch beim Tanken und durch die Tatsache...

daß er schadstoffarm und steuerfrei fährt. Und dann noch einmal, wenn Sie sich eines Tages von ihm trennen: an seinem außergewöhnlich hohen Wiederverkaufswert.



MERCEDES-BENZ
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

München: Studentinnen in der Mehrheit

DW, München Die Ludwig-Maximilians-Universität in München, die größte deutsche Hochschule, hat in diesem Semester die Rekordmarke von etwa 60 000 Studenten erreicht. Der Anteil der Frauen liegt jetzt erstmals über 50 Prozent. Damit könnte zusammenhängen, daß die Zahl der Studienanfänger für die Lehramter an Gymnasien sowie an der Grund- und Hauptschulen wieder zunahm.

Nordische Universität

DW, Flensburg Die private Nordische Universität in Flensburg/Neumünster (Schleswig-Holstein) hat zum Wintersemester den Lehrbetrieb aufgenommen. Am nächsten 31 Studenten an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Flensburg. In Neumünster wurde ein ingenieurwissenschaftliches Institut gegründet (Studienbeginn im nächsten Jahr). Vorsitzender des Trägervereins ist der ehemalige schleswig-holsteinische Wirtschafts- und Verkehrsminister, Jürgen Westphal (CDU). Der Gründungspräsident, Professor Claus Bahne Bahson, stammt aus Dänemark. Von den 31 Erstsemester-Studenten kommen drei aus Schweden und einer aus Österreich. Acht der 18 Hochschullehrer sind Skandinavier.

Boom in Chinesisch

DW, Bonn Die Zahl der Sinologen hat sich seit dem Wintersemester 85/86 nach der ersten Schätzungen mehr als verdreifacht. An der Universität Bonn haben sich beispielsweise 200 Chinesisch-Studien neu eingeschrieben. Als Schulfach wird die Sprache derzeit an etwa 25 Gymnasien angebotet, in München auch als Abiturfach.

Praxis für Chemiker

DW, Kassel Die Gesamthochschule Kassel hat in ihren Diplomprüfungsordnungen für Mathematik, Chemie und Biologie ein berufspraktisches Semester vorgeschrieben; das ist ein Novum in der Bundesrepublik. Die ersten Studenten haben jetzt das 18 Wochen dauernde Praktikum begonnen.

Ökologie-Assistenten

DW, Bonn Zunächst rund 150 arbeitslose Akademiker aller Fachrichtungen können sich zu Spezialisten für den Umweltschutz ausbilden lassen. Auf Initiative der Bundesregierung startet die Wirtschaftsakademie für Lehrer e. V. (Hindenburgstr. 12 a, 3388 Bad Harzburg, Telefon 05322-730) einen entsprechenden Modellversuch. Die methodische Seite vermittelt Studienbriefe und Seminare. Die Einführung in die Praxis erfolgt in Betrieben. Da sie vorwiegend in Schleswig-Holstein und im Saarland liegen, werden sich das Angebot zunächst vor allem an Bewerber aus diesen Bundesländern.

Wegweiser Archivberufe

DW, Bonn Im Bereich Dokumentation, Informations- und Archivwesen gibt es zwanzig Berufe. Sie können auf rund sechzig verschiedenen Wegen an knapp vierzig Ausbildungsstätten erlernt werden. Wilhelm Gaus, Begründer und Leiter der Schule für Medizinische Dokumentation an der Universität Ulm, hat soeben einen "Wegweiser zur Ausbildung" veröffentlicht ("Berufe im Archiv-, Bibliotheks-, Informations- und Dokumentationswesen", Springer-Verlag, Heidelberg, 238 S., 12,30 Mark).

Sonntags: Die Serviceseiten Berufs-WELT. Die Hochschul-WELT erscheint jeden Dienstag in Zusammenarbeit mit dem RCDS.

Wer breit studiert, hat den Job fast in der Tasche

Von GEORGE TURNER

Was haben Sie als Hochschulpolitiker denn Ihren Söhnen geraten? Lohnt sich ein Studium heute überhaupt noch? Und welche Fächer würden Sie mir empfehlen? Ein hübscher Klang aus den Fragen meiner Gesprächspartner oft genug heraus - man hat sich nicht ungestraft viele Jahre lang erst als Universitätspräsident und dann als Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, schließlich als Wissenschaftssenator zum Thema geäußert...

Meine Antwort: Studium ja, aber nicht um jeden Preis. Studiert, was euch Spaß macht und laßt euch nicht von Prognosen irritieren. Legt das Studium nicht zu schmalpurzig an; erwerbt zusätzliche Qualifikationen.

So habe ich es auch meinen beiden älteren Söhnen Nikolaus (22, Jurist in Speer) und Sebastian (20, angehender Betriebswirt) mit auf den Weg gegeben: der jüngste, Cornelius (17), besucht zur Zeit die gymnasiale Oberstufe.

Mit der Wahl der Abiturprüfungsfächer wird - leider - die Entscheidung über das spätere Studienfach in vielen Fällen schon getroffen: Wer seine Schwerpunkte zum Beispiel in den Sprachen und in Geschichte setzt, sollte sinnvollerweise nicht gerade Mathematik oder eine naturwissenschaftliche Disziplin studieren wollen - die Defizite im Grundstudium wären kaum auszugleichen. Betriebswirtschaftslehre, diese Erfahrung machte Sebastian sehr bald, setzt gute mathematische Kenntnisse voraus. Der alte Spruch "Wer nichts wird, wird Wirt oder Betriebswirt" wird von der Realität widerlegt.

Studium, nein danke? Sohn Nikolaus fragte sich und mich nach dem Abitur, ob er überhaupt ein Studium aufnehmen sollte. Da die schulischen Leistungen zumindest einen erfolgreichen Start erwarten ließen, habe ich ihn in seiner Entscheidung für die Rechtswissenschaften - eine Familientradition - bestärkt, wohl wissend, daß schon jetzt ein Überangebot an Juristen den Arbeitsmarkt belastet. Ein breit angelegtes Studium, inklusive Sprachprüfung und Praktikum bei einer Bank, bietet aber immer noch, trotz aller Risiken, gute Chancen in den verschiedensten Berufs-zweigen, getreu der Devise "Ein Jurist kann eigentlich alles, notfalls sogar eine Fregatte steuern".

Auslandsaufenthalte und Sprachkenntnisse erleichtern indes die Navigation. Anstelle praxisfermer Spezialisierung auf Detailprobleme sollten methodisches Lernen, Problemanalyse und die Fähigkeit zur schriftlichen und mündlichen Darstellung im Vordergrund stehen. Hochschule und Schule müssen hier stärker kooperieren, um allen Tendenzen einer frühzeitigen Spezialisierung entgegenzuwirken.

Die Prognosen über die Beschäftigungssituation etwa der Juristen in den nächsten Jahren sind im übrigen mit derselben Vorsicht zu behandeln wie Voraussagen über den Bedarf an Ingenieuren: während noch vor wen-



Ein Fachmann für Bildung sagt, was er seinen Söhnen an Tips zum Studium gegeben hat: George Turner, Senator für Wissenschaft in Berlin, mit Frau Edda, links; Nikolaus, rechts; Sebastian und Cornelius.

FOTO: OIE WELT

gen Jahren eine Ingenieurflut prophezeit wurde, erhalten Studenten dieser Fachrichtungen heute oftmals noch vor der Diplomprüfung Angebote aus der Industrie. Ein Eckdatum für das Jahr 2000 läßt sich allerdings schon jetzt mit Sicherheit prognostizieren. Bis zur Jahrhundertwende werden rund 2,6 Millionen Hochschulabsolventen nur etwa 900 000 adäquaten Stellen gegenüberstehen. Die Zahl arbeitsloser oder "fachfremd" beschäftigter Akademiker wird also weiter zunehmen.

Daraus leite ich nicht nur für meine Söhne zwei Folgerungen ab: 1. Unsere Studenten müssen "breiter" studieren, um flexibel auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes reagieren zu können. 2. Der Anschluß eines Hochschulstudiums ist kein Freibrief für eine Anstellung im öffentlichen Dienst mit A 13-Besoldung (Regierungs- beziehungsweise Studienrat).

Unter einem breit angelegten Studium ist, neben selbstverständlichem exzemplarischem Lernen, vor allem die Erweiterung des Qualifikations-spektrums zu verstehen. Fremdsprachen- und EDV-Kenntnisse sowie die Bereitschaft, auch einmal ein oder zwei Semester an einer anderen Hochschule zu studieren, sind Gewichte, die beim späteren Vorstellungsgespräch in die Waagschale ge-

legt werden können. Und die Aussichten, in der Wirtschaft unterzukommen, dürften für einen guten Absolventen einer geistes- oder sozialwissenschaftlichen Fachrichtung mit Zusatzqualifikationen besser sein als für einen schlechten Volkswirt, der sich vielleicht gerade noch englisch ausdrücken kann. Das heißt: Es sollte nicht in erster Linie entscheidend sein, was, sondern wie man studiert hat. Bei vielen, wenn auch noch lange nicht bei allen großen Unternehmen weiß man inzwischen um die Einsatzbarkeit und Einsatzbereitschaft fachfremder Akademiker.

Noch ein Wort zur schulischen Vorbereitung, die das Fundament für ein mögliches Studium oder den direkten Sprung in den Berufsalltag bildet. Bei allem Bemühen, den Fächerkanon entsprechend den Anforderungen der Hochschule und des Arbeitsmarktes auszugestalten, darf der Anspruch der jungen Menschen auf Bildung nicht aus dem Blickfeld geraten. Mein jüngster Sohn, der in seiner Freizeit Jeansjacken gestaltet und verkauft, hat mich wieder einmal daran erinnern müssen, daß zur Lebens-richtigkeit eben nicht nur Faktenwissen und die Fähigkeit zum methodisch-analytischen Denken, sondern mindestens gleichbedeutend auch künstlerische und merkanle Interessen gehören.

Ein Besatzungschild, das erwachsen geworden ist

Von den Franzosen oktroyiert, jetzt in der Bundesrepublik voll etabliert: die Vergleichende Literaturwissenschaft

PAUL F. REITZE, Bonn Die Vergleichende Literaturwissenschaft (Komparatistik), die in einer Reihe von Ländern über eine zum Teil noch ins vorige Jahrhundert zurückreichende Tradition verfügt, ist in der Bundesrepublik ein wachsendes Besatzungschild. Die Franzosen, die der Germanistik eine erhebliche Mitschuld an nationalisierenden deutschen Exzessen zuschreiben - bis hin zu Hitler - sannen nach Kriegsende auf Gegenmittel.

An den ihnen unterstehenden Universitäten Tübingen, Saarbrücken und Mainz installierten sie komparatistische Lehrstühle. Ihre Aufgabe: Sie sollten die deutsche Literatur nicht als eigenständiges Phänomen behandeln, sondern in ihrer internationalen Verflechtung, als Teil eines fast weltumspannenden Ganzen.

Inzwischen hat sich das Fach kräftig entwickelt. Es kann mittlerweile auch in Münster, Bonn, München, Bayreuth, Bochum, Berlin (FU), Gießen und Kassel studiert werden. In Österreich gibt es Lehrstühle in Wien, Innsbruck und Klagenfurt. In der deutschsprachigen Schweiz in Zürich. Bedauerlich heißt freilich, daß die Komparatistik gerade an einigen Universitäten wie Göttingen, Hamburg, Heidelberg und Marburg nicht vertreten ist. In der philologischen Disziplin Bahnbrechendes geleistet haben.

Wo früher in den Seminaren allen-

falls ein Dutzend Studenten saßen, gehen heute die Zahlen schon in die Hunderte. In Bonn beispielsweise haben sich in diesem Semester fast 400 angehende Literaturwissenschaftler für Komparatistik entschieden, davon 125 im Hauptfach.

Dies ist umso bemerkenswerter, als die Beherrschung mehrerer Sprachen Voraussetzung ist. Wer als Lektor in einem geisteswissenschaftlichen oder belletristischen Verlag oder als Kritiker in einer Kultur-Redaktion arbeiten möchte, hat gegenüber Nur-

Germanisten die besseren Berufschancen. Auch bei Ausländertätigkeiten sind die Aussichten insgesamt günstiger.

Ein Nachteil der Disziplin ist es, daß sie methodisch auf etwas schwankendem Terrain operiert. Sinnvoll läßt sich nur miteinander vergleichen, was im Innersten zusammengehört. Horst Rüdiger, der Pionier der deutschen Komparatistik, hat daher vorgeschlagen, sich auf Bereiche mit gemeinsamen geistigen Wurzeln zu beschränken. Seine For-



Grenzgänger zwischen den Literaturen: Horst Rüdiger

FOTO: LESSER

Das billigste Darlehen

Beim BAföG läßt sich der Schuldenberg zinslos abbauen

DORIS SCHWARZ, Bonn Seit etwa fünf Jahren geht die Quote der nach BAföG unterstützten Studenten stetig zurück (1981: etwa 35 Prozent, 1986: weniger als 25 Prozent). Neben anderen Faktoren spielt dabei eine wichtige Rolle, daß viele, auch in Absprache mit ihren Eltern, davon absehen, BAföG zu beantragen. Sie scheuen sich, daß die Förderung mit einem ständig wachsenden Schuldenberg verbunden ist, der je nach Studiengang bis zu 50 000 Mark anwachsen kann.

Wer nach BAföG gefördert werden kann, sollte diese Möglichkeit indes auch in Anspruch nehmen. Immerhin handelt es sich um das billigste Darlehen, das es gibt: es kostet nämlich nichts, da es zinslos gewährt wird. Das gilt auch für die gesamte Rückzahlungsphase, mit einer Ausnahme: Wer dabei um mehr als dreißig Tage in Verzug gerät, für den werden sechs Prozent Zinsen pro Jahr auf das Restdarlehen fällig.

Die Förderungsdauer beträgt, je nach Fach, rund zehn Semester. Zu diesem Zeitpunkt erhält man vom Bundesverwaltungsamt einen Bescheid, in dem die Höhe der Darlehensschuld und die Förderungsdauer festgelegt werden. Im eigenen Interesse sollte man ihn sehr sorgfältig prüfen und gegebenenfalls Widerspruch innerhalb eines Monats

einlegen. Sonst wird er unannehmlich, d. h. eine Überprüfung und Korrektur ist danach nicht mehr möglich.

Nun beginnt eine fünfjährige Karenzzeit, in der man noch nicht zu Rückzahlen muß. Wichtig: Der Beginn der Karenzzeit fällt in den meisten Fällen nicht mit dem Ende des Studiums zusammen, denn erfahrungsgemäß wird es innerhalb der Förderungsdauer nicht bewältigt.

Nach Ablauf der fünf Jahre erhält man einen zweiten Bescheid vom Bundesverwaltungsamt. Er informiert über die Höhe der monatlichen Rückzahlungen und enthält die Aufforderung, den Betrag für jeweils drei Monate in einer Summe zu entrichten.

Die Höhe der monatlichen Raten beträgt mindestens 120 Mark. Die maximale Belastung errechnet sich einseitig aus der Endsumme des Darlehens und andererseits aus der zeitlichen Begrenzung der Rückzahlungsphase auf zwanzig Jahre. Daraus ergibt sich eine Belastung, die in der Regel 200 Mark monatlich nicht wesentlich übersteigt.

Davor braucht niemand ernstlich Sorge zu haben. Der Schuldenberg läßt sich allerdings wesentlich niedriger halten, wenn man einige im Gesetz vorgesehene Möglichkeiten nutzt. Darüber wird die Hochschul-WELT noch im einzelnen berichten.

In Liechtenstein streben auch die Nicht-Philosophen nach der Weisheit

CHRISTIAN GEYER, Schaan Unabhängig von den Zwängen einer modernen Massenuniversität läßt sich jetzt im Fürstentum Liechtenstein Philosophie studieren. Im April diesen Jahres hat die "Internationale Akademie für Philosophie" (IAP) in Schaan ihre Arbeit aufgenommen.

Die Wurzeln der privaten Hochschule liegen in Amerika, wo sie 1989 in Irving Texas ins Leben gerufen wurde. Ihr Rektor, der Philosoph Josef Seifert, war einer der Gründungsmitglieder. Der gebürtige Österreicher hat sich in München habilitiert. Von 1973 bis 1980 war er Professor und Institutsvorstand an der University of Dallas. Seine neueste Publikation: "Back to Things in Themselves. A Phenomenological Foundation for Classical Realism" (London & Boston 1986).

schöpft sich nicht in der bloßen historischen Betrachtung von gelehrten Meinungen. Professor Seifert zur Hochschul-WELT: "Nach Art der platonischen Akademie steht das Philosophieren bei uns im Dienst der Wahrheitserkenntnis." In der Auseinandersetzung mit den philosophischen Hauptströmungen solle die Studenten lernen, einen persönlichen Standort zu beziehen.

Die Akademie strebt einen internationalen Zuschnitt an. Auch die Volksrepublik China befindet sich unter den Ländern, aus denen schon Bewerbungen um die ersten 30 Studienplätze vorliegen. Voraussetzung für die Immatrikulation ist die allgemeine Hochschulreife. Unterrichtssprachen sind Deutsch und Englisch. Das zweijährige Grundstudium wird mit dem Vordiplom, dem Bakkalaureat (Bachelor of Arts, B.A.) abgeschlossen. Es umfaßt die verschiedenen Fächer der systematischen Philosophie (Erkenntnistheorie, Logik, Metaphysik, Ethik usw.) und die Philosophiegeschichte. Das Hauptstudium endet mit dem Erwerb des Magister Artium (M.A.). Promotion und Habilitation sind ebenfalls möglich.

Wer nicht gleich ein Regelstudium aufnehmen will, kann an einem zweisemestrigen Intensivkurs teilnehmen. Damit wird auch fachfremden Studenten die Möglichkeit gegeben, über den Tellerrand des eigenen Studiums hinauszuschauen. In einer reizvollen Berglandschaft können sie sich mit den Grundzügen der Philosophie vertraut machen.

Der Intensivkurs bietet einen Einblick in die Hauptdisziplinen und die Geschichte der Philosophie. Hinzu kommen Vorlesungen eigener Wahl, womöglich aus Grenzgebieten zwischen der Philosophie und dem Hauptfach des Studenten (beispielsweise medizinische oder Wirtschafts-Ethik). Auf Wunsch wird ein Zertifikat ausgestellt.

Die Akademie, an der Professoren wie Rocco Buttiglione (Mailand), John Finnis (Oxford), Josef Pieper (Münster), Giovanni Reale (Mailand, B.A.) abgeschlossen. Es umfaßt die verschiedenen Fächer der systematischen Philosophie (Erkenntnistheorie, Logik, Metaphysik, Ethik usw.) und die Philosophiegeschichte. Das Hauptstudium endet mit dem Erwerb des Magister Artium (M.A.). Promotion und Habilitation sind ebenfalls möglich.

PRAKTIKANTEN BÖRSE

Für eine Reihe von Studiengängen sind Praktika erforderlich, in anderen wünschenswert und nützlich. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bietet in der Hochschul-WELT wöchentlich solche Stellen für einzelne Tätigkeitsbereiche an. Während der Semesterferien besteht in begrenztem Umfang eine kostengünstige Unterbringungsmöglichkeit in Studentenheimen. Angebote und Nachfragen bitte ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 / 46 00 55.

Informatik

Table with columns: Nr., Einsatzort, Branche, Einsatz-Schwerpunkt, Besch.-Dauer. Lists various IT-related job opportunities across different cities and universities.

In der nächsten Woche: Betriebswirtschaft

STUDIENPLATZ TAUSCH

Die Anfragen und Antworten für die Tausch-Börse nimmt ausschließlich der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon: 02 28 / 46 49 33, entgegen. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. In der Tabelle ist jeweils an erster Stelle der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort des Anbieters genannt. Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1987. Die Semester-Abgabe in der Tabelle bezieht sich dagegen auf das Wintersemester 1986/1987.

Table for 'Pharmazie' with columns: von, nach, Uni. Lists exchange opportunities for pharmacy students between various universities.

Table for 'Zahnmedizin' with columns: von, nach, Uni. Lists exchange opportunities for dental medicine students.

Table for 'Psychologie' with columns: von, nach, Uni. Lists exchange opportunities for psychology students.

Table for '2. Semester' with columns: von, nach, Uni. Lists exchange opportunities for second semester students.

Table for '3. Semester' with columns: von, nach, Uni. Lists exchange opportunities for third semester students.

Handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or note.

11. November

BÖRSE

fordern in der
ökonomischer Studien
liche Stellen für die
ferien besteht in der
ngsmöglichkeit in
pusschließlich in
1 00 55

Schwerpunkt

scrip
reien
prognose
ang
Anlage
Anlage
Anlage
Anlage
Anlage

Wirtschaft

TAUSCH

umt Ausschließl
Siegler 8/8
Anbieter 200
e Nummer der
1888 8/8
des Anzeigens
20 Semester
1888

2. Semester

3. Semester

4. Semester

5. Semester

6. Semester

7. Semester

8. Semester

9. Semester

10. Semester

11. Semester

12. Semester

13. Semester

14. Semester

15. Semester

16. Semester

17. Semester

18. Semester

19. Semester

20. Semester

21. Semester

22. Semester

23. Semester

24. Semester

25. Semester

26. Semester

27. Semester

28. Semester

29. Semester

30. Semester

31. Semester

32. Semester

33. Semester

34. Semester

35. Semester

36. Semester

37. Semester

38. Semester

39. Semester

40. Semester

41. Semester

42. Semester

43. Semester

44. Semester

45. Semester

46. Semester

47. Semester

48. Semester

49. Semester

50. Semester

51. Semester

52. Semester

53. Semester

54. Semester

55. Semester

56. Semester

57. Semester

58. Semester

59. Semester

60. Semester

61. Semester

62. Semester

63. Semester

64. Semester

65. Semester

66. Semester

67. Semester

68. Semester

69. Semester

70. Semester

71. Semester

72. Semester

73. Semester

74. Semester

75. Semester

76. Semester

77. Semester

78. Semester

79. Semester

80. Semester

81. Semester

82. Semester

83. Semester

84. Semester

85. Semester

86. Semester

87. Semester

88. Semester

89. Semester

90. Semester

91. Semester

92. Semester

93. Semester

94. Semester

95. Semester

96. Semester

97. Semester

98. Semester

99. Semester

100. Semester

Keiner fährt so schnell am Finanzamt vorbei.

Der neue Uno Diesel 1700 schöpft aus dem vollen: 1700 ccm Hubraum sorgen für mehr Drehmoment, besseren Durchzug und damit für prompte Entfaltung der 44 kW/60 PS. Ein hydraulischer Dämpfer an der Motorauflage sorgt für eine angenehm gedämpfte Atmosphäre, und geringer Dieselverbrauch sorgt für gedämpfte Erwartungen bei der Petrolindustrie.

Die Steuerbefreiung (bis zu 1100 Mark bei Zulassung vor dem 31. 12. 86) bekommt ja heutzutage fast jeder bessere Diesel; damit wollen wir uns nicht brüsten. Aber auf die 15 Sekunden bis 100 km/h und die 155 Spitze, mit der er seine Klasse anführt, sind wir schon stolz.

Das Finanzierungsangebot unserer Fiat Kredit Bank: 1,9% effektiver Jahreszins bei 36 Monaten Laufzeit und 25% Anzahlung. Und das Superleasing mit 99 Mark/Monat bei 25% Mietsonderzahlung und 24 Monaten Laufzeit.

Unverbindliche Preisempfehlung zuzüglich Überführung: 15.550 DM 3türig, 16.750 DM 5türig.

Uno Diesel 1700 Die neue Kraft.



FIAT

SPD fragt nach Geheimhaltung von BGAG-Akten

AP, Bonn
 Das stellvertretende Vorsitzende des Neue-Heimat-Untersuchungsausschusses, Gernot Fischer (SPD), hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Herausgabe der Aufsichtsprüfprotokolle der Gewerkschaftsholding BGAG kritisiert. Die Karlsruhe Richter hätten nicht sichergestellt, wie diese Akten vor einer Veröffentlichung geschützt werden könnten, erklärte Fischer gestern in einem Beitrag für den Bonner Parlamentarier-Politischen Presse-Dienst (PPD) der SPD.

Die Schutzvorkehrungen der Karlsruhe Richter hätten nichts, wenn bereits jetzt Kopien von BGAG-Protokollen in der Bundeshausstadt kursierten und sogar Ausdrucksrechte Johannes Gerster (CDU) im Besitz einiger umfänglicher Protokolle sei. Es bestünde die Gefahr, daß die Karlsruhe Anordnungen im Leere gingen, erklärte Fischer.

Gibt Schiesser die Neue Heimat zurück?

Banken haben erhebliche Vorbehalte gegenüber Sanierungskonzept / Entscheidung über Lappas

DW, Frankfurt/Berlin
 Die Zukunft des ehemals gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat ist nach wie vor ungewiß. Vor dem für gestern anberaumten Treffen der 15 führenden Gläubigerbanken mit Horst Schiesser in Frankfurt veräuterte aus der Umgebung des neuen Besitzers in Berlin, für Schiesser sehe es „nicht rosig“ aus. Die Banken würden Schiesser wahrscheinlich eine klare Absage erteilen und das Stillhalteabkommen für die Kredite nicht über den 21. Dezember 1986 hinaus verlängern.

Einig sind sich die Banken offensichtlich nur darin, daß ein Konkurs möglichst vermieden werden soll, weil damit kurzfristig größere Bestände des Wohnungsbaukonzerns auf den Markt geworfen würden, was zu einem gefährlichen Verfall der Immobilienpreise führen dürfte. Hingegen scheint sich bei der Mehrheit der Banken inzwischen nie „schonendere“ Lösung eines Liquidationsver-

gleichs durchgesetzt zu haben. Mittels eines Vergleichsverwalters (Sequester) könnten dann über einen längeren Zeitraum Wohnungen an Dritte verkauft werden, ohne den Markt übermäßig zu belasten. In Kreisen um Schiesser wird der Liquidationsvergleich als nicht geeignete Lösung angesehen. „Damit wird das Problem ja nur auf die lange Bank geschoben“, hieß es in Berlin.

Als „weitaus bessere“ und moralisch sauberste Lösung für die Mieter wurde in der Umgebung des Berliner Unternehmers die Rückgabe an die Gewerkschaftsholding BGAG bezeichnet. Damit wäre der Fall Neue Heimat an seinem Ausgangspunkt vor dem Verkauf an den Brotfabrikanten am 19. September angelangt und BGAG, Banken und die öffentliche Hand müßten sich wieder gemeinsam Gedanken über die Zukunft des größten westeuropäischen Wohnungsbaukonzerns machen.

Der Aufsichtsrat der Gewerkschaftsholding BGAG entscheidet

am Donnerstag in Frankfurt über eine eventuelle Ablösung des BGAG-Vorstandsvorsitzenden Alfons Lappas. Mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Vorstandsangelegenheiten“ berief der Aufsichtsratsvorsitzende und Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit, den Aufsichtsrat der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG (BGAG) für Donnerstag, 18.00 Uhr, nach Frankfurt ein. Dies bestätigten Sprecher des DGB und der BGAG gestern in Düsseldorf und Frankfurt auf Anfrage.

In der außerordentlichen Aufsichtsratsitzung der BGAG solle über die Ablösung von Lappas entschieden werden, teilte ein DGB-Sprecher mit. In der vergangenen Woche hatten mehrere Einzelgewerkschaften von Breit die Entlassung des Gewerkschaftsmanagers gefordert, nachdem Lappas vor dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages in Bonn die Aussage verweigert hatte.

Karlsruhe entscheidet über „Sitzblockaden“

DW, Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wird heute seine Entscheidung darüber verkünden, ob Teilnehmer an „Sitzblockaden“ wegen Nötigung verurteilt werden müssen. Mitglieder der „Friedensbewegung“ hatten geltend gemacht, daß „friedliche Sitzblockaden“ nur als Ordnungswidrigkeit zu ahnden seien. Der in Frage gestellte Paragraph 240 des Strafgesetzbuches setzt für eine Verhaftung neben der Anwendung von Gewalt voraus, daß der Täter „verwerflich“ handelt. Die Beschwerdeführer, die sich aus Protest gegen die NATO-Nachrüstung vorwiegend vor amerikanischen Militärgelände gesetzt und widerstandslos von der Polizei batten wegtragen lassen, bestritten diese Verantwortlichkeit. Bisher wurden solche Protestaktionen als Nötigung geahndet. Rechtsgrundlage ist eine frühere Karlsruhe Entscheidung, die die Beschwerdeführer als verfassungswidrig ansehen.

Politiker warnen vor Aufrechnung der Schuld

Deutsch-Israelischer Appell an das Geschichtsbewußtsein

BERNT CONRAD, Bonn
 Führende Politiker und Diplomaten aus Israel und der Bundesrepublik Deutschland haben sich gestern mit Nachdruck gegen Tendenzen gewandt, die Verbrechen des Hitler-Regimes und vor allem den Massenmord an den Juden zu bagatellisieren oder zu relativieren. „Es kann kein Aufrechnen zwischen dem Archipel GULag und Auschwitz geben“, betonte Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) in Übereinstimmung mit allen anderen Rednern bei der Eröffnung der X. Deutsch-Israelischen Konferenz auf der Margaretenhöhe bei Bonn.

Anlaß der Mahnungen war die gegenwärtige Diskussion unter deutschen Historikern über die Frage, ob die NS-Verbrechen einmalig seien oder im Kontext der Geschichte gesehen werden müßten. Der israelische Botschafter in Bonn, Jitzhak Ben-Ari, bezeichnete die These „auch andere haben Verbrechen begangen“ als Zeichen der „Unfähigkeit zum Trauern“. Die Schuld der Deutschen aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 könne nicht gegen irgendeine andere Schuld aufgerechnet werden. „Keine Ungerechtigkeit irgendeines Anderen verkleinert die eigene Schuld“, sagte Ben-Ari.

Tendenzen entgegenzutreten, die nur im entferntesten den Boden für einen neuen Antisemitismus bereiten könnten. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Gerster erklärte: „Die Massenvernichtung von Juden war sowohl qualitativ wie quantitativ in ihrer Menschenvernichtung einmalig. Wir haben keinerlei Recht, Unterdrückung anderswo zu benutzen, um Abstriche an unserer Verantwortung vorzunehmen.“ Auch der FDP-Abgeordnete Karl-Hans Laermann verteidigte die Erinnerung an die Verbrechen der NS-Vergangenheit dürfte nicht verblasen.

Dialog fortsetzen
 Der frühere israelische Botschafter in Bonn und jetzige Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Asher Ben-Nathan, meinte, jeder Versuch einer Bagatellisierung des Holocaust sei zum Scheitern verurteilt. Hitler als Schüler Stalins darzustellen, helfe niemandem mehr.

Die Teilnehmer an der Eröffnungssitzung der dreitägigen Deutsch-Israelischen Konferenz hielten eine Auseinandersetzung mit der Historiker-Diskussion gerade deshalb für notwendig, weil das derzeit ausgezeichnete Klima zwischen der Bundesrepublik und Israel durch mißverständliche Äußerungen leiden könnte. Botschafter Ben-Ari nannte den Stand der offiziellen Beziehungen „vertrauensvoll“. Sie hätten sich im vergangenen Jahr ausgesprochen positiv entwickelt. Ein Beispiel dafür seien die neuen Partnerschaften zwischen Kommunen beider Länder. Ben-Ari: „Das sind Liebesehen.“ Frau Renger forderte, Bonns Nahostpolitik müsse behutsam und nicht besserwisserisch sein.

Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Erik Blumenfeld, wies darauf hin, daß das israelische Parlament auf dieser Konferenz mit der bisher stärksten Delegation vertreten sei.

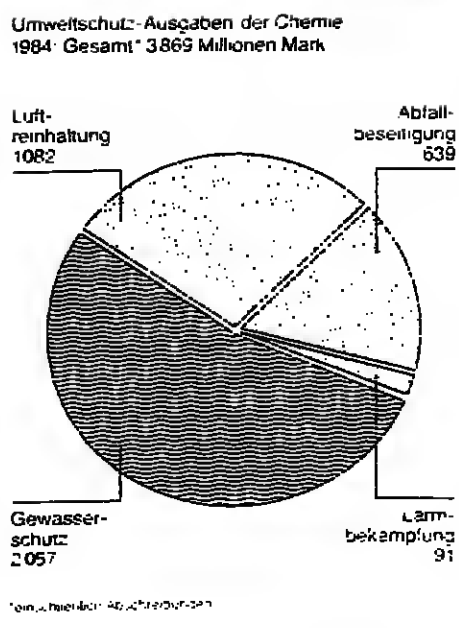
Lieber Fluß.



Wir brauchen Dein Wasser zum Kühlen. Dabei nutzen wir es so sorgfältig, daß es in der Regel sauberer zurückfließt, als es zu uns kommt.*

Ohne Wasser kann einer der wichtigsten Industriezweige der deutschen Volkswirtschaft – die Chemie – nicht produzieren. Weil wir aber unsere Verantwortung dem Ganzen gegenüber sehr ernst nehmen, gehen wir mit dem wertvollen Rohstoff Wasser so sorgsam wie nur möglich um.

Beispiel Kühlwasser: Allein 85% des Wassers werden zu Kühlzwecken eingesetzt. Es wird gereinigt, im Schnitt dreimal genutzt und verläßt das Werk in der Regel sauberer, als es hereinkam. Für die Reinigung der restlichen 15% Abwasser hat die chemische Industrie Milliarden aufgewen-



det. Diese Bemühungen haben beweisbare Erfolge: Die Belastung mit organischen Stoffen und mit Schwermetallen z.B. ist in den vergangenen 20 Jahren um mehr als 90% gesenkt worden.

Gemeinsam mit den anderen Industrien und den Kommunen ist es uns in der Chemie gelungen, innerhalb von zehn Jahren die Qualität fast aller Oberflächengewässer um ein bis zwei Güteklassen (innerhalb des Systems von sieben Klassen) zu verbessern. Natürlich bleibt noch genug zu tun. Unsere Leitlinien sind uns dabei Maßstab und Verpflichtung zugleich.

* Verantwortung hat Leitlinien. Ihr Exemplar liegt bereit. Die Initiative 'Geschützt leben', Karlstraße 21, 6000 Frankfurt/Main, informiert Sie über DIE CHEMISCHE INDUSTRIE.

Natur ist Chemie. Chemie ist Leben. Leben ist Verantwortung.

Fordern Sie die Umwelt-Leitlinien der Chemie an. Zum Ortstarif. ☎ 0130-5599

Staatsvertrag: Länder wollen bis Dezember Einigung

dpa, Hamburg

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe über das niedersächsische Landesrundfunkgesetz zeigt erste Auswirkungen: Am Freitag dieser Woche wollen sich die Staatssekretäre aller Bundesländer in Bonn treffen, um die Möglichkeiten für einen Medienstaatsvertrag zu erörtern. Besonders Baden-Württemberg und Bayern haben deutlich gemacht, daß ein solcher Vertrag noch bis Dezember abgeschlossen werden müsse. „Einen Verhandlungsnachschlag im nächsten Jahr wird es nicht geben.“ kündigte der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stolber, an.

In diesem Zusammenhang machte er darauf aufmerksam, daß die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Qualitätssicherung durch die Rundfunkgebühren nicht nur für ARD und ZDF gelten könne. Es müsse darüber nachgedacht werden, wie die Gebühr auch dazu beitragen könne, die Qualität im Bereich der privaten Konkurrenz zu heben.

Letzte Beratung über das Wahlprogramm

gba, Bonn

Zur „Schlußredaktion“ des gemeinsamen Wahlprogramms von CDU und CSU – mit einigen abweichenden Formulierungen in der bayerischen Version – sind die Generalsekretäre beider Parteien, Heiner Geißler und Gerold Tandler, gestern abend in Bonn zusammengetroffen. Die ursprünglich vor allem im Bereich Steuerpolitik und Landwirtschaft aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten waren in der vergangenen Woche in zwei Arbeitsgruppen ausgeräumt worden. Offen waren gestern abend eine Reihe von unterschiedlichen Formulierungswünschen.

So möchte die CSU vom „Untergang“ statt vom „Niedergang“ Deutschlands bei der Machtübernahme einer rot-grünen Koalition sprechen. Auch möchte die CSU eine Aussage zur Ostpolitik, in der den heutigen Verträgen eine politische Bindungswirkung für einen künftigen Friedensvertrag abgesprochen wird, sowie eine eigene Passage zur Europapolitik.

Ost-Berlin, die Kirche und ihre drängende Basis

hrk, Berlin

Über die Frage, wieviel Rücksicht die Amtskirche auf politische Bedenken der SED-Führung gegenüber unabhängigen kirchlichen „Friedensgruppen“ nehmen soll oder darf, ist jetzt in Ost-Berlin ein offener Konflikt zwischen Basis und führenden Geistlichen ausgebrochen: Die traditionell auf kritische und brennende Themen eingestellte „Friedenswerkstatt“ kirchlicher Gruppen soll 1987 nicht stattfinden, wünscht die Kirchenleitung.

Sie will damit möglichen Einwänden der Staatsseite begegnen, die jetzt den Ostberliner Kirchentag im Juni 1987 stattfinden läßt. Die erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Basis und Führung des Ostteils der Kirche von Berlin-Brandenburg über die „Friedenswerkstatt“ und ihre von staatlicher Seite immer häufiger mit Mißtrauen beobachteten Aktivitäten gelangen jetzt durch einen offenen Brief von Ost-Berlins Generalsuperintendent Günter Krusche an die Öffentlichkeit.

Er schreibt, die Kirchenleitung lege auf eine „Denkpause“ Wert, und hält den Veranstalter dieser Initiative, die alljährlich im Sommer Tausende von Jugendlichen anzieht, zugleich „fehlende theologische Gehalt, schwindende Qualität sowie massive Kommunikations- und Verständigungsprobleme“ vor. Deshalb gebe es zur Zeit in dieser Frage keine „Vertrauensbasis“.

Als einen der Absagegründe führt der Brief auch eine gewisse „angespannte politische Situation“ im Vorfeld des Ostberliner Kirchentages an. Er findet am letzten Juni-Wochenende 1987 statt und trägt das Motto

„... und ich will bei euch wohnen“. Krusche setzt sich in seinem Schreiben auch mit dem offenbar an der Basis ausgesprochenen Verdacht auseinander, der Verzicht auf die „Friedenswerkstatt“ sei der „von der SED geforderte Preis“ für den Kirchentag. Mit diesem Ereignis, das während der 750-Jahr-Feier Berlins 1987 auch einen übergreifenden Gesamt-Berliner Charakter erhält, hatte die Kirche auch deshalb auf Staatsseite Verstimmung ausgelöst, weil der Senat in West-Berlin in seiner offiziellen Feier-Vorlage ausdrücklich auf diese Veranstaltung hinwies.

Inzwischen steht aber das letzte Wort über die Abhaltung der „Friedenswerkstatt“ noch aus: Anfang Dezember ist ein Gespräch zwischen der Kirchenleitung und dem Vorbereitungsausschuß vorgesehen. Denn der Kirchenleitung liegt eine Eingabe der Jugendlichen vor, sagte Konsistorialpräsident Manfred Stolpe als höchster Kirchenbeamter der Ostregion gestern auf Anfrage der WELT. Er bestätigte, daß der Kirchentag zum vorgesehenen Termin stattfinden werde: „Über den Ort des Schlußgottesdienstes ist noch keine Entscheidung gefallen.“

Im kommenden Frühjahr will der Kirchenbund auf einer besonderen Konferenz grundsätzlich das Problem klären, ob und wie sich die evangelische Kirche an staatlichen Aktionen zur Friedenspolitik beteiligen soll. Die Teilnahme offizieller Kirchenvertreter bei der Übergabe eines „Friedensreports“ an Erich Honecker war in den Gemeinden auf Unmut gestoßen, zumal die andere Seite eigenmächtig Vokabeln wie „Friedenswerkstatt“ gestrichen hatte.

Handwritten text in Arabic script: 30 من الالح

Handwritten signature or mark in the top right corner.

Deutsche Chemie-Industrie wurde von Sandoz nicht unterrichtet

In der Bundesrepublik ist ein solches Unglück „höchst unwahrscheinlich“

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die folgenschwere Brandkatastrophe beim Schweizer Chemiekonzern Sandoz hat - zumal im Vorfeld der Bundestagswahl - die chemische Industrie wieder ins Kreuzfeuer gebracht. Die deutsche Branche jedoch hüllt sich - ob aus falsch verstandener Solidarität mit den Schweizern oder wegen verbandsinterner Abstimmungsprobleme - in Schweigen. Dem Vernehmen nach wird aber auf Hochtoren an einem eigenen Maßnahmenkatalog gearbeitet.

Sein Inhalt wurde zwar gestern noch als Verbandsgeheimnis gehütet, wohl auch wegen des für heute vorzeitig ansetzenden Gesprächs mit Bundesumweltminister Walmann. Doch eine freiwillige Vereinbarung, die der nordrhein-westfälische Chemieverband bereits gestern mit dem Düsseldorfer Umweltministerium abschloß, weist die Richtung, in der wohl auch im (Bundes-)Verband der Chemischen Industrie (VCI) gedacht wird. Ziel ist es in jedem Fall, durch freiwillige Abmachungen der Gesetzeshüter und dem Drängen nach staatlichem Dirigismus vorzukommen und die Eigenverantwortlichkeit zu unterstreichen.

In diesem Bemühen haben sich die Nordrhein-Westfalen mit der Bayer AG an der Spitze auf eine Liste von Maßnahmen eingelassen:

- Die Unternehmen führen eine Sonderaktion zur betriebseigenen Sicherheitsüberprüfung durch.
- Sie verpflichten sich, bei Schadensfällen die Behörden freiwillig und über die gesetzlichen Regelungen hinaus schnell und umfassend zu informieren.
- Sie halten vollständige Informationen über Produkte, Lagerbestände und Art der Lagerung vor und machen sie im Notfall unverzüglich verfügbar.
- Sie stellen der Landesregierung eine detaillierte Gefährdungsabschätzung von Produkten und ihrer Wirkung auf die Umwelt zur Verfügung.
- Sie überprüfen die betrieblichen Alarm- und Gefahrenabwehrpläne und optimieren sie im Hinblick auf die Verknüpfung mit den öffentlichen Katastrophenschutzplänen.

Die meisten dieser Verpflichtungen dürften den Unternehmen nicht allzu schwergefallen sein - die internen Überprüfungen nach der Analyse der Basler Katastrophe gehören zu den Selbstverständlichkeiten in der Branche, und auch die organisatorischen Verbindungen zu öffentlichen Stellen sind an den großen Chemiestandorten größtenteils üblich.

Über eins ist man sich in der Branche schon nach einem ersten Blick auf das Geschehen in der Schweiz wohl einig: Daß eine ähnliche Kata-

strophe bei den vergleichbaren deutschen Chemieunternehmen passieren könnte, gilt als höchst unwahrscheinlich. Hier stehen selbst beim Einsatz spezieller Rückhaltebecken - oder, in letzter Konsequenz, Kläranlagen - zur Verfügung, so daß die Ableitung belasteten Löschwassers über die Regenwasserkanäle in die anliegenden Gewässer immer zu vermeiden wäre.

Auch die gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen in der Bundesrepublik lassen für Unglücksfälle vergleichbaren Ausmaßes wenig Raum. So unterliegen Chemikalienlager ab fünf Tonnen bereits der Störfallverordnung und damit besonders hohen Sicherheitsauflagen. Bei Sandoz wurden weitaußergewöhnliche Stoffmengen dem Vernehmen nach in einer ausgedienten Maschinenhalle ohne (nach deutschem Recht) ausreichende Sicherheitseinrichtungen gelagert.

Sandoz liegt der deutschen Chemie nicht nur wegen des Imageschadens schwer im Magen. Zwar hatte Chemie-Präsident Hans Albers sich noch in der Jahres-Mitgliederversammlung des Branchenverbands VCI gegen Ende vergangener Woche zu Basel geäußert. Tatsächlich jedoch, so war aus Mitgliederkreisen zu hören, war die Unterrichtung durch Sandoz bisher nahezu gleich Null.

Auf alten Gleisen

J. G. - Mit nicht mehr nachsichtigem Kopfschütteln sieht die betroffene Industrie auch den noch neuen Umweltminister Walmann im jahrelangen Einweg. Mehrwegstreit bei Getränkeverpackungen auf alten Gleisen in den falschen Bahnhof laufen. Um 30 Millionen Kubikmeter pro Jahr oder um knapp sieben Prozent glaubt der Minister mit seinem dieser Tage verkündeten „ersten Maßnahmenkatalog“ zum neuen Abfallgesetz die Mülllawine aus Haushalten und Gewerbe bis 1990 verkleinern zu können.

Das löbliche Ziel soll erreicht werden, indem die Einwegverpacker bis dahin von Amts wegen zur Reduzierung ihres Viertel-Anteils am Getränkemarkt um ein Achtel gezwungen werden. Da sind beim neuen Minister wohl immer noch die alten Falschrechner am Werk. Selbst totaler Einwegverzicht, so rechnen die betroffenen Materialproduzenten vor, ergäbe pro Jahr bestenfalls nur 0,5 Millionen Kubikmeter weniger Müllanfall.

Diesen eklatanten Widerspruch zwischen Wunsch und Wirklichkeit in seiner Abfallvermeidungspolitik muß der Minister schleunigst auf-

klären. Es wird ihm leichter fallen, wenn er die Betroffenen anhört (was er bisher nicht tat). Auch die aus seinem Haus für den geplanten Eingriff in die Marktwirtschaft gehobene Begründung, ein wieder steigender Mehrweganteil würde Arbeitsplätze sichern, ist allzu dürftig. Denn vom gleichzeitigen Verlust industrieller Arbeitsplätze spricht er nicht.

Mit Argusaugen

cd. - Die Bundesbank macht ihr starres gewordenes Geldmarktsteuerungsinstrument wieder flexibel. Statt zum schon eingefahrenen Festzins von 4,35 Prozent für 28 Tage bietet sie ihr neues Wertpapierpensionsgeschäft zum Mindestzins von 4,30 Prozent an. Das ist freilich alles andere als ein Zinssenkungssignal. Eher das Gegenteil. Denn es gilt als sicher, daß der Zuteilungssatz höher ausfallen wird, bei starker Nachfrage dürfte er sogar bei 4,40 Prozent liegen. Es ist schließlich kein Geheimnis, daß die Bundesbank die starke Geldmengenexpansion mit Argusaugen beobachtet und darüber nachdenkt, wie die Überliquidität 1987 wieder eingefangen werden kann. Zinssensibilität nach oben ist ein erster Akt bei den Bemühungen, kein Inflationspotential entstehen zu lassen.

Fiat auf neuem Markt

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Übernahme des bisherigen Staatsunternehmens Alfa Romeo durch den Turner Fiat-Konzern hat Fiat-Präsident Giovanni Agnelli treffend kommentiert: „Fiat war ohne Alfa Romeo stärker, wäre aber wesentlich schwächer geworden, wenn Ford das Staatsunternehmen übernommen hätte.“

Tatsache ist, um den Worten Agnellis weiter zu folgen, daß die Übernahme des Fiat-Imperiums in den nächsten Jahren viel kosten wird; nicht nur Geld, sondern auch Arbeitskräfte. Um das völlig heruntergewirtschaftete Staatsunternehmen wieder auf die Beine zu stellen, werden die Turner einen Teil ihres eigenen Managements nach Mailand beordern müssen. Manager vor allem, die sich nicht scheuen, mit harter Hand die Gewerkschaften so an die Kordeln zu legen, wie sie das vor Jahren in Turin vorerzählten, als den Arbeitnehmern und ihren Organisationen der Fiat-Weg zu Arbeit und Erfolg beigebracht wurde.

Konflikte sind vorprogrammiert. Allerdings wird die Bereitschaft, die Zwietracht auszufechten, eingeschränkt sein. Denn niemand - weder die italienische Regierung noch die Parteien - noch die Gewerkschaften - kann sich erlauben, die von Fiat angenommene Herausforderung scheinbar zu lassen. Dafür steht zuviel auf dem Spiel.

Daß Alfa Romeo und ihre Muttergesellschaft, die Staatsholding Iri-Finmeccanica, sich bisher den Luxus erlaubten, die Modelle unter Selbstkostenpreis zu verkaufen, war ihre Angelegenheit; in Italien haben sich daran knapp sieben Prozent, in Westeuropa weniger als ein Prozent der Autofahrer erfreut. Wenn Fiat jetzt mit voller Kraft in den Markt einsteigt, ändern sich die Verhältnisse. Es wird keine Aktionäre mehr geben, die jahrzehntelang auf eine Dividende verzichteten. Die neuen Anteilseigner werden auch nicht bereit sein, alle zwei oder drei Jahre aufgrund hoher Verluste neues Kapital nachzuschießen.

Auch sonst haben sich die Rahmenbedingungen geändert. Daß die Staatsholding Iri darauf verzichtete, Alfa Romeo in ihrem Firmenverband zu halten, ist nicht nur den finanziellen Schwierigkeiten des Staatsunternehmens zuzuschreiben. Dahinter steht vielmehr ein völlig neues Konzept des italienischen Staates als Unternehmer. Vorbei sind die Zeiten, in denen dieser als Gemischtwarenladen in der Wirtschaft auftrat. Was unter staatlicher Regie in Zukunft geführt werden wird, sind nur noch die so-

genannten „strategischen“ Bereiche wie Stahl, Chemie, Aluminium, Elektronik und Schiffbau. Um die Investitionen in der Hochtechnologie bezahlen zu können, werden in den nächsten Jahren noch andere Beteiligungen aus dem staatlichen Firmenverband entlassen werden. Allen voran die Nahrungsmittelindustrie, für die im privaten Bereich schon jetzt ein halbes Dutzend Interessenten bereitsteht.

Lange hatte sich der Fiat-Konzern gesträubt, sich als Käufer oder Partner des zerrütteten staatlichen Automobilkonzerns einzufangen zu lassen. Sein Sinn stand nicht danach, als Sanierer eines Herstellers aufzutreten, dessen Preispolitik in Fiat-Angeln jahrzehntelang zur Verunsicherung des Marktes beigetragen hatte. Ingeheim hatte man in der Turner Corso Marconi gehofft, daß die staatlichen Manager keinen Käufer für ihre Anlagen finden würden.

Offensichtlich unterschätzten sie das Image der Marke Alfa Romeo, die Ausstrahlungskraft, die sportlichen und leistungsstarken Automobile mit dem Mailänder Wappentier, der Schlange, allen Widrigkeiten zum Trotz auch heute noch im Ausland - besonders in den Vereinigten Staaten - ausüben. Spätestens als das Abkommen zwischen der Staatsholding Iri und Ford in die Zielgerade einbog, merkten auch die Turner, welche Stunde geschlagen hatte. Sie erkannten das so deutlich, daß sie das Ford-Angebot, gemessen am Betrag, verdoppelten. Jetzt, da die Dinge gelaufen sind und Anfang Januar ein neues italienisches Automobilunternehmen mit den Marken Lancia und Alfa Romeo auf dem internationalen Markt erscheinen wird, können die ersten Schubfolgerungen aus der Affäre gezogen werden.

Aufschlußreich ist zunächst der Rückzug des italienischen Staates aus der Automobilindustrie. Mindestens so wichtig ist, daß sich kein ausländischer Kuckuck in das Nest von Alfa Romeo gesetzt hat. Das bedeutet, daß sich jetzt ein italienisches Unternehmen um den Alfa-Marktanteil bemühen wird. Und schließlich: In Zukunft wird der Fiat-Konzern versuchen, auch in der gehobenen Mittelklasse seinen Platz zu erobern. Auf diesem Markt spielte Italien bislang nur eine untergeordnete Rolle. Schon jetzt steht fest, daß Fiat in diesen neuen Markt mindestens die gleiche Kraft einzusetzen entschlossen ist, mit der sich der Turner Konzern an die Spitze der unteren Hubraum-Klasse hob.

AUF EIN WORT



Es ist wichtiger, die Regierenden davon abzuhalten, der Wirtschaft Schaden zuzufügen, als von ihnen zu erwarten, daß sie Gutes tun. Sie wissen einfach nicht genug, um Gutes tun zu können.

Prof. Milton Friedman, amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, Nobelpreisträger und entschiedener Verfechter der monetaristischen Lehre. FOTO: JUPP DARCHINGER

Furcht vor Überhitzung der Konjunktur ist unbegründet

Bankenverband: Licht im Tunnel bei Arbeitslosigkeit

HANNO WIEDENHAUS, Bonn

Die Wirtschaft der Bundesrepublik wird nach Meinung des Bundesverbandes deutscher Banken dieses und nächsten Jahr mit einer Rate von drei Prozent wachsen. Wie Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth, Präsident des Verbandes, anlässlich der Mitgliederversammlung gestern vor Journalisten erklärte, zeige der bereits vier Jahre anhaltende konjunkturelle Aufschwung eine „beträchtliche innere Stärke und Lebenskraft“. Auch bei der Arbeitslosigkeit zeige sich „Licht im Tunnel“. Die Beschäftigtenzahl werde am Jahresende um 300 000 über der des Vorjahres liegen, womit seit der „Wende“ 600 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien.

Als Grund für das günstige Klima nannte Schroeder-Hohenwarth niedrige Zinsen und steigende Unternehmensgewinne. Zwar werden auch 1987 der Außenbeitrag (Export minus Import) weiter zurückgehen und die Ölpreispulse allmählich nachlassen, die Inlandsnachfrage aber könne die Effekte kompensieren, ohne daß eine Überhitzung der Konjunktur - und eine damit wiederaufflammende Inflation - zu befürchten wäre.

In diesem Zusammenhang sollte das Überschreiten des durch die Bundesbank gesetzten Geldmengenziels nicht dramatisiert werden, da der stärkere Anstieg vor allem eine Folge der erhöhten Kassenhaltung bei niedrigen Zinsen und nicht Ausdruck einer inflationären Nachfrageentwicklung sei.

Im Hinblick auf die Finanzpolitik

fordert Schroeder-Hohenwarth ein „offensiveres“ Vorgehen bei den Steuern. Besonders die überhöhten Steuerbelastungen für Einkommen aus Unternehmertätigkeit müßten abgebaut werden. Man sollte darüber hinaus erwägen, die für 1988 geplanten Steuersenkungen vorzuziehen.

Als ein „zyklisches Phänomen“ bezeichnete der Verbandspräsident die neuerliche Kritik an der „Macht der Banken“. Er wies die Vorwürfe als unbegründet zurück und betonte, daß es sich lediglich um eine Erscheinung handle, die offenbar gerade in wirtschaftlich guten Zeiten immer wiederkehre.

Die Banken, so Schroeder-Hohenwarth, seien sich durchaus ihrer besonderen Verantwortung bewußt und hielten die Kritik für unso verständlicher, als das deutsche Bankensystem im Ausland hohes Ansehen genieße und „allgemein als vorbildlich gelte“.

Zur Neuen Heimat befragt, wollten weder Schroeder-Hohenwarth noch F. Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, eindeutig Stellung beziehen. Ein dringender Handlungsbedarf jedoch bestehe und, so Christians, die Lage sei noch nie so ernst gewesen und könne nicht so weitergehen wie bisher. Ergänzend Schroeder-Hohenwarth: „Ein Forderungsvorbericht der Banken steht nicht zur Debatte.“ Im übrigen schein ihm der Brotaufschlag Schiesser „nicht der Mann, der ein Volumen von 17 Milliarden Mark abwickeln könnte“.

Aktien sind keine Teufelswerkzeuge

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Warum sind die Zuteilungen von Börsenneuigkeiten-Aktien so gering? Sind Gewinne aus Optionsgeschäften steuerfrei, und warum sind die Mindestbeträge im Optionsgeschäft so hoch? Warum sind an der deutschen Börse keine Leerverkäufe möglich? Steigen die Aktienkurse noch weiter und warum haben nicht die Banken die Neue Heimat für eine Mark gekauft - das und noch viel mehr wollen Besucher des vom Arbeitskreis Aktie und der Frankfurter Börse veranstalteten „Aktienforum '86“ wissen. Die zur Diskussion mit Börsenexperten vorgesehenen anderthalb Stunden reichten nicht aus, den Wissensdurst zu stillen, der mehr als 2700 Interessierte gestern in die Frankfurter Alte Oper gelockt hat.

Ein breites Publikum mit den Möglichkeiten und Chancen einer Anlage in Aktien bekanntzumachen - das war auch in diesem Jahr wieder das Ziel des Aktienforums. Denn die Ak-

tienanlage ist in der Bundesrepublik alles andere als populär, klagt Vebavorstandsmittglied Klaus Piltz, der Vorstandssprecher des Arbeitskreises Aktie. Trotz Superhaushalte haben die privaten Haushalte 1985 nur ganze 2,3 Prozent ihrer neuen Ersparnisse in Aktien angelegt. Das kann, so Piltz, nicht an unzureichender Sparfähigkeit liegen, sondern nur an fehlender Motivation und Vorbehalten uninformierter Bürger gegenüber dem wirtschaftlichen Geschehen.

Drastischer drückte das der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger aus. „Nicht nur in den sogenannten einfachen Kreisen wird jemand, der mit Aktien spekuliert, als einer angesehen, der sein Geld nicht durch seiner Hände ehrliche Arbeit verdient, sondern als einer, der sich irgendwo in der Granzone zwischen unseriös, schmarotzerhaft und arbeitsscheu bewegt.“ Selbst gebildete Leute glaubten, Aktien seien Teufelswerkzeuge, von denen man besser die



Die belgische Gevaert N. V. hat sich ebenso wie der Veba-Konzern mit 12,5 Prozent am Reedereiunternehmen Hapag-Lloyd (im Bild die „Europa“) beteiligt. Gevaert ist seitdem die frühere Halbtöchter Agfa-Gevaert 1980/81 gegen Bayer-Aktien vor in den Besitz des Chemieriesen übergang, vorwiegend als Vermögensverwaltungsgesellschaft tätig. FOTO: DIE WELT

FÜR DEN ANLEGER

Pensionsgeschäft: Auf diesem Weg bietet die Bundesbank dem Kreditgewerbe Liquidität diesmal nicht zu einem Festzins an, sondern zum Mindestzins von 4,3 Prozent, der überboten werden kann.

Bundeswertpapiere: Das Bundesfinanzministerium hat in den ersten neun Monaten 1986 Wertpapiere im Rekordwert von 46,3 Mrd. DM abgesetzt. Ein Jahr zuvor waren es 40,6 Mrd. DM.

Geldmenge: Die Zentralbankgeldmenge ist im Oktober um 1,8 Mrd. DM auf 217,5 Mrd. DM gestiegen. Mit 7,75 Prozent Zuwachstendenz ist über dem Zielkorridor von 3,55 Prozent.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 273,92 (273,65); Chemie: 164,08 (164,49); Elektro: 337,84 (339,07);

Auto: 723,33 (721,31); Maschinenbau: 154,53 (154,03); Versorgung: 166,57 (166,21); Banken: 396,46 (396,37); Warenhäuser: 183,70 (184,53); Bauwirtschaft: 542,87 (540,69); Konsumgüter: 179,43 (179,38); Versicherung: 1369,28 (1365,42); Stahl: 140,85 (140,89).

Kursgewinner: DM + %
Fegulan 222,00 8,56
Colonia Vers. 760,00 5,85
Rheinlektro 1220,0 5,63
Braun Vz. 1490,0 4,93
Ymos Vz. 195,00 4,84

Kursverlierer: DM - %
Leifheit 494,00 5,84
Gestra 171,00 5,00
MAN-Roland 663,00 4,60
Phikom 1060,0 4,50
Wickrath 240,00 4,00
(Frankfurter Werte)
Nachbörsen: Nachgebend

WELTWIRTSCHAFT

Großbritannien: Angesichts von Spekulationen über Neuwahlen zum Unterhaus schon im Frühsommer hat sich der britische Industrieverband CBI auf seiner Jahrestagung hinter die Wirtschaftspolitik von Premierministerin Margaret Thatcher gestellt.

Brasilien: Staatspräsident José Sarney hat erneut versichert, daß seine Regierung die bestehenden Regelungen über das Auslandskapital in Brasilien nicht ändern werde. Innerhalb der Regierung gäbe es keinerlei Absicht, die Gesetzgebung zu ändern.

MÄRKTE & POLITIK

Krankenversicherung: Die gesetzlichen Kassen und Ersatzkassen wollen mit Teilkostenentwurf auf „Abwertungsversuche“ der privaten Kassen reagieren. (S. 18)

trunken wie vor der versuchten Einführung der 400-Gramm-Packung im Jahre 1983.

Kaffee: Die Bundesbürger haben in den ersten drei Quartalen 1986 erstmals wieder so viel Kaffee getrunken wie vor der versuchten Einführung der 400-Gramm-Packung im Jahre 1983.

Gesamtwirtschaft: Der Arbeitgeberverband erklärte, der Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik sei „auf hohem Niveau ins Stocken geraten“. (S. 20)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	7.11.86	6.11.86	1.7.86	1.8.85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	151,25	147,25	165,00	288,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	71,50	69,75	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	122,50	118,25	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

General Motors: Der Konzern will mit einem Restrukturierungsprogramm den Gewinnverfall aufhalten. (S. 18)

„Business Week“ hatte den steilen Kursanstieg der Kodak-Aktien in den letzten beiden Wochen auf Übernahme-Gerüchte zurückgeführt. (S. 20)

Siemens: Der Münchner Konzern hat kein Interesse an einer Übernahme der Eastman Kodak Company. Das US-Wirtschaftsmagazin

Continental: Für 1986 werde eine Dividende mindestens in Vorjahreshöhe gezahlt. (S. 20)

NAMEN



Mikroelektronik: Das mit 450 Mill. DM ausgestattete Sonderprogramm zur Förderung der Mikroelektronik ist laut Forschungsmন্ত্রী Heinz Riesenhuber (CDU) erfolgreich verlaufen. Es wurden 2430 Produktentwicklungen bei 1740 Unternehmen unterstützt.

Stiftung: Mit einem Gründungskapital von 50 Mill. DM wurde die „Gottlieb Daimler und Karl Benz-Stiftung“ ins Leben gerufen.

Handwerk: Präsident Paul Schnitzer (59) will Ende 1987 ausscheiden. Als Bewerber werden die Präsidenten der Handwerkskammer Oberbayern, Heribert Späth (München), der Handwerkskammer Berlin, Hans-Dieter Blasse, und der Handwerkskammer des Saarlandes, Winfried E. Frank, genannt.

WER SAGT'S DENN?
Wenn von zehn Entscheidungen acht richtig sind, ist das ein guter Erfolgssatz.
Wilhelm Zangen, langjähriger Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG

SAUBER UND SICHER. RUHRKOHLE AUS DER STECKDOSE

Ohne Strom sähe es finster aus. Strom bringt Licht in die Städte, läßt den Verkehr rollen, treibt Industrien an, sorgt für Wärme. Strom ist lebenswichtig. Strom aus heimischer Kohle bedeutet stets zuverlässige Versorgung - aus sauberen Kraftwerken. Licht, Kraft und Wärme - die Ruhrkohle garantiert sichere Energie, auch in Zukunft. **SICHER UND SAUBER. DIE RUHRKOHLE.**



Preiskrieg der Supermärkte

Neues französisches Wettbewerbsgesetz zum Jahresende

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die Franzosen können sich zu nächst einmal die Hände reiben. Sie werden seit einigen Tagen vom Handel mit Preisermäßigungen geradezu überschüttet. Und davon können sie jetzt nicht nur an Wochentagen profitieren. Denn auch der ganzjährige Verkauf, den das Pariser Warenhaus Printemps seit neuestem sonntags eingeführt hat, wird Schule machen.

Die Preise dürfen weiter ins Rutschende geraten. Das Signal dazu hat der Supermarktkette Carrefour am Wochenende gegeben. In ganzseitigen Zeitungsanzeigen stellte er seine Preise für eine Reihe ausgewählter Artikel den mehr oder weniger höheren der Konkurrenz gegenüber. Derartige Aktionen vergleichender Werbung an der Grenze der Legalität führen bisher zu mehr oder weniger erfolgreichen Prozessen.

Diesmal aber gingen die Konkurrenten sofort zur Gegenoffensive über. Nicht nur, daß sie eigene Preisvergleiche anstalten und veröffentlichen.

E. F. Hutton. Eine gute Adresse für US-Kapitalanlagen.

Hamburg:
Jungfernstieg 59
Telefon (0 40) 34 12 01
Frankfurt:
Bockenheimer Landstr. 51-53
Telefon (0 69) 72 02 31
München:
Maximiliansplatz 17
Telefon (0 89) 22 81 41
Düsseldorf:
Behmstraße 9
Telefon (0 211) 13 09 20

E. F. Hutton & Company GmbH
When E. F. Hutton talks, people listen.

Sorge über geringen Risikowillen

Symposium zur Vereinbarkeit von Ökonomie und Ethik

mid. Liblar
Ökonomie und Ethik im Dialog - unter diesem Thema stand das 10. Ludwig-Waibel-Forum in Schloß Gracht, an dem neben namhaften Vertretern aus Kirche und Wirtschaft auch die Finanzministerin des Landes Niedersachsen, Bärte Breuel, teilnahm. In ihrem Referat „Bedeutung der Wirtschaft als ein Strukturprinzip demokratischer Gesellschaft“ machte sie darauf aufmerksam, daß Demokratie und Marktwirtschaft zum Teil Zielkonflikte aufweisen.

Während die Demokratie von der Gleichheit aller ausgeht, herrsche in der Marktwirtschaft die „Akzeptanz der Ungleichheit“. Ein wesentlicher Anreiz im ökonomischen Bereich sei das Streben, mehr zu sein als der andere. Die soziale Marktwirtschaft könne also nicht zu absoluter Gerechtigkeit führen. Aber auch das demokratische Ideal der Gleichheit führe in der Praxis zu Ungerechtigkeiten. Als Beispiel nannte Frau Breuel die Steuergesetzgebung, die eine Einzelgütergerechtigkeit anstrebe, dadurch aber undurchschaubar werde und Ungerechtigkeiten beinhalte.

Der Staat dürfe nur den wirtschaftlichen Rahmen setzen, erklärte Frau Breuel. Eine Ausnahme bildeten die Bereiche Waffen, Kohle und Stahl, wo der Staat seit Jahren zu Eingriffen

gezwungen sei. Einen Sonderfall stelle die Landwirtschaft dar, die sich von System abgekoppelt habe. Natürlich müsse es zu einem Subventionsabbau kommen. Allerdings sei hier nicht nur allein der Staat gefordert, sondern auch die Wirtschaft, in der der Ruf nach Subventionen immer wieder laut werde.

Ziel einer vernünftigen Wirtschaftspolitik müsse immer ein Absenken der Staatsquote sein. Es gebe aber auch wachsende und neue Aufgabenbereiche des Staates. Der Umweltschutz und das Problem der Altlasten bedürften der Regelung. Gleichzeitig aber werde vom Staat die Konsolidierung der Finanzen und eine allgemeine Steuersenkung erwartet. Es gebe genug Bereiche, in denen der Staat kürzer treten könne. Pluribereitigung, Straßenbau und sozialer Wohnungsbau seien schon längst an ihre Grenzen gestoßen.

Sorge bereite der Finanzministerin die mangelnde Risikobereitschaft in der Gesellschaft. Risikoabsicherungs spiele eine immer größere Rolle. Auf dem Arbeitsmarkt sei es inzwischen praktisch zu einem „Kartell gegen Arbeitslose“ gekommen. Falsche Anreizhilfen spielten hier eine entscheidende Rolle. „Arbeit ist genug vorhanden, sie ist nur zu teuer“, sagte Frau Breuel.

General Motors schließt elf Werke

Umfangreiches Restrukturierungsprogramm kostet bis 1989 etwa 29 000 Arbeitsplätze

G. BRÜGGEMANN, Washington
Für den amerikanischen Konzern General Motors ist Größe über die reine Addition von nackten Zahlen hinaus immer auch ein Wert an sich gewesen. Das gilt offenbar in guten wie in schlechten Zeiten, wie sich jetzt herausstellt. Das größte Unternehmen der Vereinigten Staaten und zugleich der größte Produzent von Automobilen in der Welt, dessen Vorstand einst herausfordernd behaupten konnte, was gut sei für General Motors, sei auch gut für Amerika, ist seit einiger Zeit in eine Krise geraten.

Das Unternehmen produziert mit zu vielen Mitarbeitern in zu vielen Fabriken zu viele Autos. Das hat zu erheblichem Gewinnrückgang beigetragen und zum Verlust von Marktanteilen geführt. Allein im 3. Quartal 1986 erlitt General Motors einen Betriebsverlust von fast 340 Mill. Dollar. Sein Marktanteil, der 1962 mit 50 Prozent den Gipfelpunkt erreicht hatte, und zu Beginn der 80er Jahre immer noch mehr als 45 Prozent betrug, fiel in den ersten zehn Monaten dieses Jahres auf 41 Prozent.

Aber selbst bei der Verkündung dieser gewiß schweren Entscheidung verlor General Motors Chairman Roger D. Smith und Präsident F. James McDonald die Größe und Bedeutung des Unternehmens nicht aus den Augen. Obwohl immerhin rund zehn Prozent der inländischen Fertigungskapazität der Gesellschaft und fünf Prozent der Arbeitsplätze von den einschneidenden Maßnahmen betroffen sind, verweigerten sie die Feststellung, es handle sich um Einschränkungen. Sie erklärten vielmehr nachdrücklich, es gehe darum, die Effizienz und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu erhöhen, damit es seine historische Marktführerschaft auch weiterhin behaupten könne. Will man freilich den Automobilexperten des Landes glauben, hat das Unternehmen noch einen langen Weg vor sich.

Auf lange Sicht genüge es für General Motors nämlich nicht, nur die Kosten zu senken, so wichtig das auch sein möge. Das Unternehmen müsse mit seinen Fabriken auch wieder Autos bauen, die am Markt ankämen. General Motors Corp., zu der unter anderem die Marken Cadillac, Pontiac, Buick, Oldsmobile und Chevrolet gehören, baut Autos, die im Lande als teuer gelten. Außerdem wird ihnen vorgehalten, sie seien stilistisch und technisch hinter die Wagen der großen Wettbewerber Ford und Chrysler zurückgefallen.

General Motors beginnt sich mit seinen Schließungen und Entlassungen im übrigen auf einen Weg, auf dem Ford und Chrysler schon ein gutes Stück vorangekommen sind. Beide Unternehmen fanden schon einige Jahre früher heraus, daß angesichts der Marktlage und des starken internationalen Wettbewerbs weniger mehr sein könne. Sie reduzierten die Fertigung durch Kapazitätsabbau

Resignierende Haltung der Gewerkschaften

Die einst so mächtige Automobilgewerkschaft hat die Absichten von General Motors, wie vorher schon bei Ford und Chrysler, beinahe resignierend zur Kenntnis genommen, obwohl sie doch für die betroffenen Arbeitnehmer vor allem im US-Bundesstaat Michigan, wo viele der zur Schließung anstehenden Werke liegen, geradezu katastrophale Auswirkungen haben werden. Die Entscheidung des Unternehmens wird von der Gewerkschaft als verständlich bezeichnet. Vorwürfe macht sie dagegen der Regierung in Washington, die viel zu wenig getan habe, um der heimischen Industrie zu helfen, vor allem durch Importrestriktionen.

Dabei sind die Autoimporte gar nicht mehr das wichtigste Wettbewerbsproblem der amerikanischen Industrie. Viel bedeutsamer ist, daß Japaner wie auch Südkoreaner nun auch in großem Umfang in den Vereinigten Staaten Automobile bauen.

Bei General Motors gilt es mithin Anlaß genug, sich über die künftige Entwicklung Gedanken zu machen. Präsident McDonald nannte die Schließungen denn auch nur die erste Phase eines Modernisierungsprogramms, für das im Laufe der Jahre insgesamt 10 Mrd. Dollar investiert werden müßten.

Gewinnverfall soll aufgehalten werden

Um den weiteren Verfall von Gewinnen und Marktstellung aufzuhalten, gab der Vorstand am Freitag vergangener Woche nach langem Zögern ein umfangreiches Restrukturierungsprogramm bekannt, das im Laufe der nächsten drei Jahre die Schließung von elf Fabriken, in denen pro Jahr mehr als 700 000 Fahrzeuge produziert werden können, und die Entlassung von 29 000 Mitarbeitern beinhaltet. Mit diesen Maßnahmen sollen Kostensenkungen in einer Größenordnung von 500 Mill. Dollar im Jahr verwirklicht werden.

Katz Werke in neuem Kleid

Auch Mehrheitsaktionär Pfeiderer strukturiert um

nl. Stuttgart
Für die Katz Werke AG, Gernsbach/Baden, den führenden Hersteller von Bierdeckeln und darüber hinaus einer Reihe von Betonprodukten und neuerdings auch Kunststoffzeugnissen, hat der Mehrheitsaktionär, die Pfeiderer-Firmengruppe, Neumarkt/Opf., im Zuge seiner eigenen Umstrukturierungsmaßnahmen ein neues Kleid geschneidert.

Der am 9. Dezember stattfindenden Hauptversammlung wird unter anderem die Umfirmierung von Katz in Pfeiderer Kunststoff AG sowie die Verlegung des juristischen Firmensitzes nach Neumarkt vorgeschlagen. Dies geschehe, wie Vorstandsmitglied Hans Kronacher erläutert, auch mit dem Ziel, innerhalb der Pfeiderer-Gruppe die Tätigkeitsbereiche besser zu koordinieren und Synergieeffekte zu nutzen.

In diesem Zusammenhang wurden an andere Firmen der Pfeiderer-Gruppe per Ende Mai dieses Jahres die selbsterbende Katz-Tochter L. M. Fedema GmbH, Bad Salzungen, sowie der Lübecker Holzbetrieb veräußert und im Gegenzug von Pfeiderer die Polywell Kunststoff GmbH, Neumarkt, erworben.

Dies bedeutet also, daß Katz nach Ausgliederung der Holzsparte künf-

tig auf den drei „Beinen“ Papier/Pappe, Beton und Kunststoffen steht. Um den Namen „Katz“ in einigen traditionellen Tätigkeitsfeldern weiter nutzen zu können, wurde als „Mantel“ die Katz Werke GmbH, Weisenbach, gegründet.

Im Berichtsjahr 1985/86 (31. 5.) war der Umsatz der Katz-Gruppe mit 77 Mill. DM (plus 0,1 Prozent) praktisch unverändert geblieben. Die Exportquote erhöhte sich auf 18 (14,9) Prozent. Bei unterschiedlicher Entwicklung in den einzelnen Sparten sei insgesamt ein positives Betriebsergebnis erzielt worden. Der auf 8,0 (1,0) Mill. DM gestiegene Jahresüberschuß ist von außerordentlichen Einflüssen geprägt.

Nach Tilgung des Verlustvortrags von 5,3 Mill. DM wird nach langer dividendenloser Zeit eine Dividende von 4 DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet. Ausgenommen hiervon sind freilich die im Besitz von Pfeiderer (74,5 Prozent von 9,1 Mill. DM) befindlichen Aktien. Das neustrukturierte Unternehmen, das rund 360 Mitarbeiter zählt, dürfte im laufenden Jahr einen Gruppenumsatz von 45 Mill. DM erzielen. Die gesamte Pfeiderer-Gruppe setzt mit rund 3500 Beschäftigten um die 900 Mill. DM um.

Athen friert die Preise ein

Anfang nächsten Jahres wird Mehrwertsteuer eingeführt

E. ANTONAROS, Athen
Mit einem Preisstopp, der überraschend verkündet wurde und zu nächst bis Ende Januar in Kraft bleiben soll, will Griechenlands Regierung einerseits die Inflation bekämpfen und andererseits die Einführung der Mehrwertsteuer am 1. Januar 1987 flankieren. Nicht eingefroren werden nur die Preise für Obst und Gemüse.

Nach Angaben von Wirtschaftsminister Simitis wurde der Preisstopp notwendig, um die Preissteigerungen vor der Mehrwertsteuererhöhung zu bremsen. Vor allem Spekulanten soll das Handwerk gelegt werden. Deshalb wird das Handelsministerium scharf kontrollieren und - wenn nötig - hohe Geldstrafen verhängen.

Trotz der amtlichen Begründung für den Preisstopp, der von den Kommunisten begrüßt, von der bürgerlichen Opposition aber scharf kritisiert wurde, geht es den regierenden Sozialisten auch darum, die in letzter Zeit aus den Fugen geratene Teuerungswelle einzudämmen. Nach zuverlässigen Angaben lag die Jahressinflation Ende Oktober bei knapp 24 Prozent. Möglicherweise könnte Papandreou durch das Einfrieren aller Preise die Einhaltung seines Regierungsziels von 16 Prozent Inflation in diesem

Jahr künstlich gelingen. Athens Regierung will die Inflation 1987 auf zehn Prozent hinunterbringen.

Unabhängige Wirtschaftsexperten weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Preisstopp zwar kurzfristig zu einer Eindämmung der inflationären Tendenzen führen könnte. Mittelfristig würde er jedoch eine kräftige Inflation auslösen.

Kritik wird auch an den Vorbereitungen für die Mehrwertsteuer-Einführung geübt. Griechenland, seit 1961 Vollmitglied der EG, hat bisher mit Zustimmung seiner Partner die Anwendung der Mehrwertsteuer jahrelang mit der Begründung zurückstellen können, eine lange Vorbereitungsphase sei notwendig.

Erst letzte Woche teilte das griechische Finanzministerium mit, daß drei Staffeln für die Mehrwertsteuer gelten sollen: Knapp 50 Prozent aller Waren und Dienstleistungen werden mit sechs Prozent, sogenannte Luxusgüter mit 36 Prozent und alle restlichen Güter mit 18 Prozent belastet. Obwohl das Wirtschaftsministerium beteuert, daß die Mehrwertsteuer bestehende Steuern ersetzen soll, wird damit gerechnet, daß die Mehrwertsteuer den Preisindex mit rund fünf Prozentpunkten belasten wird. (SAD)

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Bank-Genüsse eingeführt

Stuttgart (nl) - Mit der Einführung von 25 Mill. DM Genußscheinen der Stuttgarter Bank AG wurde zugleich das erste Papier dieser Art an der Stuttgarter Wertpapierbörse zum amtlichen Handel zugelassen. Die erste Kursnotiz dieses mit einem Ausschüttungsbetrag von 7,5 Prozent und einer dividendenabhängigen Zusatzverzinsung ausgestatteten Papiers vom Freitag stellte sich auf 103 Prozent. Die Bilanzsumme der Stuttgarter Bank wuchs in den ersten drei Quartalen dieses Jahres um 6,6 Prozent auf 2,90 Milliarden DM. Dabei nahmen die Kundenkredite auf 1,88 Milliarden DM (plus 8,6 Prozent) zu, die Spareinlagen stiegen um 9,7 Prozent auf 828 Mill. DM.

Unternehmen mit 77,6 (73,6) Mill. DM einen leicht gesunkenen Umsatz aus der Export rutschte dabei um knapp 4 Prozent auf 38,2 (39,7) Mill. DM.

Hochst gibt Balenciaga ab

Paris (J. Sch.) - Die französische Parfümgesellschaft Jacques Bogart hat von der Hochst-Tochter Marbert GmbH die Kapitalmehrheit der Balenciaga SA erworben, welche vor allem Luxusparfüms herstellt und vertreibt. Bogart, der unter anderem Lizenznehmer für die Marke Ted Lapidus ist, erstellt gegenwärtig in der Volksrepublik China eine Parfümfabrik. Wie Firmenchef Jacques Konkler erklärte, will er jetzt auch den Haute-Couture-Bereich von Balenciaga wiederbeleben.

Textil-Gruppe nach China

Frankfurt (adh) - Die Chancen für Gemeinschaftsprojekte auf Firmenbasis, zur Zusammenarbeit in der Textilforschung und vor allem auch für weitere Exporte der bundesdeutschen Textilindustrie nach China will eine Delegation von Unternehmern aus der Textilindustrie vor Ort ausloten. Im vergangenen Jahr hat die Bundesrepublik Textilgüter für rund 60 Mill. DM nach China geliefert; die in den Vorjahren stark gestiegenen chinesischen Lieferungen in die Bundesrepublik erreichten 841 Mill. DM.

Auffang-Firma für Elba

Stuttgart (nl) - Für die Anfang September in Vergleich gegangene Baumaschinen-Firma Elba-Werk Maschinen-GmbH & Co. KG, Eitlingen, ist eine Auffanggesellschaft gegründet worden. Nach Angaben des Vergleichsverwalters Hans Ringwald werde die neue Elba-Werk Maschinen-GmbH, die mit einem Stammkapital von 10 Mill. DM ausgestattet ist, die Aktivitäten von Elba mit einer gestrafften Produktpalette von Betonmischanlagen, Betonpumpen und Fahrmaschinen weiterführen. Die Produktion sei ausgelastet. Beschäftigt werden rund 400 Mitarbeiter.

Ergebnis schwächer

Frankfurt (adh) - Der Kursverfall von Dollar und Pfund gegenüber der D-Mark hat sich negativ auf die Ertragsentwicklung der Leifheit AG, Nassa, ausgewirkt. Mit 15,3 Mill. DM hieß der Überschuß (vor Steuern) in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 3,5 Mill. DM unter dem Vorjahresstand. Trotz dieser Entwicklung rechnet der Vorstand im Aktionärsbrief für das ganze Jahr wieder mit einem befriedigenden Ergebnis. Für die ersten neun Monate weist das

Überraschender Ausstieg

München (DW) - Überraschend ist bereits zum 30. September Johannes Schiefl aus den Vorständen der Lebensversicherung von 1871 a. G., München, und der Trias Versicherung AG ausgeschieden. Die gesamte Vorstandsgeschäfte werden derzeit, wie die LV von 1871 erst jetzt mitteilt, von Werner Kunzfeld wahr genommen. Die Nachfolge werde derzeit noch geklärt.

TEST ERLEBNIS



Einverstanden.
Ich schicke Ihnen diesen Coupon. Sie vermitteln mir einen Citroën-Händler, der mir für ein Wochenende einen CX unverbindlich zur Verfügung stellt. Hier ist meine Anschrift:

Name, Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Wohnort: _____
Telefon: _____
(Bitte senden Sie diesen Coupon an die Citroën AG, Abteilung Vertrieb, Nikolausstr. 84 - 90, 5000 Köln 90.)

DW 3

Ein Wochenende im CX.

Jetzt können Sie was erleben: einen CX. Und mit etwas Glück haben Sie ja sogar schlechtes Wetter. Dann können Sie ein Wochenende lang nicht nur einen CX, sondern auch seine Wintertauglichkeit testen: Sein beruhigend sicheres Citroën HP-Fahrwerk (Hydropneumatik) mit automatischem Niveaueausgleich. Seinen spursicheren Frontantrieb. Sein drehmoment-optimiertes Triebwerk. Sein stufenlos einstellbares Belüftungssystem. Seine automatische Heizungsregulierung. Oder das bei den meisten Modellen lieferbare Anti-Blockier-System (ABS). Aber testen Sie selbst: Sie schicken uns den Coupon, und wir vermitteln Ihnen einen Citroën-Händler, der Ihnen für ein Wochenende einen CX unverbindlich zur Verfügung stellt. Einverstanden?

Citroën CX, 25 Modellvarianten. Von 54 kW/75 PS bis 122 kW/138 PS. Als Diesel oder Benziner, mit und ohne Turbo. Als Limousine oder Break. In insgesamt 15 schadstoffarmen Versionen, mit und ohne Katalysator. Leicht zu finanzieren und zu leasen durch die Citroën Partnerbank, die P.A.-Creditbank. Citroën empfiehlt Total.

CITROËN
Die Kraft der Kreativität.

سكيتا من العسل

Der „Blaue Engel“ hat das Fliegen noch immer nicht richtig gelernt

In der Wirtschaft bestehen erhebliche Bedenken gegen die Vergabepraxis

HANNA GIESKES, Bonn

Alle reden vom Umweltschutz - Politiker, die Wirtschaft und nicht zuletzt die Konsumenten in der zuständigen Bundesbehörde. Im „soeben“ veröffentlichten Jahresbericht stellt das Umweltbundesamt fest, daß das Inzertens der Wirtschaft am Umweltschutz „Blauer Engel“ ständig wachse. Allein im vergangenen Jahr seien 147 Produkte dafür vorgeschlagen worden. Lernet der Engel doch noch das Fliegen?

Der Schein trügt. Die Wirtschaft hat gegen das Umweltzeichen erhebliche Bedenken, was sich mit Zahlen leicht beweisen läßt: 1300 Produkte mit dem Umweltzeichen sind wenig im Vergleich zu den 1500, die die Stiftung Warenprüfung jährlich unter anderem auf ihre Umweltverträglichkeit prüft; sie sind noch weniger, verglichen mit rund 100 000 vergebenen RAL-Güteschildern. Und diese relative Abwesenheit der Hersteller von einer an sich sinnvollen Werbebotschaft hat gute Gründe.

Kern der Hersteller-Kritik am blauen Engel ist die Erkenntnis, daß er den Anspruch der Umweltfreundlichkeit niemals erfüllen kann: Jedes Produkt und jede Produktion hinterläßt nämlich Spuren. So gesehen führt das Zeichen Verbraucher in die Irre. Einige unserer Nachbarn haben dies erkannt: In der Schweizer Gesetzgebung gibt es den Begriff „umweltfreundlich“ nicht; er wird durch exakter festzulegende Kriterien wie „umweltschädlich vermindert“ ersetzt. In Dänemark empfindet man die Grundlagen des deutschen Umweltzeichens als zu unpräzise und läßt Importe von Lacken mit dem blauen Engel nicht zu.

Hier liegt ein weiterer Ansatzpunkt für Kritik: die Bindung des Engels an die umweltfreundlichere Alternative ohne Berücksichtigung des konkurrierend umweltfreundlicheren Produkts. So kommt es zu der Merkwürdigkeit, daß Lacke mit Lösungsmitteln das Umweltzeichen erhalten können, nicht aber Dispersionsfarben ohne Lösungsmittel. So daß der Verbraucher glauben muß, Dispersionsfarben seien weniger umweltfreundlich als Lacke, obwohl das Gegenteil der Fall ist.

Darüber kann Ursache massiver Wettbewerbsverzerrungen sein. So sind die öffentlichen Auftraggeber zum Teil gesetzlich verpflichtet, Produkte mit dem blauen Engel vorzu-

ziehen - insbesondere auf kommunaler Ebene sorgen Umweltbeauftragte für die Durchsetzung dieser Bestimmung - und bei der Entscheidung zwischen Lack- und Dispersionsfarbe ist das eindeutig widersinnig. Um dem abzuhelfen, bedürfte es einer weiteren Merkwürdigkeit in Gestalt eines Persilscheins, auf den sich die Hersteller von Dispersionsfarben vor kurzem mit dem Umweltbundesamt geeinigt haben, den können sie bei Bedarf ihren öffentlichen Auftraggebern vorlegen.

Besonderen Unwillen bei der Industrie erregt indes das Verfahren zur Vergabe des blauen Engels. Das rela-



tiv formlose Vorschlagswesen - jedermann kann beim Umweltbundesamt einen Antrag auf Vergabe des Zeichens stellen - ist bestenfalls für eine Preisverleihung angemessen, kann aber keinesfalls Grundlage für ein Kennzeichnungssystem sein, das vom Staat gefordert wird, heißt es dazu beim Bundesverband der Deutschen Industrie.

Die Hersteller klagen sowohl über das Umweltbundesamt als auch über die Jury - aus Vertretern von Industrie, Verbrauchern und diversen Umweltschutzorganisationen -, die über die Vergabe des Zeichens entscheidet. Dem Umweltbundesamt wird Mangel an technischem Sachverstand vorgeworfen; die Unterlagen, die es zur Verfügung stelle, reichten für eine sachgerechte Vorbeurteilung nicht aus und, so setzen sich souverän darüber hinweg, daß es oftmals weder reproduzierbare Prüfungsverfahren noch eindeutige Bewertungsmaßstäbe gibt. Wo solche Verfahren erst noch entwickelt werden müßten, werde nicht oder nicht genügend berücksichtigt, daß die er-

forderlichen Laborkapazitäten nicht zur Verfügung stehen.

Dies verwundert in der Tat: 1880 ist von Vertretern der Industrie, der Verbraucher, der Normung, der technisch-wissenschaftlichen Prüfinstitutionen, des Gütezeichenwesens und der Behörden ein Anforderungskatalog „Warenkennzeichnung für Verbraucher“ erarbeitet worden, der auf eine strenge Bindung an reproduzierbare Prüfungsgrundlagen abstellt; ein Grundsatz, an den auch die Stiftung Warenprüfung gebunden ist.

Nicht minder massiv sind die Klagen über die Jury: Erstens sei die am meisten betroffene Industrie in diesem Beschlussgremium unterrepräsentiert, und zweitens „sind die Mitglieder Experten der Umweltpolitik, nicht jedoch Experten im Hinblick auf technische Details“. Trotzdem entscheiden sie darüber.

Kritisiert wird außerdem, daß diese Jury „völlig autonom, im geschlossenen Kreis und ohne jede Transparenz“ entscheidet: Sie kann sich über die Ergebnisse der vorangegangenen Anhörung mit Vertretern der Industrie, der Verbraucher, des Umweltbundesamtes, des Deutschen Instituts für Gütesicherung und Kennzeichnung (RAL) und sonstigen Sachverständigen unbekümmert hinwegsetzen. Dabei ist es nicht einmal erforderlich, daß sie ihre Entscheidung begründet.

Die Konsumentengüterhersteller stoßen sich schließlich daran, daß nach der Prüfung durch den RAL-Ausschuß, der im Anschluß an den Beschluß der Jury über die sachlichen und formalen Voraussetzungen für die Vergabe des Umweltzeichens entscheidet, noch eine zweite und dritte Kontrolle durch das Umweltbundesamt und die Umweltämter der Länder vorgesehen ist. Hier bestehe die Gefahr, daß nachträglich zusätzliche Anforderungen „draufgesetzt“ würden.

Trotz ihrer Bedenken will die Wirtschaft dem blauen Engel keineswegs die Flügel brechen; in der großen Linie stehe man dem Umweltschutzgedanken und der damit zusammenhängenden Aufgabe eine korrekten Verbraucherinformation positiv gegenüber. Die Hersteller sähen den Engel nur gern auf einer objektiven Grundlage; dazu könne auch seine Umsiedlung zur Stiftung Warenprüfung beitragen, heißt es. Vielleicht lernet er dann endlich das Fliegen.

Die Falschen geschlachtet

Die Kleinen werden gehakt, und die Großen läßt man laufen - nach diesem Muster vollzieht sich zur Zeit der Kampf des Bundeskartellamts gegen die Konzentration im Handel. Zusammenfassend kann es nicht verhindern, doch die vergleichsweise harmlosen Einkaufskooperationen werden geknackt. Und der Handel argwöhnt, daß die Berliner Wettbewerbsbüter im Begriff sind, das falsche Schwein zu schlachten.

Dieser Argwohn ist nicht nur berechtigt, er wird sogar, wenn auch gehalten, von den Kartellbeamten geteilt. Während einer Veranstaltung der Lebensmittelzeitung in Berlin räumte der Leiter der Grundsatzabteilung, Harald Lübbert, ein, „daß wir uns der Lücke zwischen Kartellverbot und Fusionskontrolle durchaus bewußt sind“.

Die Kartellwächter können diese Lücke indes nicht schließen, denn sie ist keine Erfindung der Behörde: Die Fusionskontrolle ist an Marktmarkt gekoppelt, doch bei den Kooperationen gibt es keine guten und bösen. Das Wettbewerbsrecht kennt nur Kartelle, und die sind grundsätzlich verboten.

So hat die Kartellbehörde nicht viel Spielraum bei der Behandlung von Einkaufsgemeinschaften. Seit ihrer vom Kammergericht bestätigten Verfügung zur Auflösung der Kooperation Selex+Tania schreitet sie ein, wenn Umsatzmilliarden beteiligt sind, die auch allein einkaufen könnten. Im nächsten Jahr wird der Bundesgerichtshof den Fall entscheiden. Erst dann wird man wissen, ob unangemessene Schlachtfeste künftig per Kartellnovelle verhindert werden sollten.

Und das heißt: Die Auffassung ist

Mehr als die Hälfte der Deutschen halten die Werbung für hilfreich

VOLKER NICKEL, Bonn

Von ihr träumen sie, die Wahlkämpfer Bundeskanzler Helmut Kohl und besonders sein Herausforderer Johannes Rau: von der Mehrheit. Die deutsche Werbewirtschaft hat sie. Weder die linken Rezept-Philosophen der sechziger Jahre noch der moralisierende Ökonorismus heutiger Tage konnte die Bundesbürger gegen Werbung mobilisieren. Im Gegenteil. Ergebnisse der jüngsten Meinungsbefragung wirken wie Ohrfeigen für rote und grüne Dauerrötiger der Systemkritik.

Wie aus der Verbraucher-Analyse '86 ablesbar, stimmen bereits 54 Prozent der Bundesdeutschen ab 14 Jahren der Aussage zu „Werbung ist hilfreich für den Verbraucher“ - 1980/81 waren es 53 Prozent. „Ich sehe mir eigentlich ganz gern Anzeigen in Zeitschriften an“, bestätigen 49 Prozent. Und selbst die unter Werbefachleuten kontrovers diskutierte Fernsehwerbung schneidet heute noch ein bißchen besser ab. Denn nun sind es 44 Prozent der Verbraucher, die Werbesendungen via TV-Schirm „ganz untermhaltsam“ finden.

Auch ein Blick in die Untersuchungsergebnisse unterstreicht die absolute Mehrheit für die Arbeit der Werbefachleute. Obwohl noch immer überwiegend Frauen die Haushaltskasse führen, sind 51 Prozent der Männer von der Konsumenten-Hilfe durch Werbung überzeugt, während 56 Prozent der weiblichen Befragten jene positive Erfahrung angeben. Die Mehrheitsverhältnisse gehen durch sämtliche Altersgruppen zwischen 14 bis 70.

Und das heißt: Die Auffassung ist

zum Beispiel falsch. Jugendliche seien besonders werbekritisch eingestellt. Mehr als die Hälfte der 14- bis 19-Jährigen stehen positiv zur Werbung der Wirtschaft (52 Prozent). Ebenso schräg die Meinung, ältere Menschen stünden werbenden Informationen ablehnend gegenüber. 58 Prozent der 60- bis 69-jährigen Verbraucher sehen in den Werbeaktivitäten der Firmen Lebenshilfe. Diese Tatsache ist besonders vor dem Hintergrund aufschlußreich, daß die Gruppe der Älteren bis über die Jahrtausendende stark anwachsen wird.

In der positiven Einschätzung der Wirtschaftswerbung nach Haushaltsgröße fällt besonders auf: Wo nur eine Person lebt, wird die Alltagshilfe durch Werbung besonders geschätzt (56 Prozent), bei mehreren Haushaltsmitgliedern schwankt der Wert zwischen 54 und 51 Prozent Zustimmung. Auch das Einkommen spielt bei der Positiv-Bewertung keine deutliche Rolle.

Schier unentbehrlich erscheint den Bundesbürgern die Aufgabe der Werbung, neue Produkte bekanntzumachen: 60 Prozent sind der Meinung, Werbung liefere ihnen dabei „nützliche Hinweise“. Verbraucher hierzu sind also keineswegs Urteilsgeschädigte, die Choreographen des Konflikts zwischen Konsum und Werbung haben ihr Ziel nicht erreicht: Einfüßterungen gegen Marktwirtschaft und Werbung mit Hilfe von Schulbüchern oder lautstarken Kampagnen über die Massenmedien sind verpufft.

Das wird noch deutlicher beim Blick zurück auf die vergangenen 15 Jahre. Jede Befragung ergab große Stabilität beim Meinungsklima in der Bevölkerung, die sich in der These zusammenfassen läßt: Zwei Drittel der Bundesbürger stehen in diesem Zeitraum der Werbung positiv bis neutral gegenüber.

Die positive Bürgermeinung wächst - und auch die Bedeutung der Werbung. Ablesbar ist das daran, daß die Werbeausgaben zwischen 1950 und 1986 um das 35fache gestiegen sind - in diesem Jahr allein bei den Werbeeinnahmen der Medien auf mehr als 16 Milliarden Mark.

Ist mit diesen Tatsachen der Sesse beschrieben, in dem sich nun Deutschlands Werber räkel können? Ganz sicher: nein. Zu tief noch sitzen Vorurteile in einigen Politikerköpfen, zu heftig sind nach wie vor die Versuche, Werbung zum Prügelknaben für Probleme der Republik zu machen. Und das kann sich in weiteren rechtlichen Einschränkungen bemerkbar machen.

Fachliche Probleme sind zu meistern

Doch was nutzt der Werbewirtschaft das positive Meinungsklima, wenn ihre Arbeit nicht auch den angestrebten ökonomischen Effekt aufweist? Ein „Sympathie-Bonus“ mag hilfreich für die Werbeplaner sein, denn er wird mitbestimmen, wie willkommen Werbung beim Verbraucher ist. Noch stimmen Meinungsklima und Verhalten überein. Das wird an der diesjährigen Ausweitung der Werbeumsätze um voraussichtlich sechs Prozent deutlich. Aber werbefachliche Probleme müssen gemeistert werden, um den Werbeerfolg zu erhalten.

Das positive Meinungsklima sollte dazu beitragen, das häufig leicht verkümmerte Selbstbewußtsein der Werbefachleute aufzurichten. Sie sind nicht nur am ökonomischen Erfolg dieses Landes beteiligt, die Mehrheit des Volkes steht auch hinter ihrer Arbeit. Welche Gruppe kann das schon von sich sagen?

Hauni hat sich auf die Suche nach seiner Identität begeben

Am Anfang des Weges ist weniger Kreativität als harte Interview-Arbeit gefragt

JAN BRECH, Hamburg

Seit Anfang dieses Jahres ist Eberhard Reuther neuer Vorstandsvorsitzender der Hauni-Werke. Er führt ein Unternehmen, das Weltgeltung besitzt. Der Umsatz hat 1985 zum ersten Mal eine Mrd. DM überschritten. Das Stammhaus Hauni gehört weltweit zu den führenden Anbietern von Tabakverarbeitungsmaschinen, die angegliederten Firmen Blohm und Schaudt sind herausragende Spezialisten für Werkzeugmaschinen. Außerdem werden in Hauni-Betrieben Maschinen für die Papierverarbeitung entwickelt und gefertigt.

Hohen Bekanntheitsgrad hat Hauni nicht nur durch seine geschäftlichen Erfolge. Der Gründer Kurt A. Körber, der die Gruppe vor 40 Jahren mit wenig Geld, aber einem Kopf voller Ideen aus dem Nichts schuf, sorgt auf seine Art dafür, daß sich der Name Hauni einprägt. Körber ist Stifter und „Anstifter“ zugleich. Seine Taten und Gaben im kulturellen, sozialen und unternehmerischen Umfeld sind Legion.

Dennoch glaubt der neue Hauni-Chef Reuther, daß dem Unternehmen etwas fehlt. Hauni wird nicht in allem, was es darstellt, erkennbar. Die Gruppe ist „wild“ gewachsen, hat Unternehmen auf allen Kontinenten der Welt, die ein Eigenleben führen. Das Erscheinungsbild ist uneinheitlich, die „geistige Mitte“ nur schwer auszumachen. Es müsse eigentlich, so überlegt Reuther, eine „Corporate Identity“ entwickelt und offensiv genutzt werden.

Der Auftrag, den Reuther damit zu vergeben hätte, brachte Bewegung in die Agentur-Szene. Das Rennen machte überraschend eine kleine Agentur am Stadtrand Hamburgs: die Promea Werbeagentur GmbH in Hamburg-Bergedorf, dem Sitz auch der Körber-Gruppe. Die Inhaber Richard Ebert und Klaus Karper haben die Agentur erst vor einem Jahr übernommen. Waren in Sachen Corporate Identity aber durch gemeinsame Arbeit für Triumph-Adler vorbereitet.

Die Aufgabe für Hauni umschreibt Ebert zunächst damit, was sie nicht ist. Es gehe nicht um eine neue Fassa-

de, um grafisch gelungene Außenlichkeiten, um eine Image-Kampagne für das Unternehmen. Das Image eines Unternehmens, so Ebert, steckt in den Köpfen anderer, ist ein Fremdbild. Corporate Identity dagegen bezeichnet das Selbstbild des Unternehmens. Corporate Identity zu entwickeln, heißt eine Unternehmenswirklichkeit herzustellen, die draußen ein bestimmtes gewünschtes Image entstehen läßt.

Die Identität eines Unternehmens, gibt Ebert zu Protokoll, ist die strategisch geplante und operativ eingesetzte Selbstdarstellung und Verhaltensweise einer Firma nach innen und außen und basiert auf einer festgelegten Unternehmens-Philosophie und -Zielsetzung. Ihr dynamischer Kern ist die Unternehmens-Persönlichkeit, die sich in dem Unternehmer selbst oder als Unternehmens-„Mission“ darstellt, und die in drei Wirkungsformen ausstrahlt.

Wichtigstes Instrument der Corporate Identity ist das konkrete Unternehmens-Verhalten in Produkt-, Vertriebs-, Sozial- oder Finanzpolitik. Im Unternehmens-Erscheinungsbild wird die Persönlichkeit in einheitlichem Design für Waren, Produkt und Dienstleistungen sichtbar. Die Unternehmens-Persönlichkeit ist schließlich Steuerungsgröße für die Unternehmens-Kommunikation, deren Stil die Inhalte des Firmen-Verhaltens und deren Form das Firmen-Erscheinungsbild prägt.

Das Definitorische hinter sich, räumt Ebert ein, daß am Anfang der Aufgabe wenig Kreativität, sondern viel harte Interview-Arbeit gefragt ist. Zunächst müssen Mitarbeiter, Kunden und Personen aus dem sozialen Umfeld gefragt werden, wie sie Hauni jetzt sehen und wie Hauni künftig aussehen soll. Daraus ergibt sich eine große Zahl von gegenwärtigen und wünschenswerten Merkmalen, mit denen das Unternehmen erfolgreich „leben“ soll.

Die Persönlichkeit eines Unternehmens spiegelt sich in mehreren Merkmalsdimensionen, sagt Ebert. Unter den herausgefundenen Merkmalen muß der Unternehmer oder die Geschäftsführung Prioritäten setzen. Die Unternehmensmerkmale, die dann künftig das Unternehmen prägen sollen, beschreiben Bedürfnisse (etwa: Hauni engagiert sich im Tabak-Bereich und wird weitere Mär-

kte, die auf dem Grundbedürfnis Nahrungs- und Genussmittel basieren, besetzen), Kompetenz (Hauni ist innovativ, technisch führend), Einstellung (Hauni ist selbstbewußt, sympathisch, zuverlässig, frauenfreundlich), Konstitution (Hauni ist finanzstark, weltweit engagiert), Temperament (Hauni ist flexibel, unbürokratisch, jung), Herkunft (Hauni ist aus Hamburg, seriös, technisch-wissenschaftlich orientiert) und Zukunftsinteressen (Hauni ist „auf Dauer sicher“). Diese „positiven Statements“ über Hauni, sagt Ebert, stellen den „zentralen Handlungskodex“ dar. Aus ihm lassen sich nun spezielle Kodices für bestimmte Zielgruppen (Mitarbeiter, Kunden oder Zielsetzungen (Werbung) ableiten.

Geschäftsleitung muß mitziehen

Bis zu diesem Punkt fühlt sich Ebert mehr als Moderator denn als kreativer Berater. Das Ausformen einer Corporate Identity ist nur möglich, wenn eine Geschäftsführung die als wichtig erkannten Merkmale auch „materiell besetzt“. Ebert erklärt dies so: Wenn die Firma sagt, sie sei frauenfreundlich, stelle ich die Wahrheit auf die Probe. Also sage ich, wenn ihr meint, frauenfreundlich zu sein, müßt ihr ans Schwarze Brett schreiben: Wir werden für die Mütter in unserem Betrieb einen Kindergarten errichten“. Kömt ihr oder wollt ihr das nicht, ist das Merkmal „frauenfreundlich“ kein Teil eurer Identität.“ Eine Corporate Identity, präzisiert Ebert, trägt nur dort, wo es eine definierte Philosophie gibt, die man gleichzeitig als Wirklichkeit vorfindet. Die kreative Leistung setzt ein, wenn die Merkmale in grafische und sprachliche Bilder umgesetzt, die neu entstandene Unternehmens-Wirklichkeit nach innen und außen dargestellt werden soll. Die Corporate Identity erhält ein Corporate Design.

Wie die „Persönlichkeit“ des Unternehmens Hauni künftig sich verhalten, erscheinen und darstellen wird, vermag Ebert nach den ersten Runden des „Brainstorming“ mit Reuther und seinen Kollegen nicht zu sagen. Es sei halt wie im richtigen Leben: Es braucht lange, bis eine Persönlichkeit gereift ist.



Die weltweiten Verbindungen der Sparkassen eröffnen der heimischen Wirtschaft zusätzliche Marktchancen.

Es gibt gewiß nicht viele Herkunftsbezeichnungen, die eine solche Karriere gemacht haben: „Made in Germany“, ein Begriff, der auf den Weltmärkten zur Wertmarke wurde. Nutzen Sie die Verbindungen der Sparkassen und Landesbanken für Ihr Exportgeschäft. Nicht nur bei der Abwicklung, schon bei der Planung zahlt sich das aus.

der Sparkasse über Ihre Ideen. Und haben schon in dieser Phase Kontakt zu den 5000 weltweiten Verbindungen der Sparkassen und Landesbanken. Wir beschaffen Ihnen die erforderlichen Informationen, beraten Sie hinsichtlich des Geldtransfers sowie über spezielle Vorschriften und helfen Ihnen mit einer maßgeschneiderten Finanzierung. Planen Sie diese Aktivposten ein. Als Ausgangspunkt guter Exporterfolge.

Der Vorteil: Sie sprechen mit dem Spezialisten

Sprechen Sie mit unseren Spezialisten für das Auslandsgeschäft.



Wenn's um Geld geht - Sparkasse

Steuerberater: Zwei Millionen Unzufriedene

dpa, Berlin
Zwei Millionen Einsprüche und 60 000 Klagen jährlich gegen Steuerbescheide beweisen nach Ansicht des Präsidenten des Deutschen Steuerberaterverbandes, Dieter Krüger, die Unzufriedenheit der Bürger mit dem Steuerrecht. Es müsse vereinfacht werden, um die Steuergerechtigkeit und -moral zu erhalten. Zum Auftakt des Steuerheratertages in Berlin sagte Krüger, diese hohe Zahl könne nicht nur auf die Verwaltungspraxis zurückgeführt werden.
Zur Vereinfachung sollten heuristische Steuergesetze und Steuern, beispielsweise die Gewerbesteuer,

Spitzenmanager wandern in die Werhahn-Gruppe

J. G. Düsseldorf
Bestätigen sich die Vermutungen, so wird Dipl.-Volkswirt Peter Jungen (47), der seine Ämter als Vorstandsvorsitzender der Wolf-Tochter PHB Weserhütte AG und Vorstandsmitglied der Otto Wolff AG, beide Köln, auf eigenen Wunsch zum Jahresende aufgibt, als Nachfolger von Dipl.-Ing. Gerhardt Hartwich (64) neuer Vorstandschef der großen Kölner Strabag-Bau AG, bei der die Neusser Werhahn-Familiengruppe Großaktionär ist. Zeitgleich zum Jahresanfang 1987 wandert, wie seit Monaten bekannt, der Vorstandschef des Dortmunder Mischkonzerns Harpeper AG, Dr. Hejo Schmiedeknecht (47), als Komplementär zu der als Privatbankhaus geführten Werhahn-Holding.
Nachfolger sind noch unbekannt. Im Dortmunder Fall, wo ein neuer Großaktionär mit seinen Vorstellungen die Interessen von etwa 20 000 Kleinaktionären berührt, ist das noch wichtiger als im Kölner Fall. Auffällig bleibt die Duplizität der Attraktivität der Werhahn-Gruppe, auch ohne Strabag ein schweigsamer Familienkonzern mit rund 3,5 Mrd. DM Umsatz, für zwei Wanderlustige.
Auffällig auch Jungens Abschied von Wolf. Beim dortigen Familienkonzernchef Otto Wolff von Amerongen einst als Assistent groß geworden, hat Jungen aus der früher als Baggerbauer dahinkreisenden Weserhütte eine weltweit auch mit Auslandsfabrikation starke Anlagebaugruppe des Schützgüter-Material Handelings mit rund 1 Mrd. DM Weltumsatz gemacht. Da gibt es aus Dollar- und Ölpreissen eine Durststrecke. Sie trifft zusammen mit dem Faktum, daß Senior Wolff (68) seines Schwiegersohns Arend Oetker (64) zum neuen Konzernchef machte. Jungen bestreitet, daß das seiner eigenen Karriereplanung zuwiderliefe. Widersaken zu seiner Werhahütte-Strategie darf man jedoch als Abschiedsgrund vermuten.

„Hauen und Stechen“ im Ersatzmarkt

Conti Gummi hat das Ergebnis deutlich verbessert - Noch keine Dividendenprognose

D. SCHMIDT, Hannover
Ein im Vergleich zum Vorjahr „deutlich verbessertes Ergebnis“ zeichnet sich für 1986 bei der Continental Gummi-Werke AG, Hannover, ab. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden der Wolf-Tochter PHB Weserhütte AG und Vorstandsmitglied der Otto Wolff AG, beide Köln, auf eigenen Wunsch zum Jahresende aufgibt, als Nachfolger von Dipl.-Ing. Gerhardt Hartwich (64) neuer Vorstandschef der großen Kölner Strabag-Bau AG, bei der die Neusser Werhahn-Familiengruppe Großaktionär ist. Zeitgleich zum Jahresanfang 1987 wandert, wie seit Monaten bekannt, der Vorstandschef des Dortmunder Mischkonzerns Harpeper AG, Dr. Hejo Schmiedeknecht (47), als Komplementär zu der als Privatbankhaus geführten Werhahn-Holding.
Nachfolger sind noch unbekannt. Im Dortmunder Fall, wo ein neuer Großaktionär mit seinen Vorstellungen die Interessen von etwa 20 000 Kleinaktionären berührt, ist das noch wichtiger als im Kölner Fall. Auffällig bleibt die Duplizität der Attraktivität der Werhahn-Gruppe, auch ohne Strabag ein schweigsamer Familienkonzern mit rund 3,5 Mrd. DM Umsatz, für zwei Wanderlustige.
Auffällig auch Jungens Abschied von Wolf. Beim dortigen Familienkonzernchef Otto Wolff von Amerongen einst als Assistent groß geworden, hat Jungen aus der früher als Baggerbauer dahinkreisenden Weserhütte eine weltweit auch mit Auslandsfabrikation starke Anlagebaugruppe des Schützgüter-Material Handelings mit rund 1 Mrd. DM Weltumsatz gemacht. Da gibt es aus Dollar- und Ölpreissen eine Durststrecke. Sie trifft zusammen mit dem Faktum, daß Senior Wolff (68) seines Schwiegersohns Arend Oetker (64) zum neuen Konzernchef machte. Jungen bestreitet, daß das seiner eigenen Karriereplanung zuwiderliefe. Widersaken zu seiner Werhahütte-Strategie darf man jedoch als Abschiedsgrund vermuten.

weitere Entschuldung des Konzerns. Den Sachinvestitionen, die im laufenden Jahr mit rund 300 (254) Mill. DM Bilanzwirksam werden und 1987 auf über 400 Mill. DM steigen sollen, stehen kräftig steigende Abschreibungen (250 nach 206 Mill. DM) gegenüber. Noch nicht spruchreif seien einige Neuaquisitionen. Conti Gummi verhandelt über den Erwerb einer Fabrik für technische Produkte in Frankreich und die Übernahme der Gummiproduktion aus dem Werk Plochingen der Feldmühle AG.
Der um Nebengeschäfte bereinigte Konzernumsatz erreichte in den ersten neun Monaten 3,49 (3,43) Mrd. DM. Der Zuwachs um 1,5 Prozent liegt deutlich unter den Prognosen (drei bis vier Prozent), erklärt sich aber ausschließlich aus den Währungsverschlechtigungen. Ohne diese Einflüsse, so Werner, erreichte sich ein Umsatzplus von vier Prozent. Vom Gesamtumsatz entfallen auf den Konzernbereich Reifen (Continental, Uniroyal, Sempertit) unverändert 2,5 Mrd. DM, auf technische Produkte 764 Mill. DM (plus 5,8 Prozent) und auf den Beteiligungsbereich 223 Mill.

DM (plus 12,1 Prozent). Nach Werners Worten arbeiten alle Konzernbereiche und Tochtergesellschaften bis auf das Sempertit-Werk in Dublin mit schwarzen Zahlen. Für Irland seien mittlerweile Sonderprogramme entwickelt worden, die zur Gesundung des Werks führen sollen. Angestrebt wird eine Verdoppelung der Produktion.
Die Situation im Ersatzreifengeschäft, so Werner, sei mit dem Begriff „Hauen und Stechen“ treffend beschreibbar. Darunter habe vor allem Sempertit zu leiden. Insgesamt jedoch habe der Konzern seine Position auf dem deutschen und europäischen Markt gut behauptet.
Die Ausgangslage für 1987 sei durchweg positiv zu beurteilen, wemgleich bei Lkw-Reifen der Wettbewerbsdruck aufgrund der Überkapazitäten weiter anhöke. An der Preisfront rechnet Conti Gummi 1987 nicht mit wesentlichen Veränderungen. Zwar werde es im Frühjahr sicher Versuche geben, im Ersatzreifengeschäft höhere Preise durchzusetzen; die Aussichten für eine Realisierung indes seien gering einzuschätzen.

Probleme mit dem Umsteuern

Gesamtmetall mahnt zu lohnpolitischer Besonnenheit

J. G. Düsseldorf
Der Konjunkturaufschwung in der deutschen Metallindustrie sei auf hohem Niveau ins Stocken geraten, konstatiert der Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Köln, in seinem jüngsten Bericht zur Konjunkturlage. In diesem fast die Hälfte des deutschen Industriepotentials repräsentierenden Bereich. Das notwendige Umsteuern vom Export auf den Inlandsmarkt stelle die exportorientierte Metallindustrie vor erhebliche Probleme. Von Kostenstabilität und Anpassungsfähigkeit hänge es ab, ob dieses Umsteuern ohne Beschäftigungsverlust gelinge. Voraussetzung dafür sei, daß sich die Lohnpolitik 1987 „dem engeren Verteilungsspielraum anpasse und verstärkte Arbeitszeitflexibilisierung eine optimale Nutzung des Produktionspotentials ermögliche“.
Jüngste Daten des metallindustriellen Umschwungs: In den ersten acht Monaten von 1986 wurde auf vielen Märkten eine Verlustperspektive für 1987.

Schmerzgrenze in der Wettbewerbsfähigkeit erreicht. Aus der Gewinnzone von 1986 werde auf vielen Märkten eine Verlustperspektive für 1987.
Vor allem dank großer Auftragspolster hat die Metallindustrie bis Ende August ihre Produktion noch um 5,5 Prozent und damit in nun zweijähriger Aufschwung um ein Fünftel erhöht. Parallel dazu stieg die Beschäftigtenzahl in den ersten acht Monaten weiter um 105 800 auf 3,98 Millionen und damit in der gesamten Aufschwungsphase um 314 000. Der Rückstand gegenüber dem Beschäftigungsgipfel (Mitte 1980) betrage nun nur noch zwei Prozent.
Die Produktionsveränderungen der Firmen seien allerdings weniger zuversichtlich als in den Vormonaten, betont Gesamtmetall. Im September habe es mit jeweils zehn Prozent erstmals wieder genauso viele Meldungen über Produktionsschwund im nächsten Quartal wie solche über Produktionsplus gegeben. In Maschinenbau, Stahl- und Leichtmetallbau, Stahlfabrikation, Gießereien, NE-Metallindustrie und Schiffbau seien die Erwartungen überwiegend negativ.

Seitenweise
Karrieren:
BERUFS-WELT

Der große Stellenteil für Fach- und Führungskräfte enthält interessante Berufs-Angebote für Sie. Und viele Tipps für mehr Erfolg im Beruf. Jeden Samstag in der WELT.

DIE WELT

aufgehoben werde. Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und der Einsatz von Eigenkapital auf Unternehmensebene dürfe nicht steuerlich bestraft, sondern müsse gefördert werden. Auch sollte die Kraftfahrzeug- in die Mineralölsteuer eingerechnet werden. Dadurch ergebe sich eine gerechtere Verteilung und eine größere Transparenz im Steuerrecht. Die Berater verlangen außerdem eine Reform des Steuerstrafrechts.

PERSONALIEN

Dr. Georg Rotthege ist zum Vorsitzenden des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU) - Regionalkreis Niederrhein - gewählt worden.
Aleardo G. Buzzi (57), Präsident der Philip Morris EEG Region, Lausanne/Schweiz, ist zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Philip Morris GmbH, München, gewählt worden. Er ist Nachfolger von Dr. Dr. Werner Deucher (70), der am 31. Dezember aus Altersgründen zurücktreten wird.
Theo Schneider (55), Geschäftsführer der Baustoff-Mann, Oberhausen, wurde zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes Westdeutscher Baustoffhändler gewählt.
Alan Parker wurde zum neuen Europadirektor von Crest Hotels International benannt. Carina von Ungern-Sternberg (32), seit 1982 Verkaufsführerin für die Crest Hotels in Nordrhein-Westfalen, übernimmt die Öffentlichkeitsarbeit in der Frankfurter Crest-Hauptverwaltung für den europäischen Kontinent.
Klaus Waltenbauer (47) wurde zum Geschäftsführer der Baumeister-Haus GmbH, Frankfurt, bestellt. Er ist Nachfolger des auf eigenen Wunsch ausgeschiedenen Dr. Gisbert Steinhardt (53).
Peter Schmitt übernimmt Mitte November die Verkaufsleitung für Lastwagen, Omnibusse und Motoren bei Scania Deutschland GmbH, Koblenz.

Siemens an Kodak nicht interessiert

dpa/WVD, München
Die Siemens AG, München, hat kein Interesse an einer Übernahme der Eastman Kodak Company, Rochester, New York. Derartige Gerüchte entbehren jeder Grundlage, erklärte das Unternehmen. Siemens engagiere sich grundsätzlich nur bei Unternehmen, „die in unser Spektrum passen“. Das sei bei dem Photogerätehersteller nicht der Fall.
Das US-Wirtschaftsmagazin „Business Week“ hatte den steilen Kursanstieg der Kodak-Aktien in den letzten beiden Wochen auf Übernahme-Gerüchte zurückgeführt. Ein Großaktionär habe dabei Siemens als Interessenten genannt. Kodak wies für das dritte Quartal 1986 bei 3,48 (3,23) Mrd. Dollar 7,17 Mrd. DM Umsatz einen Nettogewinn von 263 (246,1) Mill. Dollar aus, 6,9 Prozent mehr als im Vergleichsquarter 1985. Die Restrukturierung reduzierte den Gewinn der ersten neun Monate im Vergleich zum Vorjahr um 43 Prozent auf 299,4 Mill. Dollar, der Umsatz stieg um 9,1 Prozent auf 8,58 Mrd. Dollar. Kodak war schon im Frühjahr als übernahmefähig bezeichnet worden.

Verpacker im Aufschwung

Düsseldorfer Nowea startet 1987 eine neue Fachmesse

J. G. Düsseldorf
Ihre Position als weltgrößter Exporteur ihrer Branche habe die deutsche Verpackungsmaschinenindustrie auch 1985 mit Plusraten von 4,6 Prozent auf 2,6 Mrd. DM Produktionswert und von 7,8 Prozent auf 2,3 Mrd. DM Exportwert sicher behauptet. Das erste Halbjahr 1986 zeige mit Steigerungsraten von zwei Prozent auf 1,4 Mrd. DM Produktionswert und von drei Prozent auf 1,1 Mrd. DM Exportwert anhaltenden Aufschwung. Einen der vorrücken Plätze der Welt rangliste belege auch die Südwarenmaschinenindustrie mit 263 Mill. DM 1985er Produktions- und 193 Mill. DM Exportwert. Die deutsche Packmittelproduktion insgesamt schließlich sei 1985 um 3,3 Prozent auf 29,3 Mrd. DM gestiegen und lasse zumindest für die nähere Zukunft Wachstum im Rahmen des steigenden Sozialprodukts erwarten.
Vor so positivem Branchenhintergrund präsentiert Claus Groth als Chef der Düsseldorfer Nowea-Messegesellschaft neue Superlativ für die im Dreijahresrhythmus stattfindende Interpack-Fachmesse: Bereits ausge-

bucht, wird die elfte Interpack '87 (14. bis 20. Mai) als weltgrößte Fachmesse ihrer Art auf nochmals vergrößerter Netto-Ausstellungsfläche von 116 000 (107 000) qm gut 1790 (1589) Aussteller mit 54 (50) Prozent Ausländeranteil mit ihren Produktprogrammen vereinen. Auch bei der Besucherzahl, schon traditionell zur Hälfte Ausländer, rechnet die Nowea mit weiterem Anstieg auf 160 000 (151 000).
Kaum ein Drittel der Ausstellungsfläche belegen auch auf der kommenden Interpack die Packmittelhersteller. Mehr gibt die Nowea-Kapazität nicht her. Die Messeleitung sieht da bei einem Weltmarktumsatz von gut einer halben Billion DM eine „Marktlücke“ für eigene Aktivitäten. Genutzt werden soll sie nun mit einer „P 88“, (5. bis 11. Mai), die sich erstmals als Beschaffungsmarkt für Packstoff- und Packmittelproduzenten als „eigenständige internationale Fachmesse“ bewähren soll. „Großes Interesse“ potentieller Aussteller registriere man bereits auch aus dem Ausland von Europa über Nord- und Südamerika bis nach Japan.



TWA's Ambassador Class. Der feine Unterschied ist eine Reise wert.

TWA's Ambassador Class ist die Klasse der feinen Unterschiede.

Den ersten bemerkt man bereits, bevor man am Airport ankommt: Mit dem TWA Express-Service stecken Sie die Bordkarten und Platzreservierungen schon zu Hause in die Reisetasche. Inklusiv aller TWA Anschlussflüge.

Am Flughafen geben Sie Ihr Gepäck ohne Umstände am speziellen Ambassador Class Schalter ab. Bekommen ein freundliches Lächeln. Und schon sind Sie auf dem Weg an Bord.

Dort erwartet Sie der feine Unterschied, den man sich besonders gern gefallen läßt: echt amerikanische Gastfreundschaft. Und der TWA Business Lounger, der Geschäftsessel, dem man die Bequemlichkeit schon von weitem ansieht.

Kein Wunder, denn es ist der breiteste über dem Atlantik. Zwei und zwei stehen nur 6 Sitze in einer Reihe. Mit viel Raum für Luxus drumherum. Das macht den Unterschied, der sich auf die ganze Reise erstreckt.

Sie lehnen sich zurück, arbeiten, entspannen. So, wie es Ihnen Spaß macht.

Und unsere Flugbegleiter wissen, worauf es ankommt. Perfekter Service rund um, ausgezeichnete Küche, erlesene Weine, Drinks, wann immer man möchte. Und wunschlos glücklich ist, bekommt die Ruhe, die er braucht.

Die zuvorkommende Bedienung in TWA's Ambassador Class geht so weit, daß wir nach der Landung sogar Ihr Gepäck bevorzugt abfertigen.

Sie brauchen uns quasi nur noch zu sagen, wohin Sie wollen: TWA fliegt Sie in nahezu 100 Städte der USA. Womit wir uns einmal mehr von den anderen wohltuend unterscheiden.

Nur in einem Punkt gibt es keinen Unterschied: Sie zahlen den normalen Business Class Tarif. Und keinen Pfennig mehr.

Mehr darüber von Ihrem Reisebüro. Oder von TWA direkt, Telefon Frankfurt 069 / 77 06 01, Generalagenturen in Hamburg 040 / 37 24 91, Düsseldorf 02 11 / 8 48 14, Stuttgart 07 11 / 61 05 81, München 089 / 59 76 43, Btx * 43043 #.

Der bequeme Weg nach USA

Kommunen könnten sparsamer sein

Py, Düsseldorf
Was mittels kräftiger Steuerhilfen seit Jahren von privaten Haushalten in die Tat umgesetzt wird, gilt bei den meisten Kommunalverwaltungen in der Bundesrepublik noch als Neuland: die Möglichkeit, mit modernen Heizanlagen nicht nur Steuergelder zu sparen, sondern auch die Umwelt nachhaltig zu schonen. Die Vereinigung der deutschen Zentralheizungs- und Heizungsinstallationswirtschaft (VdZ) will den Kommunen deutlich machen, daß - eigenen Hochrechnungen zufolge - zwei von drei installierten Heizanlagen überaltert sind. Bei konsequenter Modernisierung, so VdZ-Vorstandsmittglied Heinz Struh, könnten nicht nur jährlich für 1 Mrd. DM Öl und Gas gespart werden, auch die Umwelt würde um 4500 t Schwefeldioxid und 3000 t Stickstoffdioxid entlastet.
Eigene Wirtschaftlichkeits-Berechnungen hätten ergeben, daß eine Neuanlage von 700 kW bei derzeitigem Stand der Heizölpreise von 40 Pfennig je Liter die Energiekosten um 26 000 DM verringert und sich bei Erneuerungskosten zwischen 50 000 und 100 000 DM ohne Zinsen eine Amortisationszeit von zwei bis vier Jahren ergibt. Im privaten Einfamilienhausbereich liege die Amortisationsdauer bei sechs bis acht Jahren. Hier wurden seit 1977 für rund 25 Mrd. DM über 2,5 Mill. Anlagen erneuert, die jährlich 4,5 Mrd. Liter Heizöl oder Erdgas sparen.

Kernkraft weiterhin gefragt

KWU erwartet Stromverbrauchszuwachs von zwei Prozent
HEINZ HECK, Bonn
Der Vorstandsvorsitzende der Kraftwerk Union (KWU), Klaus Barthelt, rechnet bis zur Jahrhundertwende mit dem Bau von zwei bis drei weiteren Kernkraftwerken in der Bundesrepublik. Dabei unterstellt er einen jährlichen Stromverbrauchszuwachs von durchschnittlich zwei Prozent (in den letzten Jahren hatte er zwischen 3,3 und 3,9 Prozent gelegen).
Mit Auslandsaufträgen für drei weitere Anlagen könne die KWU eine „voll funktionsfähige, aber reduzierte Mannschaft“ ins nächste Jahrtausend nehmen, betonte er vor Journalisten. Die Kernenergie habe trotz Tschernobyl „ihre Zukunft noch vor sich“. Für sein Unternehmen ist Barthelt zuversichtlich, daß es weltweit in der Spitze der Anbieler bleibt, solange nicht im Inland das Aus für die Kernenergie kommt.
Der Schnelle Brüter in Kalkar sei „im Grunde anfahrbereit“. Mit der Inbetriebnahme rechnet der KWU-Chef nach der Bundestagswahl im Januar. Ein Einmotten hält er für ausgeschlossen. Die Bundesrepublik sei in internationale Verträge eingebunden, aus denen sie schwerlich einseitig aussteigen könne. Es gehe nicht nur um Schadensersatz, auch die Glaubwürdigkeit nähme Schaden. Für die Zukunft rechnet Barthelt nicht mehr mit nationalen, sondern nur noch europäischen Brüterprojekten. Auch wenn es derzeit mehr Uran gebe als zunächst angenommen, so bleibe um den Faktor 60 höhere Uranverwertung im Brüter ein schlagendes Argument.
Die KWU arbeite zwar mit Hochdruck an Verfahren zur direkten Endlagerung ausgedienter Brennelemente. Doch rechnet Barthelt erst in zehn Jahren mit Ergebnissen, die einen Vergleich mit der Wiederaufarbeitung zulassen. Er schätzt heute, daß die Kosten für beide Verfahren etwa gleich hoch seien, so daß der wirtschaftliche Vorteil der Rückgewinnung der Brennelemente bei der Wiederaufarbeitung verbleibe. Als Gegen einer Wegwerfgesellschaft will Barthelt ohnehin nicht auf die Wiederaufarbeitung verzichten.
Zur öffentlichen Kritik an Cattenom betont er, die französische Sicherheitstechnik sei nicht geringer als die deutsche. Die deutsche Reaktorsicherheitskommission habe nach Tschernobyl keinen akuten Nachschubbedarf feststellen können. Bei der heutigen sicherheitstechnischen Auslegung werde zwar bei einer Kernschmelze (Supergau) die Anlage zerstört, wie in Harrisburg geschehen. Aber der Schaden bleibe auf die Anlage begrenzt, so daß nichts nach außen dringe und keine Evakuierungen erforderlich würden.

„Keine Nachfragemacht im Handel“

Co op-Vorstandsvorsitzender Otto: Die Branche liefert sich heftigen Wettbewerb

INGEADHAM, Frankfurt
Bernd Otto, Vorstandsvorsitzender der Co op AG, hält das Problem Nachfragemacht oder Einkaufspreisdiktat des Handels für eine „Chimäre“. Die angeblich marktbeherrschende Stellung der sechs führenden Unternehmen im Lebensmittel-Einzelhandel könne die Industrie eben nicht zur Gestaltung ihrer Abgabepreise zwingen. Im übrigen liefere sich diese Spitzengruppe „zur Freude der Verbraucher“ den heftigsten Wettbewerb.
Nach Ansicht von Gerhard Rüsch (Nestlé), Vorsitzender des Markenverbandes, liegen die tatsächlichen Verhältnisse im Markt anders. Rüsch sieht in der Aufhebung der kartellrechtlichen Untersagung des Zusammenschlusses Co op/Wandmaker deshalb eher den Beweis dafür, daß das Kartellgesetz für die Faktionskontrolle im Handel nicht ausreicht. Die Auseinandersetzung zwischen den „Großen“ aus Industrie und Handel gegeneinander und untereinander werde mit Sicherheit weitergehen, teilweise zum Nutzen der Verbraucher. Denn Wettbewerb

drückt auf die Preise. Mit Sicherheit aber auch zu Lasten der kleineren Lebensmittel-Einzelhändler, die im Preiswettbewerb nicht mithalten können.
Noch einmal rund ein Viertel aller Lebensmittel-Einzelhandelsgeschäfte wird bis zur Jahrtausendwende die Türen schließen. Das wären nochmals rund 19 000 Schließungen, nachdem in den zurückliegenden fünf Jahren bereits 14 600 Lebensmittelgeschäfte vom Markt verschwanden. Das Nachsehen werden - so die renommierte Nielsen-Marktforschung - vor allem die Kleinen haben.
Von den heute noch 65 480 Läden mit bis zu 400 Quadratmeter Verkaufsfläche sollen ganze 45 000 übrigbleiben, um so weniger, je kleiner der Laden ist. Allein den sogenannten rund 4000 „Nachbarschaftsläden“ mit Verkaufsflächen zwischen 200 und 400 Quadratmeter billigt Nielsen eine gewisse Stabilität zu. Von den rund 77 000 Lebensmitteläden des Jahres 2000 werden die kleinen zwar 78 Prozent der Anzahl ausmachen, beim Umsatz dürften sie aber nur noch auf knapp 30 (heute 38) Prozent kommen.

Die Gewinner der erwarteten Entwicklung sind nach Nielsen-Einschätzung die Verbrauchermärkte. Zwar wird die Entwicklung weniger stürmisch verlaufen als bisher (in den nächsten 15 Jahren erwartet Nielsen 530 neue Märkte), aber beim Umsatz dürften die Märkte kräftig zulegen. Nielsen erwartet für sie einen Umsatzanteil von fast 43 (zur Zeit 30) Prozent, obwohl sie von der Zahl her nur sieben Prozent ausmachen. Nicht weiter steigen wird aber die Zahl der supergroßen Märkte über 5000 Quadratmeter Verkaufsfläche (400), meint Nielsen. Insgesamt wird der Umsatz im Lebensmittel-Einzelhandel nach der Nielsen-Prognose innerhalb der nächsten 15 Jahre um 37 Prozent auf rund 187 Mrd. DM wachsen.
Als konstant schätzt die Untersuchung die Anzahl der Supermärkte (rund 3800). Die Discounter (zur Zeit 4100 ohne Aldi) werden weiter bis auf rund 5000 zulegen. Damit verläuft die Entwicklung zwar weniger stürmisch als in den zurückliegenden fünf Jahren (plus 1300), das Wachstum bleibt jedoch beachtlich.

Handwritten signature or note.

Festverzinsliche nachgebend

Den Renditemärkten folgte es an durchschlagendes Impulse, die für einen Renditeabwärtigen sorgen könnten. So setzte sich bei getragener Umkehr...

Table with columns for various financial instruments, including bonds and currencies, with numerical values.

Table titled 'Bundesanleihen' listing various federal bonds and their details.

Table titled 'Bundespapier' listing various federal securities and their details.

Table titled 'Länder - Städte' listing securities from various German states and cities.

Table titled 'Optionsanleihe' listing various options and their details.

Table titled 'Währungsanleihe' listing various currency-related securities.

Table titled 'Wandelanleihe' listing various convertible bonds and their details.

Table titled 'Optionsanleihe' listing various options and their details.

Table titled 'Sonderanleihe' listing various special securities and their details.

Table titled 'Bundesanleihe' listing various federal bonds and their details.

Table titled 'Industrieanleihen' listing various industrial bonds and their details.

Table titled 'Währungsanleihe' listing various currency-related securities.

Table titled 'Optionsanleihe' listing various options and their details.

Table titled 'Wandelanleihe' listing various convertible bonds and their details.

Table titled 'Optionsanleihe' listing various options and their details.

Table titled 'Sonderanleihe' listing various special securities and their details.

Table titled 'Bundesanleihe' listing various federal bonds and their details.

Table titled 'Währungsanleihe' listing various currency-related securities.

Table titled 'Optionsanleihe' listing various options and their details.

Table titled 'Wandelanleihe' listing various convertible bonds and their details.

Table titled 'Optionsanleihe' listing various options and their details.

Table titled 'Sonderanleihe' listing various special securities and their details.

Table titled 'Bundesanleihe' listing various federal bonds and their details.

Table titled 'Bundesanleihe' listing various federal bonds and their details.

Warenpreise - Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold- und Kupfermärkte am Termin der New York...

Table listing various commodity prices and their terms, including metals and agricultural products.

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUNWOLLE New York (c/b) ... KAUTSCHUK New York (c/b) ...

Table listing prices for wool, fibers, and rubber, including various grades and origins.

NE-Metalle

ALUMINIUM für Lieferwerke (VW) ... ZINK für Lieferwerke (VW) ...

Table listing prices for non-ferrous metals, including aluminum, zinc, and copper.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/b) ... MAIS Chicago (c/b) ...

Table listing prices for grain and grain products, including wheat and corn.

Edelmetalle

PLATIN (D/M) ... GOLD (D/M) ...

Table listing prices for precious metals, including platinum and gold.

Devisen- und Geldmarktzettel

Deutscher Marktzettel ... Goldmarktzettel ...

Table listing exchange rates and prices for various currencies and gold.

Öle, Fette, Tierprodukte

EDUNUSOL New York (c/b) ... SOJAÖL Chicago (c/b) ...

Table listing prices for oils, fats, and animal products, including soybean oil and lard.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Deutsche Pfandbriefe ... Renditen ...

Table listing yields and prices for mortgage-backed securities and other financial instruments.

Various small notices and advertisements at the bottom of the page.

Leasing läuft

Das - Ob die Zeiten tot sind, in denen Leasing als antizyklisches Instrument gepriesen wurde, bleibt abzuwarten - bis zur nächsten Flaute. Fest steht heute nur, daß es einst falsch war, Leasing ausschließlich die Funktion des Lebenshalters in der Baisse zu zuschreiben. Die Zweifel haben sich verflüchtigt: Leasing ist ein Stimulans wie jede andere Investition auch. Wenn nicht alle Zahlen täuschen, wird das sich dem Ende zuneigende Jahr 1986 alle Leasing-Rekorde brechen. Die bilanztechnisch stimmige Schwester der Investition ist nicht mehr wegzudenken aus dem Reigen der Finanzierungsinstrumente. Gerade der wirtschaftliche Aufschwung nutzt die Argumente, mit denen sich das Leasing immer wieder vorstellt: Es entlastet die Bilanz, setzt Kreditlinien frei, die möglicherweise gerade jetzt genutzt werden müssen, um in der Auftragsflut mithalten zu können. Leasing ermöglicht Produktionskapazität für den Augenblick. Leasing kann also im Wege der Miete für relativ kurze Zeit Kapazität schaffen, die mit Auslaufen von Verträgen wieder abgegeben werden kann. Nie hat ein Satz so gestimmt wie in der gut laufenden Konjunktur. Nicht an der Maschine wird verdient, sondern am Produkt, das mit ihr hergestellt wird.

„Nichts für den, der sich kein Auto leisten kann“

Gespräch mit Gerhard Kaiser, Geschäftsführer ALD AutoLeasing D - Nach Änderung des Güterfernverkehrsgesetzes zunächst Erfahrungen sammeln

Die Autoleasing-Gesellschaften in der Bundesrepublik können nicht klagen: Sie haben sich mittlerweile einen Anteil von rund drei Prozent am Fahrzeugbestand gesichert. Das sind rund 700 000 Fahrzeuge. Im gewerblichen Bereich ist das Leasing-Verbot für Fahrzeuge, die im Güterfernverkehr eingesetzt werden, bereits gefallen; im privaten Bereich wird zur Zeit allerdings mit äußerst günstigen Finanzierungen geworben. Wie geht es mit dem Autoleasing weiter? Gerhard Kaiser (Foto), Geschäftsführer des größten herstellernabhängigen Leasingunternehmens in der Bundesrepublik, ALD AutoLeasing D in Homburg, antwortete auf Fragen von Georg Weden.

Herr Kaiser, wie hoch ist der gewerbliche Anteil am Autoleasing und welche Entwicklung erwarten Sie in diesem Bereich?

Kaiser: Wir gehen davon aus, daß auf dem Markt 70 Prozent der Leasingfahrzeuge in gewerblicher Hand sind. Die Tendenz bei den Neubeschüssen ist weiterhin steigend, wenn auch nicht mehr mit den Zuwachsraten früherer Jahre zu rechnen ist. Ich bin optimistisch und erwarte, daß uns die nächsten Jahre im gewerblichen Bereich noch einen Zuwachs bringen werden.

Der von der Europäischen Gemeinschaft beschlossene Fall des Leasingverbots im Güterfernverkehr müßte der Branche doch einen kräftigen Schub geben?

Kaiser: Das bleibt abzuwarten, denn der Güterfernverkehr nach Paragraph 48 Güterkraftverkehrsgesetz ist nach wie vor vom Leasing ausgeschlossen.

Welche Möglichkeiten für uns und für die potentielle Kundschaft im gewerblichen Güterfernverkehr stecken, wird zur Zeit untersucht, denn hier handelt es sich um Neuland. So müssen zunächst Erfahrungen über die Ermittlung von Lkw-Restwerten gesammelt werden.

Eine andere Frage ist, wie sich die Eigentumsverhältnisse zum Beispiel bei Auslandsfahrten und den damit verbundenen Risiken auswirken; die Leasinggesellschaft ist ja Eigentümerin der Fahrzeuge.

Ich erwarte allerdings, daß sich der Leasinggedanke für Personen- und Lastkraftwagen ganz allgemein in Zukunft noch stärker durchsetzen wird. Der Geschäftsmann erkennt hier deutlich seine Vorteile: In großen Unternehmen mit riesigen Fuhrparks spielt die Finanzierung eine wichtige Rolle. Mit dem Leasing wird Kapital freigestellt.

Außerdem kommt der Service-Gedanke immer stärker ins Spiel: Fahrzeuge können mit vollem Service geleast und mit Kreditkarte in autorisierten Werkstätten kostenfrei gewartet und repariert werden.

Für kleinere Gewerbetreibende spielt eine wichtige Rolle, daß sie mit

Hilfe des Leasing ihre Kreditlinie bei der Bank schonen können.

Wie stellt sich das Risiko beim herkömmlichen gewerblichen Leasing für Sie dar?

Kaiser: Alle haben hier Lehrgeld zahlen müssen. Nach der Neugründung zahlreicher kleiner Firmen ist es zu Forderungsausfällen gekommen, weil hier häufig die Kapitaldecke nicht lang genug, der Wunsch nach hochwertigen Autos aber sehr groß war. Ganz besonders gefährdet sind

nach unseren Erfahrungen die Firmen, die noch keine fünf Jahre arbeiten. Daraus haben wir Konsequenzen gezogen, die Bonitätsprüfungen verschärft und die Ansprüche ganz allgemein höher geschraubt.

Wie prüfen Sie Bonität?

Kaiser: Im gewerblichen Leasing arbeiten wir mit Handelsauskunften und Banken zusammen. Beim Privatleasing ist es die Schufa. Werden Autos im Wert von mehr als 30 000 Mark gewünscht, holen wir zusätzlich eine Bankauskunft ein. Außerdem sichern wir uns mit einer Anzahlung ab, der Mietsonderzahlung.

Sie haben kürzlich gesagt, das bei den Kunden so beliebte Null-Leasing sei so gut wie tot. Wie halten Sie gegen die Superzinsfinanzierungsangebote?

Kaiser: Das Null-Leasing hat tatsächlich kaum noch Bedeutung. Es hat allerdings den Durchbruch des Leasing im privaten Bereich

gebracht, weil die Vorteile des Autoleasing auf sehr plakative Weise deutlich gemacht werden konnten. Es hält sich aber immer noch das Vorurteil, Leasing sei günstig für den gewerblichen Bereich, nicht aber für den Privatmann. Angesichts sehr günstiger Zinsangebote kann man hier leicht das Gegenteil beweisen.

Und wie, bitte?

Kaiser: Es ist längst üblich, ein Zwei-, Drei- oder Fünfprozent-Leasing für den Privatmann zu machen. Die Zinsbelastung liegt damit nicht höher als bei der günstigsten Finanzierung. Der Leasingkunde hat den Vorteil, daß er niedrigere Monatsraten zahlt, weil er ja nicht das ganze Auto finanziert, sondern nur die jeweilige Nutzung. Dies ist, wie wir aus Befragungen wissen, eines der wichtigsten Argumente unserer Kunden für das Leasing. Grundsätzlich kann man sagen: Die Finanzierung kann nichts leisten, was das Leasing nicht ebenfalls könnte.

Stoßen Sie nicht auf den Wunsch, möglichst ein Auto zu fahren, das man sich sonst finanziell nicht leisten könnte?

Kaiser: Ja, wir wissen vom Handel, mit dem wir das Leasing gemeinsam abwickeln, daß manchmal viel Überzeugungsarbeit notwendig ist, dem Kunden das ihm gemäße Fahrzeug zu vermitteln. Kurz: Leasing ist gewiß nichts für Leute, die sich kein Auto leisten können.

Beim Kunden steigt das Interesse

Umsatzplus bei Ford Credit

Neben unabhängigen Leasing-Gesellschaften und den Tochterunternehmen von Automobilhändlern betreiben in erster Linie die herstellereigenen Banken und Leasing-Unternehmen dieses Geschäft. Diese Gruppe liefert über 70 Prozent der geleasten Fahrzeuge aus. So hat beispielsweise die in Köln ansässige Ford Credit Bank AG derzeit bundesweit rund 70 000 Leasing-Fahrzeuge auf dem Markt. Gut 60 Prozent davon werden von Privatkunden gefahren. Insgesamt kam jede vierte Neuzulassung eines Ford-Fahrzeuges mit Hilfe der Autobank zustande. Anders ausgedrückt: Mit Ford-Kunden wurden im vergangenen Jahr über 75 000 Finanzierungs- und Leasingverträge abgeschlossen.

Die Ford Credit Bank AG, eine hundertprozentige Tochter der Ford-Werke AG, Köln, kam mit einem Gewinn von 15,6 Millionen Mark auf ein außerordentlich erfolgreiches Geschäftsjahr 1985 zurückblicken. Diese Entwicklung setzte sich im ersten Halbjahr 1986 fort.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft erhöhte sich 1985 gegenüber dem Vorjahr um 163 Millionen Mark auf 2,2 Milliarden Mark. Dabei betrug das Umsatzvolumen der Bank einschließlich Leasing-Investitionen 4,6 Milliarden Mark.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres verdoppelte sich der Umsatz der Kundenfinanzierungen gegenüber dem Vergleichszeitraum 1985. Auch das Leasing-Geschäft konnte deutlich gesteigert werden. So wurden bis Ende Juni rund 54 300 Kundenterträge abgeschlossen. Insgesamt rechnet die Bank für 1986 mit einem kräftigen Wachstum bei Leasing-Fahrzeugen.

Die Ford Credit Bank AG bietet dem privaten Leasing-Interessenten in der Regel zwei Vertragsformen. Beim Vertrag mit Kilometerabrechnung wird eine Gesamtfahrleistung vereinbart. Bei Vertragende gibt der Leasing-Nehmer den Wagen zurück. Abgerechnet werden lediglich etwaige Mehr- oder Minderkilometer. Bei einem Vertrag mit Gebrauchtwagenabrechnung wird der zu Vertragsbeginn kalkulierte Gebrauchtwagenwert dem tatsächlichen Wert bei Vertragsende gegenübergestellt. Wird ein Mehrerlös erzielt, erhält der Leasing-Nehmer eine Vergütung. Im anderen Fall muß allerdings die Differenz nachgezahlt werden.

Dem gewerblichen Leasing-Interessenten bietet Ford Credit drei Dienstleistungspakete an. So können die Kosten für Wartung, Reparaturen, Versicherung, Kfz-Steuer und Schadensabwicklung bei Versicherungsfällen in einen Vollservice-Vertrag eingeschlossen werden. (WR)



Nun fahren auch Brummis mit dem Leasing-Vertrag

Einschränkung für den Werkverkehr bleibt bestehen

Am 26. September 1986 hat der Bundesrat die „Verordnung zur Änderung über den Einsatz von Erstsatzfahrzeugen im Güterkraftverkehr“ verabschiedet. Am 1. Oktober ist sie in Kraft getreten.

Mit dieser Änderung wird die Beschaffung von Nutzfahrzeugen mit mehr als vier Tonnen Nutzlast sowie von schweren Zugmaschinen über 55 kW, die im Güterverkehr eingesetzt werden, auch im Leasing-Verfahren möglich.

Der Paragraph 12 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) unterscheidet zwischen Güternahverkehr, Güterfernverkehr und Werkverkehr.

Der Güternahverkehr, die Beförderung von Gütern für Dritte innerhalb einer Zone von 50 Kilometern um den Standort des Kraftfahrzeugs, war auch bisher nicht reglementiert. Hier konnten Fahrzeuge schon immer geleast werden.

Für den Güterfernverkehr untersagte der Paragraph 12 des GüKG bisher die Beschaffung über Leasing bei Lkw über vier Tonnen Nutzlast

und schweren Zugmaschinen über 55 kW. Dieses Verbot gilt nun nicht mehr.

Die Einschränkung für den Werkverkehr Beförderung von Gütern für eigene Zwecke des Unternehmens bleibt jedoch weiterhin bestehen.

Der größte Teil der rund 1,4 Millionen zugelassenen Nutzfahrzeuge konnte jedoch auch bisher schon im Leasing-Verfahren erworben werden, nämlich dann, wenn die Nutzlast unter vier Tonnen lag und Zugmaschinen 55 kW nicht erreichten. Dabei spielte auch keine Rolle, ob die Fahrzeuge im Güternah-, Fern- oder Werkverkehr eingesetzt waren.

Der Bundesverband Deutscher Leasing-Gesellschaften hatte sich seit langem intensiv um eine Änderung des GüKG ohne Einschränkung bemüht. Interessant ist aber nach der Gesetzesänderung auch dieser neue Teilmarkt trotzdem, da die Anschaffungswerte der Lkws eine beträchtliche Investition für die Transportunternehmen bedeuten. (WR)

So wird aus dem Export ein „Inlandgeschäft“

Die Bundesrepublik Deutschland ist in hohem Maße exportabhängig. Dies gilt besonders für den Maschinen- und Großanlagenbau. Bei einigen Unternehmen des Großanlagenbaus stammen bis zu 100 Prozent der Aufträge aus dem Ausland. Folgerichtig kann nur ein kontinuierlicher Export Arbeitsplätze sichern.

Deutsche Investitionsgüter sind qualitativ hochwertig und haben dann somit auch ihren Preis. Bei für Exporte ungünstigeren Konjunkturbedingungen kommt es daher stärker als bisher darauf an, diese Exporte kreativ und intelligent zu finanzieren. Wer hier das richtige Gespür hat, macht dann auch bei einer weniger günstigen Gesamtsituation sein Geschäft.

Cross-Border-Leasing - oder auf deutsch Exportleasing - kann ein Instrument der Exportförderung sein, insbesondere, nachdem die internationalen Banken dabei sind, ihre Engagements in einigen der potentiellen Käuferländer für deutsche Produkte, etwa in Lateinamerika und in der Dritten Welt, aufgrund der Zahlungsbilanzprobleme dieser Länder drastisch zu reduzieren. Viele Banken haben die entsprechenden Maßnah-

men hierfür bereits abgeschlossen und lehnen unter Hinweis auf die Länderrisiken eine erneute Ausweitung ihres Kreditengagements dort hin ab.

Ein geschickt strukturierter Exportleasingvertrag löst unter Umständen die Finanzierungsprobleme unter Berücksichtigung der Interessenlage sowohl des Exporteurs als auch der des Importeurs. Die aus unterschiedlichen Steuergesetzgebungen resultierenden Vorteile tragen zu einer erheblichen Verbesserung der Wettbewerbsituation des deutschen Exporteurs bei.

Der deutsche Exporteur erhält den Kaufpreis in der Währung seiner Wahl und in der Regel sofort. Er trägt kein Währungsrisiko, spart in seine Kalkulation normalerweise eingestellte Finanzierungs- und Risikozuschläge, erhöht dadurch seinen Wettbewerbsvorteil und macht aus finanzierungstechnischer Sicht ein Inlandgeschäft. Etwas steuerliche Vergünstigungen - wie Export- oder Investitionszulagen - fließen direkt oder indirekt über entsprechend strukturierte Mietraten dem Importeur zu oder verbessern die Wettbe-

werbsfähigkeit des Exporteurs. In besonderen Fällen (erstklassige Bonität des Käufers und kein oder nur ein geringes Länderrisiko) kann der Exporteur oder der Leasinggeber noch auf die Exportkreditversicherung verzichten und so die normalerweise kalkulierten Kreditversicherungskosten, die neuerdings zu einer wettbewerbsrelevanten Größe angewachsen sind, sparen. Er hat damit die Möglichkeit, seinen Preis gegenüber seinem Wettbewerber oder seine eigene Ertragsituation zu verbessern.

Für den ausländischen Käufer oder Importeur steht eine Cross-Border-Leasing- oder Mietkaufalternative ähnlich positiv aus:

● Seine Mietratezahlung beginnt im allgemeinen erst mit der Produktion seines Wirtschaftsgutes. Auf Wunsch bleibt die Höhe der einzelnen Mietrate über die Laufzeit des Vertrages konstant und bildet so eine genau kalkulierbare Kostengröße.

● Die Mietdauer richtet sich auch nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer für derartige Investitionen im Bestimmungsland und kann erforderlichenfalls auf Restwertbasis verlängert werden, sofern hierbei ke-

ne lokalen fiskalischen Bestimmungen verletzt werden. Damit ist die geforderte Langfristigkeit der Finanzierung gegeben.

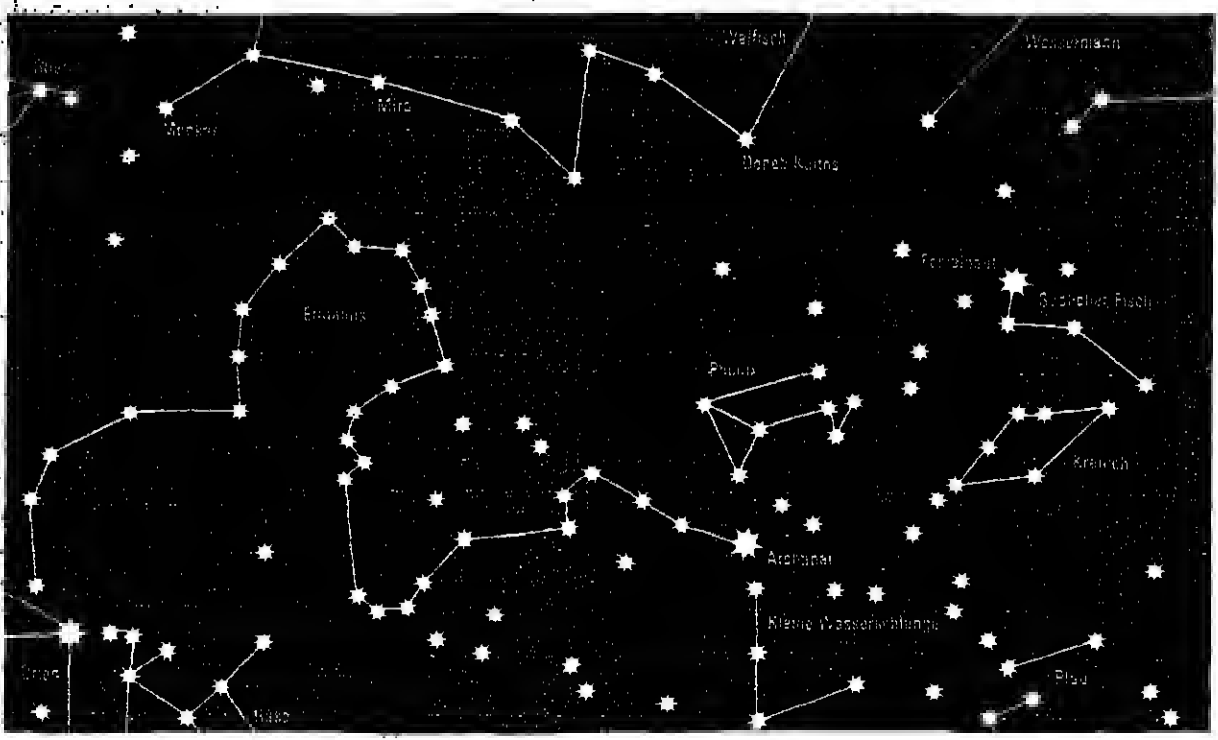
● Durch eine Verknüpfung von Steuervorteilen, etwa durch Abschreibungsmöglichkeiten im Hersteller- wie im Empfängerland, kann eine derartige Finanzierung insgesamt erheblich kostengünstiger sein als konventionelle Finanzierungsarten.

● Der Leasingnehmer kann das gemietete Objekt nach Ablauf der Mietperiode in der Regel günstig erwerben, oder er gibt es an den Leasinggeber zurück, der dann die Verwertung vornimmt. Zusätzlich ist die Möglichkeit der Beteiligung bei der Realisierung stiller Reserven gegeben.

Exporteure sollen sich davor hüten, anzunehmen, Leasing oder Mietkauf seien Finanzierungsformen für „fußkranke“ Investoren. Diese Annahme geht weit am Ziel vorbei. Leasinggesellschaften legen die gleichen strengen Bewertungsmaßstäbe bei der Beurteilung der Bonität eines Leasingnehmers an wie traditionelle Finanzierungsinstitute.

KLAUS KÖNECKE

Begegnung mit dem Unbekannten



Morgen werden wir für Sie die kostengünstigste Transportlösung nach Alpha Centauri bereitstellen. Heute beraten wir Sie bei Ihrer EDV-Planung: Damit nicht nur in den Sternen steht, wie das vollintegrierte Kommunikations- und Informationssystem für Ihr Unternehmen aussehen muß. Spitzentechnologie erfordert hohe Investitionen. Für Unternehmer, die kreative Lösungen suchen und klare Ziele verfolgen, ist die Deutsche Leasing AG deshalb der richtige Partner: Mit Leasing erhalten Sie sich Ihren Liquiditätsspielraum und zugleich werden Sie von unseren High-Tech-Experten über den neuesten Stand der Technik informiert und wie Sie ihn am besten nutzen.

Seit mehr als zwanzig Jahren berät die Deutsche Leasing AG erfolgreich Unternehmen in Finanzierungsfragen, bei der Investitionsplanung und durch Wirtschaftlichkeitsanalysen. Machen Sie unser Know-how zu Ihrem Gewinn. Wir planen die Zukunft ein. Rufen Sie uns an.

Deutsche Leasing AG Hungerer Straße 6-12 Frankfurt am Main Tel. 0 89/1 52 91	Düsseldorf Tel. 0 21 1/13 08 90 Köln Tel. 0 2 21/62 40 51 Frankfurt am Main Tel. 0 69/6 66 40 11 Nürnberg Tel. 0 91 1/3 71 79 Kaiserslautern Tel. 0 4 21/23 20 67 Hannover Tel. 0 51 1/34 58 14 Bielefeld Tel. 0 5 21/6 80 90	Konzerngesellschaften Deutsche Auto-Leasing GmbH Tel. 0 81 72/40 31 Deutsche Oberleitungs-GmbH Tel. 0 89/1 52 83 65 DFB Bank Deutsche Investierte Finanz GmbH Tel. 0 89/1 52 84 43 LGS Leasinggesellschaft der Sparkassen GmbH Tel. 0 61 72/21 21 40
----------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Der erfahrene Investitionspartner



Erfahrung des Profis beim Bauen nutzen

Immobilienleasing: Der Mittelstand schont sein Kapital

Die deutschen Großunternehmen haben nahezu ohne Ausnahme dem Immobilienleasing in ihren Finanzierungsüberlegungen einen festen Platz eingeräumt. Zum einen spielen in der Regel Bilanzierungsfragen eine Rolle, zum anderen ist insbesondere die Kalkulation mit dem Spitzenbleistift die wohl begründete Ursache für diese Entwicklung. Fragen der Liquiditäts- und Kapitalbeschaffung spielen eine gänzlich untergeordnete Rolle.

Mittelständische Unternehmen hingegen haben eine andere Eigentümer- und damit Entscheidungsstruktur, die Berücksichtigung finden muß. Hinzu kommen bei der Kapitalbeschaffung erhebliche Nachteile im Vergleich zu Großunternehmen, die sich insbesondere quantitativ im Hinblick auf die Margenerwartung der Finanzierungsbanken aber auch bei strukturellen Fragen, wie Kapitalüberlassungsdauer oder Tilgungsgeschwindigkeit auswirken. Die oft fehlende Markttransparenz für das Kapitalmarktgeschehen verstärkt das bestehende Ungleichgewicht zwischen mittelständischem Unternehmen und Banken.

Eine Lösung bietet hier am besten eine bankenunabhängige Leasinggesellschaft, die aufgrund ihrer Markttransparenz am Banken- und Kapitalmarkt eine echte und leistungsfähige Maklerrolle übernehmen kann, so wie sich dies heute beispielsweise im Bereich der Versicherungswirtschaft als hilfreich und konditionenverbessernd eingebürgert hat.

Diese für den Leasingnehmer ungünstige Marktstruktur kann jedoch die gerade für den Mittelstand bedeutenden Vorteile des Immobilienleasing nicht schmälern.

Neben den rechnerischen Vorteilen im Vergleich zur traditionellen Finanzierung sind hier Fragen der Investitionsbezogenen Kapitalbeschaffung von Bedeutung. Für gut verdienende wachsende Unternehmen ist Immobilienleasing das geeignete Instrument. Großinvestitionen ohne direkte Belastung der eigenen Finanzierungsstellen darzustellen. Die im Unternehmen liquide verbliebenen Eigenmittel lassen sich bei Immobilienleasing für schwer bankfinanzierbare, jedoch für den Unternehmenserfolg wichtige Bereiche einsetzen.

Hinzu kommt gerade bei mittelständischen Unternehmen die Erhaltung des bisherigen Bilanzbildes. Jeder Unternehmer weiß, wie sehr die statische Bilanzbeurteilung und damit auch der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme die Qualitätsein-

schätzung durch die Finanzierungsbanken beeinflusst. Zwar sind mit einem Recht Verpflichtungen aus einem zu bedienenden Leasingvertrag wirtschaftlich denen gleichzusetzen, die aus einer direkten Finanzierung erwachsen. Unbestreitbar ist jedoch, daß bei Entscheidungen im Wirtschaftsverkehr objektive Kriterien eben nur Teil einer Gesamtentscheidung sind.

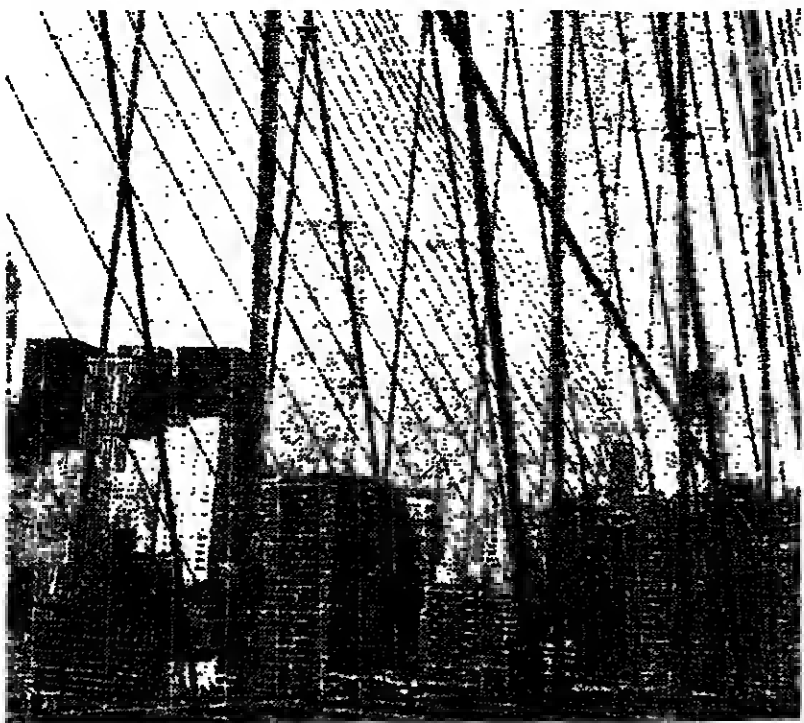
Häufig wird beim Abschluß von Immobilienleasingverträgen die Bedeutung der Langfristigkeit solcher Verträge für die Weiterentwicklung des Unternehmens übersehen. Für ein mittelständisches Unternehmen stellt die geleaste Immobilie oft die wesentliche Unternehmensgrundlage dar, die für den bei Abschluß der Verträge überschaubaren Zeitraum ausreichend und maßgeschneidert erscheint.

Auf die Vertragslaufzeiten von 20 und mehr Jahren lassen sich die künftigen Unternehmensbedürfnisse jedoch nicht überschauen. Im Unterschied zur traditionell finanzierten Immobilie ist nun der Leasingnehmer bei Veränderungen und Erweiterungen des Gebäudes auf das Wohlwollen seines Partners Leasinggesellschaft angewiesen. Auch hier wirkt sich nun wieder das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen mittelständischem Unternehmen und Leasinggesellschaft/Bank aus.

Haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Leasingnehmers zum Zeitpunkt der Durchführung seiner Expansionspläne weiterhin positiv entwickelt, wird die Leasinggesellschaft gerne zu einer Erhöhung des bestehenden Leasingvertrages zur Verfügung stehen. Ihre Stellung als Eigentümer des Grundstückes läßt eine andere Unternehmensentscheidung kaum zu.

Im anderen Fall wird der Unternehmer die Leasinggesellschaft schwerlich bewegen können, den als Sicherheit dienenden, zur Bebauung anstehenden Grundstücksteil dem Leasingnehmer zu günstigen Konditionen zurückzukaufen. Dann bleibt nur noch die praktische nicht fremdfinanzierbare Investition in fremde Grundstücke und Gebäude, die jedoch hinsichtlich der Beurteilung des wirtschaftlichen Eigentums erhebliche Probleme aufwerfen kann.

Soweit die Investition des Leasingnehmers in das Eigentum der Leasinggesellschaft einen entsprechenden Umfang übersteigt, kann hierin ein wirtschaftlicher Zwang zur Ausübung des eingeräumten Ankauf-



Die Idee stammt aus den USA und nach 20 Jahren ist Leasing auch in der Bundesrepublik Deutschland eine feste Größe - New York mit den beiden Türmen des World Trade Center. FOTO: MANFRED GRUNOW

rechtes gesehen werden, der zur Ordnung des wirtschaftlichen Eigentums beim Leasingnehmer führt. Zwar gibt es hier durchaus geeignete Verfahren, diese Gefahr abzuwenden, jedoch sind diese für den Leasingnehmer wenig vorteilhaft.

Besonderheiten für den Mittelstand ergeben sich auch aus der Verkürzung der Abschreibungszeiten und der damit verbundenen degressiven Abschreibungsmöglichkeit für gewerbliche Immobilien. Bei mittelständischen Unternehmen ist der Unternehmer als Manager und Eigentümer des Unternehmens die Regel. So läßt sich der Eigentümerkreis durch wenige Personen und die mit ihnen verbundenen Familien begrenzen.

Diese Struktur läßt nun Beteiligungsmodelle bei Immobilienleasing im Zusammenhang mit dem vom Unternehmen genutzten Gebäude zu, die zu interessanten steuerlichen Effekten führen. Natürlich basieren diese letztlich auf einer zeitlichen Verlagerung der Steuerpflicht, die jedoch im Einzelfall zu spürbaren Auswirkungen führen kann.

Neben den finanzierungstechnischen und steuerlichen Fragen des Immobilienleasing kommt der eigentlichen Investitionsdurchführung erhebliche Bedeutung zu. Der Sachverstand und der Marktüberblick der Immobilienleasinggesellschaft kann hier zu erheblichen Kostensparungen führen, nicht zuletzt auch durch professionelles Handling der Bauarbeiten durch von der Leasinggesellschaft eingeschaltete Fachleute.

Die Erfahrung und das darauf basierende Kalkulationsvermögen ein-

zainer Immobilienleasinggesellschaft schätzen vor unliebsamen Überraschungen beim Bau und den damit verbundenen Nachfinanzierungsproblemen. Diese Investitionshilfe beim Bauen ist häufig ausschlaggebende Ursache für die Entscheidung zum Immobilienleasing und die Auswahl der Leasinggesellschaft.

Immobilienleasing ist also nicht für jede Gebäudeinvestition des Mittelstandes die "richtige" Problemlösung. Die individuellen Gegebenheiten des Unternehmens und die Unternehmensziele bestimmen die Beurteilung in erheblichem Umfang. Grundsätzlich bietet Immobilienleasing jedoch eine Reihe von Vorteilen, die durch die richtige Auswahl der Leasinggesellschaft spürbar gesteigert werden können:

Die Beschaffung der Finanzierungsmittel muß unabhängig und frei von Interessen der Gesellschafterbanken erfolgen können. Die Markttransparenz im Bankenbereich ist Gewähr für das Heranführen von neuen, konditionell leistungsfähigen Finanzierungsquellen für das mittelständische Unternehmen.

Unternehmerisches Denken, Flexibilität und Kreativität der Leasinggesellschaft sollte dem Unternehmer nicht nur in der Ausarbeitungsphase des Vertrages, sondern auch während der Vertragslaufzeit zur Verfügung stehen. Die mittelständische Struktur der Leasinggesellschaft selbst gewährleistet in der Regel auch das notwendige und dauerhafte Verständnis für die Besonderheiten des mittelständischen Partners als Leasingnehmer. DIETER MAIER

Das Service-Paket bietet ein ganzes Bündel Bequemlichkeit

Auch Versicherung und Kfz-Steuer können in den Vertrag einbezogen werden

Das Autoleasing hat in den letzten Jahren ein immer größeres Gewicht in den Budgets der Leasinggesellschaften eingenommen. Etwa 700 000 Personenkraftwagen werden in der Bundesrepublik Deutschland nach neuesten Schätzungen schon im Wege des Leasing genutzt.

Auch 1986 - dem Jahr des 100. Geburtstages des Automobils - läßt der Trend, insbesondere im gewerblichen Autoleasing, weiterhin hohe Zuwachsraten erkennen. Dies vor allem deshalb, da das moderne Dienstleistungsangebot „Leasing“ im Bereich der kommerziellen Nutzung seine größten Vorteile bietet.

Das Privatautoleasing hingegen wird nach allgemeiner Einschätzung auf seine boomhaften Zuwächse verzichten müssen. Dies gilt zum einen wegen eines nunmehr langsam eintretenden Basiseffekts und zum anderen wegen des Verbotes des von den Herstellern gern als Absatzinstrument eingesetzten sogenannten Null-Leasing.

Die sicher überzeugendsten Vorteile des Autoleasing bestehen im Service, in der Erhaltung der Liquidität und des Finanzierungsspielraumes sowie den gleichbleibenden Kosten während der gesamten Vertragszeit. Der Leasingnehmer zahlt das Fahrzeug nicht, bevor er es nutzt, sondern während er es nutzt. Die monatlichen Leasingraten entsprechen dem Wertverfall des Autos.

Für den gewerblichen Leasingnehmer verbessern sich durch die Miete die Bilanzrelationen und die Rentabilität, da zusätzliche Erträge durch die Nutzung von Wirtschaftsgütern erzielt werden, die nicht in der Bilanz erscheinen.

Kosten sind fest kalkulierbar

Die Leasingraten sind dabei in voller Höhe absetzbare Betriebsausgaben. Sie mindern sowohl die Körperschaft- als auch die Einkommensteuer. Außerdem wird der Leasingnehmer nicht durch Vermögens- oder Gewerbesteuer belastet. Aufgrund der vertraglichen Fixierung der Leasingraten sind die künftigen Fuhrparkkosten für den Unternehmer fest kalkulierbar, so daß sie direkt bei der Aufstellung des Budgets berücksichtigt werden können.

Die Bemessungsbasis für die Leasingrate ist der Anschaffungswert des jeweiligen Fahrzeuges ohne Umsatzsteuer. Die Leasingraten sind zwar zuzüglich Umsatzsteuer zahlbar, je-

doch entsteht für den gewerblichen Leasingnehmer hierdurch kein Kostenfaktor, da er sie als Vorsteuer geltend machen kann. Ausgehendete Skonti und Rabatte schlagen sich direkt zugunsten des Leasingnehmers in einer entsprechend reduzierten Leasingrate nieder.

Der Leasingnehmer hat also gegenüber dem Kauf keinerlei Nachteile, statt dessen bietet ihm das Leasing noch weitere Vorteile.

Erfahrungsgemäß werden Leasingfahrzeuge früher ausgetauscht als auf herkömmlichem Wege finanzierte Autos. Die durchschnittliche Vertragsdauer liegt bei etwa zwei bis drei Jahren. Kostspielige Verschleißreparaturen werden somit vermieden. Der Leasingnehmer fährt ständig ein neues, gegenüber dem Vorgängermodell noch benzinparenderes Fahrzeug. Diese Tatsache trägt entscheidend zur Senkung der Fuhrparkkosten bei. Zugleich liegt sie im Interesse des jeweiligen Fahrzeughändlers, da er sich - früher als beim Fahrzeugkauf üblich - erfolgreich um einen Fahrzeugtausch bemühen kann.

Die Verhandlung über die Anzahl der benötigten Fahrzeuge, über Typ, Ausstattung und Preis erfolgt beim Leasing - wie beim Kauf - in der Regel zwischen dem Kunden und dem Kraftfahrzeughändler. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß sowohl im Kraftfahrzeugbereich als auch im Kraftfahrzeugbereich nur der Name des Kunden eingetragen wird. Sollte der Leasingnehmer darüber hinaus Wert darauf legen, gegenüber dem Kraftfahrzeughändler als Käufer aufzutreten, so bietet sich das Sale-and-lease-back an.

Dabei werden die Neufahrzeuge sofort nach erfolgter Auslieferung an eine Leasinggesellschaft verkauft und vom Leasingnehmer zurückgemietet. In der Praxis sind solche Fälle jedoch relativ selten, denn nahezu alle Kraftfahrzeughändler arbeiten mit einer oder mehreren Leasinggesellschaften zusammen, und der Kunde kann darüber hinaus eine Leasinggesellschaft seiner Wahl mit dem Fahrzeugkauf beauftragen.

Der Gehrachwagenmarkt für Kraftfahrzeuge in der Bundesrepublik gestattet es, die Wertentwicklung eines bestimmten Fahrzeugtyps mit einiger Sicherheit für mehrere Jahre vorauszusagen. Da sich alle namhaften Hersteller bereits seit einiger Zeit um zukunftsweisende Konstruktionen im Hinblick auf die Energieeinsparung, Reparaturfreundlichkeit und lange Service-Intervalle bemühen, wird es bei solchen Prognosen

hinsichtlich der genannten Kriterien keine negativen Überraschungen, etwa durch spektakuläre Preisrückgänge, geben.

Es kann daher nicht verwundern, daß vor allem im Pkw-Bereich fast ausschließlich Teil-Amortisationsverträge abgeschlossen werden. Die Vorteile dieser Vertragsform liegen zunächst einmal in der besonders günstigen laufenden Belastung für die Leasingnehmer, die sich aus der Tatsache ergibt, daß nur die Anschaffungskosten abzüglich des vorher vereinbarten Restwertes in die Kalkulation der Leasingraten eingehen. Darüberhinaus wird dem Leasingnehmer eine pflegliche Behandlung des Fahrzeuges und damit ein höherer Verkaufserlös als zunächst angenommen, bei Vertragsende in vollem Umfang honoriert.

Umfassendes Dienstleistungspaket

Seit einiger Zeit ist eine sich immer verstärkende Tendenz zur Übernahme von Serviceleistungen durch den Leasinggeber zu beobachten. Beim sogenannten Full-Service-Leasingvertrag beispielsweise übernimmt der Leasinggeber während der Vertragslaufzeit praktisch die kaufmännische Verwaltung der vom Leasingnehmer genutzten Fahrzeuge.

Das dem Kunden offerierte Dienstleistungspaket hebt das Angebot der Leasinggesellschaft deutlich von einer bloßen Finanzierung ab. Die Leasinggesellschaft kontrolliert und begleicht sämtliche Werkstattrechnungen über Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten einschließlich Reifenmureuerung, schließt die erforderlichen Versicherungen ab, überweist pünktlich die Versicherungsprämien und die Kfz-Steuer oder wickelt etwaige Schadensfälle ab. Neuere Überlegungen geben sogar dahin, auch die Benzin- und Pflegekosten in das Full-Service-Paket einzubeziehen. Für den Leasingnehmer sind dann alle Kosten im Zusammenhang mit dem Fahrzeug durch die Zahlung der monatlichen Leasingraten abgedeckt.

Die aufgezeigten Vorteile des Kfz-Leasing einschließlich des Service-Leasing wirken sich zwar zunächst zum direkten Vorteil des Leasingnehmers aus, dennoch sollte nicht übersehen werden, daß das Leasing dem Kraftfahrzeughändler ein Instrument zur Hand gibt, mit dem er bereits heute über den Umsatz von morgen entscheidet. KARL-PETER OTTO

Geringere Leasing-Rate schlägt im Vergleich den Kredit

„Nutzen statt besitzen“ überzeugt immer mehr private Autofahrer - Rund 20 Prozent der Neuzulassungen werden über diesen Weg erworben

Der kaufmännische Angestellte Herbert Schwarz im hessischen Friedberg wird zu einer neuen Verbrauchergruppe gezählt: Er hat vor zweieinhalb Jahren ein Auto erstmals nicht auf Stottern gekauft, sondern privat geleast. Den Toyota Corolla seiner Wahl ist er inzwischen wieder los, er hat ihn gegen ein neues Modell getauscht - wiederum im Leasing.

So wie Schwarz haben es mittlerweile einige hunderttausend Autofahrer gemacht. Die meisten sind damit his auf weiteres für die klassische Finanzierung verloren. Kein Wunder, daß Autoleasing-Unternehmen wie Pilze aus dem Boden schießen, viele als Ableger „klassischer“ Finanzierer.

Nach Meinung von Marktbeobachtern kommen derzeit bis zu 20 Prozent der Neuzulassungen auf dem Weg über das Leasing in den Markt, das sind Monat für Monat mehr als 40 000 Autos. Der Bestand an verleasten Fahrzeugen wird derzeit schon auf mehr als 700 000 Stück geschätzt, rund drei Prozent vom gesamten Bestand.

An Warnungen vor der angehenden Undurchsichtbarkeit des Autoleasings hat es indessen nicht gefehlt. Der ADAC vor zwei Jahren: „Autoleasing bietet viele Fallstricke.“

Renommierte Leasingfirmen raten den Autofahrern: „Sie sollten sich das Kleingedruckte genau ansehen und sich vom Händler so gründlich beraten lassen, bis Sie alles verstehen.“ Das vom ADAC kritisierte Leasing-Kleingedruckte ist mittlerweile auch in Gesprächen mit dem Kluh verbessert worden.

Daß sich diese neue, schon vor knapp 20 Jahren aus den USA übernommene Form der privaten Langzeit-Automiete auch bei uns boomerkt verbreiten konnte, wird von Leasingexperten so erklärt: Das Interesse der privaten Kundschaft am Autoleasing war zunächst auf Sonderaktionen der Automobilhersteller zurückzuführen.

„Null-Leasing“ war zu einem geflügelten Wort geworden. Beim Null-Leasing macht die Summe aller Zahlungen am Ende nur so viel aus wie der empfohlene Richtpreis. Kauft der Leasingnehmer

das Fahrzeug anschließend, hat er es mit „null Zinsen“ finanziert.

Die Autofahrer begriffen sofort - und die Hersteller kurbelten den Absatz an. „Viele Kunden tauschten das Auto nach Ablauf des Vertrages in ein neues“, berichtet Gerhard Kaiser, Geschäftsführer der markenunabhängigen ALD AutoLeasing D, die 1985 erstmals eine Kundenbefragungsaktion in der neuen Privatleasinglandschaft startete.

Dabei stellte sich unter anderem heraus, daß 74 Prozent der Privatleasingkunden über ein Nettomonatseinkommen von 2000 bis 3000 Mark

verfügen, insgesamt eine „gute Zahlungsmoral“ haben und das Privatleasing „mit Mehrheit“ weiterempfehlen.

„Privatleasing ist verboten“, meldete im Januar 1986 eine führende deutsche Tageszeitung. Tatsächlich hatte das Oberlandesgericht Frankfurt in einem Rechtsstreit zwischen Autobändlern entschieden: „Wirbt der Händler mit Null-Leasing, hat dies als Verstoß gegen das Rabattgesetz zu gelten.“

Bei Herstellern, Importeuren und Leasinggesellschaften löste dies allerdings keine Panik aus. „Das Null-Leasing spielt inzwischen nur noch eine untergeordnete Rolle. Unsere Kundschaft hat sich mit dem ganz normalen Leasing angefreundet“, berichtet Gerhard Kaiser, „denn die Kunden haben verstanden, welche Vorteile ihnen hier geboten werden.“

1. Beim Leasing wird vom Kunden nur der unvermeidliche Wertverlust plus Zinsen und Verwaltungsgebühr finanziert, nicht das gesamte Fahrzeug.

2. Das bedeutet: deutlich niedrigere Monatsraten als bei der Finanzierung. Und das Leasing ist flexibel genug, um auch den derzeit beliebten Nied-

riginsangeboten standhalten zu können.

2. Weil Leasingverträge in der Regel nur für 24 oder 36 Monate geschlossen werden, fährt der Kunde stets das neueste Automodell.

3. Der Händler, über den dieses Geschäft stets abgewickelt wird, kann in der Leasingrate einen interessanten Rabatt unterbringen. Er hat daneben die Möglichkeit, das gebrauchte Fahrzeug günstig in Zahlung zu nehmen, so daß damit die unvermeidliche Anzahlung („Mietsonderzahlung“) finanziert werden kann.

4. Die monatlichen Raten können so gestaltet werden, daß für den Kunden beim Verkauf des Autos ein Überschub herausspringt, der dann wiederum als Anzahlung für das nächste Leasingauto eingesetzt wird.

Auf dem Markt wird zur Zeit wieder verstärkt für die normale Autofinanzierung geworben. Rechnerisch ergibt sich beim Leasing keine höhere Zinsbelastung als bei der Finanzierung. Einen wesentlichen Vorteil in diesem hat das Leasing, der laut ALD-Befragung von den meisten Kunden erkannt und als sehr angenehm empfunden wird: die deutlich niedrigere Monatsrate. GEORG WEDEN

Ob Klein- oder Großbetrieb.

Atlas Auto-Leasing.

Wir bieten Firmenkunden eine neue Leasing-Qualität: Ganzheitliche Leasing-Leistung wirtschaftlich aus einer Hand. Für alle Fahrzeugtypen, für jeden Servicewunsch. Von der Fahrzeugbeschaffung bis hin zur Benzinabrechnung. Ihr Vorteil: günstige Konditionen, Kostentransparenz, weniger Arbeit.

atlas Auto-Leasing

Albersloher Weg 54 · 4400 Münster · Tel.: (02 51) 602 02

Geringere Leasing-Rate schlägt im Vergleich den Kredit

„Nutzen statt besitzen“ überzeugt immer mehr private Autofahrer - Rund 20 Prozent der Neuzulassungen werden über diesen Weg erworben

	Kredit	Leasing
Anzahlung	5 190 DM	5 190 DM
Restwert	-	40 % = 6 835 DM
monatliche Rate	430 DM	144 DM
Gesamtbelastung	10 320 DM	10 291 DM
Finanzierungskosten	3,2 Prozent	2,9 Prozent
monatlich frei verfügbares Geld durch Leasing (alle Preisangaben einschl. Mehrwertsteuer)		286 DM

Das Fahrzeug anschließend, hat er es mit „null Zinsen“ finanziert. Die Autofahrer begriffen sofort - und die Hersteller kurbelten den Absatz an. „Viele Kunden tauschten das Auto nach Ablauf des Vertrages in ein neues“, berichtet Gerhard Kaiser, Geschäftsführer der markenunabhängigen ALD AutoLeasing D, die 1985 erstmals eine Kundenbefragungsaktion in der neuen Privatleasinglandschaft startete. Dabei stellte sich unter anderem heraus, daß 74 Prozent der Privatleasingkunden über ein Nettomonatseinkommen von 2000 bis 3000 Mark verfügen, insgesamt eine „gute Zahlungsmoral“ haben und das Privatleasing „mit Mehrheit“ weiterempfehlen. „Privatleasing ist verboten“, meldete im Januar 1986 eine führende deutsche Tageszeitung. Tatsächlich hatte das Oberlandesgericht Frankfurt in einem Rechtsstreit zwischen Autobändlern entschieden: „Wirbt der Händler mit Null-Leasing, hat dies als Verstoß gegen das Rabattgesetz zu gelten.“ Bei Herstellern, Importeuren und Leasinggesellschaften löste dies allerdings keine Panik aus. „Das Null-Leasing spielt inzwischen nur noch eine untergeordnete Rolle. Unsere Kundschaft hat sich mit dem ganz normalen Leasing angefreundet“, berichtet Gerhard Kaiser, „denn die Kunden haben verstanden, welche Vorteile ihnen hier geboten werden.“ 1. Beim Leasing wird vom Kunden nur der unvermeidliche Wertverlust plus Zinsen und Verwaltungsgebühr finanziert, nicht das gesamte Fahrzeug. 2. Das bedeutet: deutlich niedrigere Monatsraten als bei der Finanzierung. Und das Leasing ist flexibel genug, um auch den derzeit beliebten Niedriginsangeboten standhalten zu können. 2. Weil Leasingverträge in der Regel nur für 24 oder 36 Monate geschlossen werden, fährt der Kunde stets das neueste Automodell. 3. Der Händler, über den dieses Geschäft stets abgewickelt wird, kann in der Leasingrate einen interessanten Rabatt unterbringen. Er hat daneben die Möglichkeit, das gebrauchte Fahrzeug günstig in Zahlung zu nehmen, so daß damit die unvermeidliche Anzahlung („Mietsonderzahlung“) finanziert werden kann. 4. Die monatlichen Raten können so gestaltet werden, daß für den Kunden beim Verkauf des Autos ein Überschub herausspringt, der dann wiederum als Anzahlung für das nächste Leasingauto eingesetzt wird. Auf dem Markt wird zur Zeit wieder verstärkt für die normale Autofinanzierung geworben. Rechnerisch ergibt sich beim Leasing keine höhere Zinsbelastung als bei der Finanzierung. Einen wesentlichen Vorteil in diesem hat das Leasing, der laut ALD-Befragung von den meisten Kunden erkannt und als sehr angenehm empfunden wird: die deutlich niedrigere Monatsrate. GEORG WEDEN

Ford-Leasing und die Folgen.

Jede Entscheidung hat Folgen. Da macht die Entscheidung für Ford-Leasing keine Ausnahme. Während Sie jedoch beim Barkauf Ihr Geld nicht mehr für andere Dinge zur Verfügung haben, hat Ford-Leasing höchst erfreuliche Folgen für Ihr Konto. Hier ein paar Beispiele: Die fällige Taschengeldherhöhung wird genehmigt, der geplante Einkaufsbummel wird nicht verschoben, die Buchhaltung sieht nicht mehr rot, und Ihr Steckenpferd kommt auch nicht zu kurz.

Denn: Die niedrigen monatlichen Leasing-Raten sind auf Ihre Bedürfnisse zugeschnitten. Mit kurzen Leasing-Zeiten fahren Sie immer technisch neue Modelle. Der Wiederverkauf ist kein Thema. Sie geben Ihr Leasing-Auto einfach zurück. Frage Sie einmal einen der über 2000 Ford-Händler nach dem Leasing-Angebot der Ford Credit Bank. Und wenn's um Firmenwagen geht - lassen Sie sich mit dem wirtschaftlichen Vollservice-Leasing die Arbeit einfach abnehmen.

Ford Credit Bank

Wir bringen Sie weiter.

Handwritten signature or text in a decorative frame.

Tolle Gegenwelten: Die Geschichte des Karnevals

Narren, Narren, Narren

Heute, am 11. 11. um 11.11 Uhr MEZ, beginnt die fünfte Jahreszeit: der Karneval. „Stultorum infinitus est numerus“ - die Zahl der Narren ist unendlich, heißt es bereits in der Bibel (Ecclesiasticus 1, 15). Den Beweis tritt der Volkskundler Dietz-Rüdiger Moser an, der die Geschichte der Narren faszinierend und detailliert in einem Prachtband nachzeichnet.

man hinter sich und leht regellos in der Narrenfreiheit. Wichtig für den Karneval ist die Konstituierung des „Narrenreiches“ mit König und Königin (aus ihnen wurden später der Prinz und die Prinzessin), das ein getreues Abbild tatsächlicher Herrschaftssysteme sein sollte. Da nun der Narrenstaat nicht von Gott gelenkt wurde, konnte der Satan hier ungeniert sein Unwesen treiben - ein Grund dafür, daß noch heute Teufel und Hexen beliebte Verkleidungen im Karneval sind.



des Fleisches, zurückgeht. Von dort bis zur Fastnacht (die Nacht vor dem Fastenbeginn) und zum Fasching (von mhd. „vast-schanc“, der Trunk vor der Fastenzeit) ist es dann nur noch ein kleiner Schritt.

Moser, gebürtiger Berliner und beim erstmaligen Kontakt mit der Narretei in Freiburg baß erstaunt, erläutert die Beziehungen zwischen Kirche und Karneval, verfolgt die Darstellung des Mummenschanzes in der bildnerischen Kunst und nennt als Urvater der Narretei keinen Geringsen als Augustinus, dessen Denkmödel von den zwei Staaten - einem himmlischen und einem irdischen - der Karneval seine Entstehung verdankt. Das tolle Treiben als kurzlebige Gegenwart zum geordneten Dasein - diese Vorstellung war unter anderem ausschlaggebend für die Brüche im 1522 gegründeten römischen Jesuitenkolleg. Hier wurde ein „König des Karnevals“ gewählt, der als Ausgleich für die strenge Zucht und Ordnung, die das ganze Jahr über herrschte, an den närrischen Tagen das Szepter schwingen konnte.

Daß in diesem göttlichen Staat andere Gesetze herrschen, die mit den zehn Geboten nichts zu tun hatten, erklärt auch, warum die Zahl der Narren die Elf ist: sämtliche Gesetze läßt

Elf Narren waren bereits auf einem Nürnberger Flugblatt von 1530 zu sehen, die so töricht waren, einander die Wahrheit zu sagen. Das dürfen sich Narren - bis zum Büttelredner unserer Tage - immer noch erlauben. Der Elferat, der die Organisation des Jeckentreibens in die Hand nimmt, ist übrigens nicht ganz so alt: Entstanden ist dieses Komitee in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Köln.

Das Verkleiden im Karneval war ein legalisierter Normverstoß, die mehrere Funktionen erfüllte: Zum einen kam sie dem Wunsch nach Rollen-tausch der Menschen nach, die, auf diese Weise ihrer Identität beraubt, straflos die Ordnung auf den Kopf stellen konnten. Allerdings entwickelten sich im Mittelalter auch für das Narrenkleid gewisse Vorschriften, die man beachten mußte (dazu gehörten die Narrenkappe, die karierte oder gestreifte Hose, die Schellen, Schnabelschuhe oder das Flickengewand als Symbol für die Flecken auf der Seele). Hier ist es dem Autor gelungen, durch die geschickte Gegenüberstellung von Gemälden und Zeichnungen voriger Jahrhunderte und Fotografien von Fastnachtszügen aus den letzten Jahren die Kontinuität dieses Festes und seiner Bräuche eindrucksvoll zu beweisen.

Da bekanntlich am Aschermittwoch alles vorbei ist, endet das Buch mit einer Darstellung der Fastnachts-auskehr. Sie war stets auch ein Neube-ginn und bot die Chance, in der folgenden Fastenzeit die Sünden zu überdenken, um wieder in die christliche Gemeinschaft zurückkehren zu können. Doch ehe es am 4. März 1987 soweit ist, wird in unseren Breiten noch manch donnerdes „Helau“ erschallen.

RAINER NOLDEN
Dietz-Rüdiger Moser, „Fastnacht - Fasching - Karneval“, Styria Verlag, Edition Kaleidoskop, Graz/Wien/Köln, 382 Seiten, zahlr. Abb., 98 Mark.



Bevor er die Abstraktion entdeckte: „Deux femmes dans un intérieur“ (um 1922) des jungen Roger Bissière, aus der Pariser Ausstellung

Gelegenheit zur Wiederentdeckung: Paris feiert den Maler Roger Bissière

Freude an Farbe und Pinselstrich

Die Franzosen richten dem Maler Roger Bissière, der in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag hätte feiern können, eine eindrucksvolle Jubiläums-Retrospektive aus, die von ihrem Premierenschauplatz, dem Musée de l'art moderne de la ville de Paris, noch weiterreist in die Provinz. Bissière gehörte in den 50er und 60er Jahren, in einem Atemzug mit Manes-sier und Masson, zu den geachteten Vertretern der École de Paris.

Malerei wird nicht reflektiert, sie wird getan. Ein Bild ist zunächst einmal eine sinnvoll mit Farbe gefüllte Fläche: Nicht mehr und nicht weniger.

dieser Zeit zeigt die Pariser Ausstellung sehr schöne, unpräzise Beispiele von früher gegenständlicher, in kubistischer Facettierung nur leicht gehobener Malerei.

Nicht immer bescheidet sich ein Maler wie Bissière damit. Im Alter gewinnen seine Bilder einen starken Zug ins Religiöse: 1954 druckt er elf Farbhölzschnitte unter dem Thema „Cantique a notre frère Soleil de François d'Assise“, Vögel, Sterne und Nacht finden sich immer wieder in den Bildtiteln. Korrespondenzen zum musikalischen Werk des Komponisten Olivier Messiaen sind auszumachen, der zur selben Zeit seinen Gott in paradiesischen Vogelgesängen und Sphärenharmonien lobpreist. Ein solches pantheistisches Verständnis von Gott und Natur feiert auch Bissière in seinen Bildern, mit seinen Mitteln einer sich entladenden Farben- und Formensprache.

Bissières malerischer Werdegang hatte das nicht unbedingt erzwungen. Geboren im Garonne-Städtchen Villereul und aufgewachsen in Bordeaux, kam er 1910 nach Paris, wo er An-schluß an Georges Braque und seinen Kreis fand, 1920 übrigens auch die erste Monographie über Braque schrieb. Bissière vollzieht die Entwicklung des Kubismus nach - aus

Unübersehbar tritt Picasso auf: Die 30er Jahre sind beherrscht von dieser Figurensprache bis hin zu einer aus eisernen Fundstücken montierten Kreuzigung. Eben dieses plastische Denken Picassos ist aber nicht Bissières eigentliches Metier, er zieht sich auf die Malerei zurück, experimentiert lange Jahre mit Temperafarbe, sieht dann spät auch die Möglichkeit, seine Malerei ins Medium der Tapiserie zu übertragen, das dann einige seiner Hauptwerke beansprucht.

Damals sah auch Deutschland große Einzelausstellungen seines Werks, etwa 1957 eine von Werner Schmalenbach betreute Schau bei der Kestner-Gesellschaft in Hannover, oder 1966, zwei Jahre nach Bissières Tod, eine Gedächtnisausstellung in der Kunsthalle Düsseldorf. Mit dem Auftritt Amerikas in den Sechzigern endete die Blütezeit der Franzosen abrupt, ja, École de Paris wurde beinahe zum Gespött, zum Synonym für eine bloß noch dekorative Malerei.

Bissières malerischer Werdegang hatte das nicht unbedingt erzwungen. Geboren im Garonne-Städtchen Villereul und aufgewachsen in Bordeaux, kam er 1910 nach Paris, wo er An-schluß an Georges Braque und seinen Kreis fand, 1920 übrigens auch die erste Monographie über Braque schrieb. Bissière vollzieht die Entwicklung des Kubismus nach - aus

Bissières Bilder setzen sich oft zusammen aus einer starken, dunklen, wie gravierten Zeichenstruktur und in den Konturen vom Pinselstrich gemessenen, intensiven, doch gedek-ckten Farbfeldern. Das kann zum Effekt von Kirchenfenstern führen, das kann, gerade wenn Ocker und Rot dominieren, auch Assoziationen an indische Kunst wecken. Das sind aber in jedem Fall Bilder, die eine überraschende malerische Kraft bezeugen. (Bis 16.11., Dijon: 1.12. bis 1.2.87; Calais 14.2. bis 4.5.; Katalog 100 FF) REINHARD BEUTH

Ausgrabungen und Funde im Palast von Palermo

Das Kreuz des Inquisitors

Für Sizilienbesucher ist es eine Pflichtübung, die Visite im ehemaligen normannischen Königspalast, der später Residenz des Staufenkaisers Friedrich II. dann der Vizekönige unter spanischer und bourbonischer Herrschaft wurde. Die Pfalzkapelle, errichtet von arabischen und byzantinischen Baumeistern, die aus normannischer Zeit erhaltenen Gemälden mit ihren Mosaiken sind die Hauptattraktionen Palermos. Doch der Baukomplex, der auf Resten aus römischer und arabischer Zeit ruht und im Verlauf von 700 Jahren immer wieder umgebaut und erweitert wurde, ist noch keineswegs ganz erforscht. Schon in den zwanziger Jahren hatte man eine Reihe von Räumen praktisch neu entdeckt und freigelegt. Zufall und systematische Suche fördern auch heute ständig neue Überraschungen zutage.

Vor einigen Jahren fand man bei einem Mauerdurchbruch einen Raum, in dem ein großes Kreuz aus dem 16. Jahrhundert hing. Es stellte sich heraus, daß es auch mit diesem Fund eine eher düstere Bewandnis hatte. Es handelt sich nämlich um das Kreuz des palermitanischen Inquisitionsgerichtes, das im Juli 1782 abgeschafft wurde. Das „Sant'Uffizio“ Siziliens hatte seinen Sitz im Palazzo Steri. Von dort wurde das Kreuz nachts in die Verliese des Palastes geschafft und eingemauert.

Soicbe hatte es im Laufe der Zeit übrigens immer wieder gegeben. Etwa im Jahre 1550, als man den „roten Turm“ abriß und ein unterirdisches Verlies mit drei mumifizierten Frauenleichen entdeckte, die in prächtige Seidengewänder gekleidet waren. Vermutlich handelte es sich um die Gattinnen der drei Verteidiger des aufständischen Barons Capaccio, die Kaiser Friedrich II. im Jahre 1246 aus Rache lebend hatte einmauern lassen.

Vor diesem Kreuz, so berichten zeitgenössische Quellen, wurden von Ketzer und Hexen mit der Folter Geständnisse erpreßt. Das Kreuz für, über einen Meter hoch, ist in ein großes Wandrelieuf eingelassen. Darin fand man einen mit Halbedelsteinen besetzten Bischofsstuhl aus Elfenbein, der dem heiligen Cataldo zugeschrieben wird - ein irischer Mönch, der als Bischof in Tarent wirkte und im 7. Jahrhundert wirkte. Frommes und Profanes hirt der Palast mit gelassener Neutralität.

Erst vor kurzem jedoch fand man in einem Gewölbe neben diesem grausigen Kerker einige Graffiti von normannischen Schiffen - ähnlich den Wikingerbooten, die wir aus Darstellungen in Nordeuropa kennen und mit denen die Normannen von Frankreich aus das Mittelmeer erreichten. Mit Schiffen der gleichen Art hatten die Wikinger auch Island, Grönland und Vinland, die Küste Nordamerikas, entdeckt. Obwohl in einigen Mosaiken aus normannischer Zeit in Palermo Schiffe jener Epoche dargestellt werden, die denen der Graffiti ähneln, hatte bisher in Palermo niemand geglaubt, daß die Normannen tatsächlich diese nordische Schiffsförm beibehalten hatten.

Als ein Gärtner jüngst im hängen-den Park auf der St.-Peter-Bastion des Schlosses die Erde umgrub, stieß er auf Steinplatten. Er hob sie auf und sah vor sich eine Treppe, die sich im Dunkel verlor. Nachforschungen ergaben, daß sie zu einem langen Gang führte, der neun Meter unter dem Niveau des Gartens in den Mauern der Bastion verlief. Ein Stück dieses Ganges, das noch nicht ausgegraben wurde, führt in der ehemaligen Festungsgraben. Sogar eine Wächterkammer mit Steinbank entdeckte man.

Die Ritzzeichnungen finden sich in der Nähe der Krypta unter der Pfalzkapelle, die ursprünglich die Schloßkirche war, bis der Prunkbau darüber entstand. In unmittelbarer Nachbarschaft entdeckte man eine Grabkammer, in der 1166 die Leiche des Normannenkönigs Wilhelm II. genannt „der Böse“, verborgen wurde, die obso in der Stadt politische Unruhen abgeklungen waren.

Es handelt sich um eine mittelä-rische Anlage aus den Jahren 1560-1560, als auch die Bastion errichtet wurde. Ende des 18. Jahrhunderts war diese Art von Verteidigung überholt - 200 Jahre würden die Treppen und Gänge vergessen. In diesen Gewölben bildete ein Soldat drei Freigat-ten ab dem 18. Jahrhundert ab. Die Skizze ist komplett mit Jahreszahl 1775 - und Unterschrift. Vielleicht hatte man von der Bastion einen guten Blick auf den damaligen Hafen. Der Palast liegt auf einer Anhöhe am Rande der Altstadt, aber nicht unmittel-bar an der Küste. Die Neuentdeckungen, momentan noch nicht der Öffentlichkeit zugänglich, sollen demnächst ein Teil der Führungen in diesem Baukomplex werden, dessen erste Spuren in die Zeit der Karthager, vor rund 2500 Jahren, zurückreichen. JÜRGEN VORDEMANN

Moskau Taxifahrer machen das Beste aus ihrem Job: Ohne sozialistische Skrupel bei Rot über die Ampel

Allgegenwärtig, selten, selbstherrlich, rätselhaft

Sie sind die Herren des sowjetischen Asphalts, ignorieren durchgezogene weiße Linien, Geschwindigkeitsbeschränkungen und scheuchen mit ihrer Fahrweise die Passanten wie Hühner an den Straßenrand zurück - Moskaus Taxifahrer.

er löst sich nun auf die Fahrbahn, ungeachtet des Verkehrs, gestikuliert mit der einzigen freien Hand. Der erste Wagen braust vorbei, auch der zweite ignoriert den wartenden Fahrgast. Endlich stoppt einer. Doch bevor man sich nun in den arg zerschissenen Fond setzen kann, fragt der Mann hinter dem Steuer streng, wohin die Fahrt denn gehen soll. Was? Ein kaltes Njet knallt dem

noch passieren, daß er noch einen weiteren Fahrgast in den Fond quetscht. Und am Fahrziel müssen beide Passagiere den gleichen Taximeterpreis bezahlen. Das verstößt wieder gegen die staatliche Taxiregelung, doch wer wagt es, im warmen Auto zu protestieren? Taxifahrer sind im übrigen die einzigen Leute, die die Trinkgelder verweigern. Manche fragen gar keck nach Devisen oder kleinen Souvenirs, zum Beispiel Drehbleistifte oder Schlüsselanhänger. Sozialistische Skrupel verspüren diese Seelen nicht.

fahrer die letzten Zufluchtstellen, wenn die Intourist-Hilfe versagt. Denn diese Fahrer wissen immer, wo es noch ein Hotelbett gibt, besorgen jetzt in der alkoholarmen Zeit unter Gorbatschow noch ein Fläschchen raren Wodkas - und wenn ein Geschäftsmann in der Millionenstadt einsam ist, so schaffen sie auch hier Abhilfe.

Sie bilden eine besondere Spezies von Genossen in dieser Sowjetmetropole. Weder die Oktober-Revolution noch Parteidekrete konnten sie beeindrucken, sie haben sich ungeachtet aller Vorschriften komfortabel in den Nischen des Sozialismus etabliert. Sie machen das Beste aus ihrem Job, allerdings zuungunsten der Fahrgäste.

Wartenden entgegen und der Fahrer gibt Gas und braust von dannen. Man wird es nie erraten, was in der Seele dieser Taxifahrer vor sich geht.

Schon am Flughafen Scheremetjevo lauern die Moskauer Taxifahrer wie Hyänen auf ihre Opfer. Auch mancher dienstfreie Chauffeur in einer großen schwarzen Limousine wittert hier die Chance, sein Einkommen aufzubessern. Der Preis nach Moskau, der normalerweise zehn Rubel beträgt, schwankt dann zwischen 15 und 40 Rubel. Hier gilt es zu feilschen, wenn man nicht sein blaues Wunder erleben will.

Mitunter trifft man natürlich in diesem schwarzen Heer der Taxichauffeure auch auf Ausnahmen. Ein Georgier, deo es als Taxifahrer nach Moskau verschlagen hatte, erzählte mir soviel unter Tränen des Heimwehs von seiner Heimat, daß er nicht bereit war, auch nur eine Kopeke für eine lange Fahrt zu kassieren.

Taxis sind in Moskaus Straßen zwar allgegenwärtig, doch im entscheidenden Moment scheinen sie unerreichbar, sind so rar wie Glückstreffer in der Lotterie. Bei Minusgraden, Schneegestöber, wenn der Eiswind durch die Straßen fegt, man tütenbeack winkend am Straßenrand steht, sieht man die Taxis schon von weitem mit einem grünen Lämpchen hinter der Windschutzscheibe vorbeif

flitzen, was „frei“ signalisiert. Wie er löst sich nun auf die Fahrbahn, ungeachtet des Verkehrs, gestikuliert mit der einzigen freien Hand. Der erste Wagen braust vorbei, auch der zweite ignoriert den wartenden Fahrgast. Endlich stoppt einer. Doch bevor man sich nun in den arg zerschissenen Fond setzen kann, fragt der Mann hinter dem Steuer streng, wohin die Fahrt denn gehen soll. Was? Ein kaltes Njet knallt dem

Anderseits sind Moskauer Taxi-fahrer die letzten Zufluchtstellen, wenn die Intourist-Hilfe versagt. Denn diese Fahrer wissen immer, wo es noch ein Hotelbett gibt, besorgen jetzt in der alkoholarmen Zeit unter Gorbatschow noch ein Fläschchen raren Wodkas - und wenn ein Geschäftsmann in der Millionenstadt einsam ist, so schaffen sie auch hier Abhilfe.

Mitunter trifft man natürlich in diesem schwarzen Heer der Taxichauffeure auch auf Ausnahmen. Ein Georgier, deo es als Taxifahrer nach Moskau verschlagen hatte, erzählte mir soviel unter Tränen des Heimwehs von seiner Heimat, daß er nicht bereit war, auch nur eine Kopeke für eine lange Fahrt zu kassieren.

Hans G. Adler: Wissenschaftler wider Willen

Wie unter der Glasglocke

Der in London lebende Schriftsteller und Soziologe Hans G. Adler als „Zeuge des Jahrhunderts“ - das stimmt auf erschreckende Weise: Er ist einer, der dabeigewesen ist und überlebt hat, der sein Überleben dazu genutzt hat zu bezeugen, schriftstellerisch und wissenschaftlich. Beim Namen dieses 1910 in Prag geborenen österreichischen Juden fallen einem Elias Canetti ein und Hermann Broch, von dem Hannah Arendt gesagt hat, er sei „Dichter wider Willen“ gewesen. Beide haben mit ihrem

hielt. Auch Adlers Erzählungen handeln vom Leiden des Menschen, wobei Gefährdung fortwährend zur Existenz gehört. Weil der Mensch einzeln sei, „aber nicht allein und einzeln stehen kann“, lebe er in einem lebenslang unlösbaren Konflikt.

Zeuge des Jahrhunderts - ZDF, 25 Uhr
dichterischen Werk Weltruhm erlangt, ihr wissenschaftliches Gerüst dagegen in den Schatten des Interesses. Bei Adler ist es umgekehrt.
Broch und Canetti lebten in New York und London während der Jahre, die Adler in Konzentrationslagern verbrachte. Sie begriffen das, was an jener Zeit unfassbar erscheint, als massenpsychologische Phänomene. Was Hannah Arendt später schlagwortartig die Banalität des Bösen nannte, entschlüsselte Adler als Zeichen einer total verwahrten Welt. Er leistete in seinen Werken über die Vernichtung der Juden, was Soltschenizyn für die Welt des GULAG fest-

Seine traditionelle Erzählweise hat etwas Trockenes, sie ist nahezu unsensuell nüchtern und zeugt doch von Pathos - in ihrer Lebenshaltung, nicht in der Wortwahl. Da hat einer das Schlimmste durchlebt und vertritt humanistische Ideale, wie sie in seiner Kindheit gelehrt wurden.
Und doch vermittelt die Sprödigkeit seines Schreibens den Eindruck des Unnahbaren, Anspruch auf zeitlose Geltung. Man wird an den Eindruck erinnert, den heute die Landschaft seiner böhmischen Heimat geben. Die Straßen mit ihren alten Häusern so hinfällig, als habe man über sie vor Beginn des Krieges eine Glasglocke gestülpt. Was Adler erlebt hat, scheint an seiner Sprache vorbeigegangen zu sein. Dies war auch bei den Gedichten Brochs der Fall.

Es scheint bezeichnend für Adler, daß er den deutschen Sprachraum nach dem Krieg verließ. Er schuf bewußt solche Entfernungen, die ihn zur distanzierter Betrachtung befähigt. CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

KRITIK

Viel vergeudete Zeit

In den Vorhersagen (basierend auf Umfragen) um 18 Uhr lagen ARD und ZDF bei der Hamburg-Wahl völlig verkehrt, sahen doch beide die SPD weit vorn, die GAL weit unter 10 Prozent. Im Laufe der 90 Minuten, bis sich die Hochrechnungen stabilisierten, nannte das ZDF einmal 5 Prozent für die FDP. Trotz der damit verbundenen (falschen) Vorhersage, die Liberalen könnten den Sprung ins Parlament schaffen, was die ARD mit dem Ergebnis (4,8 Prozent) näher als die Konkurrenz.

Wenn es politisch zu werden versprochen, versagten die Reporter. Intensive Nachfragen an die Spitzenkandidaten, wie es denn nun weitergehen solle, blieben aus. Dem Wahlsieger Porschau (CDU) entrang sich ob des Gewusels denn auch der Seufzer: „Zum Herumtoben bin ich nicht hierher gekommen.“ dff/schw/da

Das ZDF vergeudete die Zeit bis zu den Hochrechnungen mit Hafensbildern; manch einer hätte wohl lieber aktuellen Sport gesehen. Einen Fauxpas leistete sich die ARD: Kaum begann von Dohnanyi zu deklamieren, was er zuvor schon dem ZDF gesagt hatte, wurde er unterbrochen; man müsse zur Tagesschau abgeben. Dann aber zeigte die ARD einige Minuten Fellini-Vorschau, das war wohl unflexible Eigenwerbung statt Aktualität.
Schlimmer aber war die Wahlparty (Nord III): Schon die Ankündigung, welcher Reporter worüber plaudern wolle, war ermüdend. Nicht ermüdend, wohl aber entner-

Wenn es politisch zu werden versprochen, versagten die Reporter. Intensive Nachfragen an die Spitzenkandidaten, wie es denn nun weitergehen solle, blieben aus. Dem Wahlsieger Porschau (CDU) entrang sich ob des Gewusels denn auch der Seufzer: „Zum Herumtoben bin ich nicht hierher gekommen.“ dff/schw/da

TV and radio program listings for SAT 1, SAT, and RTL, including show titles, times, and channels.

JOURNAL

Heftige Debatte um Nobelpreis in China

AFP, Peking. Sollen chinesische Autoren den Literatur-Nobelpreis anstreben? Diese Frage löste eine heftige Debatte aus.

Unterstützung für das Max-Reger-Institut

dpa, Düsseldorf. Das Land Nordrhein-Westfalen wird vom kommenden Jahr an das Bonner Max-Reger-Institut mit zunächst 100 000 Mark finanziell unterstützen.

Die V. Biennale der Textilkunst

DW, Krefeld. Von September bis November 1987 wird im Deutschen Textilmuseum Krefeld die V. Deutsche Biennale der Textilkunst stattfinden.

Max Liebermanns Bild „Münchner Biergarten“

DW, München. Max Liebermanns Gemälde „Münchner Biergarten“ aus dem Jahr 1894, das die Bayerische Staatsgemäldesammlung längst mit Hilfe des Ernst von Siemens-Einstiftungs erworben hat, steht im Mittelpunkt einer Studio-Ausstellung in der Neuen Pinakothek.

Kanadische Universität in Südfrankreich

AFP, Toronto. Villefranche-sur-mer an der Côte d'Azur ist Standort für die erste kanadische Universität in Europa.

Schüler-Gedächtnispreis an Friedrich Dürrenmatt

dpa, Stuttgart. Friedrich Dürrenmatt ist gestern in Stuttgart mit dem bedeutendsten Literaturpreis im Süddeutschen, dem mit 25 000 Mark dotierten Schüler-Gedächtnispreis des Landes Baden-Württemberg, ausgezeichnet worden.

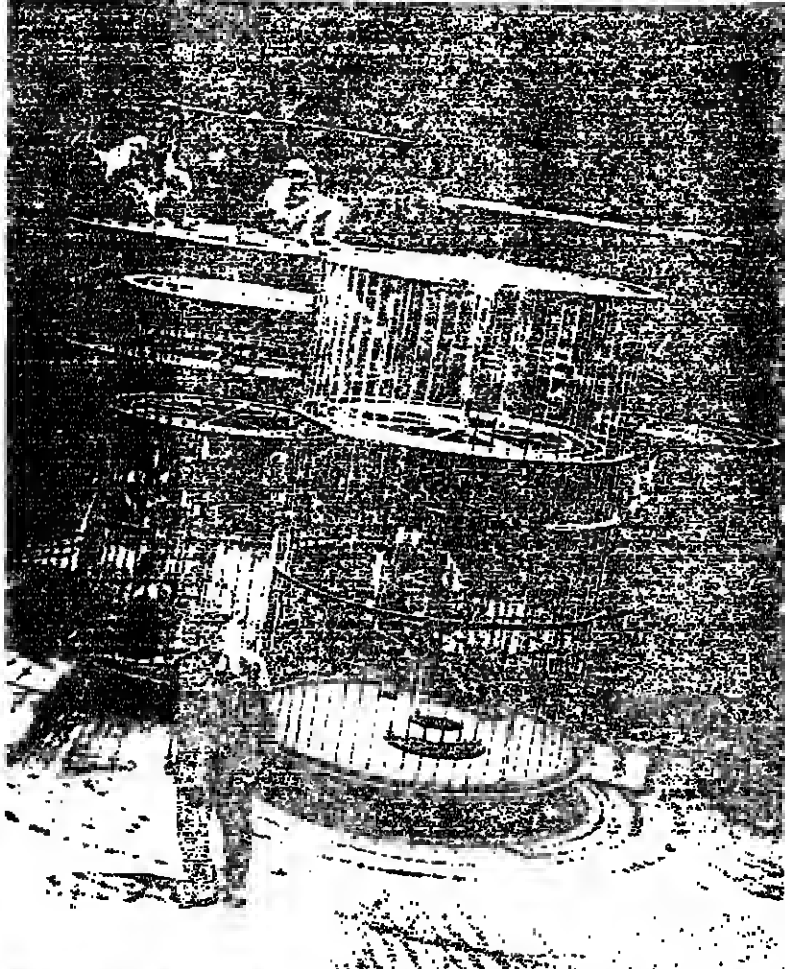
DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Das dach / ist / dicht / wozu noch / dichter.“ „Armer poet 87“ ist dieses Gedicht von Werner Dürsson überschraben. Ein Kalauer, gewiß. Aber die rechte Einstimmung in die „Poesie Agenoa“, einen Taschenbuch-Kalender mit allerhand Geschichten und vielen Hinweisen auf wichtige und unwichtige Daten.

Expressionismus à la USA: Peter Stein inszeniert O'Neills „Haarigen Affen“ an der Berliner Schaubühne

Ein liebeskranker Heizer in Manhattan

Der Aufwand - kolossal! Jedes neue der acht Bilder von schier prunkender Pracht oder gewollter Disternis. Die Bühnenmechanik ächzt und kracht.



Bilder von erstaunlicher Kraft und verrückt verwinkelter Herrlichkeit: Szene mit Roland Schöfer (links) als Yank, aus der Berliner Aufführung

zweiten Schiffsetage mühsam: Hier wohnen die Unterprivilegierten. Sie formieren sich vor unseren Augen bei Gesang oder Gebälk zu expressivsten Gruppen.

Öffnet sich der dritte, tiefste Schind des Gigantenschiffes. Die armen Kohlentrimmer sind bei ihrer unmenschlichen Knochenarbeit. Sie schippen im Akkord die Kohle in die glühenden Rachen der Öfen.

Auftritt der Millionärsachter. Sie schauert, als sie die geschundene Menschheit in der Tiefe erblickt. Sie zieht sich zurück. Der Heizer Yank will sich mit seiner Schippe vertreiben, nach ihr schlagen. Sie entzieht sich ihm, nicht ohne ihn schnell noch, entsetzt, einen „haarigen Affen“ geschimpft zu haben.

folgt die Dreiviertelstunde lange Pause. Inzwischen haben Peter Stein und seine Bühnenkräfte haushohe Straßen des Stadtgefüges von Manhattan aufgebaut. Da nun ist der amthalte Kohlentrimmer auf der Suche

Frankfurt: Ruth Berghaus inszeniert „Siegfried“

Der Amboß bleibt ganz

In seiner letzten Spielzeit will Opernchef Michael Gielen mit den beiden Schülern von Richard Wagner „Ring des Nibelungen“, mit „Siegfried“ und der „Götterdämmerung“, noch einmal die vollen Möglichkeiten seines Hauses testen.

Auch Ruth Berghaus. Im „Siegfried“ schwört sie zwar noch auf eine Originalität von ganz besonderer Art. Man erfährt, daß das Scherz der Naturpressionen kein Stück über Natur, sondern über die Natur des Menschen ist.

Novitäten wirkt aber und verkrampt. Nur manchmal, so, wenn Siegfried am Ende des ersten Aktes nicht den Amboß entzweischlägt, sondern einen Spalt durch Mimes Dunkelkammer öffnet, wenn das tickische Gezänk zwischen Alberich und Mime in die Nähe einer Dürrenmatt-Satire gedrückt wird oder der endlich einmal durchzusehende C-Dur-Jubel nach der Erweckung

Brünnhildens von Todesahnung überschattet wird, kommt noch Originalität. Doch Entscheidungen fallen nicht. Selbst die Provokation bleibt matt.

Unter Michael Gielen Leitung wird der „Siegfried“ zum energie-sauenden Adagio der Nibelungen-Sinfonie gedeutet, und zwar schon zu Anfang, wenn der Dirigent dem Kraftmeierum Jungesiegfried durch gemäßigte Zeitmaße und zurückhaltende Diktion zu Leibe rückt und einen differenzierenden, manchmal ein wenig farblosen und unsinnlichen Tonfall bevorzugt.

William Cochran als skurril kostümierter, bärenstarker Siegfried in weißen Kniehosen, geht von Anfang an aufs Ganze. In der gewaltigen Energieleistung am Ende des ersten Bildes blitzt sogar manchmal der tenorale Glanz längst vergangener Tage auf. Obwohl der Sänger auf Geheiß der Regie sportive Exerzitien en masse ablesen muß, läßt er sich nie auf die gesangliche Verliererstraße drängen und hält bis zur großen Schlussszene mit Brünnhilde in guter Verfassung durch.

Catalina Ligandza sang sie bei vollkommener Ausgeglichenheit des lyrischen Tons, aber mit Schwächen in der Höhe und häufig zu knapp kalkulierten Bögen. Mit herrscherlich, in den resignativen Passagen ein wenig unregelmäßiger Stimme läßt Hermann Probst den wandernden Wotan von dessen einstigen Herrschaftsplänen Abschied nehmen. Der eminent bewegliche Heinz Zednik als Mime, gesanglich bis in die tiefen Lagen hinab untadelig, vollbringt wahre Deklamationswunder. Hier steht ihm Bruder Alberich - Adalbert Waller - kaum nach.

Star Wars. 5. Teil: Lukas' Film „Kampf um Endor“

Aus Frankensteins Küche

George Lucas hat mal gut angefangen. Seine Trilogie vom „Krieg der Sterne“ lieferte nicht nur den populären Namen für das SDI-Projekt, sondern füllte von Beginn an und bis heute die Kinokassen. Das Welt-raum-Märchen von den guten Jedi-Rittern und dem bösen Imperium war nicht nur tricktechnisch wegweisend, sondern überlief mit allegorischer Ironie auch stilistisch Vorgänger und Epigonen.

Im 3. Teil der Geschichte - „Rückkehr der Jedi-Ritter“ - wurde der entscheidende Kampf auf einen Waldplaner verlegt. Dort wurden die Weltraumritter von possierlichen Bären unterstützt, die mit List und steinzeitlichen Kampfmaschinen die böse Gefolgschaft des schwarzen Lord Vader zu Fall brachte. Diese Bären, Ewoks genannt, erlangten gleich eine beständige Popularität - in den USA vor allem, wo ja auf Teddy-bär-Versteigerungen schon höhere Preise erzielt werden als bei Gemälde-Auktionen.

Produzent George Lucas schob drum „Die Ewoks“ nach, einen Abenteuerfilm, der ausschließlich auf dem Waldplaner Endor spielte und Fell- und Gummibärchen in Hülle und Fülle bot. Menschenkinder spielten auch mit, denn es handelte sich schließlich um einen Kinderfilm. Ironie allerdings war nicht am Platze, die Geschichte war arg dünn; es gab nur einen blaßroten Faden, an dem Kämpfe mit Monstern aufgereiht waren. Der neue Film „Kampf um Endor“ wiederholt dieses Schema mit ein wenig mehr Eleganz. Witz und Tempo der „Sterne“-Trilogie freilich scheinen sich auf immer im weiten All verloren zu haben.

Ein kleines Mädchen, puppenhaft mit aufgedrehten Blondlocken, zieht mit den Ewoks gegen eine Bruder-schaft lebender Leichen zu Felde. Die hausen auf einer düsteren Burg, die sie nur zu Raubzügen verlassen. Der Film beginnt mit einer konfusem Brandbeschreibung eines Ewok-Dorfes. Nur das kleine Mädchen und der klügste Ewok kommen davon. Die anderen werden entweder getötet oder gefangen genommen und schmachten fortan in Käfigen auf der Trutzburg. Das Mädchen und der Ewok machen sich auf zur Befreiung. Als Bundesgenossen gewinnen sie einen zum Rübezahl gealterten Raum-fahrer, der vor Jahrzehnten auf Endor notlandete, und dessen Hausier-er - einen kuriosen Verwandten der Kapuzineraffen.

Der Film ist nur an wenigen Punkten spannend. Hinzu kommt, daß er für Kinder oft zu brutal ist. Von konventionellen Kinderfilmen im Nachmittags-Fernsehen unterscheidet er sich vor allem durch die Monster, die - optisch durchaus einprägsam - Stoff für Alpträume geben könnten. Einige sind von Hieronymus Bosch inspiriert; andere kommen aus Frankensteins Küche. Wie überhaupt alles in diesem Film unter dringendem Plagiat-Verdacht steht.

Gegen das Einanderkleben von Versatzstücken aus Abenteuerge-schichten ist nichts zu sagen. Nur sollte eine solche Collage durch ein Quantum eigener Phantasie belebt werden, dann darf sie sich sogar post-modern nennen. Würde Kalkül allein reichen - wir hätten eine Menge inter-essanter Bilder und Bücher, und dies wäre ein sehenswerter Film.



Mit Kuscheltieren gegen Monster kämpfen: Szene aus George Lukas' Film „Kampf um Endor“

Dortmund: Kunst des Islam in Schloß Cappenberg

Von rätselhaftem Wesen

Im Schloß Cappenberg bei Dortmund ist zur Zeit islamische Kunst in reichlicher Auswahl zu bewundern. Die Veranstalter verweisen darauf, wie wichtig es sei, heutzutage diese Kunst zu kennen, wegen der geistigen und religiösen Kräfte, die vom Islam ausgehen, der (wieder) zu den wichtigen Faktoren der internationalen Politik gehört.

Um die Vermittlung dieser Kunst bemüht sich seit langem das Museum für Islamische Kunst in Berlin. Es wurde 1904 von Wilhelm von Bode gegründet und nach dem Krieg wie die Stadt Berlin in zwei Teile zersplittert. Der westliche Teil in Berlin-Dahlem kam in die Obhut der Stiftung Preussischer Kulturbesitz und zählt immer noch zu den bedeutendsten Sammlungen islamischer Kunst in der westlichen Welt.

Das Ensemble der Berliner Leihgaben ist üppig. Gezeigt werden neben plastischen Teppichen, Holz-, Stein- und Metallarbeiten, Münzen

und Silber, Bronze-, Messing- und Kupfergefäße, Waffen, Panzer, Helme und Schilde mit verschwenderischem Golddekor, Buchkunst, Gläser und Keramik aus einem Zeitraum von rund tausend Jahren (9. bis 19. Jahrhundert) und aus einem „Einzugsgebiet“, das von Indien bis Spanien reichend, vielerlei Kulturen umfaßt, von der Spätantike und Byzanz bis zu den innerasiatischen Steppenkulturen, abgesehen von afrikanischen Erbsen. Diese einander überlagernden und befruchtenden Kulturen bestimmen den Charakter der islamischen Kunst mindestens ebenso wie die einheitliche Religion und Sprache. Ihre Stilgeschichte ist nämlich mit Dynastien, Kalifen und anderen Herrschernamen verknüpft.

In der islamischen Kunst nimmt vor allem die Keramik eine bedeutende Mittel- und Mittelstellung zwischen den großen Kulturräumen und -epochen ein. Entsprechend ihrer Bedeutung wird sie auch in Cappenberg bevorzugt präsentiert. Vergleichsweise sparsam ist dagegen die Buchkunst vertreten - mit einem Dutzend Miniaturen und mehreren Einbänden - die man zu den schönsten Blüten der islamischen Kunst und Kultur zählen muß. Die einzelnen Blätter zeigen Miniaturen (Temperafarben, Tusche und Silber auf Papier) mit mythologischen und historischen Motiven sowie Mädchen und Jünglinge in höfischer Kleidung, dazu Verse aus persischer Liebesdichtung.

Die verschiedenen Kunstgattungen beeinflussen und befruchten sich gegenseitig. Ornamentale Systeme und Details, die wir auf Fliesen und Metallarbeiten finden, wiederholen sich auf Miniaturen und Textilien; ein verborgener Schatz zeigt das Museum jetzt in Cappenberg; danach werden auch die Berliner sie in einer Sonderschau kennenlernen.

KULTURNOTIZEN

„Hermann Hesse als Maler“ heißt eine Ausstellung, die vom 16. November bis zum 11. Januar in der Städtischen Galerie in Würzburg zu sehen ist.

Die Dramaturgische Gesellschaft veranstaltet vom 15. bis zum 19. November ihre 34. Jahrestagung in Berlin.

Die größte dynastische Waffensammlung Italiens kehrte aus Konopiste bei Prag in das Schloß der Este in Ferrara zurück.

Arbeiten von Absolventen der Staatlichen Fachschule für Porzellan in Selb zeigt das Museum der Deutschen Porzellanindustrie in Hohenberg an der Eger im November.

„Sammlung Fritz Thyssen - ausgewählte Meisterwerke“, die Ausstellung im Bayerischen Nationalmuseum (s. WELT v. 7.8.), wurde bis 18. Januar 1987 verlängert.

„Die Blechtrömel“ (1959) von Günter Grass wird nun auch in der „DDR“ veröffentlicht.

